

D I E A U S S A G E D E L I K T E

in

rechtsvergleichender Darstellung

Inaugural - Dissertation

zur

Erlangung der juristischen Doktorwürde

der

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Albert - Ludwigs - Universität

Freiburg i. Br.

vorgelegt von

Hans - Albrecht Stoll

Assessor

aus Stettin

[1956]

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	II
Literaturverzeichnis	V
Abkürzungen	X
Zeitschriften und Entscheidungssammlungen	XI
Frankreich	1
Belgien	22
Italien	30
Spanien	47
Österreich	61
Schweiz	85
Schweden	102
England	115
Vereinigte Staaten von Amerika	139
Rechtsvergleichung	159
I. Geschütztes Rechtsgut und systematische Stellung	159
II. Die Eidesform	163
III. Die formelle Gültigkeit der Aussage und ihr Einfluß auf die Strafbarkeit	164
IV. Die falsche Aussage	168
V. Sondertatbestände	186
VI. Die eidesstattliche Versicherung	187
VII. Der Aussagenotstand	190
VIII. Die Berichtigung der falschen Aussage	192
IX. Die Anstiftung zur falschen Aussage	195

V o r w o r t

1. Die vorliegende Arbeit verdankt ihre Entstehung einem Auftrag des Bundesjustizministeriums, im Rahmen vorbereitender Arbeiten für eine Strafrechtsreform einen rechtsvergleichenden Bericht vorzulegen, der hinsichtlich der Eidesdelikte den Stand der ausländischen Gesetzgebung, Rechtsprechung und Lehre wiedergeben sollte. Der Bericht hatte in erster Linie den gegenwärtigen Rechtszustand in Frankreich, Italien, Österreich, der Schweiz, England und den Vereinigten Staaten wiederzugeben, behandelte schließlich aber 13 Länder, nämlich über die angeführten hinaus noch Belgien, Brasilien, Spanien, Griechenland, Schweden, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Dieser Umfang war bestimmend für die vorliegende Vergleichung.
2. Die Tatsache, daß das Bundesjustizministerium für seine Reformarbeit am Strafgesetzbuch Anschauungsmaterial über das ausländische Strafrecht erhalten wollte und sich hieraus von selbst die Zweckmäßigkeit einer rechtsvergleichenden Arbeit ergibt, enthebt nicht von der Beantwortung der Frage, welche Aufgabe grundsätzlich einer solchen Arbeit zukommt.

Jede rechtsvergleichende Arbeit wird stets mit der Darstellung des ausländischen Rechts einhergehen müssen. Beide weisen grundverschiedene Tendenzen auf. Während die Darstellung in isolierender Betrachtung dogmatische Kenntnisse des positiven Rechts einer jeweils bestimmten fremden Rechtsordnung vermittelt, benutzt die Rechtsvergleichung die verschiedenen positiven Rechte nur als Material, aus dessen Verarbeitung sie Schlüsse auf Bestand, Wesen und auch Entwicklung bestimmter Rechtseinrichtungen zieht. Diese in universeller Form auf die Gewinnung neuer Erkenntnisgegenstände von selbständiger Bedeutung gerichtete Rechtsvergleichung entspricht im hohen Maße dem Endziel, das Liszt seiner "Strafgesetzgebung der Gegenwart"¹⁾ gesetzt hat: der Suche nach dem Entwicklungsgesetz des geltenden Rechts und nach einer vom geltenden Recht unabhängigen allgemeinen Lehre vom Verbrechen. Eine solche allseitige Rechtsvergleichung, die man als "absolute" bezeichnen kann²⁾, wird ihre Aufgabe nur bewältigen können, wenn sie sich auch auf Rechtsgeschichte und Ethnologie stützt.

Dieser absoluten Rechtsvergleichung steht die relative gegenüber, die bestimmte Rechtsinstitute einzelner Rechtsordnungen in gegenseitige Beziehung setzt und daraus einen Schluß auf eine bestimmte Rechtsordnung, in der Regel auf das deutsche Recht, zieht. In diesem Sinne wird die Rechtsvergleichung zum Hilfsmittel für die Erläuterung oder gar Kritik des einheimischen Rechtes.

1) Liszt XX, XXII ff, der sich selbst darüber im klaren ist, daß das Werk lediglich die erste Stufe zu einer Rechtsvergleichung darstellt.

2) So Aubin-Zweigert 16

Die vorliegende Arbeit ist ausschließlich der relativen Rechtsvergleichung gewidmet ³⁾. Sie will aus der Anregung heraus, den der rechtsvergleichende Bericht an das Bundesjustizministerium gegeben hat, den Versuch unternehmen, zu prüfen, inwieweit dem ausländischen Recht Hinweise und Möglichkeiten entnommen werden können für eine Fortentwicklung des bestehenden Rechtszustandes bei den Eidesdelikten in der Richtung der besten Lösungen. Diese Zweckbestimmung schließt daher (allein auch schon mit Rücksicht auf den dann zu erwartenden Umfang der Arbeit) jede Verwertung historischer oder ethnologischer Grundlagen aus. Dabei würde diese Arbeit aber nur Bruchstück bleiben, wenn sie nicht auch die Vorarbeiten innerhalb des deutschen Rechtskreises berücksichtigen würde, die ihren Ausdruck in den verschiedenen Vorentwürfen, amtlichen Entwürfen, Kommissionsberichten sowie kritischen Stellungnahmen zu diesen Reformarbeiten gefunden haben.

3. Da das deutsche Recht dabei als bekannt vorausgesetzt werden kann und daher, gestützt auf die heute herrschende Lehre, nur in wenigen Grundsätzen angeführt zu werden braucht, folgt aus der Aufgabe dieser Arbeit deren Aufbau:
 1. Darstellung der einzelnen ausländischen Rechtsordnungen,
 2. eine Rechtsvergleichung, die sich auch auf das deutsche Recht erstreckt und die so Parallelerscheinungen und Gegensätzlichkeiten zu den Tatbeständen des deutschen Rechts aufzeigt und in Verbindung mit den deutschen Reformarbeiten Anregungen für eine künftige Gestaltung der Eidesdelikte gibt.

Die Bezugnahme auf das deutsche Recht machte es notwendig, jeder Einzeldarstellung eine Gliederung zugrunde zu legen, die einerseits dem Formenreichtum bei den Aussagedelikten im deutschen Recht entsprach und andererseits auch wiederum genügend Spielraum für die besondere Struktur und die besonderen Formen des ausländischen Rechts ließ.

4. Die Zahl der hier im einzelnen behandelten Länder ergab sich im wesentlichen aus dem Bericht für das Bundesjustizministerium. Dabei wurden trotz gewisser Bedenken auch Frankreich, Belgien und Italien in den darstellenden Teil dieser Arbeit aufgenommen, obwohl diese Länder schon Gegenstand einer Dissertation aus dem Jahre 1950 waren. Der Verfasser glaubte indessen nicht auf diese Rechtsordnungen verzichten zu können, da eine Rechtsvergleichung mit eingeschlossener kritischer Betrachtung der Eidesdelikte im deutschen Recht nur dann erfolgversprechend ist, wenn sie eine genügend breite Basis aufweisen kann. Und gerade hier bei den Eidesdelikten konnte der romanische Rechtskreis nicht ausgelassen werden.

Andererseits ist dort von einer Einzeldarstellung abgesehen worden, wo nur die Gesetzestexte zur Verfügung standen, wie bei Brasilien, Griechenland, Jugoslawien

3) Aubin-Zweigert, 55, halten diese Form der Rechtsvergleichung für Arbeiten der vorliegenden Art für die zweckentsprechendste.

und der Tschechoslowakei. Der Umstand, daß diese Kodifikationen jüngeren Datums sind ⁴⁾, ließ es aber angebracht erscheinen, diese Länder wenigstens zusätzlich in der Rechtsvergleichung anzuführen. Als weiteres Land wurde in diesem Zusammenhang auch noch Dänemark ⁵⁾ behandelt.

5. Die Einzeldarstellungen führten nicht in jedem Fall zu einer dieser Arbeit entsprechenden vollständigen Behandlung der Aussagedelikte. Das war vor allem dort der Fall, wo in der ausländischen Literatur gewisse, im deutschen Recht interessierende Fragen keine Erörterung gefunden haben. Vereinzelt wurde daher versucht, zu einer selbständigen Lösung der aufgeworfenen Frage zu gelangen. Die Darstellung enthielt sich dagegen jeder eingehenden Erörterung der allgemeinen Probleme, die insbesondere bei der erfolglosen Anstiftung zu einer falschen Aussage auftraten. Die Behandlung der dem allgemeinen Teil des Strafrechts angehörenden Probleme mußte im Rahmen dieser, nach den Aussagedelikten orientierten Arbeit unterbleiben.

4) Brasilien 1940, Griechenland 1951, Jugoslawien 1951, Tschechoslowakei 1950.

5) StGB von 1930, in der Fassung von 1939.

L i t e r a t u r

- | | |
|--------------------------------|---|
| Allinger/Csollech | Österreichisches Strafgesetz,
I. Teil, Wien 1950 |
| Altmann/Jakob | Kommentar zum österreichischen
Strafgesetzbuch, I. Band, Wien 1928
(abgek.: A.-J.) |
| American Jurisprudence | Band 41, unter: Perjury, Rochester-
New York, 1942 (abgek.: AmJur) |
| Archbold | Pleading, Evidence & Practice in
criminal cases, bearbeitet von
Fitzwalter. Butler und Marston
Garsia, 32. Aufl., London 1949 |
| Aubin-Zweigert | Rechtsvergleichung im deutschen
Hochschulunterricht, Tübingen
1952 |
| Beckmann/Bergandahl/
Strahl | Strafflagen jämte förklaringar
till den nya lagstiftningen om
brott mot staten och allmänheten,
Stockholm 1949 (abgek.: B.-B.-St.) |
| Bishop | Criminal Law, Band II, 9. Aufl.,
Chicago 1923 |
| Blackstone | Commentaries on the Law of Eng-
land, Band II, Buch IV, 1844 und
1860 |
| Brill | Cyclopedia of Criminal Law,
Band II, Chicago 1923 |
| Bunge | Das italienische Strafgesetz-
buch, Berlin/ Leipzig 1933 |
| Burdick | The Law of Crimes, Band I, Al-
bany N. Y., New York - City 1946 |
| Chauveau-Hélie | Théorie du Code pénal, Band II,
Paris 1824 |
| Clark/Marshall | A treatise on the Law of crimes,
4. Aufl. von James J. Kearny,
Chicago 1940 (abgek.: Clark) |
| Clevenger-Gilbert | Criminal Law and Practice, Albany,
N.Y. New York, N.Y., 1947 |
| Conti-Sabatini | Il codice penale illustrato ar-
ticolo per articolo, 2. Band,
Mailand 1934 (abgek.: Conti-Sab.) |
| Cross and Jones | An Introduction to Criminal Law,
2. Aufl. London 1949 |
| Cuello Calón | Derecho penal, Band II (Bes. Teil),
10. Aufl., Barcelona 1952 |
| Dalloz | Code pénal, Paris 1953 |
| Dalloz | Code d'instruction criminelle,
Paris 1953 |
| Dalloz | Nouveau Répertoire de Droit, Paris
1948, Ergänzungsband bis 1.1.1950 |
| Dalloz | Répertoire pratique de législation,
de doctrine et de jurisprudence,
Paris 1914 (abgek.: Répert. prat.) |

- Dart Code or criminal law and procedure of the State of Louisiana (annotated), 2. Aufl., Indianapolis 1943, mit Ergänzung 1949
- Deering's Penal Code of the State of California, San Francisco 1949
- Connedieu de Vabres Essai sur la notion de préjudice dans la théorie generale du faux documentaire, Paris 1943
- Connedieu de Vabres Précis de droit criminel, 3. Aufl., Paris 1953
- Entwurf der Strafrechtskommission (1913), Berlin 1921
- Entwurf von 1919 Berlin 1921 (mit Denkschrift zu diesem Entwurf, Berlin 1921)
- Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, nebst Begründung (Amtlicher Entwurf) Berlin, 1925
- Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, nebst Begründung, Berlin 1927
- Entwurf eines Deutschen Strafgesetzbuches (1938), Neu- druck Juni 1939
- Entwurf eines Dritten Strafrechtsänderungsgesetzes (Strafrechtsbereinigungsgesetz), Bundestagsdrucksache Nr. 3713 (1949; 1. Wahlperiode)
- Finger Das Strafrecht, II. Band, 3. Aufl., Berlin 1914 (abgek.: Finger II)
- Förslag till Brottsbalk, avgivet av Straffrättskommittén, Stockholm 1953
- Garçon Code pénal annoté, 1. Band, 1. Aufl., Paris 1901 - 1906
- Garraud Traité théorique et pratique du droit pénal français, 3. Aufl., Paris, 3. Band 1916, 6. Band 1935
- Germann Schweizerisches Strafgesetzbuch, 5. Aufl. Zürich 1953 (Text mit kurzen Erläuterungen)
- Goedseels Commentaire du code pénal belge, Band I, 2. Aufl., Brüssel 1948
- Hafer Schweizerisches Strafrecht, Bes. Teil, 2. Hälfte, Berlin 1943 (1. Aufl.)
- Halsbury Statutes of England, 2. Aufl., Band 5, London 1948
- Harris/Wilshire Principles and Practice of the Criminal Law, 18. Aufl., London 1950 (abgek.: Wilshire)
- Haus Principes généraux du droit pénal, Gand 1874
- Hawkins A Treatise of the Pleas of the Crown, London 1795

- Hegler Die Eidesreform, in: Tübinger Abhandlungen zum öffentlichen Recht, 1930
- Hélie-Depeignes Pratique criminell des cours et tribunaux, 2. Teil, Code pénal, Paris 1928
- Herbst Handbuch des allgemeinen österreichischen Strafrechts, 1. Band, 7. Aufl., Wien 1882 (abgek.: Herbst I)
- Idaho Code containing the general Laws of Idaho, annotated, Band V, Indianapolis 1948
- Jannitti-Piromallo Delitti contro l' amministrazione della giustizia, in dem von Florian herausgegebenen Trattato di diritto penale, 4. Aufl., Mailand 1939, (abgek.: J.-Piromallo)
- Juris Classeur Penal Verfasser Saillar/Blin, 2. Aufl., 1931, mit Ergänzungen 1943 und 1948, Paris (abgek.: Juris Classeur)
- Kadečka Abschnitt 11 bis 13 in: Kohlrausch-Aschrott, Reform des Strafrechts, S. 271 ff, Leipzig und Berlin 1926.
- Kaniak Das österreichische Strafgesetz (mit verweisenden und erläuternden Anmerkungen und einer systematischen Darstellung der Rechtsprechung), 3. Aufl., Wien 1953
- Karanikas Das Griechische Strafgesetzbuch vom 17.8.1950, Übersetzung mit Einleitung, Berlin 1953
- Kenny Outlines of Criminal Law, bearbeitet von J.W. Cecil Turner, Cambridge 1952 (neue Auflage)
- Kimmel Lehrbuch des österreichischen Strafrechts, 14. Aufl., Wien 1951
- Koffka Die Bestrafung der falschen uneidlichen Aussage, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Band 48, Seite 10 ff; 1927
- Kohlrausch-Lange Strafgesetzbuch, 39. und 40. Aufl., Berlin 1950
- Kuttner Die juristische Natur der falschen Beweisaussage, in: Abhandlungen des kriminalistischen Institutes der Universität Berlin, Berlin 1931
- Lambert Cours de Droit pénal spécial, 10. Aufl. Lyon 1950
- Lammasch/Rittler Grundriss des österreichischen Strafrechts, 5. Aufl., Wien 1926 (abgek.: L.-R.)
- Lange/Schneidewin/Ackermann Grundfragen der Bereinigung des Strafgesetzbuches, Verhandlungen des 39. Deutschen Juristentages 1951, Tübingen 1952

- Lang-Hinrichsen Das Brasilianische Strafgesetzbuch vom 7.12.1940, Übersetzung mit Einleitung, Berlin 1953
- Liszt, von Die Strafgesetzgebung der Gegenwart in rechtsvergleichender Darstellung, I. und II. Band, Berlin 1894/1899
- Locré La législation civile, commerciale et criminelle de la France, Band XXX, Paris 1832
- Maggiore Diritto penale, 3. Aufl., Bologna 1948, 2. Band, 1. Teil
- Malaniuk Lehrbuch des Strafrechts, I. Band, Wien 1946 (zit.: Malaniuk I), II. Band, Wien 1949 (zit.: Malaniuk)
- Manzini Trattato di diritto penale italiano, 1. Band in 3. Aufl., Turin 1948 (abgek.: Manzini I), 5. Band in 1. Aufl. 1935 (abgek.: Manzini, ohne Bandbezeichnung), neue Aufl. des 5. Bd. 1950 (auf den speziell verwiesen wird)
- Marcus Das Dänische Strafgesetzbuch vom 15.4.1930 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.6.1939, Übersetzung mit Einleitung. Berlin 1953
- Maurach Deutsches Strafrecht, Besonderer Teil, Hannover-Darmstadt 1952
- Medina y Marañón Leyes penales de España, 10. Aufl., Madrid 1947
- Mezger Eidesverletzung in: Das kommende deutsche Strafrecht, Besonderer Teil, Bericht über die Arbeit der amtlichen Strafrechtskommission, herausgegeben von Gürtner, 2. Aufl., Berlin 1936
- Munda Das Jugoslawische Strafgesetzbuch vom 2.3.1951, Übersetzung mit Einleitung, Berlin 1952
- Newman Das englisch-amerikanische Beweisrecht, Heidelberg 1949
- Nypels-Servais Le Code pénal interprété, 2. Band, 2. Aufl., 1897, Brüssel
- Olbricht Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Rechtspflege, in: Aschrott-v. Liszt, Reform des Reichsstrafgesetzbuchs, 2. Band, Besonderer Teil, Berlin 1910, Seite 168 ff.
- Oneca/Muñoz Derecho penal, Band I und II, Madrid 1949 (abgek.: Oneca)
- Perkins Cases and materials on criminal law and procedure, Brooklyn 1952
- Progetto preliminare del Codice penale, Ministro di Grazia e Giustizia, Besonderer Teil, Rom 1950 (abgek.: Vorentwurf II)

- Radbruch Vom Geist des englischen Rechts, Heidelberg 1946
- Rauter Traité théorique et pratique du droit criminel française, Paris 1836
- Répertoire pratique du droit belge, Brüssel-Paris 1928
- Rittler Lehrbuch des österreichischen Strafrechts, I. Band, Allg. Teil, Wien 1933 (abgek.: Rittler I), II. Band, Bes. Teil, Wien 1938 (abgek.: Rittler)
- Russell Russell on Crimes, A Treatise on Felonies and Misdemeanors, 10. Aufl., London 1950
- Sabatini Istituzioni di diritto penale, 2. Band, 2. Aufl. Rom 1934
- Saltelli-Romano-
- di Falco Commento teorico-pratico del nuovo codice penale, 2. Band, 2. Aufl., Turin 1940 (abgek.: Saltelli)
- Servais et Mechelynck Codes belges, Tome deuxième, Matières pénales, 28. Aufl., Brüssel 1951
- Simson Das Zivil- und Strafprozessgesetz Schwedens, Übersetzung mit Einleitung, Berlin 1953
- Schall Über die Eidesdelikte im französischen, belgischen, italienischen und deutschen Strafrecht, Freiburger Diss. 1950
- Schmied Das Tschechoslowakische Strafgesetzbuch vom 12.7.1950, Übersetzung mit Einleitung, Berlin 1952
- Schönke Strafgesetzbuch, Kommentar, 6. Aufl., München und Berlin 1952
- Schwander Das Schweizerische Strafgesetzbuch, Zürich, 1952
- Stephen Commentaries on the Laws of England, Band IV, Criminal Law, 21. Aufl., London 1950, bearbeitet von L. Crispin Warmington
- " A Digest of the Criminal Law, bearbeitet von Louis Frederik Sturge, 9. Aufl., London 1950
- Stooß Lehrbuch des österreichischen Strafrechts, 2. Band, 2. Aufl., Wien und Leipzig 1913 (abgek.: Stooß II)
- " Meineid, in der Vergleichenden Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts. Besonderer Teil, Band III, Berlin 1906 (abgek.: Stooß)
- Straub Täterschaft und Teilnahme im englischen Recht, Heft 7 der "Rechtsvergleichenden Untersuchungen zur gesamten Strafrechtswissenschaft", Bonn 1952

Straub	Übersetzung des Strafgesetzbuches von Louisiana (noch nicht veröffentlicht)
The compiled Laws of	the State of Michigan, Band IV, Michigan 1948
Thormann/v.Overbeck	Das Schweizerische Strafgesetzbuch, II. Band, Zürich 1941 (abgek.: T.v.O.)
Ufenast	Das falsche Zeugnis, Züricher Diss. 1927
United States Code	Annotated, Titel 18: Crimes and Criminal Procedure, Volume containing §§ 701 - 1690, St. Paul und Brooklyn, N.Y. 1950 mit Ergänzung 1952
Vidal/Magnol	Cours de droit criminel et de science pénitentiaire, 9. Aufl., Paris 1947
Vorentwurf zu einem	Deutschen Strafgesetzbuch, bearbeitet von einer bestellten Sachverständigen-Kommission, Berlin 1909
Weissenstein	Anglo-amerikanisches Rechtswörterbuch, I. Teil, Zürich 1950
Wharton	Criminal Law, 12. Aufl., von I.C. Ruppenthal, Band II, Rochester N.Y. 1932
Wilke	Eid und Meineid im englischen Prozeß, in Goltdammer's Archiv, Band 73, Seite 81 ff (1929)

A b k ü r z u n g e n

BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)
BG	Bundesgericht (Schweiz)
Cass.	Kassationshof (Frankreich, Belgien, Italien)
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
T.S.	Tribunal Supremo (Spanien)

Zeitschriften und Entscheidungssammlungen

All E.R.	All England Reports, fortlaufend
ALR	American Reporter
Annali	Annali di diritto e procedura penale (Italien)
BGE	Entscheide des schweizerischen Bundesge- richts
B. & S.	Best and Smith's Reports, Q.B. 1861-70 (England)
Bull.crim.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation en matière criminelle (Frankreich)
C. & K.	Carrington and Kirwan's Reports, N.P. 1843-50 (England)
Cox (C.C.)	Cox's Criminal Cases, seit 1843 fortlaufend (England)
Cr.App.R.	Criminal Appeal Reports, seit 1908 fort- laufend (England)
D.	Dalloz, Recueil périodique et critique de jurisprudence, de la législation et de doc- trine en matière civile, commerciale, criminelle, administrative et de droit publi- que (Frankreich)
Den.	Denison's Crown Cases 1844-52 (England)
D.H.	Dalloz, Recueil hebdomadaire de jurisprudence (Frankreich)
Esp.	Espinasse's Nisi prius Reports 1793-1807 (Engl.)
Ev.Bl.	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen (nach Nr., Österreich)
Fed.	Federal Reporter (USA)
F. & F.	Foster and Finlason's Nisi Prius Reports 1856-1867 (England)
Gaz.Pal.	Gazette de Palais (Frankreich)
G.p.	La Giustizia penale, Rivista critica di dottrina, giurisprudenza, legislazione (Italien)
GS	Der Gerichtssaal
Harvard Law	Review, Cambridge, Mass. (USA)
Het.	Hetley's Common Pleas Reports 1627-32 (England)
K.B.	Law Reports, King's Bench, seit 1901 fort- laufend (England)
KH	Plenarbeschlüsse des K.K.Kassationshofes (nach Nr., Österreich)
L. & C.	Leigh and Cave's Crown Cases 1861-65 (England)

Ld. Raym.	Lord Raymond's Reports 1694-1732 (England)
Leach	Leach's Crown Cases 1730-1815 (England)
L. Ed.	Lawyer's Edition (USA)
L.J.M.C.	Law Journal Magistrates' Cases (England)
L.R.P.C.	Law Reports, Privy Council Appeal Cases 1865-75 (England)
L.T.	Law Times Reports, seit 1859 fortlaufend (England)
NE	Northeastern Reporter (USA)
N.Y.	New York Reports (USA)
N.Y. Supp.	New York Supplement (USA)
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
ÖR	Österreichische Rechtsprechung
Pac.	Pacific Reporter (USA)
PKG	Die Praxis des Kantonsgerichts von Graubünden (Schweiz)
Pr	Die Praxis des Bundesgerichts (Schweiz)
Q.B.D.	Law Reports, Queen Bench Division 1876-90 (England)
Rec. de dr. p.	Recueil de droit pénal (Frankreich)
RG	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
Riv. p.	Rivista penale di dottrina, legislazione e giurisprudenza (Italien)
RS	Rechtsprechung in Strafsachen (Schweiz)
RZ	Österreichische Richterzeitung
S.	Sirey, Recueil général des lois et des arrêts en matière civile, criminelle, administrative et de droit public (Frankreich)
Salk.	Salkeld's King's Bench Reports (1689-1712) (England)
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
S.p.	La Scuola positiva, Rivista di diritto e procedura penale (Italien)
SSt	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Strafsachen und Disziplinarangelegenheiten.
T.R.	Term Reports (Durnford and East) 1785-1800 (England)
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Schweiz)
Zürch. Bl.	Blätter für zürcherische Rechtsprechung (Schweiz)

F r a n k r e i c h

I. Das geschützte Rechtsgut

Der französische Gesetzgeber hat die Eidesdelikte innerhalb des ersten Kapitels im zweiten Titel des dritten Buches ("Von den Verbrechen und den Vergehen und ihrer Bestrafung") des code pénal vom 12. 2. 1810 geregelt. Dieser zweite Titel des dritten Buches trägt die Überschrift "Verbrechen und Vergehen gegen die Privatpersonen" (contre les particuliers). Er zerfällt in zwei Kapitel, von denen das erste, dem auch das falsche Zeugnis angehört, von den Verbrechen und Vergehen gegen die Person (contre les personnes) handelt. In diesem Kapitel sind u. a. auch Mord, Körperverletzung, Sittlichkeitsdelikte, ungesetzliche Verhaftung oder Festhalten von Personen und ähnliches eingeordnet. Diese Zusammenstellung, sowie die Überschrift "contre les personnes" deuten darauf hin, daß der Gesetzgeber hier offenbar Straftatbestände zusammenfassen wollte, deren Schutzobjekt der Einzelmensch darstellt ¹⁾.

Die Tatsache, daß ein falsches Zeugnis auch zugunsten eines Angeklagten abgegeben werden kann, gibt indessen zu erkennen, daß sich aus der systematischen Stellung der Eidesdelikte innerhalb des c. p. für die Frage des geschützten Rechtsgutes nichts entnehmen läßt. Chauveau-Hélie ²⁾ sagt nur kurz, daß das falsche Zeugnis unter die Verbrechen gegen die Person eingereiht sei, weil es häufig gegen die Person gerichtet sei.

In früheren Zeiten gehörte das falsche Zeugnis zu den Fälschungen ³⁾. Der diesem Tatbestand zugrunde liegende dogmatische Begriff des "falsum" ⁴⁾, der auf die altitalienischen Kriminalisten zurückgeht und ganz allgemein ein praejudicium alterius fordert, hat viele der älteren französischen Schriftsteller daran gehindert, bei den einzelnen Fälschungsdelikten das jeweilig geschützte Rechtsgut herauszuarbeiten.

In der neueren Zeit sind jedoch diesbezügliche Stellungnahmen zu finden. So ist Rauter ⁵⁾ der Ansicht, daß die Eidesdelikte besser ihren Platz unter den Vergehen gegen den öffentlichen Frieden gefunden hätten, da sie unmittelbar die gute Verwaltung der öffentlichen Justiz, m. a. W. die Rechtspflege angriffen. Garraud ⁶⁾ führt aus, daß die Rechtspflege eine der vornehmsten Aufgaben des Staates sei. Da aber die von ihm eingesetzten Richter nur mittelbar durch Augen- und Ohrenzeugen von den zu beurteilenden Vorgängen Kenntnis erlangen, sei es die Hauptpflicht der Zeugen, die Wahrheit zu sagen. Damit deutet Garraud an, daß sich das falsche Zeugnis

1) Vgl. auch Locré, t. XXX, S. 529

2) Chauveau-Hélie 381, zit. nach Stooß, 328

3) Vgl. hierzu u. a. Stooß 328

4) s. dazu unter IV

5) Rauter II 86

6) Garraud VI 2

stets und in erster Linie gegen die Rechtspflege richte. Auch Garçon ⁷⁾ bringt diesen Gedanken zum Ausdruck, wenn er sagt, daß unrichtige Aussagen die Hauptursachen von Justizirrtümern sind. Schließlich vertritt auch D. de Vabres ⁸⁾ deutlich den Standpunkt, daß die Eidesdelikte zu denjenigen gehören, die als "Attentat" auf die Rechtspflege bestraft werden. Im Juris-Classeur ⁹⁾ wird ausgeführt, daß das falsche Zeugnis sich stets gegen die Gemeinschaft richte, die die Aufgabe habe, jede Ursache eines Justizirrtums zu unterdrücken und zu vermeiden. Vouin ¹⁰⁾ führt in dem neuesten Lehrbuch aus, daß innerhalb der gegen den öffentlichen Frieden gerichteten Rechtsbrüche die Eidesdelikte gegen die Justizverwaltung, d.h. gegen die Arbeit der öffentlichen Justiz gerichtet sind.

Auf Grund der angeführten Äußerungen aus dem neueren französischen Schrifttum kann also angenommen werden, daß man heute in Frankreich jedenfalls in der Rechtslehre überwiegend die Rechtspflege als das unmittelbar einheitliche Angriffsobjekt der Eidesdelikte erkannt hat, obwohl der c.p. sie unter die Straftaten gegen die Einzelperson einordnet.

Im äußeren Aufbau regelt der c.p. als Grundtatbestände 1. das falsche Zeugnis (Art. 361 - 363) 2. den Meineid der Partei (Art. 366) 3. die Anstiftung zum falschen Zeugnis (Art. 365). Straferschwerende Umstände werden in Art. 364 c.p. behandelt.

Die Vorschriften des c.p. über die Eidesdelikte sind seit 1863 unverändert geblieben. Lediglich die Bestimmung des Art. 365 über die subornation de témoins ist am 28.7. 1949 abgeändert worden.

II. Die formelle Gültigkeit der Aussagen und ihr Einfluß auf die Strafbarkeit

Der französische Rechtsbegriff der "témoignage" kennzeichnet sich durch eine starre Umgrenzung. Als Zeugnis gilt nur die unter Eid erfolgte Aussage ¹¹⁾. Der Eid, der stets vor der Vernehmung abgenommen wird, bildet einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil der Aussage. Eine Verletzung der den Eid betreffenden Vorschriften, etwa das Abweichen von der Eidesformel ¹²⁾ oder die Leistung eines Nacheides ¹³⁾ oder eine ohne Eid erfolgte Aussage hat die Nichtigkeit der Aussage zur Folge und zieht im übrigen, wie in zahlreichen Urteilen ¹⁴⁾ festgestellt worden ist, die

7) Garçon 361/64, 1

8) D. de Vabres, Essai 31

9) Juris-Classeur, Du faux témoignage, Nr. 1

10) Vouin Nr. 366

11) Art. 155, 189, 317 c.d'inst.crim., Art. 35/262 c. de procédure civile

12) Cass. 5.4.1950; zit. nach Dalloz c.d'inst.crim. Art. 155

13) vgl. dazu Cass. D.H. 1926, 566

14) vgl. die zahlreich. Beisp. in Répert. prat., témoins, Nr. 144 u. 187

Nichtigkeit des ganzen Verfahrens nach sich. Die Zivil- und Strafprozeßordnung schreiben dies im einzelnen durch die Formulierung "à peine de nullité" vor (s. Anm. 12). Aus der Nichtigkeit des Eides ergibt sich, daß eine falsche Aussage nicht strafbar ist ¹⁵⁾.

Die französischen Prozeßgesetze enthalten sich jeder Bestimmung darüber, ob der Aussagende zur Angabe der Wahrheit anzuhalten ist. Im übrigen dürfen nach dem c.d' instr. crim. Angehörige nicht als Zeugen im oben angeführten Sinne gehört werden (Art. 156, 322 c.d' instr. crim.). Entsprechendes gilt in der Zivilprozeßordnung Art. 268 c. de proc. civ.); sofern von Seiten der Anklagebehörde, der geschädigten Partei oder dem Angeklagten selbst kein Widerspruch erhoben wird, führt die dennoch durchgeführte Vernehmung allerdings nicht zur Nichtigkeit der Aussage (Art. 156, 322 c.d' instr. crim.). Eine unter diesen Umständen abgegebene falsche Aussage ist daher strafbar.

In der Frage, wie zu entscheiden ist, wenn ^{ein} infolge strafgerichtlicher Verurteilung Eidesunfähiger trotzdem eidlich vernommen wird und dabei einen Meineid schwört, hat der Kassationshof ¹⁶⁾ wiederholt ausgesprochen, daß sich der Betreffende nach Art. 361 ff. c.p. strafbar gemacht habe.

Auch im Falle des eidesunfähigen Minderjährigen (unter 15 Jahren: Art. 79 c. d' instr. cr.) kommt die Rechtslehre ¹⁷⁾ zur Bestrafung (in der Praxis scheint ein solcher Fall noch nicht vor die höheren Gerichte gekommen zu sein). Dies wird damit begründet, daß durch die Eidesleistung die Aussage den Charakter einer témoignage annehme, für die auch der Eidesunmündige - sofern seine Einsichtsfähigkeit vorhanden ist - strafrechtlich verantwortlich sei.

III. Die Eidesform

Die Gesetze der Revolution haben die Anrufung Gottes aus der Eidesformel beseitigt. Vor den unteren Strafgerichten spricht der Vorsitzende die Worte vor: "Sie schwören die ganze Wahrheit, nichts als die Wahrheit zu sagen", und der Zeuge antwortet nach ständigem Gerichtsgebrauch: "Ich schwöre es".

Vor dem Schwurgericht gehört zu der vorbesprochenen Formel noch der Passus: "... ohne Haß und Furcht zu sprechen" (... de parler sans haine et sans crainte).

Die Rechtsprechung ¹⁸⁾ hat Anhängern anderer Konfessionen, so den Quäkern und Wiedertäufern, gestattet, die Formel "Ich verspreche" oder "Ich bestätige" statt des "Ich schwöre" zu benutzen. Mohammedaner dürfen in der nach ihrem Glauben gebräuchlichen Form schwören.

15) Garçon 361/64, 30

16) Cass. S. 62.1.330

17) Garraud VI, 5; Garçon 361/64, 27-29; Hélie-Dep. 732

18) Cass. S. 61.1. 1010

Im Zivilprozeß werden mangels gesetzlicher Bestimmungen von der Partei die gleichen Worte gebraucht ¹⁹⁾.

Trotz der einfachen Formulierung wird in der französischen Rechtslehre angenommen, daß in der Eidesleistung ein religiöses Moment enthalten sei.

IV. Das falsche Zeugnis

Das Gesetz gibt keine nähere Definition des Begriffes faux témoignage. In den Art. 361 - 364 c.p. ²⁰⁾ heißt es stets nur "faux témoignage" oder "faux témoin". Aus der knapp gefaßten gesetzlichen Formulierung hat die Rechtsprechung und die Rechtslehre eine genau umgrenzte Definition der faux témoignage entwickelt, die auf dem dogmatischen Begriff des "falsum" basiert. Dieser von den italienischen Kriminalisten im 14., 15. und 16. Jhdt. geschaffene Begriff war ein materieller Deliktsbegriff: eine bewußte Unwahrheit, die geeignet ist, einen anderen zu schädigen ²¹⁾. Das falsum erforderte also drei Merkmale: 1. einen dolus, 2. eine immu-

19) Garçon 366, 4

20) Art. 361:

I. Jeder, der sich in kriminellen Sachen gegen den Angeklagten oder zu dessen Gunsten eines falschen Zeugnisses schuldig macht, wird mit Zuchthaus bestraft.

II. Wurde der Angeklagte zu einer höheren Strafe als Zuchthaus verurteilt, so unterliegt der falsche Zeuge, der gegen ihn ausgesagt hat, der gleichen Strafe.

Art. 362:

I. Jeder, der sich in korrektionellen Sachen gegen den Angeklagten oder zu dessen Gunsten eines falschen Zeugnisses schuldig macht, wird mit Gefängnis von 2 bis 5 Jahren und mit einer Geldstrafe von 12 000 bis 480 000 ffrs. bestraft.

II. Wurde der Angeklagte zu mehr als 5 Jahren Gefängnis verurteilt, so unterliegt der falsche Zeuge, der gegen ihn ausgesagt hat, der gleichen Strafe.

III. Jeder, der sich in polizeilichen Sachen gegen den Angeklagten oder zu dessen Gunsten eines falschen Zeugnisses schuldig macht, wird mit Gefängnis von 1 bis 3 Jahren und mit einer Geldstrafe von 4 000 bis 120 000 ffrs. bestraft.

IV. In beiden Fällen können die Schuldigen außerdem der in Art. 42 aufgeführten Rechte für 5 bis 10 Jahren, vom Tag der Strafverbüßung an gerechnet, entkleidet und für die gleiche Zeit der Überwachung der haute police unterstellt werden.

Art. 363:

Der Schuldige eines falschen Zeugnisses in zivilen Sachen wird mit Gefängnis von 2 bis 5 Jahren und mit einer Geldstrafe von 12 000 bis 480 000 ffrs. bestraft. Die im vorhergehenden Artikel angeführten Nebenstrafen können auf ihn auch angewandt werden.

Art. 364:

I. Der falsche Zeuge in kriminellen Sachen, der Geld, irgendeine Belohnung oder Versprechungen angenommen hat, wird unbeschadet des Art. 361, Abs. II mit zeitlicher Zwangsarbeit bestraft.

Fortsetzung auf Seite 5

tatio veritatis, 3. ein praeiudicare potuisse. Als Unterfall der Fälschungsverbrechen gelten die Eidesdelikte als diejenigen falsitates, die "verbis" begangen wurden.

Diese Merkmale kehren in der Definition der faux témoignage wieder, die innerhalb der französischen Rechtslehre am umfassendsten von Garçon 22) gegeben wird: Das falsche Zeugnis ist eine, unter Eidesbeteuerung in einem Straf- oder Zivilverfahren abgelegte und unwiderruflich gewordene Aussage, die wissentlich falsch und geeignet ist, das Gericht zugunsten einer Partei oder gegen sie zu täuschen.

Nach herrschender Meinung 23) setzt sich somit das falsche Zeugnis aus folgenden Tatbestandsmerkmalen zusammen:

1. ein vor Gericht unter Eid abgelegtes Zeugnis;
 2. Entstellung der Wahrheit in der Aussage;
 3. Vorhandensein oder Möglichkeit eines Schadens;
 4. Unwiderruflichkeit der Aussage, und
 5. Vorsatz beim Täter.
1. Als Täter der faux témoignage kommt nach den obigen Ausführungen vor allem der Zeuge in Betracht, der seine Aussagen unter Eid abgegeben hat.

Daneben ist es nach französischem Recht auch möglich, daß Personen nur uneidlich, "à titre de renseignement" (zur Auskunft) vernommen werden. Zu diesen sog. Auskunftspersonen 24) gehören die eidesunmündigen Kinder unter 15 Jahren, diejenigen, denen die Eidesfähigkeit durch Strafurteil aberkannt worden ist, und diejenigen Personen, die der Präsident des Schwurgerichts kraft seiner diskretionären Gewalt anhören kann. Die diskretionäre Gewalt des Schwurgerichtspräsidenten berechtigt diesen, alle Personen laden zu lassen und zu vernehmen, die ihm zur Erforschung der Wahrheit wichtig erscheinen. Zu diesen Personen gehören vor allem die, die nach den strengen Vorschriften für das Schwurgerichtsverfahren nicht als Zeugen benannt und geladen werden können.

Nach der feststehenden Rechtsprechung des Kassationshofes können diese Auskunftspersonen, wenn sie falsch aussagen, nicht wegen faux témoignage bestraft werden, da sie keinen Eid leisten und ihnen somit die Eigenschaft als

Fortsetzung der Anm. 20) :

II. Der falsche Zeuge in korrektonellen oder in zivilen Sachen, der Geld, irgendeine Belohnung oder Versprechungen angenommen hat, wird mit Zuchthaus bestraft.

III. Der falsche Zeuge in polizeilichen Sachen, der Geld, irgendeine Belohnung oder Versprechungen angenommen hat, wird mit Gefängnis von 2 bis 5 Jahren und mit einer Geldstrafe von 12 000 bis 480 000 ffers. bestraft.

IV. Die in Art. 362 angeführten Nebenstrafen können auf ihn auch angewandt werden.

V. In allen Fällen wird das, was der falsche Zeuge erhalten hat, eingezogen.

21) Kuttner 21 mit weiteren Hinweisen

22) Garçon 361/64 18, ähnlich Garraud VI, 3, auch Nouv. Rép. faux témoignage Nr. 1

gerichtliche Zeugen mangelt. Nach anfänglichem Schwanken folgte die französische Literatur diesem Standpunkt. Lediglich Garraud ²⁵⁾ nimmt dazu kritisch Stellung, indem er die herrschende Lehre als zwar juristisch richtig bezeichnet, auf der anderen Seite jedoch zu bedenken gibt, daß in einer Rechtsordnung, in der sich die Urteile auf die innere Überzeugung des Richters gründen, auch den Aussagen der Auskunftspersonen große Bedeutung beigemessen werden kann. Er verweist daher in diesem Zusammenhange auf die im belgischen c.p. getroffene Regelung, die eine, wenn auch mildere Bestrafung der Auskunftspersonen vorsieht.

Der c.p. enthält im übrigen keine besonderen Bestimmungen darüber, ob auch die Aussagen von Sachverständigen und Dolmetschern unter die Vorschriften der Art. 361 ff. c.p. fallen. Lehre und Praxis bejahen dies beim Sachverständigen, da er einen Zeugeneid leistet. Dem Dolmetscher hingegen wird ein vom Zeugeneid abweichender Eid gemäß Art. 332 c. d' instr. crim. abgenommen. Garraud meint hier, daß es bei der gegenwärtigen Fassung des Gesetzes schwierig sei, den falsch übersetzenden Dolmetscher unter dem Gesichtspunkt der faux témoignage zu belangen. Auch Vouin ²⁶⁾ lehnt eine Bestrafung des Dolmetschers aus den Art. 361 ff. c.p. ab, hält aber eine eventuelle Verurteilung wegen Urkundenfälschung für möglich ²⁷⁾. Garçon ²⁸⁾ meint aber, daß auch bei exakter Auslegung der Dolmetscher nach den Art. 361 ff. c.p. bestraft werden kann.

2. Das Zeugnis muß nach der angeführten französischen Rechtsanschauung "en justice" abgegeben worden sein.

Das bedeutet im einzelnen, daß im Strafverfahren das falsche Zeugnis nur dann strafbar ist, wenn es vor dem erkennenden Gericht und zwar in der Hauptverhandlung ²⁹⁾ abgegeben worden ist. Man folgert dies aus der gesetzlichen Formulierung "... soit contre l' accusé soit en sa faveur..". Einen "accusé" (bzw. prévenu) ³⁰⁾ aber gibt es nur in der Hauptverhandlung. Die wissentliche falsche Aussage vor einem Untersuchungsrichter oder Kriminalbeamten führt zu keiner Verurteilung ³¹⁾. Damit bringt die französische Rechtsprechung deutlich zum Ausdruck, daß das Zeugnis als Erkenntnisquelle des erkennenden Richters Strafschutz genießen soll.

In Zivilsachen kommen nur solche falschen Aussagen in Frage, die in einem regelrechten Zivilprozeßverfahren, d.h. vor einem mit der anhängigen Streitsache befaßten Gericht ge-

-
- 23) Garçon 361/64 19, Gerraud VI 3, Répert.prat. sowie Nouv. Rép. unter "faux témoignage" Nr.2; Juris-Cl.361 Nr.4
24) so Stooß 329
25) Garraud VI, 5 Anm.4
26) Vouin Nr. 355
27) So. Crim. D. 1867.5.217
28) Garçon 361/64, 34
29) Cass. S. 60. 1. 747
30) Im Schwurgerichtsverfahren heißt der Angeklagte "accusé", im korrekturellen u. polizeilichen Verfahren wird er "prévenu" genannt.
31) Crim. D. 1856.1.439; Toulouse D. 1877.2.159; Toulouse D. 1929.1.71

macht werden. Als Zivilverfahren werden auch die Verfahren vor den Handels- oder Schiedsgerichten angesehen. Im übrigen genügt auch jedes Sondergericht.

Obwohl somit die Natur der Gerichtsbarkeit für die Strafbarkeit der falschen Aussage unbeachtlich erscheint, zögert man doch, auch ein falsches Zeugnis vor einem Verwaltungs- oder ausländischen Gericht nach Art. 361 ff c.p. zu bestrafen ³²⁾. Garçon ³³⁾ hält diese Ansicht für anfechtbar, begründet jedoch nicht seine Zweifel. Lediglich auf Grund besonderer Bestimmungen stehen auch die falschen Zeugenaussagen vor parlamentarischen Untersuchungskommissionen (Art. 9 des Gesetzes vom 6.1.1950 betreffend die Abänderung der Gesetzestexte hinsichtlich der öffentlichen Gewalt) (Commissions d'enquête parlementaire), wie nach Art. 149 code civil auch gewisse Standessachen betreffende falsche eidliche Erklärungen vor dem Standesbeamten oder dem Friedensrichter unter der Strafdrohung des Art. 363 c.p.

Unbeachtlich ist weiterhin auch die Zuständigkeit des Gerichts ³⁴⁾. Es kommt nur darauf an, daß die Behörde in abstracto zur Abnahme von Zeugnissen im eigentlichen Sinne zuständig ist.

3. Die falsche Aussage wird, wie schon dargelegt, nach französischem Recht nur bestraft, wenn sie unter Eid erfolgt ist "sous la foi de serment". Die Beeidigung findet in jedem Falle vor der eigentlichen Aussage statt (vgl. die Ausführungen unter II). Die Eidesverweigerung ist sowohl in Zivil- als auch in Strafverfahren strafbar.
4. Die Frage, wie der Begriff der Falschheit bestimmt wird, hat in der französischen Rechtswissenschaft keine besondere Beachtung gefunden. Vielfach wird die Frage außer der einfachen Feststellung, daß die faux témoignage eine Entstellung der Wahrheit (altération de la vérité) beinhalte, gar nicht mehr weiter erörtert. Die vorhandenen Äußerungen lassen aber den Schluß zu, daß in der französischen Rechtslehre überwiegend die subjektive Eidestheorie vertreten wird. So erklärt Garraud ³⁵⁾ eindeutig, daß das Kriterium der Falschheit nicht in dem Unterschied zwischen Aussage und Tatsache zu suchen sei, sondern in dem Unterschied zwischen Aussage und der Kenntnis, die der Zeuge von dem, was vorgefallen sei, gehabt hat. Auch Rauter ³⁶⁾ geht in dieser Richtung, wenn er ausführt, daß auch derjenige faux témoignage begeht, der wahre Tatsachenberichte abgibt, die er aber selbst für falsch hält.

Allein Chauveau-Hélie ³⁷⁾ wendet hiergegen ein, daß das Gericht nicht irre geführt werde, wenn der Zeuge, ohne

32) Trib.corr.Limoges D. 1902.2. 134; Paris Gaz.Pal.1942.

33) Garçon 361/64, 139 (1.91)

34) Crim. Bull. crim. 376

35) Garraud VI, 13

36) Rauter 93 "...des choses vraies, qu'il a crues fausses"

37) Chauveau-Hélie 192, Nr. 6 a.E.

es zu wissen, die Wahrheit sagt. Mit seiner Feststellung, daß somit der Tatbestand des falschen Zeugnisses nicht erfüllt sei, vertritt es also offensichtlich die objektive Eidestheorie. Seine Ansicht hat indessen keinen Anklang gefunden³⁸⁾.

5. Das falsche Zeugnis muß eine wissentliche Unwahrheit vor Gericht darstellen, die einen Schaden verursacht oder verursachen kann. Dieses Erfordernis des tatsächlichen oder möglichen Schadens ist für die französische Auffassung der falschen Aussage von zentraler Bedeutung.

Die Frage, wann dies im einzelnen der Fall sein kann, ist von verschiedenen Seiten behandelt worden. Ausgehend davon, daß der Tatbestand des falschen Zeugnisses nur dann gegeben ist, wenn die Aussage die Prozeßentscheidung beeinflussen kann, hat man in Anknüpfung an die Lehre der alten italienischen Kriminalisten schon bei der Erörterung der altération de la vérité von vornherein eine Einschränkung in der Richtung gemacht, daß nur die Entstellung über einen wesentlichen Punkt (circonstances essentielles du fait en litige) zur Strafbarkeit des falschen Zeugnisses führe³⁹⁾.

Die Abgrenzung zwischen wesentlichen und unwesentlichen Tatsachen wird indessen verschiedentlich kritisiert. Gab schon Chauveau-Hélie (a.a.O. Anm.37) zu, daß eine einheitliche Regel schwer aufzustellen sei und in der Praxis die Unterscheidung zwischen wesentlichen und unwesentlichen Punkten sehr unsicher und schwierig sein könne, so lehnt Garçon⁴⁰⁾ sie überhaupt ab, indem er erklärt, daß die subtil ausgeklügelte Theorie über den Unterschied von wesentlichen und unwesentlichen Punkten zu scholastischen Disputen führe, die für das französische Recht überflüssig seien.

Die herrschende Lehre geht daher bei der Entscheidung, ob eine Falschaussage erheblich ist und daher als faux témoignage bestraft werden kann, in Anlehnung an den Gesetzestext nur noch davon aus, ob die Aussage für oder gegen den Angeklagten (Art. 361, 362 c.p. "... soit contre l'accusé, soit en sa faveur ...")⁴¹⁾ abgegeben worden ist. Das in diesen Worten enthaltene Merkmal der Schadensmöglichkeit wird zum Kriterium der Erheblichkeit und damit der Strafbarkeit der falschen Aussage gemacht⁴²⁾.

38) Das in neuester Zeit bei Vouin (V. Nr. 356) zu findende Beispiel, daß, obwohl ein Angeklagter eines Diebstahls überführt worden sei, ein Zeuge für schuldig erklärt werden könne, wenn er fälschlicherweise bekräftigt, diesen Diebstahl gesehen zu haben, ist kaum geeignet, eindeutigen Aufschluß darüber zu geben, welcher Eidestheorie dieser Autor folgt. Zwar stimmt das, was der Zeuge gesehen haben will, mit den Tatsachen überein, aber objektiv falsch ist die Angabe, diese Tatsache wahrgenommen zu haben.

39) Chauveau-Hélie 189/90; Répert. prat. Nr. 10 f; Hélie-Dep. 733
40) Garçon 361/64, 42, ebenso Garraud 10

41) Das Gleiche gilt auch für das falsche Zeugnis in Zivilsachen, wenn auch Art. 363 c.p. darüber schweigt. Juris-Cl. 361, Nr. 43 mit Rspr. (Nr. 44 u. 45); Garçon 361/64, 142

42) So vor allem Garçon 361/64, 41 ff; und Garraud VI, 10ff

Auch die Rechtsprechung verfährt vorwiegend im Sinne dieser Lehre.

Schall ist zuzustimmen, wenn er darauf hinweist, daß die zuletzt angeführte Ansicht auf die Unterscheidung von wesentlichen und unwesentlichen Punkten der Aussage hinausläuft, im Gegensatz zur eingangs erwähnten Unterscheidung von wesentlichen und unwesentlichen Punkten hinsichtlich der im Verfahren zu entscheiden Sache 43).

Unter diesem Gesichtspunkt brauchen z.B. erhebliche Tatsachen keineswegs bloß die Wahrnehmungen des Zeugen über die den Gegenstand der Anklage bildende Tat zu sein. Auch Aussagen über anderes können von Einfluß auf die Entscheidung werden; so z.B. Aussagen über anklagefremde Tatsachen, die aber für eine Gesamtbeurteilung des Angeklagten mitbestimmend sein können, oder Angaben über die eigenen Personalien des Zeugen 44). Im übrigen umfaßt das Zeugnis nur die Bekräftigung von Tatsachen und nicht von Werturteilen über die Tatsachen, die ja vom Richter überprüft werden müssen 45). Ein falsches Zeugnis liegt andererseits nicht vor, wenn die als falsch erkannte Aussage den Angeklagten gar nicht berührt.

Welchen Einfluß die falsche Aussage im Endergebnis auf den Ausgang des Prozesses hatte, ist unerheblich. Entsprechend dem "praejudicare potuisse" genügt es, wenn die Aussage potentiell geeignet ist, einen Schaden nach sich zu ziehen.

In diesem Zusammenhang ist noch aufzuzeigen, wie die französische Rechtswissenschaft die Fälle behandelt, die sich durch Verneinungen, Verschweigen eines Umstandes oder Widersprüche in der Aussage kennzeichnen.

Reine Verneinungen können nach der Ansicht des Kassationshofes 46) einer positiven falschen Aussage gleichstehen, wobei lediglich der subjektive Tatbestand dafür entscheidend ist, ob wegen faux témoignage bestraft werden kann. Auch durch bloßes Verschweigen von Umständen, die dem Zeugen bekannt sind, kann faux témoignage begangen werden. Es kommt dabei darauf an, ob das bewußte Verschweigen eines Umstandes den Sinn der ganzen Aussage in einer Weise verändert, daß die Tatsachen, über die ausgesagt wird, unvollständig oder unrichtig dargestellt erscheinen. Widersprüche und Abweichungen, die sich in der Aussage eines Zeugen während der Verhandlung zeigen, stellen lediglich ein Indiz für ein falsches Zeugnis dar 47). Steht fest, daß die Aussage bewußt und endgültig zugunsten oder zuungunsten des Angeklagten falsch abgegeben worden ist, so liegt faux témoignage vor 48).

43) Schall, 34 f

44) Vgl. dazu Garçon 361/64, 44 und 45; weitere Beispiele bei Stooß S. 331

45) Vouin Nr. 355, 2 c

46) Vgl. Cass. S. 27.1.480; Cass. D. 69.1.263

47) Tritt dieser Fall vor dem Schwurgericht ein, so soll nach Art. 318 c. d. instr. c. der Präsident die Widersprüche und Abweichungen protokollarisch festhalten lassen. Dies hat den Zweck, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen und ihn zum Widerruf anzuregen (Garraud VI, 71).

6. Im Gegensatz zu der großen Sorgfalt, mit der im französischen Recht das Problem der Erheblichkeit der Aussage behandelt wird, wird die subjektive Seite des falschen Zeugnisses nur mit wenigen Worten gestreift.

Die Literatur 49) erklärt das falsche Zeugnis übereinstimmend als *délit intentionel*. Intention ist hier gleichbedeutend mit "*dol général*" (etwa dem Begriff des Vorsatzes im deutschen Recht). Während Garçon 50) lediglich verlangt, daß der Zeuge mit Bewußtsein die Wahrheit entstellt, daß er wissentlich gelogen hat, fordern Garraud und Vouin 51) für den subjektiven Tatbestand das Bewußtsein und den Willen, das falsche Zeugnis als ein Delikt zu begehen.

Nach der Rechtsprechung wird für genügend erachtet, daß der Zeuge im Bewußtsein seines schlechten Zeugnisses ausgesagt hat 52).

Eigenartigerweise enthält sich die französische Rechtswissenschaft wie auch Praxis jeder Äußerung darüber, ob der subjektive Tatbestand auch das Bewußtsein umfassen muß, zugunsten oder zuungunsten des Angeklagten oder der Partei die Unwahrheit zu sagen. Lediglich Garçon 53) deutet darauf hin, wenn er sagt, der Zeuge müsse wissen, daß er für oder gegen den Angeklagten die Unwahrheit sage. Es scheint indessen, als gelte mit der Feststellung, daß ein falsches Zeugnis für oder gegen den Angeklagten objektiv vorlag und daß der Täter bewußt die Unwahrheit gesagt hatte, *implicite* auch als festgestellt, daß der Täter sich bewußt war, für oder gegen den Angeklagten bzw. die Partei auszusagen 54).

Eine Schädigungsabsicht wird sowohl von der Lehre als auch in der Praxis nicht gefordert.

48) Garçon 361/64; 58 u. 59, Garraud VI, 11

49) Vgl. Garçon 361/64; Garraud VI, 13; *Répert. prat.* f.t. no. 27

50) Garçon 361/64, 65

51) Garraud VI, 13; Vouin (Nr. 356, 1b) "gewollte Wahrheitsänderung mit Vorsatz (*intention delosive*)"

52) Cass. S. 37.1.79

53) Garçon 361/64, 65

54) So auch Kuttner (54), der auf Garraud VI, 14 verweist: Die Absicht, das Urteil zu beeinflussen, ergibt sich schon aus dem Bewußtsein, die Unwahrheit zu sagen.

7. Nach französischer Rechtsauffassung ist ein Versuch des falschen Zeugnisses juristisch nicht denkbar ⁵⁵⁾. Denn alle Angaben eines Zeugen im Laufe einer Verhandlung stellen ein unteilbares Ganzes dar, dessen Charakter erst mit dem Schluß der Verhandlung bestimmt werden kann. Zeitpunkt der Vollendung ist grundsätzlich der Schluß der Verhandlung. Solange hat der Täter die Möglichkeit, seine Äußerungen zu widerrufen, jedoch nicht unter dem Gesichtspunkt des Rücktritts vom Versuch, sondern unter dem des Widerrufs. Dieser wird Gegenstand einer besonderen Behandlung sein (vgl. unten IX).
8. Die für das falsche Zeugnis vorgesehenen Strafen sind entsprechend den Verfahren abgestuft, in denen es abgegeben worden ist.

Das falsche Zeugnis in kriminellen Sachen (en matière criminelle) gilt als Verbrechen und wird grundsätzlich mit Zuchthaus bestraft (Art. 361); daneben treten obligatorisch als Nebenstrafen der Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte, zu denen auch die Eidesfähigkeit zählt, und ein Aufenthaltsverbot.

Die anderen Arten des falschen Zeugnisses werden als Vergehen betrachtet. Wird es in korrektionalen Sachen (en matière correctionnelle für Vergehenssachen) abgelegt, so beträgt die Strafe Gefängnis von 2 - 5 Jahren, neben die eine Geldstrafe von 12 000 - 480 000 ff. ⁵⁶⁾ tritt (Art. 362 Abs. II c.p.). Die gleichen Strafen sind für das falsche Zeugnis en matière civile angedroht (Art. 363 c.p.). Das in einer polizeilichen Sache (en matière de simple police) abgelegte Zeugnis wird gemäß Art. 362 Abs. III c.p. mit Gefängnis von 1 - 3 Jahren und einer Geldstrafe von 4 000 - 120 000 ff. bestraft. Als Nebenstrafe kann in den vorgenannten Fällen fakultativ der Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte (Art. 42 c.p.) auf 5 - 10 Jahre und für die gleiche Zeit ein Aufenthaltsverbot hinzukommen.

Bei der Feststellung, in welchem Strafverfahren das falsche Zeugnis abgegeben wurde, geht man davon aus, ob die Anklage, die zu dem Verfahren geführt hat, auf Verbrechen, Vergehen oder Übertretung lautete ⁵⁷⁾. Entscheidend ist daher weder die Art des Gerichtes, vor dem die falsche Aussage abgegeben wurde, noch die in dem Verfahren tatsächlich ausgesprochene Strafe.

55) Garraud VI, 14; Garçon 361/64, 106 ff mit weiteren Nachweisen

56) Die Sätze für die Geldstrafen wurden 1953 neu festgelegt; sie betragen vorher nur die Hälfte der angeführten Sätze. Die Beobachtung, daß die Höhe der Geldstrafen im Laufe der letzten Jahre anstieg, deutet darauf hin, daß sie dem jeweiligen Wert des Franc angepaßt wurde.

57) Garçon 361/64, 111; Garraud VI, 19; Répert. prat. f.t. Nr. 38; Hélie- Dep. 740; Vouin Nr. 357, 1; Cass. S. 54. 1. 739

V. Der falsche Parteieid

Die Entstehungsgeschichte des Parteimeineides 58) bietet einen aufschlußreichen Einblick in die Problematik, die die praktische Anwendung dieser Vorschrift aufwirft. Erstmalig hat der c.p. von 1810 eine Strafbestimmung über den Parteimeineid aufgenommen. Gegen dieses Vorhaben richteten sich erhebliche Widerstände im Corps législatif, die sich darauf stützten, daß der Art. 1363 code civil 59) der Zivilpartei, die ihrem Gegner einen Eid zu- oder zurückgeschoben hat, grundsätzlich den Beweis der Falschheit dieses Eides verbiete. Der Grundgedanke war: volenti non fit injuria. Trotz dieser Widerstände setzte der Staatsrat doch die Bestrafung des Meineides durch, da diese Tat die Wahrhaftigkeit der richterlichen Tätigkeit verfälsche und sich somit gegen die Rechtspflege richte.

Täter ist nur die Partei des Zivilprozesses. Bei der Gerichtsbarkeit kann es ^{sich} sowohl um Zivilgerichte als auch um Handelsgerichte oder auch um eine Cour d' appel 60) handeln. Außergerichtliche Meineide, die nicht im Laufe eines ordentlichen Zivilverfahrens geleistet werden, fallen nicht unter die Bestimmung des Art. 366 c.p. Lediglich kraft ausdrücklicher Vorschrift im Code général des impôts, einem steuer- und abgabenrechtlichen Gesetz, werden gewisse unter Eid der Steuerbehörde gegenüber abgegebene falsche Erklärungen, ja in einem Falle sogar eine uneidliche falsche Versicherung ebenfalls unter die Strafvorschrift des Art. 366 c.p. gestellt (vgl. Code général des impôts vom 6.IV. 1950 Art. 819, 1791, 1812).

Die Strafvorschrift erfaßt sowohl den von den Parteien zu- oder zurückgeschobenen Eid (sog. serment décisoire, Schiedseid) als auch den einer Partei vom Richter von Amts wegen auferlegten Eid (sog. serment supplétoire).

Die weiteren Tatbestandselemente des Parteienmeineides stimmen im übrigen mit denen des falschen Zeugeneides überein.

Bestraft wird der Meineid der Partei mit Gefängnis von 1 - 5 Jahren, neben das eine Geldstrafe von 24 000 - 720 000 ffirs. tritt. Außerdem kann für die Zeit von 5 - 10 Jahren der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder ein Aufenthaltssverbot ausgesprochen werden.

58) Art. 366

I. Derjenige, dem in Zivilsachen ein Parteieid zu- oder zurückgeschoben wurde und der einen falschen Eid abgelegt hat, wird mit Gefängnis von 1 - 5 Jahren und mit einer Geldstrafe von 24 000 bis 720 000 ffirs. bestraft.

II. Er kann außerdem der in Art. 42 angeführten Rechte für 5 bis 10 Jahre, vom Tage der Strafverbüßung an gerechnet, entkleidet und für die gleiche Zeit der Überwachung der haute police unterstellt werden.

59) Art. 1363 c.c.: Wenn ein zu- oder zurückgeschobener Eid abgelegt worden ist, ist der Gegner nicht mehr berechtigt, dessen Falschheit zu beweisen.

60) Amiens S. 1843. 2. 539; Cass. S. 1878.1.487; Vouin Nr. 367

Die Anwendbarkeit des Art. 366 c.p. erleidet jedoch dadurch eine wesentliche Einschränkung, daß der Beweis der Falschheit der unter Eid bekräftigten Tatsache nach einheitlicher Ansicht von Rechtslehre und Rechtssprechung⁶¹⁾ nur nach den Regeln des code civil (Art. 1341 ff) antreten werden kann. Wenn der Angeschuldigte nicht einräumt, einen falschen Eid geschworen zu haben, ist der Zeugenbeweis ausgeschlossen, es sei denn, daß es sich um einen Streitwert unter 5000 ffcs.⁶²⁾ oder um einen Handelsprozeß handelt, oder der Anfang eines schriftlichen Beweises besteht⁶³⁾. Wenn somit der Zeugenbeweis zulässig ist, kann die Strafverfolgungsbehörde die Partei, die den Eid zugeschoben hatte, als Zeugen vernehmen⁶⁴⁾.

Die Anwendung der Beweisvorschriften des c.c. sichert also in den meisten Fällen dem Meineidigen die Straflosigkeit⁶⁵⁾.

VI. Sondertatbestände

Weitere Formen an Eidesdelikten kennt das französische Recht nicht.

VII. Der Eidesnotstand

Der c.p. enthält keine besondere Bestimmung über den sog. Eidesnotstand. Die in Ermangelung dessen von der Rechtslehre einerseits und der Rechtssprechung andererseits entwickelten Ansichten über dieses Problem stehen sich einander scharf gegenüber.

Die Literatur geht bei ihren Gedankengängen davon aus, daß Zeuge im Grunde nur der sein könne, der über Dinge aussagt, die nicht seinen eigenen Lebenskreis berühren. Würde er daher über Dinge befragt werden, die ihn persönlich angehen und die bei wahrheitsgemäßer Beantwortung zu einer strafgerichtlichen Verfolgung seiner Person führen könnten, so würde er nur noch scheinbar Zeuge sein, da er in "eigener Sache" aussagen würde. Die Rechtslehre⁶⁶⁾ nimmt also an, daß der Zeuge in dem Augenblick seine Zeugeneigenschaft verliere, in dem er falsch aussagt, um sich selbst zu verteidigen und sich vor gerichtlicher Verfolgung zu schützen. Wegen der mangelnden Zeugeneigenschaft könne daher auch Art. 361 ff nicht angewendet werden. Garraud (a.a.O.) schränkt diese Ansicht dahingehend

61) Vgl. vor allem Garçon 366,25 mit weiteren Nachweisen.

62) Bei einem Streitwert über 5000 ffcs. kann der Beweis nur durch Urkunden geführt werden.

63) Vgl. Vouin Nr. 353,2b mit weiteren Nachweisen

64) Cass. Bull. crim. 233

65) So vor allem Garçon 366, 12; allerdings scheint die Eideszuschiebung selten zu sein, da Kuttner (55) für die Zeit von 1900 bis 1931 nur neun Entscheidungen von Straf- u. Zivilgerichten über den Parteieid hat finden können.

66) Garraud VI, 7 f; Garçon 361/64, 36; Chauveau-Hélie II, 188/89; Rauter 91; Répert. prat. f.t.Nr. 8

ein, daß das unter dem Eidesnotstand abgegebene falsche Zeugnis nicht gleichzeitig einem anderen zum Nachteil gereichen dürfe.

Demgegenüber lehnt der französische Kassationshof in ständiger Rechtsprechung eine Berücksichtigung der Zwangslage des Zeugen, der durch wahrheitsgemäße Aussagen sich selbst belasten würde, ab. Trotz heftiger Kritik hat der Hof an seiner bisherigen Ansicht festgehalten und noch in einem seiner jüngsten Urteile ⁶⁷⁾ darauf hingewiesen, daß die unbedingte Wahrheitspflicht, die der nach den Vorschriften des Gesetzes geschworene Eid dem Zeugen auferlege, eine andere Stellungnahme zu dem Problem verbiete ⁶⁸⁾. Das Problem des Aussagenotstandes ist im übrigen lediglich im Hinblick auf den Zeugen und dem Sachverständigen erörtert worden.

VIII. Straferschwerende Umstände

Die Vorschriften über die Meineidsdelikte enthalten zwei verschiedene Erschwerungsgründe:

1. Ist in kriminellen oder korrektionalen Sachen ein falsches Zeugnis abgegeben worden, das
 - a) sich gegen den Angeklagten richtet, und
 - b) auf Grund dessen der Angeklagte zu einer Strafe verurteilt wurde, die schwerer ist als diejenige, die normalerweise für das falsche Zeugnis vorgesehen ist,so trifft den Zeugen die gleiche schwere Strafe, zu der der Angeklagte verurteilt worden ist. Zwischen der Verurteilung und dem falschen Zeugnis muß Kausalzusammenhang bestehen ⁶⁹⁾ (Art. 361 Abs. II, Art. 362 Abs. II).

Dieser Straferschwerungsgrund wird vielfach als letzte Reminiszenz der alten Wiedervergeltungsstrafe bezeichnet ⁷⁰⁾. Es ist dabei jedoch nicht erforderlich, daß der Angeklagte die über ihn verhängte Strafe auch tatsächlich verbüßen muss.

2. Art. 364 c.p. enthält einen zweiten Straferschwerungsgrund; der auf alle Arten des falschen Zeugnisses Anwendung findet.

67) Cass. in Revue de science crim. 1946, Seite 236

68) Gegen diese Rechtsprechung hat Garraud (a.a.O.) vor allem eingewandt, daß sie die Vorfrage, ob der Aussagende denn überhaupt noch als Zeuge anzusprechen sei, vom Hof völlig unbeachtet geblieben sei. In seiner Stellungnahme zu diesem Einwand weist Schall (21) wohl zutreffend darauf hin, daß das Gesetz zwar ein Zeugnis des Angeklagten in eigener Sache nicht gestatte, daß aber, wer als Zeuge vernommen wird, verpflichtet sei, über Tatsachen, die er wahrgenommen hat, auszusagen und zwar auch dann, wenn diese Dinge ihn unmittelbar selbst berühren. Die Forderung, daß er als Zeuge aussagt, stelle klar, daß ein selbständiger Verlust der Zeugeneigenschaft nicht möglich sei. Eine andere Frage sei es, ob man die Falschaussage unter dem Gesichtspunkt der Unzumutbarkeit als entschuldigt ansehen kann. Dies scheint der Kassationshof unter Hervorhebung der Pflicht zur Wahrheit aber abgelehnt zu haben.

69) Garraud VI, 21; Hélie- Depeignes 740

70) Garçon 361/64, 121; Garraud VI 20

Der Zeuge wird strenger bestraft, wenn er für seine falsche Aussage Geld, irgendeine Belohnung oder Versprechungen erhalten hat. Der Erschwerungsgrund liegt also in dem verwerflichen Motiv der Gewinnsucht. Der Zeuge muß daher mit dem Angebot einverstanden gewesen sein ⁷¹⁾.

In kriminellen Sachen ist die Strafe statt Zuchthaus zeitliche Zwangsarbeit (Art. 364 Abs. I. c.p.), unbeschadet einer schärferen Strafe aus dem unter 1. behandelten Erschwerungsgrund. In korrekzionellen Sachen und Zivilsachen tritt Zuchthausstrafe ein (Abs. II), während in polizeilichen Sachen Gefängnis von 2 - 5 Jahren und eine Geldstrafe von 12 000 - 480 000 ffrs. angedroht sind (Abs. III). Das, was der Zeuge als Geschenk oder Belohnung erhalten hat, unterliegt der Einziehung (Art. 364 Abs. V). Im übrigen kann in allen Fällen auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Aufenthaltsverbot erkannt werden (Abs. IV).

IX. Der Widerruf der falschen Aussage

Die hier behandelte Berichtigung der falschen Aussage kann begrifflich nicht als "tätige Reue" angesprochen werden. Dazu hätte das Delikt zuvor vollendet sein müssen. Hier handelt es sich vielmehr um die Berichtigung vor dem eigentlichen Zeitpunkt der Vollendung, ohne daß auf der anderen Seite von einem Rücktritt vom Versuch gesprochen werden kann (vgl. hierzu die Ausführungen unter IV, 7).

Der c.p. läßt jede Bestimmung über den Widerruf von falschen Zeugnissen vermissen. Literatur und Rechtsprechung sind heute zu dem Ergebnis gelangt, daß das falsche Zeugnis nicht strafbar ist, wenn es noch vor Beendigung der Verhandlung zurückgezogen oder berichtigt wird. Erst dann, wenn mit Schluß der Verhandlung die Aussage unwiderruflich geworden ist, kann einer nachfolgenden Berichtigung keine strafbefreiende Wirkung mehr beigemessen werden.

Zur Rechtfertigung des Grundsatzes, daß der Zeuge bei rechtzeitigem Widerruf straffrei bleibt, wurden verschiedene Begründungen angeführt.

Die gesamten Erklärungen eines Zeugen während einer Verhandlung werden als ein einheitliches Ganzes betrachtet, deren Inhalt und Sinn man erst mit Schluß der Verhandlung erkennen und würdigen kann. Jede Berichtigung falscher Angaben vor diesem Zeitpunkt führe daher dazu, daß kein falsches Zeugnis mehr im entscheidenden Augenblick vorliege ⁷²⁾.

71) Vouin Nr. 357, 2

72) Garraud VI 14; Garçon 361/64, 85; Hélie-Dep. 736; Répert. prat. f.t. Nr. 16

Weiter wird darauf hingewiesen, daß bei rechtzeitiger Rückkehr zur Wahrheit jede Schadensmöglichkeit entfalle 73), und damit ein wesentliches Tatbestandselement.

In einer weiteren Stellungnahme zu dem Problem wird auf den kriminalpolitischen Zweck verwiesen, der durch die Berücksichtigung der Berichtigung erreicht wird, und so die Straflosigkeit der falschen Aussage bei rechtzeitigem Widerruf rechtfertigt 74).

Im Ergebnis ist somit festzustellen, daß nach französischer Anschauung bei rechtzeitigem Widerruf ein falsches Zeugnis tatbestandsmäßig garnicht gegeben ist. Der Widerruf stellt sich somit nicht als ein persönlicher Strafaufhebungsgrund dar.

Der Widerruf wird sowohl beim Zeugnis als auch beim Gutachten berücksichtigt. Die Frage des Widerrufs der Partei des Zivilprozesses wird in der französischen Lehre nicht behandelt. Auf jeden Fall gilt jedoch die Berichtigung des decisorischen Parteieides nicht als Strafaufhebungsgrund, da der Richter auch bei rechtzeitigem Widerruf in seiner Entscheidung an den (falschen) Eid gebunden ist.

Die Frage, an wen der Widerruf zu richten ist, hat in der französischen Theorie und Praxis keine besondere Erörterung gefunden. Man geht aber nicht fehl, wenn man behauptet, daß nur das erkennende Gericht als Adressat der Berichtigung in Frage kommt. Dies ergibt sich aus dem einheitlichen Charakter der Aussage, die bei Verhandlungsschluß sowohl vollendet als auch unwiderruflich ist. Bis zu diesem Zeitpunkt aber hält sich der Täter - wenn möglicherweise auch mit Unterbrechung (s. weiter unten) - vor dem Gericht auf. Auch sprechen Schrifttum und Rechtsprechung vom Widerspruch im Verhandlungstermin.

Eine außerordentlich breite Behandlung hat dagegen die Frage gefunden, bis wann der Widerruf noch möglich ist, d.h. wann die Verhandlung als geschlossen anzusehen ist.

Im Schwurgerichtsverfahren wird die Verhandlung nach Art. 335 c. d' instr. c. vom Präsidenten ausdrücklich für geschlossen erklärt. In den Verfahren vor dem tribunal correctionnel und dem tribunal de simple police ist dies nicht vorgeschrieben. Hier gilt, falls der Vorsitzende die Verhandlung nicht auch ausdrücklich für geschlossen erklärt hat, der Grundsatz, daß mit dem Plädoyer des Anklage-

73) Cass. S. 39.1.326; Hélie-Dep. 736; Ch.-Hélie II 194; gegen diese Argumentation Garçon 361/64; 85, der darauf hinweist, daß trotz rechtzeitigem Widerruf doch für oder gegen den Angeklagten ausgesagt worden und auch schon eine Schadensmöglichkeit eingetreten sei, wie etwa die Inhaftierung eines Unschuldigen. Als möglicher Schaden wird von der Rechtsprechung jedoch nur solcher angesehen, der dadurch entstehen kann, daß durch die Falschaussage die endgültige Entscheidung des Prozesses beeinflußt wird.

74) Garçon 361/64, 85

vertreters und den letzten Verteidigungsworten des Angeklagten die Verhandlung geschlossen ist 75).

Besteht schon während der Verhandlung ausreichender Verdacht, daß der Zeuge falsch ausgesagt hat, so kann der Vorsitzende des Gerichts den Zeugen festnehmen und eine vorläufige Untersuchung einleiten lassen (Art. 330 c. d'instr. c.). Falls er es für notwendig erachtet, kann er auch gemäß Art. 331 c. d' instr. c. die Verhandlung der Hauptsache vertagen. Wurde nun die Verhandlung nicht unterbrochen, so kann der bereits festgenommene Zeuge sich durch Widerruf vor Abschluß derselben noch Straffreiheit sichern 76). Vertagt dagegen das Gericht die Verhandlung der Hauptsache, so gilt damit die Verhandlung als geschlossen und die Aussage als unwiderruflich 77).

Wird der Zeuge in Zivilsachen vor dem erkennenden Gericht gehört, so ist Widerruf bis zum Schluß der Verhandlung möglich, selbst wenn diese sich über mehrere Tage erstrecken und der Zeuge zu einem späteren Termin nicht mehr geladen sein sollte 78). Erfolgte die Einvernahme durch einen beauftragten Richter, so gilt die Aussage dann als unwiderruflich, wenn der Abschluß der Anhörung zu Protokoll genommen worden ist 79).

Da der Widerruf die Tatbestandsmäßigkeit des falschen Zeugnisses ausschließt, führt er stets zur Straflosigkeit.

X. Die Anstiftung und Verleitung zur falschen Aussage

Das französische Recht hat im Art. 365 80) einen besonderen Tatbestand der Verleitung (subornation) von Zeugen zum falschen Zeugnis aufgestellt. Diese Bestimmung erhielt am 28.7.1949 eine neue Fassung, die von der alten Regelung sehr verschieden ist. Stellte die alte Vorschrift dogmatisch noch einen besonders ausgestalteten Fall der gewöhnlichen Teilnahme (Art. 59/60 c.p.) dar (complicité sui generis), so hat sie jetzt in ihrer Neufassung den Charakter eines selbständigen Tatbestandes (délit distinct) erhalten.

Die Eigenart der Bestimmung verbietet eine Untergliederung

75) So wurde z.B. entschieden, daß eine Verhandlung noch nicht als geschlossen zu betrachten sei, wenn die Fortsetzung der Verhandlung auf einen um einige Tage später liegenden Termin zur Einvernahme weiterer Zeugen verlegt wurde (Grenoble D. 72.2.229). Widerruf in einem Termin, der nur zur Verkündung der Entscheidung angesetzt worden war, wurde als zu spät betrachtet (Cass D. 77.1. 404).

76) Cass. S. 43. 1. 715; Cass. S. 69.1. 331

77) Cass. S. 42. 1.472; Cass. S. 74.1.93; Cass Gaz. Pal. 1928. 2.91: Als Begründung dafür wird angeführt, daß die Unterbrechung des Verfahrens schon einen irreparablen Schaden darstellen würde.

78) Cass. Gaz. Pal. 1933.1.97

79) Cass. Revue de science cr. 1939, 86

rung der Erörterung in erfolglose Anstiftung und Verleitung zum Falscheid; die einzelnen Folgerungen müssen aus der Vorschrift als ganzer gezogen werden.

Hatte die alte Fassung noch Straflosigkeit des Verleiters in allenden Fällen zur Folge, in denen seine Verleitung erfolglos geblieben war, so hat nunmehr die neue Fassung mit ihrem Hinweis auf die Alternative, daß die Verleitung zu einem Ergebnis geführt haben kann oder nicht, eindeutig klargestellt, daß die erfolglose Verleitung im gleichen Maße wie die erfolgreiche der Strafbestimmung des Art. 365 c.p. unterliegt.

Gegenstand der Vorschrift ist nur die Verleitung des Zeugen und des Sachverständigen. Die deliktischen Verleitungshandlungen sind sehr weit gefaßt; sie umfassen Versprechungen, Angebote oder Geschenke, Anwendung von Druck oder Bedrohungen, Tätlichkeiten, hinterlistige Handlungen oder Kunstgriffe. Bei der Ausführlichkeit dieser Aufzählung muß angenommen werden, daß sie abschließend sein soll, zumal das Gesetz nichts davon sagt, daß die subornation auch auf andere Weise begangen werden kann ⁸¹⁾,

Die Verleitung beschränkt sich andererseits nicht nur auf die regelrechte falsche Zeugenaussage (déposition), sondern kann sich auch auf mündliche oder schriftliche Erklärungen (déclarations) und Bescheinigungen (attestations), die vor Gericht verwendet werden sollen, erstrecken. Damit geht Art. 365 c.p. über den Rahmen der Art. 361 - 364 c.p. hinaus, nach denen nur beeidigte Aussagen als falsches Zeugnis bestraft werden können.

Nach dem Gesetzestext ist nicht nur die im Laufe eines anhängigen Prozesses begangene Verleitung strafbar, sondern auch schon die im Hinblick auf ein zukünftiges Gerichtsverfahren begangene.

Die neue Fassung des Art. 365 erweitert sowohl gegenüber der alten Fassung als auch gegenüber den Art. 361 - 64 den Kreis der Verfahrensarten, in denen eine subornation

80) Art. 365:

Jeder, der im Laufe eines anhängigen Verfahrens (in jeder Prozeßlage) oder in allen Sachen (Verfahrensarten) im Hinblick auf eine Klage oder eine Verteidigung Versprechungen, Angebote oder Geschenke, Druck, Drohungen, Tätlichkeiten, hinterlistige Handlungen oder Kunstgriffe benutzt, um andere zu bestimmen, eine falsche Zeugenaussage, Erklärung oder Bescheinigung abzugeben oder zu übergeben, wird unabhängig davon, ob diese Verleitung zu einem Erfolg geführt hat oder nicht, mit Gefängnis von 1 bis 3 Jahren und mit einer Geldstrafe von 100 000 bis 1 Million ff.fr. oder mit einer dieser beiden Strafen allein bestraft, unbeschadet höherer, in den vorhergehenden Artikeln vorgesehener Strafen, wenn er Teilnehmer eines als Verbrechen oder Vergehen qualifizierten falschen Zeugnisses ist.

81) Besprechung in Rec. de droit pénal 1950, 65; Vouin Nr. 359, b und Lambert 922 weisen dabei darauf hin, daß im Gegensatz zu früher die einfache Tat, um eine falsche Zeugenaussage frank und frei nachzusuchen, nicht mehr strafbar sei.

möglich ist. So wird in der Besprechung im Rec. de dr. p. (a.a.O.) unter Hinweis auf die gesetzliche Formulierung "en toute matière" hervorgehoben, daß die Vorschrift auch auf Verleitungshandlungen in Verfahren vor Verwaltungsgerichten und den in letzter Zeit zahlreich gewordenen "conseils" und "Commissions" (beide auch "juridictions disciplinaires" genannt) Anwendung findet. Vouin und Lambert ⁸²⁾ führen weitere Beispiele an, indem sie sagen, daß eine schuldhafte Anstiftung zu einer lügnerischen Aussage vor einem Untersuchungsrichter oder gar Kriminalbeamten eine Verleitung darstellen würde, selbst wenn diese Aussage selbst auch nicht als falsches Zeugnis bestraft werden könnte ⁸³⁾.

Zum subjektiven Tatbestand gehört, wie im Rec. de dr. p. (a.a.O.) ausgeführt wird, das Bewußtsein des Verleiters, daß er eine *déposition mensongère* verlangt. Aus dem Wort *mensongère* (lügenhaft) ist zu schließen, daß der Verleitete nach der Vorstellung des Verleiters eine bewußt (= vorsätzlich) falsche Aussage machen soll ⁸⁴⁾.

Die in Art. 365 selbständig angedrohte Strafe ist Gefängnis von einem bis zu drei Jahren und Geldstrafe von 100 000 - 1 Million ffrs. oder eine von beiden allein.

Sofern die Verleitung Erfolg gehabt hat, erfährt die obige Strafbestimmung dahingehend eine Modifikation, als der Verleiter nicht mehr unmittelbar aus Art. 365, sondern als Teilnehmer (Anstifter) am falschen Zeugnis aus den Art. 59/60 c.p. wie der Täter bestraft wird, unter der Voraussetzung, daß die nach diesen Bestimmungen auszusprechende Strafe schwerer ist als die in Art. 365 angedrohte. Die Bestimmung des Art. 365 c.p. schließt also trotz des Charakters der Verleitung als *delictum sui generis* die Anwendbarkeit der allgemeinen Teilnahmevorschriften beim Tatbestand des falschen Zeugnisses nicht vollständig aus.

Im angeführten Fall stützt sich die Bestrafung des Verleiters ausschließlich auf die tatbestandlichen Voraus-

82) Vouin Nr. 359, c; Lambert 922

83) Inwieweit diese gesetzliche Vorschrift Einfluß auf die Auslegung der Art. 361 - 64 hinsichtlich der vernehmten Behörde gewinnen wird, kann noch nicht übersehen werden.

84) Vgl. hierzu die Bemerkung Garraud's (VI 13), daß die Lüge (*le mensonge*) das Ergebnis des Vorsatzes ist (*est le résultat d'un dol*).

setzungen der Teilnahmevorschriften (Art. 59/60 c.p.)⁸⁵⁾
Die Verleitung muß daher mit einem der in Art. 60 aufgezählten Verleitungsmittel begangen sein. Daraus folgt, daß die schon erwähnte einfache Bitte, eine falsche Aussage zu machen, auch nicht unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Teilnahmevorschriften zu einer Bestrafung führen kann⁸⁶⁾.

Der subjektive Tatbestand der Teilnahmevorschriften hat in der französischen Rechtslehre keine ausführliche Erörterung gefunden. Steht zwar fest, daß jede Teilnahmehandlung schuldhaft (avec intention) begangen sein muß, so wurde doch auf der anderen Seite keine Einigkeit darüber erzielt, ob sich im speziellen Fall der subjektive Tatbestand des Anstifters auch darauf zu erstrecken habe, daß der Angestiftete vorsätzlich handelt. Während D. de Vabres⁸⁷⁾ generell ausführt, daß die Willensübereinstimmung das Schulselement der strafbaren Teilnahme darstelle und daß es dabei genüge (aber auch erforderlich sei), wenn der Täter sich bewußt sei, sich an einem vorsätzlichen Verbrechen oder Vergehen zu beteiligen, vertritt Garraud⁸⁸⁾ im Anschluß an den Kassationshof⁸⁹⁾ die Auffassung, daß die Rechtsfigur der mittelbaren Täterschaft im französischen Recht überflüssig und strafbare Teilnahme in Form der Anstiftung auch dann möglich sei, wenn das Delikt durch einen unwissentlich Handelnden ausgeführt wird⁹⁰⁾. Die Anwendung der zuletzt genannten Ansicht, die herrschend zu sein scheint, würde zu dem Ergebnis führen, daß das französische Recht auch die dem deutschen Recht unter dieser Bezeichnung bekannte Verleitung zum Falscheid bestraft. Die Strafe müßte dann wohl der entsprechen, die der Täter zu erwarten hätte, wenn die Tat schuldhaft begangen worden wäre. Eine eindeutige Stellungnahme zu diesem Problem der Eidesdelikte war indessen nicht zu finden⁹¹⁾.

85) Art. 59:

Die Teilnehmer eines Verbrechens oder Vergehens werden mit der gleichen Strafe bestraft wie der Täter dieses Verbrechens oder Vergehens selbst, vorbehaltlich der Fälle, die das Gesetz anders geregelt hat.

Art. 60:

I. Wie Teilnehmer an einer als Verbrechen oder Vergehen qualifizierten Handlung werden die bestraft, die durch Geschenke, Versprechungen, Drohungen, Mißbrauch des Ansehens oder der Gewalt, Machenschaften oder strafbare Kunstgriffe zu diesen Handlungen auffordern oder Anweisungen zu ihrer Begehung geben;

II.

Die französische Rechtswissenschaft und Rechtssprechung legen die Teilnahmevorschriften im Sinne einer limitierten Akzessorietät aus; es genügt, wenn der Haupttäter den objektiven Tatbestand (fait matériel) erfüllt hat.

86) Vgl. hierzu Louviers D. 1952. 263

87) Donnedieu de Vabres, Précis de droit, S. 204 Nr. 526

88) Garraud III, 51, im Einklang mit der herrschenden Lehre

89) Cass. D. 59.5.178; Cass. D. 86.1.473

90) Als Beispiel führt Garçon (2. Aufl. 1952, I. Bd. Art. 60, Nr. 110) an, daß derjenige, der einen anderen durch Hypnose zur Begehung einer Straftat bestimmt, unter dem Gesichtspunkt der Anstiftung bestraft wird.

91) In der Entscheidung des Kassationshofes in S. 1853.1.314

XI. Das fahrlässige falsche Zeugnis

Die Darlegungen zum subjektiven Tatbestand des falschen Zeugnisses unter IV, 6 stellen klar heraus, daß ein durch Fahrlässigkeit, "faute" oder "imprudence", begangenes falsches Zeugnis nicht nach den Art. 361 ff c.p. bestraft werden kann. Die fahrlässige Begehung von Eidesdelikten ist im französischen Recht grundsätzlich nicht strafbar.

XII. Die eidesstattliche Erklärung

Bis auf die im code général des impôts angeführte affirmation de sincérité, deren Bestrafung nach den Grundsätzen der eidlichen Partei-Aussage erfolgt (vgl. unter V), sind eidesstattliche Erklärung vor Behörden in Frankreich unbekannt.

Fortsetzung Anm. 91):

lehnte der Hof bei Vorliegen des dem deutschen § 160 StGB entsprechenden Tatbestands der Verleitung zum Falscheid durch Täuschung eine Bestrafung nach dem alten Art. 365 c.p. ab, weil die bewußte Irreführung eines Zeugen nicht als geeignetes Mittel angesehen werden könne, den (objektiven) Tatbestand der subornation zu erfüllen, ohne daß er die für diesen Tatbestand so wichtige subjektive Seite erörterte. Garçon 365,35 billigt das Urteil; Garraud VI 29 nimmt Verleitung an, ebenfalls ohne den subjektiven Tatbestand zu berücksichtigen. Die Entscheidung läßt daher keinen weiteren Schluß zu.

Belgien

I. Das geschützte Rechtsgut

Der code pénal vom 8.6.1867 hat die Aussagedelikte im Anschluß an die Delikte geregelt, die sich gegen die Sicherheit des Staates und die durch die Verfassung garantierten Rechte richten, und sie im dritten Titel des zweiten Buches gemeinsam mit anderen Fälschungsverbrechen unter der gemeinsamen Überschrift "Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Glauben (contre la foi publique)" zusammengefaßt. Schutzobjekt soll somit nicht ein privates Interesse, sondern ein öffentliches Interesse, la foi publique, sein. Die treffendste Übersetzung dieses Begriffes dürfte wohl mit "Treu und Glauben im öffentlichen Verkehr" gefunden werden. Der Aufbau des Gesetzes wird allgemein gebilligt 1). Im Répert. prat. 2) wird der Begriff der foi publique näher erörtert, indem darauf hingewiesen wird, daß die Wahrhaftigkeit der Aussagen und die Achtung vor dem Eide die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit angehen. Sie seien eine der Grundlagen für die Tätigkeit der Justiz und die notwendige Voraussetzung für das Vertrauen, das deren Entscheidungen genießen müssen. Nach diesen Worten soll somit das Vertrauen der Öffentlichkeit in das objektive und ungestörte Funktionieren der Justiz geschützt, und damit die Rechtspflege geschützt werden.

Die im 5. Kapitel unter der Überschrift "Von der falschen Zeugenaussage und dem falschen Eid" enthaltenen Vorschriften schließen sich eng an die Tatbestände des französischen c.p. an und bringen nur in soweit eine Erweiterung, als sie auch die falschen Aussagen der Auskunftspersonen unter Strafe stellen. Soweit sich daher aus dem Inhalt und in der Handhabung des Gesetzes keine Besonderheiten ergeben, kann auf die Ausführungen zum französischen Recht verwiesen werden. Im folgenden werden daher nur noch die im belgischen Recht auftretenden Besonderheiten des Gesetzes und deren Auslegung dargestellt.

II. Das falsche Zeugnis

Die bedeutendste Abweichung bei der Behandlung des falschen Zeugnisses (Art. 215 ff c.p.b.) 3) enthält der Art. 217 hinsichtlich der uneidlich aussagenden Auskunftspersonen.

1) Nypels-Servais, II vor 215; Goedseels 415

2) Répert. prat. f.t. et f.s. Nr. 4

3) Art. 215:

Der falsche Zeuge, der in kriminellen Sachen gegen den Angeklagten oder zu dessen Gunsten aussagt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Art. 217:

Die in den beiden vorangehenden Artikeln angeführten Strafen werden entsprechend Art. 80 um einen Grad reduziert, wenn die vor Gericht zur Abgabe einer einfachen Fortsetzung auf Seite 23.

Zu den Auskunftspersonen zählen neben den Eidesunmündigen, den Eidesunfähigen und den Personen, die nur kraft diskretionärer Gewalt der Schwurgerichtspräsidenten vernommen werden können, auch diejenigen, die nach Art. 322, Ziff. 1 - 5 c. d' instr. c. wegen naher Verwandtschaft oder Schwägerschaft nur uneidlich gehört werden dürfen.

Diese Personen werden, anders als im französischen Recht, für ihre falschen uneidlichen Erklärungen vor dem Schwurgericht auch bestraft. Die Bestrafung dieser Aussagen wird von Nypels-Servais ⁴⁾ damit begründet, daß sie ebenso gefährlich wie das falsche eidliche Zeugnis sind, da kein wesentlicher Unterschied zwischen dem Beweiswert von Auskünften und Zeugnissen besteht.

Fortsetzung Anm. 3)

Auskunft (simples renseignements) aufgerufenen Personen sich falscher Erklärungen (déclarations) gegen den Angeklagten oder zu dessen Gunsten schuldig machen.

Art. 218:

Der Schuldige eines falschen Zeugnisses, das in korrektionellen Sachen gegen den Angeklagten oder zu dessen Gunsten abgegeben wurde, wird mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft.

Art. 219:

Der Schuldige eines falschen Zeugnisses, das in polizeilichen Sachen gegen den Angeklagten oder zu dessen Gunsten abgegeben wurde, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 1 Jahr bestraft.

Art. 220:

Das falsche Zeugnis in Zivilsachen wird mit Gefängnis von 2 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft.

Art. 221:

I. Der Dolmetscher und der Sachverständige, die sich in kriminellen, korrektionellen oder polizeilichen Sachen einer gegen den Angeklagten gerichteten oder zu dessen Gunsten abgegebenen, oder einer in Zivilsachen abgegebenen falschen Erklärung schuldig machen, werden entsprechend den Art. 215, 216, 218, 219 und 220 wie falsche Zeugen bestraft.

Art. 221:

II. Der Sachverständige, der in kriminellen Sachen ohne Eidesleistung gehört wird, wird nach Art. 217 bestraft.

Art. 222:

In den durch die vorstehenden fünf Artikel vorgesehenen Fälle kann der Schuldige außerdem mit dem Verbot des Art. 33 bestraft werden.

Art. 225:

Die vorstehenden sich auf die falschen Erklärungen (déclarations) beziehenden Vorschriften sind nicht auf Kinder unter 16 Jahren und auf Personen anwendbar, die auf Grund der sie mit dem Angeklagten verbindenden Verwandtschaft oder Schwägerschaft ohne Eidesleistung gehört werden, wenn diese Erklärungen zugunsten des Angeklagten abgegeben worden sind.

4) Nypels-Servais II, 217, Nr. 1

Art. 217 bezieht sich nur auf solche Auskünfte, die im Laufe eines Schwurgerichtsverfahrens abgegeben worden sind. In irriger Vorstellung, daß Auskunftspersonen im korrekzionellen und polizeilichen Verfahren nicht auftreten können⁵⁾, hatte der belgische Gesetzgeber die Worte "ou de fausses déclarations" in den diesbezüglichen Art. 218 und 219 c.p.b. gestrichen. Nypels-Servais⁶⁾ meinen hierzu, daß der Gesetzgeber dies zweifelsohne nicht gewollt habe; denn daß falsche Auskünfte allgemein strafbar sein sollten, ergebe sich schon klar aus Art. 225, der sich auf falsche uneidliche Aussagen zugunsten des Angeklagten "accusés ou prévenus"⁷⁾ bezieht. Die Straflosigkeit solcher Aussagen könne man nicht unterstützen, da dies den Gesetzesabschnitt mißverstehen und einer vorübergehenden Unachtsamkeit einiger Gesetzesautoren eine zu große Bedeutung beimessen hieße. Goedseels⁸⁾ steht demgegen in positivistischer Auslegung des Gesetzes auf dem Standpunkt, daß die Gesetzeslücke nicht im Wege einer freieren Auslegung ausgefüllt werden könne. Eine bei Nypels-Servais (a.a.O.) angeführte Gerichtsentcheidung vertritt die gleiche Ansicht. Im übrigen weist Goedseels⁹⁾ darauf hin, daß sich hinsichtlich der falschen Aussagen von Auskunftspersonen im Zivilprozeß (Art. 220 c.p.b.) die gleiche Streitfrage ergebe.

Straflos bleiben indessen nach Art. 225 c.p.b. in jedem Fall die Auskunftspersonen, die das sechzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht haben und diejenigen, die auf Grund ihrer Verwandtschaft oder Schwägerschaft zum Angeklagten uneidlich aussagten und dabei zugunsten des Angeklagten falsche Angaben machten. Die Einschränkung, daß die Aussage nur zugunsten des Angeklagten erfolgt sein darf, um Straffreiheit zu erwirken, gilt nach Nypels-Servais und Goedseels¹⁰⁾ nur für die Auskünfte der Angehörigen, so daß Kinder unter 16 Jahren für ihre falschen uneidlichen Erklärungen grundsätzlich nicht bestraft werden.

Durch eine besondere Bestimmung (Art. 221) hat der belgische Gesetzgeber im Gegensatz zum französischen auch die Erklärungen des Dolmetschers und des Sachverständigen in allen Verfahren, in denen eine Zeugenaussage im Sinne dieser Vorschrift möglich ist, unter Strafandrohung gestellt¹¹⁾. Wird der Sachverständige kraft der diskretionären Gewalt des Schwurgerichtspräsidenten uneidlich vernommen, so findet für diesen Fall Art. 221 Abs. II i.V. m. Art. 217 Anwendung.

-
- 5) Die Einvernahme von Eidesunfähigen und Eidesunmündigen wie nahen Angehörigen ist in diesen Verfahren möglich, nicht aber von Personen kraft diskretionärer Gewalt.
6) Nypels-Servais II 218/19, Nr. 2; auch Répert.prat.f.t. Nr. 89
7) Accusé = Angeklagter vor dem Schwurgericht, prévenu = Angeklagter im korrekzionellen und polizeilichen Verfahren.
8) Goedseels 421
9) Goedseels 422
10) Nypels-Servais II, 225, Nr. 3; Goedseels 421
11) Beide Personen werden grundsätzlich unter Eid vernommen (Art. 43/44, 332 c. d'instr. c.).

Die weitere Ausgestaltung des Tatbestandes des falschen Zeugnisses stimmt mit dem französischen Recht überein. Lediglich bei der gegen den Angeklagten gerichteten Aussage fordern die belgischen Autoren im subjektiven Tatbestand eine besondere Schädigungsabsicht des Täters ¹²⁾.

Ein Versuch des falschen Zeugnisses ist auch nach belgischer Rechtsauffassung nicht denkbar.

Hinsichtlich der Strafen stuft das belgische Recht ebenfalls danach ab, in welchem Verfahren das falsche Zeugnis oder die falsche Auskunft abgelegt wird. Während für die falsche eidliche Aussage in kriminellen Sachen Zuchthaus angedroht wird (Art. 215), ist für das falsche Zeugnis in korrektionalen Sachen Gefängnis von 6 Monaten bis 5 Jahren (Art. 218), und in polizeilichen Sachen Gefängnis von 3 Monaten bis zu 1 Jahr vorgesehen (Art. 219). In zivilen Sachen liegt das Strafmaß zwischen 2 Monaten und 3 Jahren Gefängnis (Art. 220). Der Dolmetscher und der Sachverständige unterliegen nach Art. 221 Abs. 1 den gleichen Strafen.

Bei Auskunftspersonen wird entsprechend Art. 80 c.p.b. die Strafe um einen Grad reduziert. Für den uneidlich vernommenen Sachverständigen gilt das gleiche (Art. 221 Abs. II).

Neben die erwähnten Strafen kann in jedem Fall einer korrektionalen Verurteilung als Nebenstrafe das Verbot der Ausübung gewisser bürgerlicher Ehrenrechte für eine Zeitdauer von 5 bis 10 Jahren (Art. 33) ausgesprochen werden (Art. 222). Die Verurteilung zu Zuchthaus kann nach Art. 32 diese Nebenstrafe auf die Dauer von 10 bis 20 Jahren zur Folge haben. Eine Geldstrafe oder ein Aufenthaltsverbot sind im belgischen Recht nicht vorgesehen.

Ohne wie im französischen Recht auf die Meineidsbestimmungen zu verweisen, hat der belgische Gesetzgeber durch ein Gesetz von 1880 falsche Zeugenaussagen und falsche Erklärungen von Übersetzern und Sachverständigen vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission unter Strafe gestellt. Der Strafraum erstreckt sich von 2 Monaten bis zu 3 Jahren Gefängnis. Dem Zeugen wird außerdem auf die Dauer von 5 bis 10 Jahren das aktive und passive Wahlrecht entzogen.

12) Goedseels 415; Nypels-Servais II 215, Nr. 2 und 14; Répert. prat. f.t. Nr. 5

III. Der falsche Parteimeineid

Art. 226 c.p.b.¹³⁾ stimmt mit Art. 366 des französischen Code wörtlich überein. Was jedoch die Anwendbarkeit zivilrechtlicher Beweisvorschriften im Strafverfahren anlangt, so geht die Auslegung in Belgien andere Wege.

Das für den Meineid aufgestellte zivilrechtliche Verbot des Falschheitsbeweises (Art. 1363 c.c.) gilt nicht im Strafverfahren, damit der Meineid überhaupt festgestellt werden kann. Für den Fall, daß es sich um einen decisorischen Eid gehandelt hat, bei dem der Zivilprozeß ein für allemal entschieden ist, wird die Meineidshandlung nur noch als eine strafrechtliche Tat, als fait pénal, betrachtet, die nach strafrechtlichen Grundsätzen mit allen Beweismitteln, also auch durch Zeugen bewiesen werden kann. Im Falle eines auferlegten Eides findet das Beweisverbot des Art. 1363 c.c. von vornherein keine Anwendung, d.h. die durch den Meineid geschädigte Zivilpartei ist zum Beweis der Falschheit des Eides zugelassen und kann sich somit als Zivilkläger dem Strafverfahren wegen Meineids anschließen. Da somit in diesem Strafverfahren bei der Beurteilung des falschen Eides zivilrechtliche Interessen eine Rolle spielen, schränkt man hier die Beweisführung auf die (schon beim französischen Recht behandelten) zivilprozessualen Beweisregeln (Art. 1341 ff c.c.) gemäß Art. 16 c. d'instr. cr.¹⁴⁾ ein.

Diese Ansichten, die übereinstimmend von den belgischen Autoren vertreten werden, finden ihren Niederschlag auch in der Rechtsprechung¹⁵⁾.

Als Strafe sind Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren sowie eine Geldstrafe von 26 bfrs. bis 10 000 bfrs. vorgesehen. Außerdem kann die Ausübung gewisser Ehrenrechte verboten werden.

IV. Der Eidesnotstand

In Übereinstimmung mit dem französischen Kassationshof hat auch die belgische Rechtsprechung die Berücksichtigung des Aussagenotstandes des Zeugen mangels einer ausdrücklichen gesetzlichen Vorschrift abgelehnt¹⁶⁾. Anders

13) Art. 226:

Derjenige, dem in Zivilsachen einen Eid zu- oder zurückgeschoben wurde und der einen falschen Eid ablegt, wird mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren und mit einer Geldstrafe von 26 bis 10 000 bfrs. bestraft; er kann außerdem zu dem Verbot gemäß Art. 33 verurteilt werden.

14) Art. 16 c. d' instr. cr. bestimmt, daß der Strafrichter bei Beurteilung zivilrechtlicher Vorfragen das Zivilrecht anwenden muß.

15) Nypels-Servais II 226 Nr. 8; Goedseels 426; sowie die bei ihnen angeführten Urteile

16) Cass. belge von 11.6. 1883, zit. nach Goedseels 417

als in Frankreich jedoch haben die belgischen Autoren 17) dieser Rechtsprechung mit dem Hinweis darauf zugestimmt, daß das öffentliche Interesse an einer guten Rechtspflege unbedingt den Vorrang habe und der Zeuge somit keineswegs befugt sei, den Richter zu täuschen, auch dann nicht, wenn die Aussage seinen eigenen Interessen zuwiderlaufen würde.

V. Straferschwerungsgründe

Im belgischen Recht sind die beiden Erschwerungsgründe auch bekannt, jedoch in etwas anderer Ausgestaltung.

Der erste Erschwerungsgrund, der einen Ausgleich zwischen der Bestrafung des Angeklagten und der des falschen Zeugen sucht, ist nur noch beim falschen Zeugnis in kriminellen Sachen vorgesehen (Art. 216 c.p.b.) 18). Falls der Angeklagte zu mehr als zehn Jahren Zuchthaus oder zu Zwangsarbeit verurteilt worden ist, so erhält der Zeuge, der gegen ihn ausgesagt hat, Zwangsarbeit von 10 bis 15 Jahren. Ist der Angeklagte zum Tode verurteilt worden, so lautet die Strafe auf lebenslängliche Zwangsarbeit. Die Strafen werden also nur in bestimmter Weise gegenüber der Normalstrafe erhöht.

Hat der Zeuge Geld, Belohnungen oder Versprechungen für die falsche Aussage erhalten, so werden die vorgesehenen Freiheitsstrafen nicht erhöht. Es tritt nur neben die Freiheitsstrafe eine obligatorische Geldstrafe von 50 - 3000 bfrs. (Art. 224 Abs. I c.p.b.) 19).

VI. Der Widerruf der falschen Aussage

In der Behandlung des Problems der Berichtigung der

17) Nypels-Servais II 215, Nr. 10; Goedseels 417; Répert. prat. f.t.Nr. 66

18) Art. 216:

I. Ist der Angeklagte zu Festungshaft von mehr als 10 Jahren oder zu Zwangsarbeit verurteilt worden, so unterliegt der falsche Zeuge, der gegen ihn ausgesagt hat, der Strafe der Zwangsarbeit von 10 bis 15 Jahren.

II. Er wird mit lebenslänglicher Zwangsarbeit bestraft, wenn der Angeklagte zum Tode verurteilt worden ist.

19) Art. 224:

I. Der Schuldige eines falschen Zeugnisses oder einer falschen Erklärung, der Geld, irgendeine Belohnung oder Versprechungen erhalten hat, wird außerdem zu einer Geldstrafe von 50 bis 3000 bfrs. verurteilt

II. Dieselbe Strafe trifft den Verleider, unbeschadet anderer Strafen.

falschen Aussage haben die belgischen Literatur ²⁰⁾ und Rechtsprechung die gleichen Grundsätze entwickelt, wie sie auch das französische Recht beherrschen ²¹⁾.

VII. Die Anstiftung und Verleitung zur falschen Aussage

Die belgische Subornationsbestimmung (Art. 223 c.p.b.)²²⁾ entspricht textlich genau der alten Fassung des Art. 365 c.p.fr. Von den Motiven ²³⁾ war die subornation entsprechend der französischen Handhabung nur als ein Sonderfall der gewöhnlichen, akzessorischen Teilnahme gedacht, die die allgemeinen Teilnahmevorschriften im Hinblick auf die Begehungsform etwas erweiterten. Eine versuchte Verleitung zum falschen Zeugnis war daher straflos ²⁴⁾.

20) Nypels-Servais II 215, Nr. 12; Goedseels 417/418; Rechtspr. bei Goedseels

21) In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen Haus' (S. 302/303) von Interesse, mit denen er die rechtliche Natur des Widerrufs zu erklären sucht. Nach seiner Auffassung ist der Tatbestand des falschen Zeugnisses schon in dem Augenblick gegeben, in dem eine falsche Aussage abgegeben ist; die Möglichkeit eines Schadens besteht ungeachtet eines noch folgenden Widerrufs sofort. Folgt ein solcher tatsächlich, so kann indessen nicht von einer Einheit der einzelnen Aussagen gesprochen werden, da sie völlig verschiedenen Inhalts sind, ja die eine die andere sogar zerstört. Unabhängig vom Widerruf ist also vorher der Tatbestand einer falschen Zeugnisaussage vollendet worden. Die strafbefreiende Wirkung des rechtzeitigen Widerspruchs rechtfertigt für ihn einzig und allein das öffentliche Interesse daran, durch Versprechen der Straffreiheit den Zeugen vor endgültiger Verwertung der Aussage zur Rückkehr zur Wahrheit anzuregen und dadurch die Wahrheitsfindung der Gerichte zu erleichtern. In dieser Sicht ist der Widerruf daher ein Strafaufhebungsgrund.

22) Art. 223:

Der Schuldige einer Verleitung von Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschern hat die gleichen Strafen wie der falsche Zeuge entsprechend den in den Art. 215 bis 222 aufgeführten Strafen verwirkt.

23) Angeführt nach Nypels-Servais II 223, Nr. 1

24) Haus 386

Demgegenüber aber erklären nunmehr in neuerer Zeit sowohl Nypels-Servais als auch Goedseels ²⁵⁾, daß die Subornation ein delictum sui generis und daher auch die erfolglos gebliebene Verleitung strafbar sei. Dies wird damit begründet, daß die damaligen Kommissionsberichte dieser Ansicht gewesen seien, und wie Nypels-Servais (a.a.O.) weiter ausführen, der Versuch der Teilnahme überhaupt allgemein strafbar sei ²⁶⁾.

Entgegen der früher in Frankreich geübten Auslegung geht heute die herrschende belgische Ansicht also dahin, die Verleitung zum falschen Zeugnis als selbständiges Delikt und somit auch in der Versuchsform für strafbar anzusehen.

Art. 223 stellt die Verleitung von Zeugen, Sachverständigen und Dolmetschern unter Strafe. Das Wort Zeuge umfaßt auch die uneidlich aussagenden Auskunftspersonen ²⁷⁾. Der Kreis der Verleitungsmittel geht weit über den Rahmen der Anstiftungsmittel des Art. 66 c.p.b. (Geschenke, Versprechungen, Drohungen, Mißbrauch des Ansehens und der Gewalt, Machenschaften oder strafbare Kunstgriffe) hinaus. Nach der französischen Rechtspraxis, auf die die belgische Auslegung zurückgeht, reicht aber auf der anderen Seite nicht jede beliebige Verleitung zur subornation aus. Wie in wiederholten Entscheidungen des Kassationshofes ²⁸⁾ festgestellt, muß die Verleitung "schuldhaft Beeinflussungen und Anreizungen" enthalten. Darin soll wohl zum Ausdruck kommen, daß die Verleitung mit einem gewissen Nachdruck unternommen sein muß.

Was die subjektive Seite der Verleitung betrifft, so erklären Nypels-Servais ²⁹⁾ ausdrücklich, daß auch die Verleitung zu einem unvorsätzlich falschen Zeugnis als subornation strafbar sei. Es bestehe kein Grund, bei der subornation insoweit von den allgemeinen Teilnahmeregeln abzuweichen.

Der Verleiter wird wie der falsche Zeuge entsprechend den in den Art. 215 - 222 aufgeführten Bestimmungen bestraft. Der Straferschwerungsgrund des Art. 224 (Annahme von Geld, Belohnung oder Versprechungen) gilt auch für ihn.

25) Nypels-Servais 223, Nr. 1; Goedseels 423

26) Wie Schall 76 f hierzu richtig ausführt, ist diese Argumentation von Nypels-Servais widerspruchsvoll, da eine Berufung auf die Selbständigkeit der subornation überflüssig sei, wenn die versuchte Teilnahme sowieso strafbar ist.

27) Goedseels 424

28) Erstmalig 1876 angeführt bei Garçon 365, 24

29) Nypels Servais II, 223, Nr. 4

I t a l i e n

I. Das geschützte Rechtsgut

Der codice penale italiano vom 19.10.1930 behandelt die Eidesdelikte in den Artikeln 371 ff.

Die überaus sorgfältige, systematische Gruppierung der Tatbestände des besonderen Teils läßt dabei das jeweilige Angriffsobjekt deutlich erkennen. So stehen die Eidesdelikte zusammen mit zahlreichen anderen Tatbeständen im dritten Titel des 2. Buches unter der Überschrift "Verbrechen ¹⁾ gegen die Justizverwaltung" (l'amministrazione della giustizia). Aus der Vielzahl der unter diesen Titel fallenden Delikte ²⁾ hat der Gesetzgeber im 1. Kapitel die Verbrechen zusammengefaßt, die sich "gegen die gerichtliche Tätigkeit" (contro l'attività giudiziaria) richten (Art. 361 - 384). Das Kennzeichen dieser Delikte ist somit, daß sie die Rechtspflegeorgane unmittelbar bei ihrem Tätigwerden oder Tätigsein beeinträchtigen. Unter diese Deliktsgruppe hat der Gesetzgeber die Eidesdelikte eingefügt.

Diese im Gesetz klar zum Ausdruck kommende Auffassung, daß die Rechtspflege das Angriffsobjekt der Eidesdelikte sei, ist auch in Wissenschaft und Rechtsprechung absolut herrschend. Die Wissenschaft ³⁾ hat dabei die im 1. Kapitel des 3. Titels aufgeführten Delikte abermals unterschieden in solche, die die Rechtspflege am gesetzmäßigen Tätigwerden überhaupt hindern ⁴⁾, und solche, die die Rechtspflege bei ihrer Tätigkeit irreführen. Zu den letzten werden neben der falschen Anschuldigung und der Begünstigung vor allem die Eidesdelikte gerechnet.

In der systematischen Auffassung haben sich die Italiener somit von der alten falsum-Lehre der altitalienischen Kriminalistik freigemacht.

Der italienische Vorentwurf von 1950 sieht keine grundlegenden Änderungen vor. Durch einige Worthinzufügungen will man lediglich einige Unklarheiten beseitigen. Für Art. 372 ist ein Strafschärfungsgrund vorgesehen. Die beabsichtigten Änderungen werden bei den einzelnen Vorschriften behandelt werden.

An Grundtatbeständen kennt der c.p.i.

1. den Meineid der Zivilpartei (Art. 371)
2. das falsche Zeugnis, sowie das falsche Gutachten und die falsche Übersetzung (Art. 372/373)
3. die erfolglose Anstiftung zu falschem Zeugnis oder Gutachten (Art. 377).

-
- 1) Der c.p.i. kennt im Hinblick auf die Deliktsnatur nur Verbrechen und Vergehen.
 - 2) So haben z.B. auch die Gefangenenerbesserung, die verbotene Selbsthilfe und der Zweikampf hier Aufnahme gefunden.
 - 3) Vgl. Sabatini, 205; Conti-Sabatini 454
 - 4) Z.B. die Nichtanzeige eines Verbrechens (Art. 361 - 364)

In den Artikeln 375, 376, 384 sind Bestimmungen über erschwerende Umstände, über den Widerruf und die Zwangslage des Zeugen oder Sachverständigen enthalten.

Die folgende Darstellung hält sich an die bei Frankreich beachtete Gliederung und weicht somit vom Gesetzesaufbau ab.

II. Die formelle Gültigkeit der Aussage und ihr Einfluß auf die Strafbarkeit

Neben Literatur und Rechtsprechung, die sich sehr eingehend mit der Frage auseinander gesetzt haben, welchen Einfluß persönliche und formelle Mängel bei der Abgabe der Aussage auf die Strafbarkeit derselben haben, hat der Gesetzgeber sich in einer ausdrücklichen Bestimmung ebenfalls mit diesem Problem befaßt. So bleibt nach Art. 384, Abs. II derjenige straflos, der auf Grund persönlicher Verhältnisse nicht als Zeuge oder Sachverständiger oder Übersetzer vernommen werden durfte oder wer ein Aussageverweigerungsrecht besaß und darüber nicht belehrt worden war ⁵⁾.

Wann jemand nicht als Zeuge gehört werden darf, bestimmen im einzelnen die Prozeßgesetze. So dürfen z.B. im Zivilprozeß der Ehegatte und nahe Verwandte nicht als Zeugen vernommen werden; für Sachverständige gilt entsprechendes. Außerdem dürfen nach Art. 246. c.p.c. die nicht gehört werden, die an der anhängigen Sache ein eigenes Interesse haben. In Strafsachen sind gewisse Justizbeamte nicht als Zeugen zulässig. Als Sachverständige oder Übersetzer dürfen nicht Personen fungieren, die unter 20 Jahre alt sind oder die unter Berufsverbot stehen.

Die Fälle des Zeugnisverweigerungsrechts sind in den Art. 350 - 352 c.pp. und mit Hinweis hierauf im Art. 249 c.p.c. ⁶⁾ geregelt. Danach haben vor allem nahe Angehörige ein Aussageverweigerungsrecht; ebenso Ärzte, Geistliche, Anwälte und Notare über Dinge, die sie in Ausübung ihres Berufes erfahren haben. Das gleiche gilt für Beamte hinsichtlich gewisser Dinge, die dem Dienstgeheimnis unterliegen. Das Gesetz schreibt indessen nur bei den nahen Verwandten eine Belehrung über das Aussageverweigerungsrecht vor ⁷⁾.

- 5) Art. 384, Abs. II : (Übersetzung Dr. W. Bunge, Berlin/Leipzig 1933 (W.de Gruyter & Co)).

In allen Fällen der Art. 372 und 373 ist die Strafbarkeit ausgeschlossen, wenn die Tat von jemand begangen ist, der nach dem Gesetz als Zeuge, Sachverständiger oder Dolmetscher nicht hätte zugezogen werden dürfen, oder der von der Befugnis hätte unterrichtet werden müssen, daß er sich der Aussage, Begutachtung oder Übersetzung enthalten könne.

- 6) Unrichtig Schall (120), der meint, daß die ital. ZPO kein Verweigerungsrecht kenne.

- 7) Obwohl daher bei enger Auslegung des Art. 384 Abs. II die anderen Genannten nicht unter diese Bestimmung fallen können, läßt man ihnen dennoch nach Überwiegender Ansicht ebenfalls dieses Recht zukommen:

Manzini 735, J.-Piromallo 216; a.A. Conti-Sabatini 561.

Haben die in Art. 384 Abs. II angeführten Personen unter straferschwerenden Umständen (Art. 375) gehandelt, so tritt keine Straflosigkeit ein. (Vgl. hierzu die Darlegung unter VIII).

Im übrigen gilt sowohl für die Zeugenaussage als auch für den Parteimeineid der Grundsatz, daß prozessuale Mängel des Verfahrens, in dem die falsche Aussage oder der Eid abgelegt worden sind, oder Mängel der Aussage oder der Eidesleistung den deliktischen Tatbestand nicht ausschließen. Sind so die für die Ableistung eines Zeugeneides zwingend vorgeschriebenen Formalitäten nicht eingehalten oder ist ein zwingend vorgeschriebener Zeugeneid überhaupt nicht abgenommen worden, so liegt gleichwohl ein falsches Zeugnis vor, Erforderlich ist allein, daß der Täter als "Zeuge" ausgesagt hat.

Bei der Eidesleistung der Partei brauchen lediglich die wesentlichen Erfordernisse eines Eides beachtet worden zu sein. Der Mangel der vorgeschriebenen Wahrheitserinnerung oder ein Mangel im Protokoll über die Eidesleistung beeinflußt nicht den Tatbestand des Meineides⁸⁾. Im übrigen schließen Mängel, die den Eid zivilrechtlich vernichtbar machen, den strafrechtlichen Tatbestand nicht aus, selbst dann nicht, wenn der Eid nachträglich tatsächlich annulliert wird, denn für die Rechtspflege besteht stets die Gefahr, daß sich eine Entscheidung auf ein solches Urteil stützt⁹⁾.

III. Die Eidesform

Die Eidesleistung im Zivilprozeß besteht darin, daß die Partei- nach eindringlicher Wahrheitsermahnung durch den Richter- den Eidessatz: "Im Bewußtsein der Verantwortung, die ich mit dem Eid auf mich nehme, schwöre ich vor Gott und den Menschen" spricht (vgl. Art. 238 c.p.c.). Für die anderen Prozeßteilnehmer gelten andere Formen, die im Rahmen dieser Erörterung jedoch unbeachtet bleiben können, da das italienische Strafrecht grundsätzlich auch die uneidete Form der Zeugenaussage oder des Gutachtens bzw. der Übersetzung bestraft.

IV. Das falsche Zeugnis

1. Als Täter des falschen Zeugnisses (Art. 372)¹⁰⁾ kommen in erster Linie die Zeugen in Betracht. Hierzu gehören im Strafverfahren auch der Anzeiger, der den Strafantrag

8) Cass. Riv. p. 1930, 273; Cass. Riv. p.G.p. 18,1565

9) Cass. Riv. p. 1930,38; ebenfalls Manzini 693 u. J.-Piromallo 179; a.A. Sabatini 224; Conti-Sabatini 506

10) Art. 372:

Wer als Zeuge vor Gericht unwahre Tatsachen behauptet, wahre ableugnet, oder, ganz oder z.T. das, was er über die befragten Tatsachen weiß, verschweigt, wird mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft.

stellende Verletzte und die sich mit der Klage auf Schadenersatz anschließende Zivilpartei. Daneben unterliegen kraft ausdrücklicher Vorschrift (Art. 373)¹¹⁾ auch der Sachverständige und der Dolmetscher der in Art. 372 angedrohten Strafe. Die Sachverständigen und Dolmetscher wie außerdem noch die technischen Berater, die sog. consulenti tecnici del giudice civile (Art. 64 c.p.c.) müssen vom Gericht berufen worden sein. Die sog. consulenti tecnici delle parte (Art. 323 - 325 c.p.p. Art. 87, 201 c.p.c.), deren sich die Zivilpartei bedienen darf, fallen nicht unter den Tatbestand des Art. 373¹²⁾.

2. Nach dem Gesetzeswortlaut des Art. 372 müssen die Aussagen in einer "innanzi all'Autorità giudiziaria" abgegeben worden sein. Unter "Autorità giudiziaria" sind dabei nach der Terminologie des c.p. alle Behörden und Amtsstellen zu verstehen, die echte Rechtspflegeaufgaben wahrnehmen¹³⁾. Es fallen also unter die Strafdrohung des Art. 372 Aussagen vor einem ordentlichen Zivil- oder Strafgericht, vor irgendeinem Sondergericht (z.B. einem Konsulargericht, einem Arbeitsgericht) oder auch vor einem Verwaltungsgericht. Gleichgültig ist es, ob es sich um ein Erkenntnis- oder ein Ermittlungsverfahren handelt¹⁴⁾. Auch die Staatsanwaltschaft wird als Autorità giudiziaria im Sinne des Art. 372 angesehen¹⁵⁾.

Falschaussagen vor Behörden, die keine Rechtspflege-tätigkeit ausüben, können dagegen kein falsches Zeugnis im Sinne des Art. 372 darstellen. So werden vor allem nicht die Verwaltungsbehörden und die Kriminalpolizei als Autorità giudiziaria angesehen. Aber auch Gerichte können in diesem Sinne behandelt werden, wenn sie nämlich nicht ihre spezifische streitentscheidende Rechtspflege-funktion ausüben (z.B. im Rahmen vorläufiger Ermittlungen im Arrestverfahren).¹⁶⁾

3. Nach dem heutigen italienischen Strafrecht ist es völlig gleichgültig, ob der Zeuge, bzw. der Sachverständige oder Dolmetscher einen Eid geleistet hat oder nicht. Beide Formen der Falschaussage unterliegen dem gleichen Strafrahmen des Art. 372.

11) Art. 373 :

I. Der Sachverständige oder Dolmetscher, der nach Ernennung vom Gericht unrichtige Begutachtungen oder Verdolmetschungen abgibt oder dem wahren Sachverhalt nicht entsprechende Tatsachen behauptet, unterliegt den im vorigen Artikel festgesetzten Strafen.

II. Die Verurteilung hat außer dem Verbot der Bekleidung öffentlicher Ämter das Verbot des Berufs oder des Gewerbes zur Folge.

12) Manzini, neue Aufl. von 1950: 672, 763, 767

13) Saltelli 359

14) Maggiore 270; Ministerialbericht zum Entwurf 1929, II 172

15) Cass. G.p. II, 1934, 1347

16) Maggiore 270; Manzini 708

Der Entwurf von 1950 geht neuerdings dahin, die unter Eid abgegebene Aussage des Zeugen - nicht die der anderen Personen - strafscharfend zu berücksichtigen. Der Bericht des Justizministeriums ¹⁷⁾ rechtfertigt dies damit, daß der Eid auf Seiten des Zeugen ein starkes Gefühl der Verantwortung mit sich bringe. Welcher auch immer der religiöse oder moralische Wert des Eides sei, so führe er doch dem Zeugen die besondere Bedeutung seiner Aussage vor Augen ¹⁸⁾.

4. Die Frage nach der Falschheit der Aussage wird im italienischen Recht nicht einheitlich beantwortet.

Die Ausführungen der meisten Autoren laufen auf die subjektive Lehre hinaus. Ausgehend von der Formel Carrara's: "Das Kriterium der Falschheit hängt nicht ab vom Verhältnis zwischen dem Wort und der Wirklichkeit, sondern vom Verhältnis zwischen dem Wort und der Kenntnis des Zeugen" ¹⁹⁾ erklären sie dann im Verfolg ihrer Ausführungen, daß das, was der Zeuge sagt, objektiv durchaus wahr sein könne, daß aber das Zeugnis trotzdem falsch sei, wenn es mit seinem Wissen nicht im Einklang stehe. Das Zeugnis könne sich eben nur auf das Wissen des Zeugen beziehen, weil es ja stets nur eine Erklärung über das Wissen sei ²⁰⁾.

Gegen diese, von ihm selbst vertretene Ansicht wendet sich Manzini aber unverständlicherweise bei der Behandlung des subjektiven Tatbestandes des falschen Zeugnisses ²¹⁾, indem er erklärt, daß eine objektiv richtige Aussage, die in der Überzeugung von ihrer Falschheit abgegeben worden ist, nicht strafbar sei, weil dann ein Fall des sog. Wahnverbrechens ²²⁾ vorliege ²³⁾. Im entscheidenden Augenblick scheint er also den Standpunkt der subjektiven Theorie zu verlassen und die objektive Unrichtigkeit der Aussage zu verlangen.

In der Rechtsprechung findet sich nur eine Entscheidung, die eindeutig die objektive Theorie vertritt ²⁴⁾.

17) Vorentwurf II, Nr. 363

18) Der alte c.p. von 1889, der in seinem Art. 214 vom Tatbestand der beeideten Aussage ausging, berücksichtigte die uneidliche Aussage mildernd.

19) Carrara, Programma § 2698, zit. nach J.-Piromallo 203 f

20) Manzini 714 (ausdrücklich in seiner Auseinandersetzung mit Marsich (s. weiter) noch in der neuen Auflage 1950, 772, Anm. 3); ebenso J.-Piromallo 203, Conti-Sab. 514, Maggiore 270; a.A. Marsich, Il delitto di falsa testimonianza 1925 (zit. bei Manzini a.a.O.), der der objektiven Theorie folgt.

21) Manzini 722

22) Nach Manzini I, 535 fallen unter diesen Begriff auch die Fälle des Mangels am Tatbestand, wie auch die Fälle des untauglichen Objektes und Mittels.

23) Gegen diese Ansicht Marsich (a.a.O.)

24) Appellationsgericht Neapel in S.p. 1922, 532

5. Art. 372 unterscheidet für die Zeugenaussage drei Begehungsformen:

- a. positives Behaupten von etwas Unwahrem,
- b. Ableugnen von etwas Wahrem, und
- c. ganzes oder teilweises Verschweigen

dessen, was der Zeuge über die befragten Tatsachen weiß. Nach Maggiore ²⁵⁾ setzt ein strafbares Verschweigen eine besondere Befragung des Zeugen über die von ihm verheimlichte Tatsache voraus. Manzini ²⁶⁾ hält dagegen eine spezielle Befragung nicht für notwendig, da der Zeuge ja die Pflicht habe, alles zu sagen, was er über den Gegenstand seiner Aussage weiß.

Der Sachverständige erfüllt nach Art. 373 den Tatbestand, wenn er ein falsches, mit den Erkenntnissen und Lehren seiner Wissenschaft nicht zu vereinbarendes Gutachten abgibt oder Tatsachen behauptet, die dem wahren Sachverhalt nicht entsprechen.

Was den Gegenstand der Aussage im einzelnen angeht, so ist folgendes noch hervorzuheben:

- a. Falsche Angaben zu den sog. Generalfragen werden grundsätzlich nicht als falsches Zeugnis angesehen. Der c.p. hat für die Angabe falscher Personalien vor öffentlichen Behörden in Art. 495 einen eigenen Straftatbestand geschaffen (vgl. jedoch unter c).
- b. Die falsche Aussage kann nach dem Gesetzeswortlaut nur hinsichtlich Tatsachen (fatti) abgegeben werden. Die Rechtslehre enthält sich jeder Äußerung darüber, ob auch Werturteile u. dgl. unter den Tatbestand des falschen Zeugnisses fallen können.
- c. In der Rechtslehre finden sich bei der Behandlung der Frage, ob die Aussage von gewisser Beweiserheblichkeit sein muß, noch Reste der alten falsum-Lehre. Obwohl das Gesetz über die besonderen Qualitäten des Zeugnisses schweigt, ist man doch der Auffassung, daß es einen gewissen Zusammenhang mit dem Prozeßgegenstand aufweisen muß, daß es sich also auf prozeßwesentliche Tatsachen bezieht, die von Einfluß auf die Sachentscheidung sein können ²⁷⁾. In diesem Zusammenhang können u.U. auch falsche Angaben zur Person erheblich sein ²⁸⁾. Daß ein Parteischade möglich sein muß, wird ausdrücklich verneint ²⁹⁾. Letzteres erklärt sich vor allem aus der Angriffsrichtung des falschen Zeugnisses. Daß das Gericht tatsächlich irregeführt worden ist, ist nicht erforderlich ³⁰⁾. Die Rechtsprechung befindet sich mit der Lehre in Einklang ³¹⁾.

25) Maggiore 271, Anm. 1

26) Manzini 715; Conti-Sab. 512 ebenfalls

27) Saltelli 392, Manzini 712, Conti-Sab. 513, Maggiore 272 unter Berufung auf ältere Autoren.

28) So Kuttner, 59 im Gegensatz zu Cass. Riv. p. 58, 213

29) Cass. Riv. p. 53, 306; 83, 90

30) Maggiore 272

31) Lediglich aus dem Jahre 1939 liegt ein Urteil des Kassationshofes (Cass. Riv. p. 1939, 171) vor, in

6. Der subjektive Tatbestand fordert Vorsatz, d.h. das Wissen und Wollen als Zeuge vor Gericht etwas Falsches zu behaupten, etwas Wahres abzuleugnen oder das, was man über den Gegenstand der Vernehmung weiß, zu verschweigen. Wie im französischen Recht wird im italienischen Recht jedoch im Hinblick auf den objektiven Tatbestand eigenartigerweise nicht die Frage behandelt, ob der Vorsatz auch das Bewußtsein, in einem wesentlichen Punkte die Unwahrheit zu sagen, umfassen müsse. Es ist daher wohl hier im gleichen Maße denkbar, daß mit der Feststellung, der Täter habe bewußt falsch ausgesagt, incidenter als erwiesen gilt, daß er sich auch bewußt war, über eine wesentliche Tatsache falsch auszusagen.
7. Der Tatbestand des falschen Zeugnisses ist in dem Augenblick erfüllt, in dem die falsche Aussage in einer der drei gesetzlich vorgesehenen Begehungsformen abgegeben und vom Gericht entgegengenommen ist.

Die Aussage wird im übrigen als ein einheitliches unteilbares Ganzes betrachtet, bei dem ein Versuch juristisch nicht denkbar ist ³²⁾. Einer nur angefangenen und nicht vollendeten Aussage kann daher keine rechtliche Bedeutung beigemessen werden.

8. Der italienische c.p. bestraft das eidliche oder uneidliche falsche Zeugnis (bzw. Gutachten oder Übersetzung) mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren. Eine Abstufung nach den Verfahrensarten, in denen die falsche Aussage abgegeben worden ist, findet nicht statt (Art. 372, 373).

Als Nebenstrafe tritt zu der Gefängnisstrafe noch der zeitweilige Entzug gewisser öffentlicher Rechte, wie sie in Art. 28 aufgeführt sind (Art. 31).

Nach Art. 373 Abs. II hat beim Sachverständigen und dem Übersetzer die Verurteilung außerdem das Verbot des Berufs oder des Gewerbes zur Folge.

Der Strafgesetzentwurf von 1950 sieht bei der Zeugenaussage eine Strafschärfung vor, wenn sie eidlich abgegeben sein sollte.

V. Der falsche Parteieid

1. Art. 371 ³³⁾ betrifft den Meineid der Partei im Zivilprozeß. Bei der gesetzlichen Behandlung der sog. Eidesdelikte im italienischen c.p. steht er an der Spitze. Seiner Aufnahme in den alten c.p. standen die gleichen Argumente entgegen, mit denen man sich in Frankreich gegen die Bestrafung des Parteimeineides wandte. Der Ministerialbericht zum

Fortsetzung der Anm. 31) : dem dieser jede Falschaussage genügen lassen will, ohne Rücksicht darauf, ob sie Einfluß auf die Entscheidung haben konnte.

32) Manzini 720; Maggiore 272; Sabatini 226; J.-Piromallo 207

33) Art. 371:

I. Wer als Partei eines Zivilprozesses falsch schwört, wird mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft.

III. Die Verurteilung hat das Verbot der Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge.

Entwurf von 1887 ³⁴⁾ hatte jedoch damals schon zum Ausdruck gebracht, daß den zivilrechtlichen Spitzfindigkeiten über die rechtliche Natur des Parteieides gegenüber der Strafwürdigkeit des Meineides keine Bedeutung beigemessen werden dürfe.

2. Art. 371 umfaßt alle vor dem ordentlichen Zivilrichter abgelegten Parteieide. Der Ausdruck "giudizio civile", der im Entwurf 1950 durch den gleichbedeutenden, terminologisch aber exakteren Ausdruck "praedimento civile" (Zivilverfahren) ersetzt werden soll, ist im weiten Umfange zu verstehen. So werden diesem Begriff auch die Handels- und Verwaltungsgerichte hinzugerechnet ³⁵⁾. Ist die Stelle, vor der der Eid geleistet wurde, absolut für eine solche Eidesabnahme unzuständig, so liegt auch kein Meineid im Sinne von Art. 371 vor ³⁶⁾. Der vor einem in abstracto zur Abnahme von Eiden zuständigen Gericht geleistete Eid unterliegt jedoch der strafrechtlichen Beurteilung.
3. Bei dem Parteieid kann es sich sowohl um einen zu- oder zurückgeschobenen Entscheidungseid, als auch um einen vom Richter auferlegten Eid handeln, mit welchem letzterer entweder seine richterliche Überzeugung zu vervollständigen sucht (sog. giuramento suppletorio) oder welcher als richterlicher Schätzungseid dient (sog. giuramento estimatorio).

Strafbar ist allein die eidliche Aussage der Partei.

4. Ganz anders als bei der Zeugenaussage wird die Falschheit des Meineides bestimmt. Obwohl die einzelnen Autoren zu dieser Frage nur kurz Stellung nehmen, läßt sich doch soviel erkennen, daß eindeutig die objektive Eidestheorie vertreten wird. So führt Conti-Sabatini ³⁷⁾ klar aus, daß der Eid mit den Tatsachen übereinstimmen müsse.

Gleichgültig ist es, ob der Eid ganz oder teilweise falsch ist; es genügt, wenn der Eid in seinem wesentlichen Inhalt falsch ist.

5. Im Gegensatz zur Zeugenaussage unterscheidet die Rechtswissenschaft nur zwei Begehungsarten des Parteimeineides:
 - a. das Behaupten von etwas Unwahren und
 - b. das Ableugnen von etwas Uahren.

Das blosse Verschweigen von Umständen wird als keine geeignete Begehungsform des Parteimeineides betrachtet.

6. Subjektiv ist für den Tatbestand des Art. 371 Vorsatz, d.h. das Wissen und Wollen erforderlich, als Partei im Zivilprozeß unter Eid etwas Falsches auszusagen.
7. Der Parteimeineid wird mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft. Daneben hat die Verurteilung stets das

34) Zit. bei Manzini 688

35) So wurde u.a. auch ein vor dem als Richter fungierenden Kadi nach mohamedanischem Rechtsbrauch abgelegter Eid als unter den Tatbestand des Art. 371 fallend betrachtet.

36) Manzini 692; J.-Piromallo 180; Saltelli 388; Conti-Sab.

37) Conti-Sab. 506; ebenso J.-Piromallo 182

Verbot der Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge (Art. 371 Abs. I und III).

8. Das italienische Zivilgesetzbuch kennt wie der französische code civil ebenfalls das Beweisverbot bezüglich des Parteimeineides. Dieses Verbot gilt aber nur für das Zivilverfahren. Im Strafverfahren finden die zivilrechtlichen Beweisvorschriften keine Anwendung ³⁸⁾. Andererseits hat jedoch eine Verurteilung wegen erwiesenen Parteimeineides infolge der strengen Beweisvorschriften keine Rückwirkung auf den Zivilprozeß, was als unbefriedigend empfunden wird ³⁹⁾. Auf Grund des strafgerichtlichen Erkenntnisses hat der Geschädigte jedoch die Möglichkeit einer Schadensersatzklage.

VI. Sondertatbestände

Das italienische Recht kennt bei den sog. Eidesdelikten keine weiteren, besonders ausgestalteten Tatbestände mehr.

VII. Der Aussagenotstand

1. Der c.p. berücksichtigt nur den Notstand des Zeugen bzw. des Sachverständigen und des Dolmetschers (Art. 384 Abs. I) ⁴⁰⁾, nicht dagegen den der Zivilpartei, da diese ja nicht gezwungen ist, den Eid abzulegen, sondern diesen verweigern kann.

Während früher der Grund für diese Bestimmung in dem Grundsatz gefunden wurde, daß niemand Zeuge in eigenen Sachen sein könne ⁴¹⁾, wird heute als Begründung die psychologische Zwangslage der betreffenden Personen angeführt ⁴²⁾.

2. Befand sich der falsch Aussagende in einer solchen Zwangslage, bei der er befürchten mußte, daß für ihn oder einen seiner nahen Angehörigen ein schwerer und nicht vermeidbarer Schaden an Freiheit und Ehre eintreten würde, so tritt völlige Straffreiheit ein. Der vorausgesetzte Schaden an Freiheit und Ehre wird sehr weit gefaßt. So fällt darunter nicht nur der Verlust oder die Beeinträchtigung der psychischen Freiheit durch gerichtliche Freiheitsstrafen oder Sicherungsmaßnahmen, sondern nach vorwiegender Meinung ⁴³⁾ auch schon die Verletzung des Hausrechtes oder persönlicher Geheimnisse. Andererseits reicht wiederum ein vermögensrecht-

38) Dies ergibt sich unmittelbar aus den Art. 308 und 461 c.p.p.

39) Manzini 703

40) Art. 384:

I. In den Fällen der Art. 361, 362 363, 364, 365, 366, 369, 372, 373, 374 und 378 ist derjenige straffrei, der die Tat begangen hat, weil er dazu durch die Notwendigkeit gezwungen war, sich oder einen nahen Angehörigen vor einem schweren Schaden an Freiheit oder Ehre zu bewahren.

41) Hierzu Stcoß 345, Anm. 3

42) Conti-Sab. 556; Manzini 587; J.-Piromallo 73

43) Saltelli 419; Conti-Sab. 556; a.A. J.-Piromallo 74, der nur die rein physische Beeinträchtigung als Schaden ansieht.

licher Schaden nicht aus, um ein aus diesem Grunde falsch abgegebenes Zeugnis zu entschuldigen. Man hat indessen in solchen Fällen, in denen eine Geldstrafe oder der Verlust einer Stellung zu befürchten war, vielfach einen Ehrenscha- den gesehen ⁴⁴⁾.

Die Auswirkungen dieser weitgehenden Auslegung des gesetzlichen Begriffs des Schadens an Freiheit und Ehre werden jedoch durch das Gesetz selbst eingedämmt, indem nur solcher Schaden zur Strafflosigkeit führt, der schwer und unvermeidlich ist. Bei der Gefahr eines nur geringfügigen Nachteils ist die Vorschrift des Art. 384. Abs. I daher nicht anwendbar.

Art. 384 Abs. I wird jedoch dadurch nicht ausgeschlossen, daß die (vermeintliche) Gefahr eines Schadens tatsächlich nicht besteht. Auch bei irrtümlicher Annahme des Strafausschließungsgrundes findet diese Vorschrift auf den Täter Anwendung (Art. 59 Abs. III).

VIII. Straferschwerende Umstände

Bei den Zeugen, Sachverständigen und Dolmetschern, die im Laufe eines Strafverfahrens falsche Angaben gemacht haben, sieht Art. 375 ⁴⁵⁾ unter gewissen Umständen Straferhöhungen vor. Der dieser Vorschrift zugrundeliegende Gedanke ist der, daß diejenige Aussage besondere Strafe verdient, die tatsächlich zu einem gar-nicht oder nicht in dieser Höhe gerechtfertigten Strafausspruch geführt hat ⁴⁶⁾. Wie im französischen und belgischen Recht werden also die Straferhöhungen von den Verurteilungen abhängig gemacht, die in dem Verfahren ausgesprochen wurden, in welchen die genannten Personen ihre falschen Aussagen abgegeben haben. Zwischen dem falschen Zeugnis und der Verurteilung muß somit Kausalzusammenhang bestehen. Es genügt dabei, daß das Zeugnis mitverursachend war. Dieser strafterhöhende Umstand braucht nicht vom Bewußtsein des Täters umfaßt zu sein.

Art. 375 ist nach der gesetzlichen Formulierung (condanna) erst dann anwendbar, wenn das gegen den Angeklagten ausgesprochene Urteil rechtskräftig geworden ist ⁴⁷⁾.

44) J.-Piromallo 74

45) Art. 375:

I. In den Fällen der drei vorhergehenden Artikel beträgt die Strafe Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren, wenn die Tat eine Verurteilung zu Gefängnis bis zu fünf Jahren zur Folge hat; sie beträgt Gefängnis von drei bis zu zwölf Jahren, wenn die Tat eine Verurteilung von mehr als fünf Jahren zur Folge hat; und Gefängnis von sechs bis zu zwanzig Jahren, wenn die Tat eine Verurteilung zu Dauerzuchthaus zur Folge hat.

II. Dauerzuchthaus tritt ein, wenn die Tat eine Verurteilung zur Todesstrafe zur Folge hat.

46) Manzini 723

47) Manzini 723; Cass. Annali 37, 629

Im einzelnen sieht Art. 375 folgende Strafen vor:

- a. bei einer Verurteilung zu Gefängnis bis zu 5 Jahren: Gefängnis von 1 - 5 Jahren (im Entwurf 8 Monate bis zu 4 Jahren),
- b. bei einer Verurteilung zu Gefängnis von mehr als 5 Jahren: Gefängnis von 3 - 12 Jahren (im Entwurf 2 - 10 Jahre),
- c. bei einer Verurteilung zu Dauergefängnis: Gefängnis von 6 - 20 Jahren (im Entwurf 4 - 16 Jahre).

Die in Abs. II enthaltene Vorschrift über eine Dauerzuchthausstrafe bei einem Todesurteil ist gegenstandslos geworden, da die Todesstrafe abgeschafft worden ist. Der Entwurf sieht einen Abs. II auch nicht mehr vor.

IX. Die Berichtigung der falschen Aussage

Aus kriminalpolitischen Zweckerwägungen heraus, nämlich um dem Täter einen Anreiz zu geben, zur Wahrheit zurückzukehren, berücksichtigt das italienische Recht auch die Berichtigung einer falschen Aussage. Anders jedoch als im französischen Recht ist im Hinblick darauf, daß die falsche Aussage mit ihrer Abgabe vollendet ist, der Widerruf als persönlicher Strafausschließungsgrund ausgestaltet, der den Tatbestand des vollendeten Delikts unberührt läßt. Dogmatisch ist er somit als "tätige Reue" zu bezeichnen.

Das italienische Recht regelt den Widerruf in getrennten Vorschriften für den Zeugen (Sachverständigen, Dolmetscher) einerseits und für die Zivilpartei andererseits.

A. Die Berichtigung durch den Zeugen (Sachverständigen, Dolmetscher)

1. Der Widerruf des Zeugen, bzw. des Sachverständigen und Dolmetschers wird im Art. 376 ⁴⁸⁾ behandelt. Um ihn anwenden zu können, genügt es nicht, daß der Zeuge seine Angaben für falsch erklärt, sondern er muß, um sich Strafflosigkeit zu sichern, die richtigen Tatsachen, soweit er sie weiß, angeben. Im anderen Falle würde sein Verhalten immer noch als strafbares Verschweigen zu beurteilen sein ⁴⁹⁾.

48) Art. 376:

I. In den Fällen der Art. 372 u. 373 ist der Schuldige straffrei, wenn er in dem Strafverfahren, in welchem er seine Tätigkeit geleistet hat, die falsche Angabe widerruft und die Wahrheit offenbart, bevor die Untersuchung durch eine das Verfahren einstellende Entscheidung abgeschlossen oder bevor die Hauptverhandlung geschlossen oder aus Anlaß der falschen Angabe vertagt ist.

II. Ist die falsche Angabe in einer Zivilsache gemacht worden, ist der Schuldige straffrei, wenn er sie widerruft und die Wahrheit offenbart, bevor über die Klage, sei es auch noch nicht rechtskräftig, endgültig entschieden ist.

49) So Manzini 728

2. Für die Anwendbarkeit des Art. 376 ist es unerheblich, was den Täter zu seiner berichtigenden Erklärung veranlaßt hat. Der Widerruf ist daher auch dann wirksam, wenn er nur auf Grund der Ermahnungen des Richters oder aus Furcht vor drohender Entdeckung erfolgt.
3. Nach dem gesetzlichen Wortlaut muß der Widerruf in dem Verfahren erfolgen, in welchem vorher die falsche Aussage abgegeben wurde. Nach herrschender Ansicht kann der Widerruf daher nur vor dem Prozeßgericht erklärt werden ⁵⁰⁾.
4. Bei der Bestimmung, bis wann die Berichtigung erfolgt sein muß, um noch strafbefreiend berücksichtigt werden zu können, unterscheidet der c.p. danach, ob die falsche Aussage in einem Strafverfahren oder in einem Zivilprozeß abgegeben worden ist.
 - a. Hat in Strafsachen der Zeuge in einer Voruntersuchung eine falsche Aussage gemacht, so erlischt jede Widerrufsmöglichkeit dann, wenn das Untersuchungsverfahren durch einen Einstellungsbeschluß abgeschlossen wird. Dabei ist es unerheblich, ob dieser Beschluß gerade auf dem falschen Zeugnis basiert. Wird die Untersuchung nicht eingestellt, sondern führt sie zu einem gerichtlichen Verfahren, so bleibt die Berichtigung weiterhin möglich.

In der Hauptverhandlung bleibt der Widerruf bis zum Schluß der Verhandlung möglich. Der Abschluß der Verhandlung wird darin erblickt, daß die mündliche Erörterung des Falles beendet ist (Art. 472 c.p.p.). Dieser Zeitpunkt wird in jedem Fall dann eintreten, wenn sich das Gericht in das Beratungszimmer zurückzieht ⁵¹⁾.

Von diesem Grundsatz wird jedoch dann abgegangen, wenn auf Grund der falschen Aussage die Verhandlung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt wird, um Gewißheit darüber zu erlangen, ob die Aussage des Zeugen richtig oder falsch war. (Art. 458 c.p.p.). In diesem Falle erlischt die Möglichkeit eines rechtzeitigen Widerrufs schon mit dem Aussetzungsbeschluß. Das leitende Motiv für den Gesetzgeber war hier die Erwägung, daß die Rechtspflege durch die falsche Aussage in ihrer ungehemmten Funktion gestört worden sei und damit einen Schaden erlitten habe. Ist eine Aussetzung dagegen aus anderen Gründen erfolgt, so bleibt die Berichtigungsmöglichkeit weiterhin bestehen.

Eine kurzfristige Unterbrechung der Verhandlung zwecks sofortiger Durchführung eines Verfahrens gegen den verdächtigen Zeugen beläßt diesem auch noch während dieses gegen ihn gerichteten Verfahrens die Möglichkeit des rechtzeitigen strafbefreienden Widerrufs ⁵²⁾. Diese Verfahrensgestal-

50) Maggiore 274; Manzini 728

51) J.-Piromallo 211

52) So die h.L., vgl. u. a. J.- Piromallo 213; Manzini 737

tung verfolgt dem Zweck, dem Zeugen den Ernst seiner Lage eindringlich vor Augen zu führen und ihn auf diese Weise noch zu veranlassen, die Wahrheit anzugeben 53).

b. Im Zivilverfahren, "in causa civile" - der Entwurf will an Stelle dessen die Worte: Zivil- und Verwaltungsverfahren setzen - kann der Zeuge so lange widerrufen, bis in der Sache selbst ein Endurteil erfolgt ist. Nach dem Wortlaut des Gesetzes schließt auch schon ein nicht rechtskräftiges Urteil jede Berichtigungsmöglichkeit aus.

5. Die rechtzeitig vorgebrachte Berichtigung der falschen Aussage hat die völlige Straflosigkeit des Täters zur Folge. Saltelli bemerkt hierzu, daß dies erforderlich sei, um beim Zeugen die instinktive Abneigung gegen das Eingeständnis eigener Lügenhaftigkeit zu überwinden 54).

B. Die Berichtigung durch die Partei

Die Berichtigungsmöglichkeit der Partei hat ihren gesetzlichen Niederschlag im Abs. II des Art. 371 (Parteimeineid) 55) gefunden. Der Widerruf ist jedoch auf den vom Richter auferlegten Eid beschränkt: beim decisorischen Eid hat er keine Wirkung. Der Grund für diese Beschränkung ist darin zu finden, daß der decisorische Eid den Richter in seiner Entscheidung schlechthin bindet, auch wenn ihm die Unwahrheit des Eides bekannt ist. Im Falle des auferlegten Eides ist jedoch eine Berücksichtigung durch den Richter immer noch möglich, weshalb hier auch noch dem rechtzeitigen Widerruf strafbefreiende Kraft beigelegt wird.

Die Berichtigung, die auch hier in der Angabe der Wahrheit besteht, braucht nicht vor Gericht abgegeben zu werden; es genügt, wenn die berichtigende Erklärung auch gegenüber dem Prozeßgegner oder dessen Vertreter erfolgt.

Die Partei kann im übrigen, wie der Zeuge im Zivilprozeß, ihren falschen Eid nur bis zum Erlaß des Endurteils in der Sache, selbst wenn dieses auch noch nicht rechtskräftig ist, berichtigen.

Der rechtzeitige Widerruf des falschen Parteieides führt ebenfalls zur Straffreiheit.

X. Die Anstiftung und Verleitung zur falschen Aussage

Wer einen anderen zu einem wissentlichen falschen Zeugnis

53) Dafür spricht vor allem Art. 458 Abs. IV, der dem Richter sofortigen Einstellungsbeschluß für das gegen den Zeugen gerichtete Verfahren vorschreibt, wenn dieser vor Schluß der Verhandlung in der Hauptsache widerruft.

54) Saltelli 403

55) Art. 371: II. Bei einem von Amts wegen auferlegten Eid ist der Schuldige straffrei, wenn er den falschen Eid widerruft, bevor über die Klage endgültig, sei es auch noch nicht rechtskräftig, entschieden ist.

anstiftet, wird nach italienischem Recht entsprechend den allgemeinen Grundsätzen (Art. 110) wegen Beteiligung zu diesem Delikt bestraft⁵⁶⁾. Die hierzu verwandten Mittel sind für die Strafbarkeit der Anstiftung gleichgültig. Erforderlich ist allein, daß der Anstifter in einem anderen den Entschluß zu der von diesem begangenen Handlung hervorgerufen hat.

A. Die Verleitung zur unwissentlichen Aussage

Eine besondere Strafbestimmung, die die Verleitung eines anderen zu einer unwissentlich falschen Aussage zum Inhalt hat, kennt das italienische Recht nicht⁵⁷⁾. Eine derartige Vorschrift ist aber in Anbetracht der allgemeinen Bestimmungen auch nicht erforderlich.

Schall geht im Anschluß an Manzini⁵⁸⁾ von Art. 111 aus, in dem ausgesprochen wird, daß auch derjenige bestraft wird, der einen Unzurechnungsfähigen oder eine infolge einer persönlichen Beziehung oder Eigenschaft nicht strafbare Person zur Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung bestimmt hat. Zur zweiten Alternative gehören nach seiner Ansicht insbesondere die Personen, die infolge eines den Vorsatz ausschließenden Irrtums nicht schuldhaft handeln (Art. 48)⁵⁹⁾. Der unmittelbar Handelnde sei somit auf Grund der persönlichen Bedingung nicht strafbar, während der Anstifter nach Art. 111 c.p. für die von dem Irrenden begangene Handlung allein verantwortlich sei; die Strafe werde sogar noch erhöht.

Diese Gesetzesauslegung stößt m.E. auf erhebliche Bedenken, denn die Strafbarkeit desjenigen, der in einem anderen einen Irrtum hervorrufen und ihn in diesem Irrtum zu einer strafbaren Handlung bestimmt, folgt schon allein aus Art. 48, ohne daß eine Bezugnahme auf Art. 111 nötig, wie aber auch möglich wäre. Denn Art. 111 betrifft die Fälle der schon bestehenden Unzurechnungsfähigkeit und der Nichtstrafbarkeit auf Grund persönlicher Bedingungen oder Eigenschaften, worunter die Irrtumserregung eines anderen schon begrifflich nicht fallen kann. Wäre Manzini Ansicht richtig, so wären keine Fälle denkbar, die Art. 48 ausschließlich regeln würde: alle würden letztlich unter die Bestimmung des Art. 111 fallen. Art. 48, der selbständig regelt, wer als Verantwortlicher in Frage kommt, wäre dann überflüssig.

56) Art. 110: (Strafe für die Teilnehmer der strafbaren Hdlg.) Wenn mehrere Personen bei der gleichen strafbaren Handlung mitwirken, unterliegt jede von ihnen der für diese festgesetzten Strafe, vorbehaltlich der Bestimmungen der folgenden Artikel.

57) Das Problem wird auch von der italienischen Rechtswissenschaft nicht erörtert.

58) Schall 124, Manzini Bd. II, 1948, S.499

59) Art. 48 (Durch Täuschung anderer bestimmter Irrtum) Die Bestimmungen des vorigen Artikels (Tatirrtum schließt strafrechtliche Handlung aus) finden auch Anwendung, wenn der Irrtum über die Tat, welche die strafbare Handlung bildet, durch Täuschung anderer bestimmt ist; doch ist in diesem Falle für die von der getäuschten Person begangene Tat derjenige verantwortlich, der sie zur Begehung bestimmt hat.

Auf Grund der alleinigen Bestimmung des Art. 48 c.p.i. werden daher auch die Fälle einer Verleitung zu einer unbewußt falschen Aussage erfaßt, wobei es gleichgültig ist, ob es sich bei dem Verleiteten um einen Zeugen, Sachverständigen, Dolmetscher oder um eine Partei handelt.

B. Die erfolglose Anstiftung zur falschen Aussage

Die erfolglose Verleitung eines Zeugen zur Abgabe einer falschen Aussage wird vom italienischen Recht als subornazione im Art. 377 c.p.i. ⁶⁰⁾ behandelt. Die Bestimmung erstreckt sich lediglich auf die Verleitung des Zeugen, des Sachverständigen und des Dolmetschers; die Verleitung der Zivilpartei wird von ihr nicht berührt ⁶¹⁾.

Gegenstand des Art. 377 ist sowohl der erfolglose Anstiftungsversuch (Abs. I) als auch die erfolglose Anstiftung selbst (Abs. II). Die Bestrafung dieser Handlungen bei den Tatbeständen der falschen Zeugen- und dgl. - Aussagen wird dadurch gerechtfertigt, daß ein öffentliches Interesse daran besteht, diese ^{an} gegen die Rechtspflege gerichteten Akte möglichst schon ihrer Wurzel zu treffen ⁶²⁾.

Die Verleitung ist nur dann strafbar, wenn sie mit bestimmten, im Gesetz angeführten Mitteln vorgenommen wird. Als solche kommen nur in Betracht das Angebot oder Versprechen von Geld und anderen Vorteilen. Eine gewöhnliche Bitte, Anregung oder Empfehlung vermag daher nicht zu einer Bestrafung aus Art. 377 zu führen. Wer die Verleitung durch Anwendung von Drohungen oder Gewalt gegenüber dem Zeugen begeht, ist nach der besonderen Vorschrift des Art. 611 strafbar. Bei dem Tatbestandselement des Angebotes oder Versprechens ist es für die Strafbarkeit der Verleitung gleichgültig, ob es von dem zu Verleitenden angenommen worden ist (Abs. II.) oder nicht (Abs. I.).

Die gesetzliche Formulierung: "Wer einem Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetscher anbietet oder verspricht, ... " hat zu einer Auseinandersetzung darüber geführt, ob die zu verleitende Person schon im Augenblick der Verleitungshandlung die Eigenschaft eines Zeugen u.s.w. haben muß. Dies wird von einigen Autoren ⁶³⁾ im Anschluß an den Ministerial-

60) Art. 377 (Bestechung)

I. Wer einem Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetscher Geld oder einen anderen Vorteil anbietet oder verspricht, um ihn zu einer falschen Aussage, Begutachtung oder Übersetzung zu bestimmen, unterliegt, wenn das Versprechen oder Angebot nicht angenommen wird, den in Art. 372 und 373 festgesetzten Strafen unter Ermäßigung um die Hälfte bis zu zwei Drittel.

II. Die gleiche Bestimmung findet Anwendung, wenn das Angebot oder Versprechen angenommen, die falsche Angabe jedoch nicht gemacht ist.

61) Eine allgemeine Bestrafung der erfolglosen Anstiftung zu Verbrechen kennt der c.p.i. nicht.

62) Saltelli 405

63) Maggiore 281; Saltelli 405

bericht zum Entwurf des derzeitigen StGB 64) bejaht. Demgegenüber hat die Rechtsprechung in vielen Entscheidungen⁶⁵⁾ den Standpunkt vertreten, daß eine Verleitung auch schon vor Erlangung dieser prozessualen Eigenschaft möglich sei; erforderlich sei nur, daß die betreffenden Personen später tatsächlich in diesen Eigenschaften geladen und verurteilt worden sind.

Eine vermittelnde Ansicht scheinen J.-Piromallo und Manzini⁶⁶⁾ zu vertreten, die von der erstgenannten Meinung ausgehen und dabei hervorheben, daß sich die Verleitungshandlung auf einen gewissen Zeitraum erstreckt und daß es in dieser Hinsicht ausreicht, wenn die eigentliche Verleitung schon vor Erlangung der Zeugeneigenschaft erfolge und danach nur noch daran erinnert oder eine Beeinflussung in diesem Sinne fortgesetzt würde.

Der neue Entwurf beabsichtigt diesem Auslegungstreit dadurch ein Ende zu setzen, daß er hinter das Wort Dolmetscher die Worte: "auch vor dem Erwerb dieser Eigenschaft" einfügen will. In seinem Bericht hält es das Justizministerium⁶⁷⁾ für einen schweren Mangel, daß die Tatbestandsmäßigkeit des Art. 377 erst dann gegeben ist, wenn das Angebot oder Versprechen einem gemacht wird, der schon die Eigenschaft eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers hat, da auf diese Weise viele strafwürdige Fälle praktisch außer Betracht bleiben würden. Der Bericht fügt hinsichtlich des neuen Entwurfes hinzu, daß es für die Tatbestandsmäßigkeit des Delikts selbstverständlich erforderlich sei, daß die entsprechende prozessuale Eigenschaft nachher von dem Verleiteten wirksam erworben wird.

Subjektiv wird beim Verleiter der Vorsatz gefordert, dem Zeugen Geld oder andere Vorteile anzubieten oder zu versprechen, in der Absicht, ihn zu einem falschen Zeugnis zu verleiten.

Ein Versuch der subornazione ist nicht denkbar, da dieser Tatbestand selbst schon die Bestrafung eines Versuches darstellt⁶⁸⁾.

Die Strafe wird den Art. 372/373 entnommen, wobei der Strafraum um die Hälfte bis zwei Drittel gesenkt wird. Es ergibt sich somit ein möglicher Strafraum von 2 Monaten bis zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Jede Verurteilung aus Art. 377 hat nach Abs. III im übrigen das zeitliche Verbot der Ausübung gewisser in Art. 28 genannter öffentlicher Rechte zur Folge.

64) Zit. nach Manzini 745

65) Cass. G.p. 41 II 1024 (zit. nach Maggiore 281),
Cass. G.p. 32 II 1907; Cass. Riv. p. 1930, 37;
zustimmend Conti-Sab. 529

66) J.-Piromallo 228 f; Manzini 743

67) Vorentwurf II Nr. 366

68) J.-Piromallo 231

XI. Die fahrlässige falsche Aussage

Eine Bestrafung des fahrlässigen Parteimeineides oder eines fahrlässig begangenen falschen Zeugnisses kennt das italienische Recht nicht.

XII. Die eidesstattliche Erklärung

Die Einrichtung der eidesstattlichen Versicherung ist dem italienischen Recht unbekannt und bedarf daher auch keines strafrechtlichen Schutzes.

S p a n i e n

I. Das geschützte Rechtsgut

In seinem zweiten Buch, das die Verbrechen und ihre Bestrafung zum Inhalt hat, behandelt der spanische Código Penal in der Fassung von 1944 die Eidesdelikte im 4. Titel unter der zusammenfassenden Überschrift: Von den Verbrechen gegen die Justizverwaltung (De los delitos contra la Administración de Justicia). Dem Titel gehen die Delikte voraus, die sich gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates richten, sowie diejenigen, die eine Fälschung (falsedad) darstellen. Ihm folgen die Delikte gegen die Volksgesundheit und die Amtsdelikte, an die sich die gegen den Einzelnen gerichteten Verbrechen anschließen.

Unter der Überschrift "Verbrechen gegen die Justizverwaltung", welche erstmals 1932 in die spanische Strafgesetzgebung Eingang gefunden hat, wird eine Gruppe von Delikten zusammengefaßt, denen bei sonstiger Verschiedenheit gemeinsam ist, daß sie gegen das normale Funktionieren der richterlichen Tätigkeit und gegen den notwendigen Respekt vor den Gerichtsentscheidungen verstoßen¹⁾. Unter Justizverwaltung kann daher im Anbetracht der im 4. Titel geregelten Delikte, wie falsche Anklage und falsche Anschuldigung, Rechtsbeugung, Vortäuschen einer Straftat u.a.m. nach Oneca²⁾ der Prozeß verstanden werden.

Das II. Kapitel innerhalb des 4. Titels behandelt unter der Bezeichnung "Vom falschen Zeugnis" (Del falso testimonio) die Eidesdelikte. Cuello Calón³⁾ sieht ihre Charakteristik in der Verletzung der den Zeugen und Sachverständigen auferlegten Wahrheitspflicht. Ihre besondere Mißbilligung erfahren sie dadurch, daß sich die Gerichte überwiegend auf solche Aussagen stützen müssen und dadurch zu ungerechten Urteilen kommen, die unter Umständen einen Verantwortlichen entlasten oder einen Unschuldigen belasten können. Hierbei offenbart sich aber auf der anderen Seite auch der Gefährdungscharakter der Eidesdelikte, denn es ist gleichgültig, ob die falsche Aussage letztlich irgendwelchen Einfluß auf die Entscheidung ausgeübt hat. Der Schaden, den der Verurteilte oder die unterlegene Partei eventuell erleiden könnte, ist unbeachtlich⁴⁾.

Die Prozeßgesetze fordern die Beeidigung der Aussage unter Anrufung Gottes und in Übereinstimmung mit der Religion des Aussagenden. Trotzdem wird nicht die Verletzung der Heiligkeit des Eides bestraft. Das spanische Recht sieht die Strafbarkeit des falschen Zeugnisses weniger in der als Meineid bezeichneten, religiös zu verurteilenden Diskrepanz von Aussage und Gewissen, als vielmehr

1) So Cuello Calón 277

2) Oneca II 164

3) Cuello Calón 286

4) Oneca II 168

im Mangel der Wahrheit der Aussage oder des Gutachtens. Dieses selbständige Nebeneinander von religiösen und rechtlichen Motiven findet sich schon im kanonischen Recht, wo das Delikt der Lüge aus der Sünde des Meineides herausgeschält wird ⁵⁾. In diesem Sinne wird der Satz Onecas (a.a.O.) verständlich, daß das falsche Zeugnis nicht mit dem Meineid identisch sei. Daß damit zugleich auch die Frage der "Eides"-Theorie entschieden ist, sei hier vorwegnehmend nur kurz erwähnt.

Der Gesetzestext unterscheidet:

1. das falsche Zeugnis in Strafsachen (Art. 326 - 328)
2. das falsche Zeugnis in Zivilsachen (Art. 329) und
3. das Beibringen (presentación) eines falschen Zeugen vor Gericht (Art. 333).

Daneben werden auch die Sachverständigen den Strafvorschriften unterstellt (Art. 331), die falschen Aussagen auf Grund einer Bestechung als Strafschärfungs- und die Unwesentlichkeit einer Aussage als Strafmilderungsgrund behandelt.

Die folgende Darstellung schließt sich dem obigen Aufbau an und wird die zusätzlich interessierenden Fragen an entsprechender Stelle behandeln.

II. Die formellen Voraussetzungen der Prozeßaussage

Als Zeugnis oder Gutachten wird im spanischen Recht nur eine solche Aussage gewertet, die mit einem Eide bekräftigt worden ist. Zu dieser Eidesleistung ist jeder verpflichtet, der vor Gericht aussagt. Ausgenommen hiervon sind lediglich alle Minderjährigen unter 14 Jahren.

Ein Zeugnisverweigerungsrecht steht den Angehörigen sowie dem Verteidiger bezüglich der Dinge zu, die er in seiner beruflichen Eigenschaft von dem Angeklagten erfahren hat (vgl. Art. 416 StPO). Ein Aussageverweigerungsrecht wegen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung bei wahrheitsgemäßer Beantwortung sieht das spanische Recht nicht vor.

Von der Zeugenpflicht befreit sind Geistliche Zivil- und Militärbeamte, sowie die wegen geistiger oder körperlicher Mängel Zeugnisunfähigen (Art. 417 StPO).

Vor der Eidesabnahme ist der Richter verpflichtet, den Aussagenden zur Angabe der Wahrheit zu ermahnen und ihm die Straffolgen einer falschen Aussage vorzuhalten (Art. 433 Abs. III StPO).

Die herangezogene Literatur läßt nicht erkennen, wie im einzelnen zu entscheiden ist, wenn eine der angeführten Bestimmungen verletzt wird. Die Bemerkung Cuello Calóns ⁶⁾

5) Vgl. hierzu Kuttner 17 ff.

6) Cuello Calón 288

daß diejenigen Angehörigen, die freiwillig den Eid leisten, ebenfalls den Strafbestimmungen der Art. 326 ff Código Penal unterliegen, gibt zu keinen weiteren Schlüssen Anlaß.

III. Die Eidesform

Das spanische Recht beschränkt sich hinsichtlich der Eidesformel darauf, auf die Abgabe des Schwurs "im Namen Gottes" (en nombre de Dios) hinzuweisen (Art. 434 StPO, Art. 647 ZPO). Im übrigen muß die Eidesleistung in Übereinstimmung mit der Religion des Aussagenden stehen. Für den Fall, daß die religiöse Überzeugung der Verhörsperson die Abgabe eines Eides nicht zuläßt, ist es gestattet, ein Gelübde auf Ehre (promessa por su honor) abzugeben, dem die gleichen Wirkungen wie einem Eid zugemessen werden. Nach dem letzten cuerpo legal, einer Kompilation von Gesetzen, Art. 595, haben die Offiziere der spanischen Streitkräfte dieses Gelübde und zwar vor jedem Gericht abzulegen.

IV. Die falsche Aussage in Strafsachen

Obwohl das falsche Zeugnis in Straf- wie auch das in Zivilsachen dem Aufbau und den Voraussetzungen nach keine weiteren Abweichungen voneinander aufweisen als diejenigen, die durch die verschiedenen Verfahrensarten bedingt sind, geht die spanische Rechtswissenschaft doch dahin, die einzelnen Aussagen getrennt der Prozeßart nach zu behandeln, in der sie abgegeben werden. Der Unterschied zu dem unter V behandelten falschen Zeugnis in Zivilsachen ist somit allein durch die Verfahrensart begründet und nicht durch den Unterschied der aussagenden Person.

Unter einem falschen Zeugnis wird ein wesentlicher und bössartiger (de modo malicioso) Verstoß des Zeugen oder Sachverständigen gegen die Wahrheit verstanden ⁷⁾. Hierbei weist das falsche Zeugnis in Strafsachen (Art. 326 - 328 c.p.) ⁸⁾ eine von der spanischen Rechtswissenschaft

7) Oneca II 169

8) Art. 326: (Terminologie nach Goldschmidt, Vergleichende Darstellung, Allg. Teil, Bd. IV, 233 ff) Derjenige, der in Strafsachen (causa criminal) ein falsches Zeugnis gegen den Angeklagten abgibt, wird mit einfacher Festungshaft (presidio menor) und einer Geldstrafe von 1000 bis 10 000 Peseten bestraft, wenn infolge (a consecuencia) dieser falschen Zeugenaussage ein Strafurteil wegen Verbrechens (delito) gefällt worden ist. Wenn dieses falsche Zeugnis in einem Verfahren wegen eines Vergehens (faltas) abgegeben wird, sind die Strafen strenger Arrest (arresto mayor) und eine Geldstrafe von 1 000 bis 2 500 Peseten.

stark bemängelte Kasuistik in der Richtung auf, daß, getrennt nach den Verfahren wegen eines Verbrechens, bzw. eines Vergehens, die Aussage unterschiedlich bestraft wird, wenn sie sich gegen den Angeklagten richtet oder zu seinem Gunsten abgegeben worden ist oder überhaupt nicht geeignet ist, den Angeklagten zu begünstigen oder zu benachteiligen.

Im einzelnen fordert der Tatbestand folgende Voraussetzungen:

1. Täter des Deliktes können der Zeuge und nach der ausdrücklichen Vorschrift des Art. 330 ⁹⁾ der Sachverständige (Perito) sein. Als Sachverständige werden solche Personen betrachtet, die künstlerische, wissenschaftliche oder praktische Kenntnisse besitzen und somit die Stellung eines besonders qualifizierten Zeugen einnehmen ¹⁰⁾. Dabei ist es gleichgültig, ob sie bestellt sind oder nicht.

Der Gesetzestext erwähnt indessen nicht, ob auch der Dolmetscher als Täter in Frage kommt. Die Möglichkeit seiner Heranziehung zum Prozeß ist in den Art. 440 ff St-PO vorgesehen. Nach herrschender Auffassung in der Literatur ¹¹⁾, die sich auf die Auslegung des StGB von 1870 stützt, wird der Dolmetscher dem Sachverständigen im Hinblick auf die Folgen des falschen Zeugnisses gleichgestellt, da es bei der Aufgabe ist, das Gericht aufzuklären. Die Rechtsprechung hat sich zu der Frage noch nicht geäußert.

Fortsetzung Anm. 8):

Wenn der vermeintliche Angeklagte nicht bestraft wird, werden dem falschen Zeugen die in den vorhergehenden Absätzen aufgeführten Strafen im geringsten Grade auferlegt.

Art. 327:

Derjenige, der in Strafsachen (causa criminal) ein falsches Zeugnis zugunsten des Angeklagten abgibt, wird mit strengem Arrest (arresto mayor) und einer Geldstrafe von 1000 bis 10 000 Peseten bestraft, wenn das Verfahren wegen eines Verbrechens (delito) geführt worden ist.

Wenn dieses falsche Zeugnis in einem Verfahren wegen eines Vergehens (faltas) abgegeben wird, ist die Strafe eine Geldstrafe von 1000 bis 5 000 Peseten.

Art. 328:

Derjenige, der in einer Strafsache wegen eines Verbrechens (delito) eine falsche Zeugenaussage macht, welche den Angeklagten weder benachteiligt noch begünstigt, wird mit strengem Arrest (arresto mayor) bestraft.

9) Art. 330:

Die in den vorhergehenden Artikeln angeführten Strafen werden im höchsten Grade bei Sachverständigen (Peritos) angewendet, die im Verfahren (en juicio) falsch aussagen; außerdem werden sie mit der speziellen Aberkennung der Befugnisse (inhabilitación especial) bestraft.

10) Cuello Calón 296

11) Cuello Calón 287, Oneca II 170

In gleicher Weise ist die Tatbegehung durch den Verletzten (ofendidos) wie auch durch den Anzeiger möglich. Nicht indessen kommen die Angeklagten als Täter in Frage, da sie weder einen Eid leisten, noch versprechen, die Wahrheit zu sagen, noch verpflichtet sind, über Dinge, die sie moralisch oder materiell schädigen könnten, auszusagen.

2. Die Aussage muß in einem Strafverfahren abgegeben worden sein. Hierunter fällt auch schon das Vorverfahren (sumario). Doch ist eine im letzteren abgegebene falsche Aussage nur dann strafbar, wenn diesem Verfahren keine mündliche Verhandlung mehr nachfolgt, etwa, weil die Strafsache verjährt ist ¹²⁾. Folgt eine mündliche Verhandlung nach und gibt der Zeuge hier nun ein richtiges Zeugnis ab, so bleibt die im Vorverfahren abgegebene falsche Aussage straffrei.
3. Da nach den Prozeßgesetzen eine Aussage nur dann als Zeugenaussage angesehen wird, wenn sie vorher beeidet bzw. das Versprechen, die Wahrheit zu sagen, abgelegt worden ist, so ist für die Strafbarkeit der Eidesdelikte die vorherige Leistung einer derartigen Versicherung unbedingt erforderlich.
4. In der klaren Unterscheidung zwischen dem religiösen Begriff des Meineides und der falschen Aussage als Erscheinung des gesellschaftlichen Zusammenlebens kommt, wie schon eingangs erwähnt, die objektive Eidestheorie zum Ausdruck. Dies spiegelt sich auch in der Bemerkung wider, die bei Oneca zu finden ist ¹³⁾ und wo es heißt, daß derjenige, obwohl er einen Meineid leistet, keine falsche Zeugenaussage begeht, wenn er gegen sein besseres Wissen und Gewissen unter Eid die Wahrheit sagt. Die Rechtsprechung hat in wiederholten Entscheidungen ¹⁴⁾ die gleiche Auffassung vertreten.
5. Das falsche Zeugnis muß sich weiterhin nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes ¹⁵⁾ auf einen wesentlichen Gegenstand des Verfahrens beziehen. Eine Begründung dafür findet sich in der Literatur nicht. Indessen ergibt sich, wie im französischen Recht ¹⁶⁾, aus den gesetzlichen Merkmalen "gegen" (Art. 326) und "zugunsten des Angeklagten" (Art. 327), daß derartige Aussagen im Sinne der falsum-Theorie eine Schadensmöglichkeit in sich bergen und damit erheblich sein müssen. Daneben kennt das spanische Strafrecht aller-

12) T.S. (Tribunal Supremo) vom 15.2.99 (zit. nach Cuello Calón 289)

13) Oneca II 168; ebenso Cuello Calón 290: "Das Zeugnis muß falsch sein im Gegensatz zur Wahrheit." So auch die h.L.

14) T.S. vom 9.5.88 (Verstoß gegen die dem Zeugen bekannte Wahrheit), 10.12.32 (zit. nach Cuello Calón 292, 293)

15) T.S. vom 20.10.79 und 22.11.97 (zit. nach Cuello Calón 290)

16) Darstellung des französischen Rechts IV, 5

dings auch noch Aussagen, die den Angeklagten weder begünstigen noch benachteiligen.

a. Die in Verbrechenssachen gegen den Angeklagten gerichtete Aussage verändert die Strafbarkeit je nach dem, ob infolge der falschen Erklärung eine Verurteilung erfolgte oder nicht (Art. 326 Abs. I und III). Mit den Worten "a consecuencia" (infolge) verlangt der Código Penal nach Oneca 17), daß zwischen der falschen Aussage und dem Urteil ein Kausalzusammenhang besteht. Es genügt daher nicht das Verhältnis einer blossen Aufeinanderfolge 18). In Vergehenssachen wird dieses Erfordernis nicht aufgestellt (Art. 326 Abs. II c.p.).

b. Ist das Zeugnis zugunsten des Angeklagten abgegeben worden (Art. 327 c.p.) so genügt hier das Verhältnis blosser Aufeinanderfolge, weshalb es nicht erforderlich ist, daß die Aussage auf das Urteil Einfluß gehabt haben muß 19).

c. Als dritte inhaltliche Möglichkeit sieht Art. 328 in einem Strafverfahren wegen eines Verbrechens vor, daß die falsche Aussage dem Angeklagten weder einen Vorteil noch einen Schaden bringt. Cuello Calón 20) glaubt dabei dem Gesetzeswortlaut "weder schädigt noch begünstigt" entnehmen zu müssen, daß es sich hier um ein Zeugnis zu handeln habe,

17) Oneca II 169

18) Der Ansicht Onecas müssen erhebliche Bedenken entgegengebracht werden. Auszugehen ist von der Voraussetzung, daß die Wertung: gegen - für den Angeklagten apriorisch erfolgt und nicht vom tatsächlich erzielten Ergebnis her, denn sonst wäre Art. 326 Abs. III unverständlich, der bei einer gegen den Angeklagten gerichteten Aussage auch den Freispruch berücksichtigt. In diesem Sinne wohl auch Cuello Calón 291, nach dem es für die Beantwortung der Frage, ob sich das Zeugnis gegen den Angeklagten richtet, gleichgültig ist, welchen Erfolg die Aussage gehabt hat. Ist nun im Falle des Art. 326 Abs. I die Verurteilung des Angeklagten erfolgt, jedoch nicht auf Grund des falschen Zeugnisses, so wäre nach Oneca der Tatbestand nicht erfüllt; aber auch Art. 326 Abs. III wie auch Art. 328 (Aussage weder zum Vorteil noch zum Nachteil) würden keine Anwendung finden. Das falsche Zeugnis bliebe also straffrei, weil der tatbestandliche Erfolg nicht kausal eingetreten ist. Diese Konsequenz ist untragbar in Anbetracht dessen, daß in einem nicht so schwer wiegenden Verfahren wegen eines Vergehens diese einschränkende Bedingung nicht gefordert wird (Art. 326 Abs. II) und daher hier die falsche Aussage auch dann strafbar ist, wenn unabhängig von dieser Aussage ein sachgerechtes Urteil gefällt worden ist. Dies zwingt zu der Folgerung, daß dem Wort "infolge" keine besondere Bedeutung hinsichtlich eines Kausalzusammenhanges beizumessen ist.

19) T.S. vom 8.1.89 und 14.4.91 (zit. nach Cuello Calón 293)

20) Cuello Calón (im Anschluß an T.S. 15.12.1880) 294

welches auf das Urteil keinen Einfluß hat, selbst wenn diese Aussage für oder gegen den Angeklagten abgegeben worden ist.

Der Oberste Gerichtshof hat zu dieser Frage nicht einheitlich Stellung genommen. So hat er im Gegensatz zu der angeführten Ansicht auch erklärt, daß der erwähnte Ausdruck nicht in dem Sinne zu verstehen sei, daß das falsche Zeugnis keinen Einfluß auf das Urteil gehabt habe, sondern in der Richtung, daß die angegebenen Tatsachen und Einzelheiten aus ihrer Natur und Bedeutung heraus unfähig sind, die Be- oder Entlastung des Angeklagten herbeizuführen ²¹⁾.

Wird eine derartige Aussage in einem Verfahren wegen eines Vergehens abgegeben, so bleibt sie straflos.

6. Das Delikt kann im übrigen nicht nur durch eine positive Aussage begangen werden, sondern auch durch ein Verschweigen. Sofern dieses Verschweigen nicht mehr bedeutet als nur eine teilweise Verdunkelung der in Frage stehenden Angelegenheit, wird Art. 332 c.p. angewendet. (s. unter VI).
7. Das Delikt ist nur dann begangen, wenn die Tatausführung mit verbrecherischer "intención" (Vorsatz) erfolgte. Sie besteht in dem Willen, zu lügen und in dem Wissen, daß das Zeugnis oder das Gutachten falsch ist ²²⁾. Ob sich der Vorsatz auch darauf zu erstrecken habe, daß sich die Aussage für oder gegen den Angeklagten richtet oder keine derartige Richtung verfolgt wird, bleibt in der herangezogenen Literatur unberührt. Man geht indessen wohl nicht fehl, den subjektiven Tatbestand auch auf dieses objektive Tatbestandsmerkmal zu erstrecken, denn als objektive Bedingung der Strafbarkeit wird bei den gegen den Angeklagten gerichteten Aussagen (gleichgültig, ob wegen Verbrechens oder Vergehens) allein nur der das Strafmaß beeinflussende Umstand der Verurteilung oder des Freispruches angesehen ²³⁾.

21) T.S. vom 3.5.76 (zit. nach Cuello Calón 293, Anm. 65). Diese Ansicht scheint m.E. den Vorzug zu verdienen. Sie drängt sich durch die Überlegung auf, daß der aus dem Urteil gezogene Rückschluß das Verhältnis zu den Art. 326 und 327 unklar macht, denn deren Anwendung bemißt sich ja nach der für oder gegen den Angeklagten gerichteten Natur der Aussage, ohne daß es erforderlich ist, daß die Entscheidung beeinflusst wird. Würde daher z.B. eine gegen den Angeklagten gerichtete Aussage das Urteil nicht negativ beeinflussen, so müßten nach Cuello Calón sowohl Art. 326 als auch 328 Anwendung finden.

22) Cuello Calón 291

23) Oneca II 169

Nicht ist erforderlich, daß der Aussagende die Absicht gehabt haben muß, den Angeklagten zu schädigen, denn der Zeuge oder Sachverständige kann zwar wissentlich die Unwahrheit gegen den Angeklagten sagen, ohne ihm aber schaden zu wollen, sondern um etwa einen Dritten zu begünstigen. Wie Cuello Calón ²⁴⁾ dazu weiter bemerkt, verlangt auch das Gesetz diese Absicht nicht; die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes ist allerdings hierin schwankend.

8. Das falsche Zeugnis ist in dem Augenblick vollendet, in welchem der Täter vor Gericht falsch aussagt oder die Wahrheit verschweigt ²⁵⁾.

9. Hinsichtlich der Strafen stuft der Código Penal sowohl nach der im Verfahren behandelten Deliktsart als auch nach der Natur der Aussage ab. Dabei fällt im übrigen auf, daß gegenüber den Zeugen die Sachverständigen einer gradmäßig strengeren Bestrafung unterliegen. Die einzelnen für das falsche Zeugnis oder Gutachten vorgesehenen Strafen erhalten dadurch ein außerordentlich kasuistisches Gepräge und geben dem richterlichen Strafermessen wenig Spielraum.

Die Aufzählung der einzelnen Strafraumen muß hier verwehrt bleiben, da sie den Rahmen dieser Arbeit über Gebühr ausweiten würde ²⁶⁾. Festzuhalten bleibt generell nur, daß für die in Verbrechenssachen gegen den Angeklagten abgegebene falsche Aussage ein Strafraumen von 6 Monaten bis zu 6 Jahren einfacher Festungshaft (presidio menor) und eine Geldstrafe von 1000 - 10 000 Peseten vorgesehen ist. In allen anderen Fällen ist strenger Arrest (arresto mayor) von 1 bis 6 Monaten vorgesehen, neben die je nach dem einzelnen Fall eine Geldstrafe von 1000 bis zu 10 000 Peseten tritt. Die in Verbrechenssachen weder für noch gegen den Angeklagten abgegebene Aussage wird nur mit schwerer Haft von 1 bis 6 Monaten bedroht.

Eine Verurteilung zu obigen Freiheitsstrafen hat bei einem Zeugen für die Dauer der Strafe den Verlust öffentlicher Ämter und Aufgaben sowie des Wahlrechtes zur Folge (Art. 47). Dem Sachverständigen wird die "inhabilitación especial" für die Zeit der Verurteilung auferlegt, welche u.a. ein Berufsverbot zur Folge hat (Art. 330 i.V.m. Art. 35 ff c.p.). Die Verurteilung wegen falscher Aussage hat nicht die Eidesunfähigkeit zur Folge.

24) Cuello Calón 291

25) Cuello Calón 292 mit Hinweisen auf T.S. vom 5.7.88 und vom 9.5.88

26) Für Einzelheiten möge folgende Tabelle dienlich sein:

	Gesamtzeit	geringster	mittlerer	höchster
		Grad	Grad	Grad
Presidio mayor	6J1T-12J	6J1T-8J	8J1T-10J	10J1T-12J
Presidio menor	6M1T-6J	6M1T-1J4M	1J4M1T-4J2M	4J2M1T-6J
Arresto mayor	1M1T-6M	1M1T-2M	2M1T-4M	4M1T-6M

10. Zur Frage, wie eine falsche Aussage von der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freiheitsberaubung abzugrenzen sei, wird in der spanischen Literatur erklärt, daß die Tätigkeit des Gerichts vom Standpunkt juristischer Relevanz aus den Kausalzusammenhang zwischen der Aussage und dem Freiheitsentzug "unterbreche" 27).
11. Besondere Erörterung hat im spanischen Strafrecht bei den Eidesdelikten der Umstand erfahren, daß nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes 28) die strafrechtliche Verfolgung der falschen Aussage erst dann eingeleitet werden kann, wenn das Gericht, in dessen Verhandlungen diese Aussage abgegeben worden ist, in einer ausdrücklichen Erklärung die Ermächtigung dazu gibt. Diese Ansicht hat nicht ungeteilte Zustimmung gefunden; selbst der Oberste Gerichtshof wich in der letzten darüber bekannten Entscheidung 29) von ihr ab, indem er erklärte, daß die bisherige Rechtsprechung, die mit der vorhergehenden Ermächtigung eine objektive Bedingung der Verfolgbarkeit aufgestellt habe, nicht mehr anerkannt werden könne, da sie auf der einen Seite durch das Gesetz nicht ausdrücklich vorgesehen sei und auf der anderen Seite dazu führe, daß viele Eidesdelikte, wenn sie erst nach Beendigung des Verfahrens entdeckt werden, ungestraft blieben. Die Behandlung der Frage bei Oneca (a.a.O.) zeigt indessen, daß diese Meinung sich noch nicht durchgesetzt hat.

V. Die falsche Aussage in Zivilsachen

Die falsche Aussage in Zivilsachen (Art. 329) 30) unterscheidet sich von der in Strafsachen abgegebenen im wesentlichen nur durch die Verschiedenheit der Verfahrensarten. Die Tatbestände gleichen daher einander, sodaß es im folgenden nur noch erforderlich ist, auf die Abweichungen einzugehen.

Täter dieses Deliktes können nur die Zeugen sein, die über Dinge aussagen, die sie nicht betreffen 31); die Prozeßpartei scheidet daher aus dem Täterkreis aus 32).

27) So Oneca II 169

28) In Strafsachen: T.S. vom 28.9.88, 22.10.1901, 30.3.07; ebenso, wie hier vorweggenommen bemerkt werden soll, auch in Zivilsachen: T.S. vom 2.10.06, 29.2.08 (alle zit. nach Oneca II 168, Anm. 8)

29) Oneca a.a.O. mit Hinweis auf die Entscheidung des T.S. vom 10.7.23

30) Art. 329:

Die falsche Zeugenaussage in Zivilsachen wird mit strengem Arrest (arresto mayor) und einer Geldstrafe von 1000 bis 10 000 Peseten bestraft.

31) T.S. vom 21.6.07 (zit. nach Cuello Calón 294)

32) T.S. vom 27.1.85 und 3.11.97 (zit. nach Cuello Calón 294)

Nach Art. 330 kommt weiter der Sachverständige (wie auch der Dolmetscher) in Frage.

Unter Zivilsache versteht die Rechtsprechung ³³⁾ in enger Auslegung jedes gerichtliche Verfahren, in welchem zwischen den Parteien kontradiktorisch verhandelt wird, oder wie es Oneca ³⁴⁾ ausdrückt, ein Streitverfahren, dessen Gegenstand in seinem Inhalt ein zivilrechtlicher Anspruch ist. Während der Oberste Gerichtshof auch Handelssachen in den Begriff der Zivilsachen einbezieht ³⁵⁾, bestraft er auf der anderen Seite in neuerer Zeit die falsche Aussage in einem Verwaltungsverfahren (expediente administrativo) nicht als falsches Zeugnis, sondern als Fälschung einer öffentlichen Urkunde (falsedad en documento público) ³⁶⁾. Diese aus der engen Interpretation des Begriffes "Zivilsache" gezogene Folgerung wird von Oneca ³⁷⁾ zurückgewiesen, da sie dazu führt, daß gewisse Tatsachen schwerer geahndet werden, welche erfahrungsgemäß weniger Tragweite haben als die falsche Zeugenaussage. Er ist daher der Ansicht, daß im Anschluß an die enge Auslegung des Begriffes der Zivilsache die in einem Verwaltungsverfahren abgegebene falsche Aussage entweder straflos bleibt oder aber in weiter Auslegung die Zivilsache als der Gegensatz zur Strafsache betrachtet wird, wodurch sie alle Verfahren umfaßt, die keine Strafverfahren sind, also auch das Verwaltungsverfahren. In einigen älteren Entscheidungen hat der Oberste Gerichtshof diesen weiten Begriff der Zivilsache schon einmal vertreten ³⁸⁾.

Die Strafvorschrift des Art. 329 über die falsche Aussage in Zivilsachen vermeidet im Gegensatz zu den Art. 326-328 jede Kasuistik. Das wirft auf der anderen Seite aber das Problem auf, ob auch eine Aussage strafbar ist, die weder für noch gegen eine Prozeßpartei abgegeben worden ist. Oneca ³⁹⁾ neigt dazu, die Strafbarkeit einer solchen Angabe abzulehnen, da es sonst absurd sein würde, wenn das neutrale falsche Zeugnis in Zivilsachen schwerer bestraft werden würde - nämlich zusätzlich mit einer Geldstrafe - als in Strafsachen.

Die falsche Aussage des Zeugen in Zivilsachen wird mit strengem Arrest von 1 bis 6 Monaten und mit einer Geldstrafe von 1 000 bis 10 000 Peseten bestraft. Auf den Sachverständigen wird nach Art. 330 die Strafe im höchsten Grade angewandt (Vgl. dazu die Tabelle in Anm. 26), zu der die spezielle "inhabilitación" tritt.

33) T.S. vom 28.6.82 und 27.12.12 (zit. nach Cuello Calón 295, Anm. 68)

34) Oneca II 170

35) T.S. vom 10.6.23 (zit. nach C. Calón 295, Anm. 69)

36) T.S. vom 4.14.87 und 18.5.1903 (zit. nach Oneca II 170, Anm. 11)

37) Oneca II 170

38) T.S. vom 10.6.83, 25.11.75, 25.2.84 und 4.2.87 (zit. nach Oneca a.a.O. und Cuello Calón 295, Anm. 69)

39) Oneca II 170

Als Strafverfolgungsvoraussetzung wird auch hier von der Rechtsprechung 40) wieder verlangt, daß das Zivilgericht eine Ermächtigungserklärung hierzu abgibt und die Sache durch ein Endurteil abgeschlossen ist (vgl. im übrigen auch unter IV, 11).

VI. Die unwesentliche Veränderung der Wahrheit

War es ein gesetzlich nicht besonders hervorgehobenes Kennzeichen der bis jetzt behandelten Delikte, daß die Aussage in wesentlichen Dingen gegen die Wahrheit verstieß, so stellt der Código Penal in Art. 332 41) diejenige Aussage des Zeugen oder Sachverständigen unter Strafe, der durch Verschweigen oder Ungenauigkeit die Wahrheit nur unwesentlich verändert. Die Handlung kann durch teilweises Auslassen oder mittels eines doppelsinnigen oder unverständlichen Satzes, oder auch durch Ungenauigkeiten in der Aussage erfolgen, welche sich auf Einzelheiten oder nebensächliche Umstände des Aussagegegenstandes beziehen 42).

Für die Handlung, die sowohl in Straf- wie auch in Zivilsachen vorgenommen werden kann, sieht Art. 332 eine Geldstrafe von 1 000 bis 5 000 Peseten vor.

VII. Der Aussagenotstand

Der Código Penal hat den Aussagenotstand nicht geregelt. Es entspricht nach Cuello Calón 43) jedoch der herrschenden Ansicht, daß sich derjenige nicht einer falschen Aussage schuldig macht, der selbst unter Eid falsch aussagt, um sich gegen einen Vorwurf zu verteidigen. Eine dogmatische Begründung dieser Ansicht gibt der angeführte Autor indessen nicht.

VIII. Straferschwerende Umstände

In Art. 331 44) wird die falsche Aussage des Zeugen oder Sachverständigen unter Strafe gestellt, die mittels einer

40) T.S. vom 30.5.07 und 29.2.08 (zit. nach Cuello Calón 295, Anm. 73)

41) Art. 332: Wenn der Zeuge oder der Sachverständige, ohne im wesentlichen gegen die Wahrheit zu verstößen, diese durch Verschweigen oder Ungenauigkeiten verfälscht, ist die Strafe eine Geldstrafe von 1 000 bis 5 000 Peseten.

42) Vgl. dazu Cuello Calón 297 f

43) Cuello Calón 288 Anm. 42 mit Hinweis auf T.S.v.31.3.81

44) Art. 331: Immer, wenn die falsche Erklärung des Zeugen oder des Sachverständigen mittels Bestechung abgegeben wird, sind die Freiheitsstrafen die nächst höheren der in den vorhergehenden Artikeln angegebenen; außerdem beträgt die Geldstrafe das Doppelte oder Dreifache des Wertes des Versprochenen oder des Geschenkes. (Vgl. Art. 73, Skala 1 und Anm. 26)

Bestechung (cohecho) abgegeben worden ist. Unter Bestechung wird sowohl die aktive als auch die passive Bestechung in der Form der Billigung oder der Inempfangnahme von Geldgeschenken, sonstigen Geschenken, Angeboten oder Versprechungen verstanden. Die Vorschrift findet daher im gleichen Maße wie auf den Bestechenden auch auf den Bestochenen Anwendung 45). Der einfache Vorschlag des Bestechenden, der nicht angenommen ist, stellt keine strafbare Tat dar 46).

Die Bestrafung richtet sich nach den Art. 326 bis 330 aus, also nach den falschen Zeugenaussagen und Gutachten in Straf- und Zivilsachen, indem die nächst höhere der dort jeweils angedrohten Freiheitsstrafen hier zur Anwendung kommt. Statt strengem Arrest werden somit einfache Festungshaft von 6 Monaten bis zu 6 Jahren und statt einfacher schwere Festungshaft von 6 bis 12 Jahren angedroht (vgl. dazu die Tabelle in Anm. 26). Die Geldstrafe beträgt das Doppelte oder Dreifache des Wertes des Versprochenen oder des Geschenkes.

IX. Die Berichtigung der Aussage

Das spanische Strafrecht berücksichtigt die Berichtigung einer falschen Aussage in keiner Weise. Zur Begründung wird angeführt, daß der Widerruf keinen Einfluß mehr auf die Schuld ausüben könne 47). Aber auch eine strafmildernde Berücksichtigung nach Art. 9 c.p. ist nicht möglich 48). Lediglich der in der mündlichen Strafverhandlung erklärte Widerruf der falschen Aussage, die im Vorverfahren abgegeben worden ist, hat auf Grund des Art. 715 StPO die Straffreiheit zur Folge 49) (vgl. dazu oben IV, 2).

X. Das Beibringen eines falschen Zeugen und die Anstiftung

1. Der letzte im Kapitel über das falsche Zeugnis enthaltene Artikel (Artikel 333) 50) betrifft eine besondere, zum selbständigen Verbrechen erhobene Form der Mittäterschaft 51): die Beibringung (presentación) von falschen Zeugen im Verfahren (en juicio). Diese Mittäterschaft, wie sie im Strafrahmen ("... wird als Täter der falschen Zeugenaussage bestraft.") ihren Ausdruck findet, beruht auf der "Anstiftung", im Verfahren falsch auszusagen 52). Diese bei Cuello Calón

45) Vgl. Cuello Calón 297

46) T.S. 10.2.1900 (zit. nach C. Calón a.a.O.)

47) So Cuello Calón 293

48) T.S. vom 11.7.76 (zit. nach C. Calón 295)

49) Vgl. dazu Oneca II 169 mit Anm. 10

50) Art. 333:

Derjenige, der wissentlich (a sabiendas) falsche Zeugen in einem Gerichtsverfahren beibringt (presentare), wird als Täter (reo-Angeklagter) der falschen Zeugenaussage bestraft.

51) Cuello Calón 298; dementsgegen bezeichnet Oneca II 171 das Delikt als Verselbständigung der Teilnahme (participación)

52) T.S. vom 20.5.96 und 21.1.1925 (zit. nach Cuello Calón 298)

zu findende Formulierung muß jedoch als unglücklich angesprochen werden, da anders als bei der Anstiftung im Beigebrachten nicht erst der Entschluß zur falschen Aussage geweckt werden muß: diesen wird er im allgemeinen schon haben. Das Beibringen aber stellt sich genauerweise nur als ein Namhaftmachen dar. Die Tat kann nach einer Entscheidung des Tribunal Supremo 53) in allen Fällen stattfinden, in denen sich nach den Vorschriften der Art. 326 ff ein Zeuge strafbar machen kann.

In exakter Auslegung des Wortes "presentare" kommt als Täter des Deliktes nur ein Prozeßbeteiligter in Frage und zwar der Angeklagte oder die Partei des Zivilprozesses, denn nur sie können Zeugen beibringen. Dabei ist es nach Oneca 54) gleichgültig, ob der Täter für sich selbst handelt oder durch einen Anwalt vertreten ist.

Das Beibringen des Zeugen muß wissentlich geschehen, d.h. mit dem Wissen, daß letzterer die Wahrheit verfälscht 55).

Die Strafbarkeit der Tat setzt voraus, daß der falsche Zeuge beigebracht ist; solange ein solcher nur gesucht wird, liegt noch kein Beibringen vor 56). Im übrigen ist es aber nicht beachtlich, ob die Erklärungen des falschen Zeugen irgendwie den Ausgang des Verfahrens beeinflussen können.

Der Beibringende wird als Täter der falschen Zeugenaussage bestraft.

2. Daneben ist die Anstiftung zu einem falschen Zeugnis im Rahmen der allgemeinen Vorschriften strafbar. Unter ihr wird nach spanischem Recht eine Handlung verstanden, durch die in einem anderen der Entschluß geweckt wird, eine rechtswidrige Tat zu begehen 57). Der Anstifter wird nach Art. 14 c.p. als Täter betrachtet.
3. Da aber die Straftat zumindest das Versuchsstadium erreicht haben muß, um zur Bestrafung der Anstiftung zu führen, hat man sich gefragt, ob nach dem gegenwärtigen Strafgesetzbuch sonst die Bestrafung des Anstifters möglich ist, wenn die Anstiftung nicht die Ausführung des Deliktes zur Folge hatte. Der Código penal läßt diese Frage ungeklärt.

Einige Autoren versuchen daher über die "provocación" des Art. 4, Ziff 1 c.p. zu einer Bestrafung der erfolglosen Anstiftung zu kommen. Dies wird indessen von

53) T.S. vom 20.5.96 (zit. C. Calón 298).

54) Oneca 171; im übrigen ist Anstiftung (inducción) von Seiten des Rechtsanwaltes oder des "procurador" möglich, der die Interessen desjenigen verteidigt oder vertritt, der sich des falschen Zeugen bedient.

55) Ob der Beigebrachte die Falschheit der von ihm abzugebenden Aussage kennen muß, behandeln die spanischen Autoren nicht.

56) T.S. vom 4.7.1872 (zit. nach Cuello Calón 289, Anm. 89).

57) Oneca I 437

Oneca 58) wohl zu recht mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die provocación ein Auffordern zum Mitmachen enthalte, der Auffordernde also selbst handeln wolle. Dies sei aber bei der Anstiftung nicht der Fall. Auf der anderen Seite aber verbiete die akzessorische Natur der Teilnahme die Bestrafung der erfolglosen Anstiftung.

Man muß daher im Hinblick auf die Aussagedelikte zu dem Ergebnis kommen, daß das spanische Recht, anders als das deutsche, weder in seinen allgemeinen noch in seinen besonderen Vorschriften zu einer Bestrafung der erfolglosen Anstiftung zur Falschaussage kommt.

4. Eine besondere Vorschrift über die Verleitung eines Gutgläubigen zu einer falschen Aussage enthält der Código penal nicht. Dem spanischen Recht ist überhaupt die Problematik unbekannt, die im deutschen Recht zur Aufnahme einer entsprechenden Vorschrift in das Strafgesetzbuch (§ 160 StGB) geführt hat. So erklärt Oneca 59) in seiner Auseinandersetzung mit der deutschen Lehre vom mittelbaren Täter, daß das spanische Recht diese Theorie nicht benötige, da vom Boden einer objektiven Betrachtung her eine derartige Rechtsfigur von der Anstiftung erfaßt würde. Die Frage der Eigenhändigkeit der Aussagedelikte wird dabei garnicht mehr aufgeworfen. In diesem Zusammenhang verweist Oneca (a.a.O.) darauf, daß die akzessorische Natur der Anstiftung nur eine tatbestandsmäßige und rechtswidrige, nicht aber eine schuldhaftes Ausführung der Tat verlange.

Auf diese Weise gelangt somit das spanische Recht auch zur Bestrafung einer Verleitung zu einer gutgläubig abgegebenen falschen Aussage.

58) Oneca I 438

59) Oneca I 435 f

Österreich

I. Das geschützte Rechtsgut

Das österreichische Strafgesetz vom Jahre 1852 in der Fassung der Kundmachung des Staatsamtes für Justiz vom 3.11.45 behandelt die Eidesdelikte im zweiten Abschnitt seines ersten Teils unter der generellen Überschrift: "Verbrechen, welche die Sicherheit einzelner Menschen verletzen", und zwar hier im zweiten Kapitel: "Verbrechen, welche die Sicherheit einzelner Menschen am Vermögen verletzen" im 23. Hauptstück: "Vom Betruge, der betrügerischen Krida ¹⁾, der Schädigung fremder Gläubiger und der Untreue" (§§ 197 ff, insb. § 199 lit. a) ²⁾.

Diese systematische Stellung der Eidesdelikte, insbesondere aber der durch die einleitenden Worte des § 199: "Unter den Bedingungen des § 197" betonte Zusammenhang mit dem Betrug läßt indessen noch keinen Schluß auf das geschützte Rechtsgut zu. Ihre Einreihung unter die Verbrechen des Betruges entspricht dem Stande der wissenschaftlichen Lehre z.Zt. der Schöpfung des österreichischen Gesetzbuches (1852), für das die "Josefina" (1787) und später das Strafgesetz von 1803 maßgebend war. Der gegenwärtige § 197 StG (Betrug) läßt den alten dogmatischen Begriff vom "falsum", wie er schon Gegenstand der Erörterung im französischen Recht war, deutlich wiedererkennen ³⁾.

1) d.i. Bankrott

2) § 197:

Wer durch listige Vorstellungen oder Handlungen einen anderen in Irrtum führt, durch welchen jemand, sei es der Staat, eine Gemeinde oder andere Person, an seinem Eigentum oder anderen Sachen, Schaden leiden soll; oder wer in dieser Absicht und auf die eben erwähnte Art eines anderen Irrtum oder Unwissenheit benützt, begeht einen Betrug; er mag sich hierzu durch Eigennutz, Leidenschaft, durch die Absicht, jemanden gesetzeswidrig zu begünstigen, oder sonst durch was immer für eine Nebenabsicht haben verleiten lassen.

§ 198:

Der Betrug wird zum Verbrechen, entweder aus der Beschaffenheit der Tat oder aus dem Betrage des Schadens.

§ 199:

Unter den Bedingungen des § 197 wird der Betrug schon aus der Beschaffenheit der Tat zum Verbrechen:

a. wenn sich in eigener Sache bei Gericht zu einem falschen Eide erboten, oder wirklich ein falscher Eid geschworen wird, oder wenn sich um ein falsches Zeugnis, so vor Gericht abgelegt werden soll, beworben, oder wenn ein falsches Zeugnis gerichtlich angeboten oder abgelegt wurde, wenn dasselbe auch nicht zugleich die Anerbietung oder Ablegung eines Eides in sich greift;

3) Die Josefina nannte den "Trug" in Klammern: "stellitatus falsum"

einerseits die Täuschung eines anderen über den wahren Sachverhalt und andererseits die beabsichtigte Schädigung irgendeiner Person (nach dem Wortlaut des § 197 StG auch der Staat oder eine Gemeinde) als Folge der Willensäußerung des Getäuschten. Die erwähnten Merkmale des Betruges kommen bei allen vom Gesetz als solchen bezeichneten Arten, sowohl bei den echten als auch bei den von der Theorie 4) als unecht bezeichneten Betrugsfällen vor, zu welchen letzteren u.a. die falsche Aussage gezählt wird. Das bedeutet im konkreten Fall, daß nur die falsche Aussage im Sinne des österreichischen StG strafbar ist, welche einen Irrtum erregen und "jemanden" in seinen Rechten schädigen soll. Während somit das Strafgesetz von 1852 die falsche Aussage zu der Gruppe der Delikte zählt, die durch Täuschung zu einer Rechtsgefährdung führen - die Kapitelüberschrift spricht von einer Verletzung des Vermögens - wird in neuerer Zeit jedoch versucht, das Wesen der falschen Aussage unter Aufgabe der falsum-Lehre als abstraktes Gefährdungsdelikt zu fassen.

Wie A.-J. 5) meint, hat die Einreihung der falschen Aussage unter den allgemeinen Begriff des Betruges dazu beigetragen, den Umfang des Objekts des Betruges zu erweitern und ihn insbesondere nicht auf die Vermögensdelikte zu beschränken. Soweit daher auch andere Rechte im Gegensatz zum Vermögen Schutzobjekt des § 197 StG sein konnten, führte die Frage, inwieweit durch die Bestimmungen des § 197 StG "Hoheitsrechte des Staates" 6) geschützt sind, zu verschiedenen Ansichten im österreichischen Schrifttum. Während Herbst 7) das Aufsichtsrecht des Staates als Schutzobjekt ansieht und die Verletzung des Rechts auf Wahrhaftigkeit für nicht genügend erklärt, lehnen Stooß 8) und Finger 9) sowohl das eine als auch das andere Recht als Schutzobjekt des Betruges ab und wollen unter "Recht" nur ein in Inhalt und Umfang bestimmtes Recht verstanden wissen. Gemeinsam mit Lammasch-Rittler 10) und Kimmel 11) erkennen Altmann-Jakob 12) ein Recht des Staates auf Wahrheit, dessen Verletzung als solche Betrug begründet, nur bei der Ausübung der Rechtspflege an und zwar nur in dem in § 199 a StG erwähnten Umfange. Auch in der Rechtsprechung 13) wird die

-
- 4) z.B. Malaniuk 215, A.-J. 540
5) A.-J. 541
6) A.-J. 551
7) Herbst I 414
8) Stooß II 380
9) Finger II 261
10) L.-R. 310, 420; Rittler 288: "Angriffsziel ist die Reinheit und Sicherheit des Beweises." und 294: "Das Wesen des §199 a StG ist der Eingriff in die Rechtspflege."
11) Kimmel 178
12) A.-J. 552, 563, 564; vgl. auch Malaniuk 215 in seiner Abschnittsüberschrift: "Mittelbare Angriffe gegen die Rechtspflege".
13) ÖR 165, KH 2890, ÖR 712

Angriffsrichtung der Eidesdelikte in der Schädigung der staatlichen Rechtspflege gesehen.

Eine solche Angriffsrichtung läßt sich dem gesetzlichen Tatbestand des "falsum" indessen nicht entnehmen, bedeutet doch das Erfordernis der Schädigung eines anderen (oder der Möglichkeit einer solchen Schädigung), daß die Aussage beweiserheblich sein muß, d.h. die konkrete Einzelentscheidung beeinflussen kann.

Die gesetzliche Formulierung, : "Unter den Bedingungen des § 197" führt zu der Frage, worin die Gemeinsamkeit mit dem Betrage zu erblicken ist. Soweit die Angriffe auf die Rechtspflege ihren eigenen Tatbestand aufweisen, sind sie nach einhelliger Ansicht in Schrifttum und Rechtsprechung vom Tatbestand des Betruges unabhängig ¹⁴⁾; nur die Täuschungs- und die betrügerische Absicht, d.h. die Absicht, am Eigentum oder einem anderen Recht zu schädigen, soll den "Betrugsfällen" gemeinsam sein.

Indessen trifft die Unabhängigkeit lediglich für das Tatbestandsmerkmal der "Täuschungshandlung" zu. Hier tritt an die Stelle des allgemeinen Merkmals der "listigen Verstellung oder Handlung" (§ 197 StG) die Spezifizierung des § 199 lit. a als besondere "Beschaffenheit der Tat" (§ 199 StG): die unwahre Aussage vor Gericht. Die übrigen, der Lehre vom crimen falsi entsprechenden Tatbestandselemente des Betruges, wie die Irreführung, die Schadensmöglichkeit und die Schädigungsabsicht, sollen sich nach dem Willen des Gesetzgebers von 1852 auch bei der falschen Aussage sowie bei den anderen "Betrugsfällen" wiederfinden. Indessen haben schon die Darlegungen hinsichtlich des geschützten Rechtsgutes gezeigt, daß die österreichische Rechtsprechung und Literatur eine Entwicklungstendenz aufweisen, die bei den Aussagedelikten trotz des unter dem Einfluss der falsum-Theorie stehenden Betrugstatbestandes von dieser Lehre fortführt, so daß ein tatbestandlicher Strukturwandel eingetreten ist. Die Wege, die dabei begangen wurden, um zu einer Übereinstimmung mit dem gesetzlichen Tatbestand zu kommen, entbehren nicht einer inneren Logik, doch stehen sie im Gegensatz zum Gesetz ¹⁵⁾.

Der österreichische Strafgesetzentwurf vom Jahre 1927 stimmt mit dem deutschen Entwurf vom gleichen Jahre überein. Von seiner Behandlung in diesem Zusammenhang wird abgesehen, da er im rechtsvergleichenden Teil Gegenstand der Erörterung sein wird.

Das österreichische Strafgesetz behandelt im § 199 a mehrere selbständige Tatbestände. Es sind dies:

14) Vgl. hierzu u.a. KH 762

15) Vgl. im Einzelnen unter IV, 6 und V, 8

1. das Anbieten und Ablegen eines falschen Zeugnisses,
2. das Anbieten und Ablegen eines falschen Eides in eigener Sache, und
3. die Bewerbung um ein falsches Zeugnis.

Die Darlegung der einzelnen Tatbestände, die nach dem Gesetz Verbrechen sind (§198 StG), erfolgt in der angegebenen Reihenfolge, wobei das Anerbieten einer gesonderten Betrachtung unterzogen wird.

II. Die formelle Gültigkeit der Aussage und ihr Einfluß auf die Strafbarkeit

Die österreichische Zivil- und Strafprozeßordnung verpflichtet den Richter bei der Vornahme eines Zeugen- oder sonstigen Verhörs zur Beachtung gewisser Regeln, deren Verletzung auf die Strafbarkeit der falschen Aussage unterschiedlichen Einfluß ausübt.

Nach den Verfahrensgesetzen dürfen bei sonstiger prozessualer Nichtigkeit ihrer Aussage Geistliche und Staatsbeamte wie auch solche Personen, die zur Zeit der Zeugnisabgabe wegen ihrer Leibes- oder Gemütsbeschaffenheit außer Stande sind, die Wahrheit anzugeben, nicht als Zeugen bzw. als Partei vernommen werden (§ 151 StPO, §§ 320, 372 ZPO). Hier hat der Oberste Gerichtshof ¹⁶⁾ mehrfach entschieden, daß auch für den Fall, daß die Aussage nichtig ist, das falsche Zeugnis strafbar bleibt. Wie Rittler ¹⁷⁾ hierzu vermerkt, bedeutet die Nichtigkeit der Aussage nur ein Verbot der Verwertung des Zeugnisses im Prozeß gegen andere.

§ 152 StPO befreit die Angehörigen des Beschuldigten sowie dessen Verteidiger in Ansehung desjenigen, was ihm in dieser Eigenschaft vom Beschuldigten anvertraut ist, von der Verbindlichkeit zur Ablegung eines Zeugnisses. Dabei ist eine Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht obligatorisch. Ist die Belehrung nicht erfolgt, und sagt der nach § 152 begünstigte Zeuge gerichtlich falsch aus, so fällt dieses Zeugnis nach einer neueren Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ¹⁸⁾ nicht unter die Strafbestimmung des § 199 lit. a.

Ein weiteres Zeugnisverweigerungsrecht stellen die StPO (§ 154) sowie die ZPO (§321) dem Zeugen zur Verfügung, der mit seiner Aussage Gefahr laufen würde, sich oder einen seiner Angehörigen einer strafgerichtlichen Verfolgung auszusetzen, oder dessen Aussage ihm selbst oder einem seiner Angehörigen zur Schande gereichen oder einen vermögensrechtlichen Nachteil mit sich bringen würde. Die Unterlassung der erforderlichen Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht hat nach einhelliger Ansicht in

16) KH 563, 3894, ebenso Finger II 611, Rittler 292; a.A. A.-J. 567

17) Rittler 292, Anm. 23

18) SSt XII 89 (a.A. im Anschluß an das Urteil die Generalprokuratur), ebenso A.-J. 567; a.A. Rittler 292

Literatur 19) und Rechtsprechung 20) keinerlei Einfluß auf die Strafbarkeit einer falschen Aussage.

Nach den Prozeßgesetzen ist im übrigen erforderlich, daß die zu vernehmenden Personen vor ihrer Aussage zur Angabe der Wahrheit zu ermahnen sind. Die Rechtsprechung hatte sich hierbei vor allem mit Fällen aus den Strafverfahren zu befassen. Der Oberste Gerichtshof 21) sprach dabei aus, daß die gänzliche Unterlassung dieser richterlichen Ermahnung der Zeugenaussage die rechtliche Wirkung nicht entziehe; sie begründe keine prozessuale Anfechtung des Verfahrens und lasse die materiell rechtliche Strafbestimmung des § 199 a und die darin ganz allgemein normierte Strafbarkeit der Zeugenaussage durchaus unberührt. Das Fehlen der vorgeschriebenen Meineidserinnerung hat ebenfalls keinen Einfluß auf den Tatbestand des § 199a 22).

Damit ein Eid im Sinne des § 199 a vorliegt, darf der Schwörende nicht zu denjenigen Personen gehören, welche wegen mangelnder Verstandesreife oder Verstandesschwäche vom Wesen und der Bedeutung eines Eides keine genügende Vorstellung haben (§§ 336, 372 ZPO). Zu diesen Personen zählen kraft unwiderleglicher gesetzlicher Vermutung Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr (§ 336 ZPO, § 170, Z. 4 StPO).

Personen, die nach den Prozeßordnungen eidesunfähig sind, weil sie wegen falschen Zeugnisses oder falschen Eides schon einmal verurteilt wurden, bleiben nach § 199 a verantwortlich.

Die Nichterfüllung einer Förmlichkeit bei der Eidesabnahme berührt den Tatbestand des § 199 a nicht 23).

III. Die Eidesform

Die Form der Vereidigung legt Art. XL EGZPO fest, der auf die Bestimmung des Gesetzes vom 3.5.1868 verweist. Danach haben Zeugen im Zivil- und im Strafverfahren ihren Eid ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis mit folgendem Wortlaut abzulegen: "Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, einen reinen Eid, daß ich über alles, worüber ich von dem Gericht befragt worden bin (werde befragt werden), die reine und volle Wahrheit und nichts als die Wahrheit ausgesagt habe (aussagen

Fortsetzung Anm. 18): u. frühere Entscheidungen des OGH (KH 563, 3894, siehe Anm. 16). Der OGH sagt in seiner Entscheidung SSt XII 89 dazu, "daß die Gründe der Zeugnisunfähigkeit des § 151 StPO ganz andere sind als die der Zeugnisbefreiung des § 152 StPO. Insbesondere in Fällen des § 151, 2 ist es nicht die Rücksicht auf die Person des Zeugen, sondern das öffentliche Interesse an dessen Verschwiegenheiten."

19) A.-J. 567, Rittler 292

20) SSt XIX 8, SSt VIII 41

21) KH 3080, SSt V 91, Malaniuk 223, A.-J. 567

22) A.-J. 566

23) A.-J. a.a.O.

werde); so wahr mir Gott helfe!" Für den Sach- und Kunstverständigen und die Partei in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten lautet die Eidesformel entsprechend.

Vor Ablegung des Eides hat der Richter an die Heiligkeit des Eides vom religiösen Standpunkt, an die Wichtigkeit des Eides für die Rechtsordnung und an die ewigen und zeitlichen Strafen des Meineides zu erinnern. Um dem Schwörenden den Solemnitätscharakter der Handlung zu vergegenwärtigen, muß die Eidesleistung vor dem Kruzifix und zwei brennenden Kerzen erfolgen.

Für Nichtchristen gelten besondere Formen. Wer vermöge seiner Religion den Eid für unerlaubt hält, kann eine Versicherung an Eides statt abgeben, die mit Handschlag bekräftigt wird. Dies hat nach dem Hofdekret vom 1.10.1816 für den Fall, daß die Aussage falsch ist, die gleichen Folgen wie der Meineid.

IV. Das falsche Zeugnis

1. Das Zeugnis ist im Gegensatz zum "Eid in eigener Sache" die Auskunft einer Person, die keine Parteirolle hat. Als Täter kommen daher sowohl der Zeuge als auch der Sachverständige 24) in Frage 25). Wie Rittler ausführt, kann auch der Dolmetscher und die Auskunftsperson im ausserstreitigen Verfahren (§§ 105 ff Jurisdiktionsnorm) und im Verfahren über einstweilige Verfügungen als Täter in Frage kommen.

In besonderem Maße hat sich die österreichische Literatur und Rechtsprechung mit der Frage befaßt, inwieweit im Strafverfahren ein der betreffenden Tat Beschuldigter oder Verdächtigter Täter einer falschen Aussage sein kann, ohne jedoch hierbei einen einheitlichen Gesichtspunkt herausgearbeitet zu haben.

Nach Rittler, dem sich eine Reihe von Rechtsgelehrten wie auch neuere Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes anschlossen 26), wird das entscheidende Merkmal darin erblickt, in welcher Eigenschaft der Aussagende vernommen wurde. Aus rechtspolitischen Gründen dürfe das wichtigste Beweismittel des Strafprozesses nicht um seine Zuverlässigkeit gebracht werden. Der Zeuge kann sich ja auf die Rechtswohltat des § 153 StPO berufen. Die Aussage eines Schuldigen (wie auch eines der Tat Verdächtigen), der als Zeuge vernommen wurde, ist daher als Zeugnis zu werten, gleichgültig in welchem Verfahrensabschnitt.

Rittler bezieht damit gleichzeitig Stellung gegen einen Teil der Rechtsprechung 27), die den Unterschied in der Richtung

24) A.-J. 567

25) Hinsichtlich der Sachverständigen-Aussage ist in der österreichischen Rechtsprechung noch keine einheitliche Ansicht darüber erzielt worden, ob lediglich der Befund allein (KH 2740) oder auch das Gutachten des Sachverständigen (KH 4440, 4045) unter § 199 lit. a fallen.

26) Rittler 290 f, KH 936, Löffler zu ÖR 215, Liszt in Falsche Aussage 137

27) SSt XII, 14, 115, SSt X 1, 10 KH 3357, 1632, 1635, ebenso Kimmel 178. AA: SSt VIII 48, 68

sieht, ob der Verdächtige als Zeuge in der Hauptverhandlung oder nur im Vorverfahren vernommen wurde. Nur im ersteren Falle sei der Tatbestand des § 199 lit. a erfüllt.

Mit einem Teil der Lehre ²⁸⁾ sowie der älteren und teilweise auch der neuesten Rechtsprechung vertritt Malaniuk ²⁹⁾ die Ansicht, daß der Beschuldigte kein Zeuge sein könne, auch wenn er über die von ihm begangene Tat als Zeuge vernommen wurde, da es sich hier nur formell um die Aussage eines Zeugen, materiell jedoch um die Verantwortung eines Beschuldigten handle ³⁰⁾, welcher nicht zur wahrheitsgemäßen Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen verpflichtet sei. Dieses soll nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ³¹⁾ selbst dann gelten, wenn dem als Zeugen vernommenen Verdächtigen der Vorhalt nach § 153 StPO gemacht wurde. Auch sei es gleichgültig, ob die Aussage in der Hauptverhandlung oder im Vorverfahren abgegeben wurde.

Eine weitere Gruppe von Rechtsgelehrten ³²⁾ vertritt die Meinung, daß es sich bei der Aussage von der Straftat verdächtigen Personen um ein Notstandsproblem handle. Indessen hat diese Ansicht weitgehendst Ablehnung gefunden. Sie wird im übrigen im Rahmen des noch zu behandelnden Aussagenotstandes (vgl. unten VII) erörtert werden.

2. Nach § 199 lit. a muß das falsche Zeugnis vor Gericht abgegeben worden sein.

Unter Gericht wird jede Gerichtsbehörde ³³⁾ verstanden, und zwar in Verrichtung aller in den Bereich staatlicher Rechtspflege fallenden Funktionen ³⁴⁾. Ob das Gericht zu den ordentlichen oder zu den Sondergerichten gehört, ob es ein Zivil- oder ein Strafgericht ist, ob es im streitigen oder außerstreitigen Verfahren tätig ist, macht keinen Unterschied ³⁵⁾. Neben den ordentlichen Gerichten sind die außerordentlichen Gerichte wie Arbeitsgericht und die Gerichte des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof, Verfassungsgerichtshof, Patentgerichtshof) anzuführen. Nicht als Gericht im Sinne des § 199 lit. a gelten die Schiedsgerichte (auch wenn sie zur eidlichen Vernehmung berechtigt sind) und die Notariate ³⁶⁾.

Ist die Zeugenaussage vor einem richterlichen Beamten abgelegt worden, so spielt es keine Rolle, ob dieser

28) Herbst I 424, Stooß II 506

29) Malaniuk 220

30) KH 1014

31) RZ 1932 Nr. 59

32) Finger II 615 z.B.

33) Gerichte sind solche Behörden, deren sämtliche Mitglieder nach gesetzlicher Vorschrift in Ausübung ihres Amtes als selbständig und unabhängig, sowie unabsetzbar und unversetzbar erklärt worden sind.

34) KH 1150, 2813. Nicht fällt darunter die Ausübung von Geschäften rein administrativer Natur.

35) Auch die Rechtshilfe, das Vollstreckungsverfahren,

nach den Vorschriften des Gerichtsorganisationsgesetzes dazu berechtigt war ³⁷⁾ oder ob die Protokollierung formgemäß erfolgt ist ³⁸⁾ ³⁹⁾.

3. Nach dem objektiven Tatbestand des § 199 lit. a ist es gleichgültig, ob die falsche Aussage unbeeidet oder unter Eid erfolgt. Letzteres ist nur für den Strafraum entscheidend (§ 204 STG) (vgl. unten IV, 7).

Die Aussage des Strafprozesses birgt in sich die Verpflichtung, sie mit einem Eide zu bekräftigen ⁴⁰⁾. Er wird in der Hauptverhandlung vor (§ 247 StPO), in der Voruntersuchung erst nach (§ 171 StPO) der Vernehmung geleistet. In gewissen Fällen ist jedoch die Beeidigung der zu hörenden Person nicht statthaft.

Im Zivilprozeß ist jeder Zeuge vor seiner Abhörung zu beeiden (§ 337 Abs. 1 ZPO). In gewissen Fällen kann auch hier die Eidesleistung unterbleiben (§ 336 ZPO).

4. Die Frage, wann ein Zeugnis als falsch zu betrachten ist, hat in der österreichischen Literatur und Rechtsprechung keine einheitliche Behandlung erfahren.

So wird in der Literatur ⁴¹⁾ einhellig die objektive Theorie vertreten. Nach Rittler ist das falsche Zeugnis ein unrichtiges Zeugnis: die Falschheit muß ein Substrat in der Welt außerhalb des Zeugnisses haben. Unter dem Blickwinkel der Eidesdelikte als Betrugsdelikte (siehe unter I) wird weiter ausgeführt, daß durch objektiv richtige Aussagen niemand getäuscht oder an seinem Recht geschädigt werden könne.

Demgegenüber sieht die Rechtsprechung die Falschheit des Zeugnisses in dem Auseinanderfallen von Aussage und Überzeugung. Sie sieht in dem Zeugnis einen Bericht über die sinnliche Wahrnehmung von Tatsachen, nicht einen Bericht über die Tatsachen. Die Aussage ist daher falsch, wenn der Zeuge bewußt von dem abweicht, was er als Inhalt seiner Wahrnehmung in Erinnerung hat ⁴²⁾.

Fortsetzung Anm. 35): die Beglaubigung von Unterschriften (KH 1150, 1370, 2813, ÖR 605; a.A: Finger II 611) und die Disziplinarsachen gehören zu den Geschäften des Gerichts.

36) KH 2010

37) KH 3894, 3896, 3418, 3846, ÖR 205, 359, 552

38) ÖR 542

39) Dagegen stellen der Schriftführer allein oder ein Beamter der Gerichtskanzlei nicht das Gericht dar (KH 4463, ÖR 2).

40) Kimmel, Lehrbuch des österreichischen Strafprozesses, Wien 1951, 14. Aufl. S. 65

41) Rittler 292, A.-J. 562, Herbst I 419, Malaniuk 218

42) Infolge dessen mußte ein Zeuge verurteilt werden, der zwar Angaben machte, die dem tatsächlichen Vorgang entsprachen, die sich aber nicht mit seinen auf eine Sinnestäuschung zurückzuführenden Wahrnehmungen deckten (OGH in SSt XV 43, KH 387,715).

5. Da der Gesetzeswortlaut des § 199 lit. a jede nähere Bestimmung darüber vermissen läßt, was Gegenstand einer Zeugenaussage sein kann, ist es Literatur und Rechtsprechung überlassen geblieben, den Umfang der Zeugnisse abzugrenzen. Eine Zeugenaussage, die sich nicht als Behauptung von Tatsachen, sondern nur als Äußerung einer subjektiven Rechtsansicht des Zeugen oder als ethisches oder aesthetisches Werturteil darstellt, wird übereinstimmend nicht als eine Aussage angesehen, die strafrechtliche Verantwortung begründet 43).
6. Der Umstand, daß eine falsche Zeugenaussage als solche unerheblich ist, hat keinen Einfluß auf ihre Strafbarkeit 44).

Es ist auffällig, in welchen Gegensatz sich das österreichische Recht hier zum französischen Recht stellt, obwohl die strafgesetzlichen Tatbestände der Aussagedelikte in beiden Ländern auf dem Boden des falsum-Begriffes stehen. Danach müßte im österreichischen Recht im Hinblick auf die Natur der Aussagedelikte als Betrugsverbrechen die Tathandlung, die in der falschen Angabe liegt, zunächst die Irrtumserregung des Gerichts zur Folge haben. Indessen gehen Literatur und Rechtsprechung davon aus, daß jede unwahre Aussage geeignet sei, das Gericht zu täuschen und daß diese Eignung für die Strafbarkeit der falschen Aussage ausreiche, auch wenn das Gericht tatsächlich nicht getäuscht würde.

Kuttner 45) hält diese Umdeutung, daß nämlich das Gesetz die Geeignetheit der Aussage zur Irreführung präsumiere, aus der historischen Entwicklung der Eidesdelikte für gerechtfertigt, da schon das kanonische Recht im falsum kein Erfolgsdelikt erblickt, sondern sich mit der Möglichkeit einer Täuschung begnügt habe. Daß nur der Versuch eines falsum vorliegen soll, wenn es nicht zu einer Täuschung des Gerichts gekommen sei, entspreche somit (zweifelloos) nicht dem Sinn des Gesetzes. Diese Argumentation Kuttner's läßt m.E. den Charakter der falschen Aussage als Betrugsverbrechen und damit ihre Abhängigkeit vom Betrugstatbestand außer Acht. Denn würde Kuttner's Ansicht zutreffen, daß diese Fiktion dem Gesetz entspreche, so hieße das, daß auch beim Betrug ein Irrtum des Verfügenden tatsächlich nicht eingetreten sein muß, um zur Strafbarkeit des Betrügenden zu gelangen. Da das nicht sein kann und auch tatsächlich dem Tatbestand des Betruges im österreichischen Recht widerspricht, so bleibt allein das Ergebnis, daß Literatur und Rechtsprechung 46) die Geeignetheit jeder falschen Aussage zur Irreführung contra legem in den Tatbestand der Aussagedelikte hineininterpretieren.

43) KH 3007, Rittler 293, Malaniuk 218, A.-J. 562

44) SSSt X 13, KH 1712, 1195, 706

45) Kuttner 44

46) So A.-J. 564, KH 3544, SSSt X 13

Diese Auslegung läßt sich logisch lediglich dadurch rechtfertigen, daß eine Verletzung des Rechtsgutes, nämlich des in der neueren Rechtsprechung hervorgehobenen "staatlichen Rechts auf Wahrheit" - abstrakt gesehen - in jedem Fall eintritt. Dabei muß es dann gleichgültig sein, ob das einzelne Organ, das diese Aussage entgegennimmt, ihr im konkreten Fall tatsächlich Glauben schenkt 47).

Nach dem Betrugstatbestand ist - entsprechend dem crimen falsi - noch eine Schädigung oder die Möglichkeit einer solchen Schädigung 48) notwendig. Dieses Erfordernis kam, wie schon bei der Behandlung des geschützten Rechtsgutes angedeutet, darin zum Ausdruck, daß die Aussage beweiserheblich sein muß. Indessen wird das Recht des Staates auf Wahrheit der Aussage begrifflich schon durch die falsche Aussage allein verletzt, womit die nach der falsum-Lehre aus der Unwahrheit folgende Schädigung eines Rechtsgutes mit der Unwahrheit als dem ersten der beiden Elemente identifiziert und das Erfordernis eines gesonderten Schadens somit ausgehöhlt wird 49). Daraus aber folgt, daß es im österreichischen Recht auf die Beweiserheblichkeit der falschen Aussage nicht (mehr) ankommt.

Literatur und Rechtsprechung lassen jede kritische Analyse dieser einzelnen Tatbestandselemente der falschen Aussage vermissen. Daher kommt der Oberste Gerichtshof auch bei der Behandlung der Frage, ob die wahrheitswidrigen Angaben beweiserheblich sein müssen, zu Begründungen, die - wenn gleich aus sich selbst heraus auch verständlich - die eigentliche Problematik doch übergehen. So führt er unter Ausrichtung auf das neu erfaßte Rechtsgut aus 50), daß es Aufgabe und Pflicht des Zeugen sei, vor Gericht ausnahmslos die Wahrheit zu sagen. Die Verwertung der Aussage sei ausschließlich Sache des Richters. Ob ein Umstand nun erheblich sei, könne nicht immer schon zur Zeit der Einvernahme, sondern oft erst bei Fällung des Urteils entschieden werden. Würde man die Strafbarkeit der falschen Aussage nunmehr von der Erheblichkeit der in ihr angegebenen Tatsachen und dem Bewußtsein des Zeugen davon abhängig machen, so wäre eine Verurteilung wegen falscher Zeugenaussage nur in den wenigsten Fällen möglich, da der Beweis, daß sich der Zeuge der Erheblichkeit seiner Aussage bewußt gewesen sei, vielfach kaum werde erbracht werden können.

Uneinheitlich wird darüber geurteilt, ob die gemäß § 166 StPO und § 337 ZPO vorgesehenen allgemeinen Fragen zur

47) Wie wenig die österreichische Rechtsprechung und Literatur um eine Begründung bemüht sind, zeigen A.-J. 563, die lediglich von "unwiderleglicher gesetzlicher Präsumtion" sprechen, und noch der Oberste Gerichtshof in SST X 15, wo es einfach heißt: "Ob dieses falsche Zeugnis geeignet ist, das Gericht zu täuschen, ist ... gleichgültig."

48) SST I 61

49) So auch Kuttner, 46, im Anschluß an Finger; wohl auch Rittler 293 f, ohne jedoch weitere Konsequenzen zu ziehen.

50) SST XX 28, ebenso XVI 7, OGH in RZ 1937, 160, SST X 13, KH 3544, 1195, 1712; in gleicher Weise die Literatur

Person des Aussagenden noch unter die Zeugenaussage fallen oder nicht. Ohne eine nähere Begründung zu geben, lehnen Rittler und Altmann-Jakob 51) die Hinzurechnung der Generalfragen zum Zeugnis ab. Auch Stooß 52) vertritt diesen Standpunkt, indem er der Ansicht ist, daß nur die auf Beweis gerichtete Aussage, also nur die Bekundung zur Sache dem Zeugenbegriff unterfalle. Dies entspricht der Anschauung der italienischen Kriminalisten, die die allgemeinen Fragen im Gegensatz zu den erheblichen Tatsachen als unerheblich hinstellten 53), doch weist bereits Kuttner (a.a.O.) darauf hin, daß auch Generalfragen für eine Entscheidung wesentlich sein können.

Deshalb bildet nach Ansicht der Rechtsprechung 54) und eines anderen Teils der Schriftsteller 55) die gerichtliche Aussage einer zu Beweis Zwecken gehörten Person in ihrem ganzen Inhalt das gerichtliche Zeugnis, denn die hierin enthaltenen Generalfragen können u.U. für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit der Aussage von Bedeutung sein, weshalb ihre wahrheitsgemäße Beantwortung im Interesse der Rechtspflege liegt. Diese Begründung des Kassationshofes beleuchtet in bezeichnender Weise die dogmatische Unklarheit bei der falschen Aussage, denn, um den Begriff des Zeugnisses auch auf die Generalfragen auszuweiten, stützt sie sich auf Argumente, die das Wesen des falsum-Begriffs ausmachen.

7. Die Frage, ob auch durch ein vorsätzliches Verschweigen der Tatbestand des falschen Zeugnisses erfüllt werden kann, haben Rechtsprechung 56) und Literatur 57) bejaht. Ein falsches Zeugnis liege insbesondere dann vor, wenn die Zeugenaussage so beschaffen war, daß sie beim Richter den Eindruck der Vollständigkeit hervorrufen mußte 58). Der Zeuge ist (eben) verpflichtet, nicht nur die reine, sondern auch die volle Wahrheit zu sagen. Dabei genügt es sogar, wenn der Zeuge zwar nicht ausdrücklich danach gefragt worden ist, aber die verschwiegenen Tatsachen nicht ganz außerhalb des Rahmens des Beweisthemas liegen 59).
8. Zu den Voraussetzungen des subjektiven Tatbestandes des falschen Zeugnisses haben sich Rechtsprechung und Literatur in reichem Maße geäußert. Wie schon unter I aufgezeigt wurde, weist die falsche Zeugenaussage wegen ihrer Einreihung unter die Betrugsdelikte viele Tatbestandsmerkmale des Betruges auf, soweit diese nicht durch die speziellen Voraussetzungen des § 199 lit. a ersetzt werden. Dabei wurde schon angeführt, daß die besonderen

51) Rittler 293, A.-J. 567, ebenso L.-R. 420

52) Stooß 318, Stooß II 507

53) So Bossius, vgl. dazu Kuttner 22

54) KH 958, 3080, 1840, 2756, OGH in RZ 1938, S.32

55) Malaniuk 219, Finger II 621

56) KH 872, 1207, 3710, 4211

57) Malaniuk 218, A.-J. 563, Rittler 292, L.-R. 420

58) KH 1564

59) OGH in RZ 1937, S. 312, vgl. auch KH 1207

Formen des subjektiven Tatbestandes auch bei den Zeugen- und Meineidsdelikten wiederkehren müssen.

Grundsätzlich ist nur die vorsätzliche falsche Zeugenaussage strafbar. Sie besteht nach der Rechtsprechung einerseits in dem Bewußtsein des Täters, daß er als Zeuge aussagt ⁶⁰⁾ und daß die über die Tatsache abgelegte Aussage von dem vorhandenen Erinnerungsbild abweicht ⁶¹⁾, und andererseits in dem Willen, eine solche Aussage vor einer als Gericht anerkannten Behörde zu machen. Es ist auch ausreichend, wenn trotz des Bewußtseins, daß das vorhandene Erinnerungsbild nicht sicher ist, dieses als sicher hingestellt wird. Entgegen dem Obersten Gerichtshof ⁶²⁾ hält Malaniuk ⁶³⁾ das Bewußtsein des Zeugen, daß er auch bezüglich der Generalfragen unter Zeugenpflicht stehe, für unwesentlich, weil nach § 3 StG auch hier das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit präsumiert werde. Glaubt der Zeuge, daß er Beschuldigter sei, so entfällt der dolus ⁶⁴⁾.

Da die falsche Zeugenaussage vor Gericht als Betrug beurteilt wird, verbindet sich mit dem Vorsatz zugleich auch die aus dem falsum-Begriff folgende Schädigungsabsicht ⁶⁵⁾. Die Absicht, zu schaden, muß im Sinne der bisherigen Auslegungen dabei notwendigerweise zur Absicht werden, die Rechtspflege in abstracto zu schädigen (den Anspruch des Staates auf Wahrheit bei Ausübung der Rechtspflege zu verletzen). Diese Absicht erblickt die herrschende Lehre ⁶⁶⁾ als schon in jeder bewußten falschen Aussage gelegen ⁶⁷⁾. Eine darüber hinausgehende Schädigungsabsicht sei nicht erforderlich, denn das Gericht habe Anspruch auf Wahrheit und dieses Recht schädige der falsche Zeuge notwendigerweise.

Bei einer derartigen Interpretation wird jede Bindung zum gesetzlichen Tatbestand gelöst. Rittler ⁶⁸⁾ vertritt daher die Ansicht, daß die Schädigungsabsicht des § 199 lit. a nicht anders sei als bei den anderen Betrugsfällen. Über-

60) SSt XIX 8

61) Nicht beizupflichten ist Malaniuk 221, wenn er, obwohl er die objektive Eidestheorie vertritt (vgl. Anm. 41), subjektiv in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung das Abweichen von Aussage und Erinnerungsbild (-Überzeugung) verlangt. Richtig dagegen A.-J. 563, Rittler 293.

62) KH 4179

63) Malaniuk 221

64) Rittler 293

65) Vielfach wird neben der Schädigungsabsicht noch eine Täuschungsabsicht gefordert, so z.B. von Malaniuk 215 und A.-J. 540, ebenso in der Rechtsprechung; ein solches subjektives Tatbestandselement ergibt sich jedoch weder aus dem Gesetz, noch findet dieser Begriff bei Rittler oder bei Kuttner Verwendung. In der Behandlung des Betruges selbst stellt aber auch Malaniuk (II. Bd., 1. Teil, 1948, S. 344/45) dieses Erfordernis nicht auf. Kuttner 47, Anm. 20 sieht in dieser Täuschungsabsicht denn auch nichts anderes als nur das Bewußtsein der Unwahrheit, denn der Wille, einen Irrtum zu erregen, sei bei jeder bewußten Unwahrheit vorhanden.

66) Malaniuk 215, Finger II 614, Herbst I 420, Stooß II 508, A.-J. 564; KH 126, 715, 1195, 1403.

67) Oder, wie auch gesagt wird: die Schädigungsabsicht deckt sich mit der Täuschungsabsicht: vgl. auch Anm. 65.

68) Rittler 293

all ziele sie über den Tatbestand hinaus und sei nirgends schon mit der Erfüllung des Tatbestandes verwirklicht. Der beabsichtigte Schaden sei hier eine anders lautende Entscheidung als die, die ohne die falsche Aussage zustande gekommen wäre. Da nicht der Eingriff in das Recht auf Wahrheit, sondern der Eingriff in die Rechtspflege das Wesen des § 199 lit. a ausmache, setze daher das falsche Zeugnis eine über den Tatbestand hinausgehende Schädigungsabsicht voraus.

Denselben Gedanken hat zeitweilig nach 1910 wohl auch der Kassationshof verfolgt ⁶⁹⁾. Kuttner ⁷⁰⁾ glaubte hierin eine Rückkehr zum alten falsum-Begriff erblicken zu können, doch hat der Oberste Gerichtshof ⁷¹⁾ noch in neuester Zeit die Theorie vom abstrakten Gefährdungsdelikt bestätigt und festgestellt, "daß es sich bei der Ablegung eines falschen Zeugnisses vor Gericht um einen Fall des sog. uneigentlichen Betruges handele, bei dem unter der Voraussetzung der Vorsätzlichkeit die Absicht, das Gericht zu täuschen und die Rechtspflege zu schädigen, als schon in der Tathandlung gelegen gilt". Eines Nachweises der (Täuschungs- und) Schädigungsabsicht bedarf es danach nicht.

9. Mit der Ablegung des falschen Zeugnisses ist das Verbrechen vollendet. Hierzu ist, wie schon unter V, 6 ausgeführt, nicht die Irreführung des Gerichts erforderlich, es muß nicht einmal die konkrete Eignung der Tat zur Täuschung vorhanden gewesen sein ⁷²⁾.

Als abgelegt gilt eine Zeugenaussage nur dann, wenn die Vernehmung des Zeugen formell abgeschlossen ist. Wann dies innerhalb einer Verhandlung der Fall ist, richtet sich nach den jeweils in Frage kommenden Verfahrensvorschriften und den prozessualen Vorgängen des einzelnen Falles ⁷³⁾. Die Rechtsprechung hat hierzu eine umfangreiche Praxis entwickelt. Vollendet ist die Aussage in jedem Fall bei einem Nacheid mit dem Abschwören der Eidesformel. Im übrigen ist der Abschluß der Zeugeneinvernahme dann gegeben, wenn der Richter dies ausdrücklich erklärt, oder wenn aus anderen Umständen klar erkennbar ist, daß Richter und Zeuge die Vernehmung als abgeschlossen ansehen ⁷⁴⁾.

69) SSt IV 105, KH 4578, ÖR 712; so auch noch einmal der OGH in SSt XVII 93.

70) Kuttner 48 ff

71) SSt XIX 8 (vgl. auch ÖJZ 1946, Nr. 477)

72) So A.-J. 564, KH 3544, SSt X 13

73) SSt XII 31, KH 3442, 1048

74) SSt XIV 43. - So wurde z.B. im Zivilverfahren die Verkündigung der Entscheidung darüber, ob die vorbehaltlich dieser Entscheidung unbekundet abgegebene falsche Zeugenaussage durch Eid bekräftigt werden soll (§338 ZPO), als Abschluß der Einvernahme angesehen (KH 2734). Im Strafverfahren gilt die Zeugeneinvernahme mit der Beendigung der Anhörung in den einzelnen Verfahrensstadien als abgeschlossen (KH 1901, 185). Aber auch schon der Beschluß, die Verhandlung zur weiteren Beweisaufnahme zu ver-

Sofern die Vollendung der falschen Aussage nicht eintritt 75), wird die falsche Aussage gemäß § 8 StG als Versuch eines Verbrechens wie das Verbrechen selbst bestraft, wobei die Strafe gemildert werden kann (§ 47 StG). Bis zum Abschluß der Zeugenaussage bleibt in jedem Fall strafbefreiender Rücktritt vom Versuch durch wahrheitsgemäße Angabe möglich 76).

Gegenüber dieser durchaus herrschenden Ansicht verfährt Rittler 77) im Anschluß an seine, hier unter V, 8 dargelegte Meinung, daß zum subjektiven Tatbestand auch der Nachweis einer über die "Täuschungsabsicht" hinausgehenden Schädigungsabsicht gehöre, den Standpunkt, daß ein Rücktritt sogar noch möglich sei, solange noch keine Schädigung eingetreten sei. Er verkennet indessen nicht, daß er mit dieser Ansicht allein steht.

10. Die Strafregelung der Meineids- bzw. Zeugendelikte befindet sich in den §§ 202 - 204 StG 78).

Danach ist für den Fall der unbeeideten Aussage des § 199 lit. a Kerker von 6 Monaten bis zu 1 Jahr vorgesehen, bei

Fortsetzung Anm. 74): tagen, ist ein formeller Abschluß der Zeugenanhörung (SSt XIX 8, KH 4389). Erfolgt sowohl im Zivil- wie auch im Strafprozeß die gerichtliche Verhaftung des Zeugen wegen dieser falschen Aussage, oder die Anfertigung eines besonderen Protokolls über diese Aussage (§§ 277, 278 StPO), so ist damit die Einvernahme abgeschlossen (SSt XVI 43, KH 3101). Der bloße Antrag darauf durch den Ankläger hat indessen noch nicht diese Wirkung (KH 2492, 1955).

75) Ein solcher Fall wird weder in der Theorie noch in der Praxis angeführt.

76) KH 3710, vgl. auch die unter Anm. 73 angeführten Entscheidungen.

77) Rittler 293

78) § 202:

Die Strafe des Betrugers ist insgesamt Kerker von 6 Monaten bis zu 1 Jahr, bei erschwerenden Umständen aber von 1 Jahr bis zu 5 Jahren.

§ 203: (StGN 1926)

Übersteigt aber der Betrug oder Wert, den sich der Täter durch das Verbrechen zugewendet, oder worauf die Absicht gerichtet gewesen ist, die Summe von 10 000 Schilling (Fassung der 2. StGNov. 1952); oder hat der Verbrecher den Betrug mit besonderer Kühnheit oder Arglist verübt; oder die Betrügereien sich zur Gewohnheit gemacht, so ist die Strafe schwerer Kerker von 5 bis zu 10 Jahren.

§ 204:

Wenn das Verbrechen des Betrugers durch einen falschen Eid begangen wird (§ 199a), soll der Betrüger zur schweren Kerkerstrafe, nach der in den § 202 und 203 bestimmten Dauer, und wenn er durch den falschen Eid einen sehr wichtigen Schaden verursacht hat, bis zu 20-jährigem, nach den Umständen auch zu lebenslangem Kerker verurteilt werden.

erschwerenden Umständen 79) bis zu 5 Jahren (§ 202).

Liegt nach § 203 ein qualifizierter Fall vor, so ist die Strafe schwerer Kerker von 5 bis zu 10 Jahren.

Wird die Aussage durch falschen Eid begangen, so sind nach § 204 StGB:

- a. für den einfachen Meineid schwerer Kerker von 6 Monaten bis zu 1 Jahr, bei erschwerenden Umständen bis zu 5 Jahren, bzw. im qualifizierten Fall nach § 203 StGB bis zu 10 Jahren,
- b. für einen Meineid, der einen sehr wichtigen Schaden verursacht hat, bis zu 20 Jahren, unter Umständen sogar lebenslänglicher schwerer Kerker vorgesehen.

Kraft Gesetzes (§ 26 StG) sind mit jeder Verurteilung zu einem Verbrechen - wie es die obigen Delikte sind - als Rechtsfolge verbunden der Verlust von gewissen Rechten, Stellungen und Befugnissen und die Unfähigkeit, solche zu erlangen. Weiter haben die Verurteilungen wegen Verbrechens nach § 199 lit. a StG die Eidesunfähigkeit nach § 170 Ziff. 3 StPO und nach § 336 ZPO zur Folge.

V. Die falsche Parteiaussage

§ 199 lit. a StG umreißt die falsche Parteiaussage mit der Formulierung: "... wenn in eigener Sache bei Gericht (wirklich) ein falscher Eid geschworen wird..." . Dieser Tatbestand hat mit der falschen Zeugenaussage zusammen im gleichen Paragraphen seine Aufnahme gefunden und weist daher im ganzen dieselbe Ausgestaltung des Tatbestandes des falschen Zeugnisses auf. Es bedarf daher lediglich der Anführung spezieller Einzelheiten, die das Wesen der falschen Parteiaussage ausmachen.

1. Täter der eidlichen falschen Parteiaussage kann nur die Partei des Zivilprozesses sein. Im Strafverfahren werden Privatkläger und Privatbeteiligte als Zeugen vernommen; ihre Aussage stehen somit schon unter Zeugenbann 80).

79) Die erschwerenden Umstände hat das österreichische StG in den §§ 43 - 45 aufgezählt. Durch entsprechende Überlegung, Vorbereitung, oder nach Größe der Gefahr oder der Pflichtverletzung wird allgemein das Verbrechen als größer angesehen. Insbesondere aber sind Erschwerungsumstände gegeben, wenn mehrere Verbrechen der gleichen Art begangen, das Verbrechen wiederholt oder der Täter wegen gleichen Verbrechens schon einmal vorbestraft worden ist. Auch die Hintergehung des Richters in der Untersuchung durch Erdichtung falscher Umstände wird als erschwerend bezeichnet.

80) Im Zivilverfahren, gleichgültig, ob streitig oder außerstreitig, ist nach Rittler (297) zwischen Parteienklärungen und Parteibehauptungen zu unterscheiden. Nur für letztere kann eine Partei gerechterweise verantwortlich gemacht werden. Zur Verfech-

2. Der Parteimeineid muß wie die falsche Zeugenaussage vor Gericht abgelegt worden sein. Es gilt daher das unter V, 2 Gesagte im gleichen Maße auch hier. Möglichkeiten eines Parteieides bieten die verschiedenen Verfahrensgesetze beim Beweis durch Vernehmung einer Partei (§§ 377, 273 ZPO), bei der Versicherung eines ausländischen Klägers, unfähig zu sein, für die Prozeßkosten Sicherheit zu leisten (§ 60 ZPO), bei in einem gerichtlichen Vergleich vereinbarten Eid über streitige Tatsachen (§ 205 ZPO) und bei Offenbarungseiden.
3. Die Parteiaussage ist nur in der eidlichen Form strafbar. Der zivilprozessuale Parteieid wird als Voreid geleistet (§ 377 ZPO). Die Beeidigung nach unbeeideter Befragung hat eine erneute Vernehmung zur notwendigen Folge.
4. Die weitere Ausgestaltung des Parteimeineides bezüglich der Falschheit der Aussage, des Aussagegegenstandes, des subjektiven Tatbestandes sowie der Vollendung des Deliktes ist die gleiche wie bei der falschen Zeugenaussage (s. dort V, 4 - 7).
5. Für den Parteimeineid droht § 204 StG in jedem Falle entsprechend §§ 202 und 203 schweren Kerker von 6 Monaten bis zu 10 Jahren an, und wenn die Tat einen sehr wichtigen Schaden verursacht hat, schweren Kerker bis zu 20 Jahren, u.U. auch lebenslänglich. Im übrigen treten die gleichen Nebenstrafen ein wie im Falle des falschen Zeugnisses.

VI. Sondertatbestände

Neben den angeführten Tatbeständen der Ablegung eines falschen Zeugnisses oder eines Parteimeineides kennt das österreichische Strafrecht noch eine weitere Form der Tatbegehung: das Anerbieten zu einem falschen Zeugnis, bzw. zu einem Parteimeineid.

Außerdem stellt das österreichische Recht noch die falsche Aussage vor einer Verwaltungsbehörde als Übertretung ausdrücklich unter Strafe.

1. Mit seiner Formulierung: "oder wenn ein falsches Zeugnis gerichtlich angeboten (oder abgelegt) wurde,...." stellt § 199 lit. a die Vorbereitungshandlung zur Ablegung eines falschen Zeugnisses diesem gleich.

Als Täter kommt nur der Zeuge ⁸¹⁾, und nach den obigen Darlegungen wohl noch der Sachverständige in Frage. Das An-

Fortsetzung Anm. 80): tung ihres Parteistandpunktes muß ihr der Gesetzgeber genügend Freiheit geben. Da aber beide Parteiäußerungen ineinanderfließen können, hat das Gesetz die Strafbarkeit der falschen Parteiaussage an ein formales Moment geknüpft, das die Beweisnatur der Aussage deutlich heraushebt: den Eid. Die unbeeidete falsche Parteiaussage ist straflos.

bieten muß gegenüber einem Gericht erfolgen 82) und muß die Unwahrheit der zu erwartenden Aussage bereits zum Ausdruck bringen 83). Stets ist jedoch erforderlich, daß der Täter über bestimmte Umstände aussagen will und nicht nur eine allgemeine Geneigtheit zur Zeugnisaussage zeigt 84).

Das Anbieten eines falschen Zeugnisses ist mit der Anerbietungserklärung vollendet 85).

Folgt dem Anbieten die falsche Aussage auf dem Fuße, so verliert das Anbieten die Bedeutung eines selbständigen Verbrechens 86). Die Strafe ist die gleiche wie die bei einem tatsächlich abgegebenen falschen Zeugnis (vgl. oben IV, 8).

2. Wie beim falschen Zeugnis ist es auch strafbar, "wenn sich in eigener Sache bei Gericht zu einem falschen Eid erboten wird". Auch hier wird die Vorbereitungshandlung der eigentlichen Tat gleichgestellt.

Als Täter kommt, wie schon dargelegt, nur die Partei im Zivilprozeß in Frage. Der Tatbestand hat indessen vielfach dazu geführt, seine dogmatische Notwendigkeit in Zweifel zu ziehen. So hat Herbst 87) wiederholt darauf hingewiesen, daß angesichts der in § 197 StG erforderlichen Schädigungsabsicht das Anerbieten eines falschen Eides bei Gericht nur dann den Tatbestand nach § 199 lit. a erfülle, wenn das Anerbieten in zivilrechtlicher Hinsicht eine prozessuale Wirkung haben kann. Das geltende Recht knüpfe aber an das bloße Anbieten eines Eides in keiner Weise eine Wirkung.

Dem setzt die wohl herrschende Ansicht 88) entgegen, daß ein Zusammenhang zwischen der Strafbarkeit des Eidesangebotes und dem Verfahrensrecht nicht bestehe. Vielmehr sei nur wie beim falschen Zeugnis auch die Vorbereitungshandlung unter Strafe gestellt. Wie dort muß auch hier die Unwahrheit der Aussage bereits erkennbar sein. Die Vollendung des Deliktes tritt ebenfalls mit der Anerbietungserklärung ein. Der Strafraum ist der gleiche wie beim tatsächlich geleisteten Meineid (vgl. VI, 5).

3. Eine analoge Bestimmung zu § 199 lit. a stellt Art.

82) KH 170, SSt XVI 40

83) Etwa durch Bejahung einer dem Täter vorgelegten Frage über Dinge, über die er aussagen will und die nicht den Tatsachen entsprechen (so Finger II 623).

84) A.-J. 568

85) A.-J. 564

86) SSt V 134

87) Herbst I, 421, in gleicher Weise A.-J. 565, Stooß 509

88) Rittler 298, Schnek in Rechtsprechung in Strafsachen, Beilage des Zentralblattes für die juristische Praxis 1934, 13, S. 22 ff; L.-R. 421, KH 2763

IX EGVG dar 89). Er stellt die vorsätzliche falsche eidliche oder uneidliche Aussage eines Zeugen oder Sachverständigen vor einer Verwaltungsbehörde als Übertretung unter Strafe. Die vom Entwurf 1927 nicht erfaßten uneideten falschen Aussagen vor Behörden, die nicht berechtigt sind, Zeugen oder Sachverständige unter Eid zu vernehmen, würden im Rahmen dieses Artikels bestraft werden können.

Der Wortlaut stellt klar, daß ein Beteiligter oder der von einem Verwaltungsakt unmittelbar Betroffene bei einer falschen Aussage straflos bleibt. Das gilt auch für den, der die Tätigkeit der Behörde in Anspruch nimmt 90).

Unter dem Ausdruck Verwaltungsbehörde wird jede Verwaltungsbehörde verstanden 91). Allerdings genügt hierbei nicht ein einzelnes obrigkeitliches Organ 92).

Hinsichtlich des subjektiven Tatbestandes fordert Art. IX EGVG nach einhelliger Ansicht nur das Bewußtsein, daß vor einer Verwaltungsbehörde falsch ausgesagt wird, somit die Absicht, die Behörde zu täuschen 93). Ist die weitere Absicht vorhanden, die Entscheidung zu beeinflussen, so geht der Tatbestand in Betrug über, wenn hierdurch das Vermögen einer physischen oder juristischen Person, oder ein subjektives Recht derselben nicht-vermögensrechtlicher Art, insbesondere auch ein Hoheitsrecht des Staates, verletzt werden soll 94).

Die Übertretung wird mit strengem Arrest von 1 bis 6 Monaten bestraft.

VII. Der Aussagenotstand

Der bei den Meineidsdelikten immer wieder auftretende Umstand, daß der Täter sich mit Rücksicht auf die Zwangslage, in der er oder seine Angehörigen sich befinden können, zu einer falschen Aussage hinreißen läßt, hat im österreichischen Strafrecht keine Beachtung gefunden.

Zwar kennt das StG in § 2 lit. g den "unwiderstehlichen Zwang" 95), der "den bösen Vorsatz ausschließt", aber der Oberste Gerichtshof hat es wiederholt abgelehnt, jemandem, der sich bei einer wahren Aussage hätte einer strafbaren Handlung bezichtigen müssen, unwiderstehlichen Zwang

89) Art. IX des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen (EGVG) 1950: "Wer vorsätzlich vor einer Verwaltungsbehörde als Zeuge oder Sachverständiger falsch aussagt, macht sich einer Übertretung schuldig und wird vom Gericht mit strengem Arrest von 1 bis 6 Monaten bestraft".

90) Rittler 296

91) Vgl. dazu Kaniak § 199, Anm. 2

92) Z.B. Gendarm oder Forstaufseher: SSt VII 14, VIII 62

93) A.-J. 553, Rittler 296

94) A.-J. 553, SSt X 12

95) So bezeichnet das österreichische Recht den Notstand.

zuzubilligen 96). Er führte dabei aus, daß die durch eine strafbare Handlung des Täters selbst herbeigeführte Zwangslage niemals den Schuldaußschließungsgrund des Notstandes zu begründen vermöge. Denn der Notstand setze eine vom ursächlichen Handeln des Täters unabhängige Einwirkung voraus, die eine Kollision von Rechten schafft, von welchen das eine nur durch Aufopferung des anderen gerettet werden könne. Habe der Täter durch seine eigene strafbare Handlung diese Kollision von Rechten selbst herbeigeführt, so könne er sich nunmehr auch nicht auf "unwiderstehlichen Zwang" berufen 97). Aber auch andere Nachteile, die dem Aussagenden bei wahrheitsgemäßen Angaben drohen, vermögen nach Ansicht des Obersten Gerichtshofes bei der Bedeutung des Zeugnisses als Beweismittel ebenfalls nicht unwiderstehlichen Zwang zu begründen 98).

Die Frage, inwieweit die Zwangslage von Angehörigen Beachtung findet, ist in der österreichischen Literatur wie auch Rechtsprechung unerörtert geblieben; man kann indessen nach dem vorstehend Ausgeführten schließen, daß, wie dem Täter selbst, auch den Angehörigen der Schuldaußschließungsgrund des § 2 lit. g nicht zugebilligt wird.

VIII. Straferschwerende Umstände

Außer dem schon beim falschen Zeugnis behandelten straferschwerenden Umstand, daß das Zeugnis unter Eid abgelegt wird, ist dem österreichischen Strafrecht ein weiterer, die Meineidsdelikte qualifizierender straferschwerender Umstand fremd.

96) SSt XIX 159 (in einem Verfahren auf Herausgabe von Gegenständen, die der Täter gestohlen hatte, gab er unter Offenbarungseid an, den Aufenthalt der Sachen nicht zu kennen), Oberster Gerichtshof in ÖJZ 1946, Nr. 618, SSt III 39, OGH in Ev. Bl. 1938 Nr. 439, SSt VIII 41 mit weiteren Nachweisen

97) Rittler (290) glaubt bei der Erörterung dieses Problems einen Unterschied der Aussagen in der Richtung sehen zu können, daß sie einmal von einem der strafbaren Handlung Schuldigen abgegeben wurden, der wegen eben dieser Tat als Zeuge vernommen wurde, und daß sie zum anderen von jemandem getan wurden, der sich nicht wegen einer anderen Tat verraten wollte. Angesichts des Umstandes, daß Rittler in beiden Fällen zur Strafwürdigkeit des falschen Zeugnisses kommt und daß auch die klare Stellungnahme des OGH die gleiche Behandlung der beiden falschen Aussagen gebietet, darf die von Rittler angeführte Unterscheidung als unbeachtlich angesehen werden.

98) KH 1234 hinsichtlich Vermögensnachteile, KH 2692 hinsichtlich einer befürchteten Zerstörung des Eheglücks durch Angabe von Vorstrafen.

IX. Der Widerruf der falschen Aussage

Wie schon unter V, 7 dargelegt wurde, besteht bis zum Abschluß der Einvernahme des Zeugen oder der Partei die Möglichkeit, durch wahrheitsgemäße Angaben vom Versuch der falschen Aussage strafbefreiend zurückzutreten. Ein späterer Widerruf bleibt indessen ohne jeden Einfluß auf die Strafbarkeit der falschen Aussage 99). Eine besondere Vorschrift der "tätigen Reue" kennt das StG für diesen Fall nicht.

X. Die Anstiftung und Verleitung zur falschen Aussage

Mit der Formulierung: "Wenn sich um ein falsches Zeugnis, so vor Gericht abgelegt werden soll, beworben.... wurde" stellt das österreichische StG die Verleitung zur falschen Zeugenaussage unter Strafe. Die Gesetzesstelle läßt die Schwierigkeiten ahnen, vor der sich Praxis und Rechtslehre hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit gestellt sahen und auch jetzt noch sehen. In der Tat haben sich auch verschiedene Ansichten bei der Subsumierung von erfolgloser Anstiftung und Verleitung zum Falscheid unter diese Gesetzesstelle herausgebildet.

Einigkeit besteht lediglich hinsichtlich der erfolgreichen Anstiftung, die nach den allgemeinen Grundsätzen beurteilt wird. Anstiftung wird von der österreichischen Rechtsdogmatik als die vorsätzliche Veranlassung eines anderen zur Begehung eines bestimmten Verbrechens angesehen¹⁰⁰⁾.

Hatte also die Anstiftung - "Bewerbung" - Erfolg und wurde das falsche Zeugnis vor Gericht abgelegt, so ist - unter anderem nach mehreren Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes 101) - der Anstifter nach den allgemeinen Grundsätzen wegen Mitschuld am falschen Zeugnis strafbar.

Ohne seiner Ansicht überzeugenden Ausdruck zu verleihen, meint dagegen Rittler 102) im Anschluß an Finger 103), daß die gelungene Anstiftung (§ 5) zur falschen Aussage "wohl" ganz überflüssigerweise in § 199 lit.a zu einem selbständigen Tatbestand erhoben worden sei (vgl. auch im folgenden).

A. Es unterliegt für die österreichische Strafrechtsdogmatik keinem Zweifel, daß die erfolglose Anstiftung zur

99) KH 3101

100) Die akzessorische Natur dieser "Mitschuld" liegt darin begründet, daß für die Strafbarkeit die tatbestandsmäßige und rechtswidrige Haupttat, welche zumindest bis zum Versuch gediehen sein muß, eine Voraussetzung bildet.

101) SSt XX 37, KH 3010, 1908, 1421; vgl. auch KH 3544

102) Rittler 295

103) Finger II 622

falschen Aussage nicht unter den Tatbestand der Mitschuld (Anstiftung) subsumiert werden kann. Daß das StG im § 9¹⁰⁴⁾ aber auch die versuchte Verleitung zu einem Verbrechen unter Strafdrohung stellt, entstand die Frage, welche Norm - § 9 oder § 199 lit. a - auf die erfolglose Bewerbung Anwendung finden solle.

Die herrschende Lehre - vertreten durch den Obersten Gerichtshof in wiederholten Entscheidungen ¹⁰⁵⁾ und Malaniuk ¹⁰⁶⁾ - verfährt die Ansicht, daß "die Regeln des § 9, wonach die versuchte Verleitung zu einem Verbrechen als Versuch dieses Verbrechens zu bestrafen ist, keine Anwendung auf solche Fälle findet, in welchen, wie in § 199 lit. a, schon das obgleich erfolglose intellektuelle Einwirken auf einen anderen ein vollbrachtes Verbrechen darstellt. Bei richtiger Gesetzesauslegung muß hier die Regel der Ausnahmebestimmung weichen" ¹⁰⁷⁾.

Dieser Argumentation widersprechen Altmann-Jakob und Rittler, beide jedoch mit verschiedener Begründung. Altmann-Jakob ¹⁰⁸⁾ führen an, daß nicht einzusehen sei, daß § 199 lit. a auf den Täter angewendet wird, der jemandem zu einem objektiv und subjektiv falschen Zeugnis verleiten will; denn, soweit die Bewerbung zum Erfolg führt, greife § 5, und, soweit die Einwirkung ohne Erfolg geblieben sei, greife § 9 StG ein. Die Bewerbung des § 199 lit. a beziehe sich lediglich auf den Fall, daß der Verleitete subjektiv nicht verantwortlich gemacht werden könne. Rittler ¹⁰⁹⁾ bezeichnet in gleicher Weise wie bei der gelungenen Anstiftung in Anbetracht des § 9 StG die tatbestandliche Verselbständigung der "versuchten Bewerbung" in § 199 lit. a überhaupt als überflüssig.

Die erfolglose Anstiftung (Bewerbung), wie sie von der herrschenden Lehre vertreten wird, kann nicht nur, wie es der Wortlaut des § 199 lit. a vorsieht, gegenüber einem Zeugen begangen werden, sondern nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes ¹¹⁰⁾ auch zu einem Parteieid oder gegenüber einem Sachverständigen. Da Gegenstand der Bewerbung die Erlangung eines falschen Zeugnisses ist, muß dem Täter bekannt sein, daß der Angestiftete als Zeuge oder dergleichen auszusagen hat, und ferner, daß die Tatsache, die er auf sein Betreiben auszusagen soll, der Wahrheit widerspricht. Dabei genügt es,

104) § 9:

Wer jemanden zu einem Verbrechen auffordert, aneifert oder zu verleiten sucht, ist dann, wenn seine Einwirkung ohne Erfolg geblieben war, der versuchten Verleitung zu jenem Verbrechen schuldig, und zu derjenigen Strafe zu verurteilen, welche auf den Versuch dieses Verbrechens zu verhängen wäre.

105) SSt XX 37, KH 3010, 1908

106) Malaniuk 221

107) KH 3010

108) A.-J. 566

109) Rittler 295, 297

110) OR 132, KH 83

daß die abstrakte Möglichkeit der Vernehmung vor Gericht zur Zeit der Bewerbung bestand ¹¹¹⁾. Die Bewerbung um die falsche Aussage ist vollendet, wenn sie der zu werbenden Person zugegangen ist. Soweit die Aufforderung durch solche vom Willen des Aufgeforderten unabhängigen Umstände diesen nicht erreicht hat, liegt nur versuchte Bewerbung vor ¹¹²⁾. Der nach Vollendung der Bewerbung erklärte Widerruf schließt die Zurechnung dieser Tat nicht mehr aus ¹¹³⁾. Die Bewerbung wird gem. §§ 202, 203 StG mit Kerker bis zu 10 Jahren bestraft; jedoch nach § 204 mit schwerem Kerker (u.U. lebenslänglich), wenn der Bewerber darauf abgezielt hat, daß eine Eidesleistung vorgenommen wird ¹¹⁴⁾.

B. Bei der Darstellung der Verleitung zum Falscheid, d.h. zu einem Eid, bei dem sich der Aussagende der Wahrheitswidrigkeit seiner Aussage nicht bewußt ist, muß gleich eingangs festgestellt werden, daß die österreichische Literatur wie auch die Rechtsprechung ein Erfassen der dogmatischen Problematik dieses Tatbestandes, wie sie das deutsche Recht beherrscht, nicht erkennen lassen. Lediglich Altmann-Jakob ¹¹⁵⁾ bezeichnet einmal die Bewerbung um ein falsches Zeugnis als einen Fall der beabsichtigten mittelbaren Täterschaft, ohne diese Bemerkung jedoch in einen systematischen Zusammenhang zu seinen Darlegungen zu bringen. In keinem Fall wird indessen darauf abgehoben, daß die Eidesdelikte nur eigenhändig begangen werden können. Eine derartige Nichtbeachtung der dem deutschen Recht geläufigen mittelbaren Täterschaft läßt nur den Schluß zu, daß das österreichische Strafrecht den Begriff der mittelbaren Täterschaft nicht benötigt. In der Tat haben sich auch Rittler und Malaniuk in dieser Richtung ausgesprochen ¹¹⁶⁾. Ausgehend vom extensiven Täterbegriff stehen sie auf dem Standpunkt, daß auf Grund des Abs. II des § 5, der besagt, daß die Tat des Mitschuldigen (Anstifters, Gehilfen und Teilnehmers) auch dann strafbar sei, wenn der Täter aus Gründen, welche seine Schuld ausschließen, straflos bleibt, der sog. mittelbare Täter als Anstifter nach § 5 für den Erfolg haftbar ist ¹¹⁷⁾.

Dies erklärt die verschiedenen Lösungsversuche, die bezüglich der Verleitung zur gutgläubigen Aussage unternommen werden. So subsumiert die herrschenden Lehre ¹¹⁸⁾ die Verleitung (wie schon die erfolglose Anstiftung) unter die Bewerbung des § 199 lit. a, indem sie einfach erklärt, daß der Mangel des subjektiven Tatbestandes auf Seiten des Aussagenden nicht zur Anwendung des § 5 in Verbindung mit § 197, 199 lit. a StG führen könne. Malaniuk (a.a.O.) bemerkt hierzu allerdings, daß kein Unterschied gegenüber der Anstiftung zum falschen Zeugnis gegeben sei, weil auch der Angestiftete sich der Unwahrheit seiner Aussage nicht bewußt sein muß.

-
- 111) Malaniuk 222
 - 112) SSt XIX 129, XVIII 3, III 76
 - 113) KH 3669, vgl. auch oben III
 - 114) KH 223, SSt X 38
 - 115) A.-J. 564
 - 116) Rittler I 218, Malaniuk I 229 ff
 - 117) ÖR 397
 - 118) KH 2890, 4138, ÖR 165, 712, Malaniuk 222, SSt XIV 103

Wie Malaniuk betont auch Rittler 119), daß die Strafbarkeit der Bewerbung eines Schuldunfähigen oder gutgläubigen Zeugen nicht aus der Verselbständigung der Bewerbung folge, sondern daß dies ebenso gelten würde, wenn der Fall unter dem Gesichtspunkt der Anstiftung oder versuchten Anstiftung zu beurteilen wäre. Denn für die Bewerbung, wie für die Anstiftung, komme es nur darauf an, daß der zu Verleitende den (objektiven) Tatbestand der falschen Aussage setzt, nicht daß er ihn schuldhaft setzt.

Demgegenüber sieht Altmann-Jakob 120) nach den schon unter A ausgeführten Darlegungen in der Verleitung zu einer nicht schuldhaft abzugebenden falschen Aussage den einzigen Fall, den der Tatbestand der Bewerbung im § 199 lit. a regeln will und kommt somit zum gleichen Ergebnis wie die herrschende Lehre 121). Soweit auf die Bewerbung zu einer gutgläubig abgegebenen falschen Aussage der Tatbestand des § 199 lit. a angewendet wird, ist die Ausgestaltung des Tatbestandes die gleiche wie bei der erfolglosen Anstiftung (siehe unter A). Den Strafraum geben die §§ 202 - 204 StG an (vgl. unter IV, 8).

Die uneinheitliche und zum Teil willkürlich anmutende Behandlung der "Bewerbung" um ein falsches Zeugnis im österreichischen Strafrecht läßt zusammenfassend 122) erkennen, daß das Institut der mittelbaren Täterschaft keine Beachtung gefunden hat und daß die dogmatische Erfassung der Anstiftung keine einheitliche ist.

XII. Die fahrlässige falsche Aussage

Nach österreichischem Recht ist nur die vorsätzliche falsche Aussage strafbar.

119) Rittler 295

120) A.-J. 566

121) Das Kernproblem der unterschiedlichen Behandlung der "Verleitung zum Falscheid" kann nur darin gesehen werden, daß der Oberste Gerichtshof und Altmann-Jakob in der Anstiftung ein Auffordern zu einer vorsätzlichen Tat erblicken, während Rittler und Malaniuk darunter das Auffordern zu einer lediglich objektiv tatbestandlichen Handlung verstehen (siehe hierzu im Ergebnis auch Rittler I 210).

122) herrschende Lehre A.-J. Rittler
(OGH, im ganzen auch Malaniuk)

Anstiftung	§ 5	§ 5	§ 5
erfolglose Anstiftung	statt § 9: § 199 a	§ 9	statt § 199a: 9
Falscheid	(Malan. § 5) § 199 a	§ 199 a	statt § 199a: 5

XIII. Die eidesstattliche Erklärung

Eine falsche eidesstattliche Erklärung wird in erster Linie dort strafrechtlich verfolgt, wo ein Gesetz dies ausdrücklich gebietet. Im übrigen ist sie nach der, § 199 StG gegenüber subsidiären Bestimmung des § 461 123) strafbar. Eine besondere Vorschrift kennt das österreichische Strafgesetz nicht.

123) § 461:

Gleiche Strafe wie im § 460: einfacher oder strenger Arrest von einer Woche bis zu sechs Monaten (Verschärfung nach Beschaffenheit der Umstände) greift auch Platz bei Veruntreuung und Betrügereien, insofern die ersten nicht nach dem § 181 und 183, die zweiten durch die in den §§ 199, 200 und 201 aufgezählten Umständen die Eigenschaft eines Verbrechens erhalten, sowie bei der Untreue, sofern sie nicht nach der Vorschrift des § 205c ein Verbrechen bildet.

S c h w e i z

I. Das geschützte Rechtsgut

Das schweizer StGB vom 21.12.1937 (abgeändert am 5.10. 1950), das auch in den Kantonen gilt, regelt im zweiten Buch (Besondere Bestimmungen) in seinem 17. Titel die "Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege" (Art. 303-311 StGB). Im einzelnen enthält der Titel die falsche Anschuldigung (303), die Begünstigung (305), die falsche Parteiaussage (306), das falsche Zeugnis (307), die Gefangenenbefreiung (310) und die Gefangenenmeuterei (311).

Die Delikte dieses Titels richten sich gegen die Rechtspflege. Mit dem Gesetz kann man sie daher als Delikte gegen einen besonderen Zweig der staatlichen Tätigkeit auffassen. Sofern man von den §§ 310 und 311 absieht, die sich gegen den Strafvollzug richten, liegt "die Strafwürdigkeit darin, daß ein Beamter der Justiz infolge Irrtums Gefahr läuft, dem Berechtigten das Recht zu verweigern oder den Pflichtigen zu Unrecht zu belasten. Die Delikte gegen die Rechtspflege stellen daher eine Rechtsgefährdung durch unbefugten Eingriff in die Justiz dar" ¹⁾.

Die Art. 306 - 309 bilden zusammen die Gruppe der Delikte gegen den gerichtlichen Beweis. Schutzobjekt ist das Interesse des Staates, in der Rechtspflege bei anlaß der Beweisführung die Wahrheit zu erfahren ²⁾. Während nach der älteren Gesetzgebung der Eid oder andere Bestätigungsformen wirksame Mittel zur Erzwingung wahrheitsgemäßer Aussagen waren und daher das Strafbare in der Verletzung der Form gesehen wurde, unter welcher die Aussage abgegeben wurde, hat der Bundesstrafgesetzgeber nunmehr den Schwerpunkt auf die Verletzung der Wahrheitspflicht verlegt. Auf den Meineid wurde lediglich bei der Strafandrohung Rücksicht genommen.

Die schweizer Schriftsteller ³⁾ heben insgesamt bei der Erörterung der "Meineidsdelikte" immer wieder hervor, daß es sich bei ihnen um Gefährdungsdelikte handelt, da es für die Strafbarkeit der Tat nicht erforderlich sei, daß der Richter getäuscht wurde oder sich ein falsches Bild machte.

Die 1950 vorgenommene Änderung des StGB hat hinsichtlich der Eidesdelikte keine Neuerung gebracht.

In 4 Paragraphen hat der schweizer Gesetzgeber die Materie der Eidesdelikte geregelt: In Art. 306 wird die falsche Beweisaussage der Partei und in Art. 307 das falsche Zeugnis bzw. Gutachten behandelt. Art. 308 enthält die Berichtigung der falschen Aussage und den Not-

1) Schwander Nr. 761

2) T.v.O.Art. 306, 1, auch Hafter 784, Germann Art. 307

3) Hafter 802, 805, T.v.O.Art. 307, 8, Schwander Nr. 766, BGE 1943 IV 211 ff

stand des Täters. Durch Art. 309 wird schließlich der Anwendungsbereich der Strafvorschriften auch auf Aussagen in Verwaltungssachen erweitert. Bei den Eidesdelikten handelt es sich ausschließlich um Verbrechen (Art. 9 StGB). Die folgende Darstellung stellt im Anklang an die bisher beobachteten Gliederungen entgegen dem gesetzlichen Aufbau die Erörterung des falschen Zeugnisses voran.

II. Die formelle Gültigkeit der Aussagen und ihr Einfluß auf die Strafbarkeit

Wer zeugnis- und eidesfähig ist, bzw. wer ein Aussageverweigerungsrecht hat oder nicht über bestimmte, ihm durch seine berufliche Tätigkeit anvertraute Tatsachen befragt werden darf, bestimmt sich nach den einzelnen Kantons- und Bundesprozeßgesetzen, die den einzelnen Verfahren zugrunde liegen⁴⁾. Aus der Fülle der Vorschriften sei hier nur die Bundesregelung hervorgehoben. Hier hebt allein das Gesetz über die Bundesstrafrechtspflege vom 15.6.1934 hervor, daß in der Regel jeder verpflichtet sei, Zeugnis abzulegen (Art. 74). Das Recht zur Zeugnisverweigerung haben sowohl nach dem Bundesstrafrechtspflegegesetz als auch nach dem Bundeszivilprozeßgesetz vom 4.12.1947 die Zeugen auf solche Fragen, deren Beantwortung sie oder einem ihrer näher bezeichneten Angehörigen strafrechtlicher Verfolgung oder einer schweren Benachteiligung der Ehre aussetzen könnte (Art. 79 StPG, Art. 42 ZPG), oder die Zeugen, die in einem bestimmten Verwandtschafts-, Schwägerschafts- oder sonstigem Verhältnis zur Partei stehen (Art. 75 StPG, Art. 42 ZPG). Nach dem ZPG hat sogar der Zeuge ein Aussageverweigerungsrecht, der eine vermögensrechtliche Schädigung erwarten kann. Nach § 77 StPG dürfen bestimmte Personen über Geheimnisse, die ihnen in ihrem Amte oder Berufe anvertraut worden sind, nicht zum Zeugnis gehalten werden. Das ZPG sieht eine ähnliche Regelung vor.

Vor der Einvernahme ist der Zeuge vom Gericht zur Angabe der Wahrheit anzuhalten, auf die Strafbarkeit einer falschen Aussage hinzuweisen und auf ein eventuell bestehendes Zeugnisverweigerungsrecht aufmerksam zu machen (Art. 76, 82 StPG, Art. 45 II ZPG; bezüglich der Partei bei der Parteibefragung im Zivilprozeß Art. 64 ZPG).

Eine eidliche oder gleichgeachtete Bekräftigung der Zeugenaussage kennt das Bundeszivilprozeßgesetz nicht. Lediglich das Bundesstrafrechtspflegegesetz sieht diese Bekräftigung noch vor. In seinem Art. 86 schreibt es vor, daß ein Eid oder ein Handgelübde weder Personen, denen das Zeugnisverweigerungsrecht zusteht, noch Personen, unter 18 Jahren, noch Urteilsunfähigen sowie Personen,

4) Die Rechtsprechung erfolgt in den schweizerischen Kantonen, lediglich das Bundesgericht ist als oberste Instanz eine Institution des Bundes. Auf die Verfahren vor ihm finden die Bundesprozeßgesetze Anwendung.

die an großer Schwäche des Wahrnehmungs- oder des Erinnerungsvermögens leiden, noch Personen, die durch Strafurteil ihrer politischen Rechte für verlustig erklärt worden sind, auferlegt werden darf.

Die Frage, wie eine falsche Aussage zu bewerten ist, bei der die oben angeführten Regeln nicht beachtet worden sind, hat in der schweizer Strafrechtslehre eine klare Beantwortung gefunden. Soweit es sich um eine Parteiaussage handelt, hat schon der Gesetzgeber im Art. 306 StGB ausgesprochen, daß die Partei richterlich zur Wahrheit ermahnt und auf die Straffolgen einer falschen Beweisaussage hingewiesen sein muß. Macht so z.B. ein kantonales Zivilprozeßgesetz eine solche Wahrheitserinnerung oder den Hinweis auf die Strafbarkeit nicht erforderlich, so bleibt eine falsche Aussage gleichwohl straflos. Der Strafgesetzgeber hat hier aus einer Prozeßfrage eine Bedingung der Strafbarkeit gemacht 5).

Im Gegensatz dazu verlangt Art. 307, die falsche Zeugnisaussage betreffend, nicht, daß eine Wahrheitserinnerung und ein Hinweis auf die Straffolgen vorgenommen wird. Wie sich aus den Gesetzesvorarbeiten ergibt, ist dies keine Gesetzeslücke. Da jeder weiß, daß ein Zeuge vor Gericht die Wahrheit sagen muß und er bei falschem Zeugnis Strafe zu erwarten hat, war kein Grund gegeben, daß das materielle Recht die Bestrafung des falschen Zeugnisses von den gleichen Voraussetzungen wie die falsche Parteiaussage abhängig machte (BGE, vgl. Anm. 5).

Im übrigen gilt für beide Arten der Aussage, wie auch für die Angaben des Sachverständigen und des Dolmetschers, daß sie nur dann strafbar sind, wenn sie formell gültig sind. Ist die Aussage wegen Formfehlern oder aus anderen Gründen (Zeugnisfähigkeit, Zeugniszwang, Recht zur Zeugnisverweigerung) ungültig, so ist eine Verurteilung wegen falscher Angaben nach übereinstimmender Ansicht von Literatur 6) und Rechtsprechung 7) nicht möglich. Wann dies im einzelnen der Fall ist, lehrt das einschlägige Prozeßrecht. Die Auslegung, die die obersten kantonalen Instanzen dem kantonalen Recht geben, sind dabei für das Bundesgericht bindend 8). Was für einen einzelnen Formfehler gilt, gilt erst recht dann, wenn das ganze Verfahren nichtig ist 9). Die schweizer Rechtsprechung hat im übrigen auch entschieden, daß strafbar ist, wer vom Recht der Zeugnisverweigerung wissentlich keinen Gebrauch

5) BGE 1943 IV 211 ff. (= Pr 33 Nr. 30) Hafter 801

6) Schwander Nr. 765, Germann Art. 306, 307, Hafter 807, 808 Ufenast 17 ff

7) Zürich. Bl. 32 Nr. 52, BGE 1943 IV 211 ff, BGE 1945 IV.43 ff, BGE 1943 IV 223, BGE 1946 IV 32 ff, daneben das Obergericht in Bern ZBJV 1951 S. 217 (R), das Kantonsgericht in Graubünden PKG 1949 S. 63 (d), das Kriminalgericht in Aargau RS 1946 Nr. 59 (d) (f) R.

8) Schwander Nr. 765

9) Kantonsgericht in Wallis RS 1948 Nr. 107

macht und falsch aussagt. Hier wurde ausgeführt, daß der Zeuge "verpflichtet sei, wie jeder am Handel Uninteressierte die Wahrheit zu sagen". Das Zeugnisverweigerungsrecht kann ihm nachträglich nicht als Verteidigung dienen ¹⁰⁾.

III. Die Eidesform

Für den Eid, an dessen religiösen Charakter weiter festgehalten wird ¹¹⁾, sind die prozessualen Ordnungen entscheidend.

Nach dem Bundesstrafrechtspflegegesetz (Art. 86) spricht der Präsident die Formel vor: "Ich schwöre, daß ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe", worauf der Zeuge unter Erheben der rechten Hand die Worte nachspricht: "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe."

Neben dem Eid ist noch das Handgelübde üblich; so z.B. nach dem gleichen Bundesgesetz, nach dem die Formel vorgesprochen wird: "Ich gelobe unter Berufung auf die Pflicht zur Wahrheit, daß meine Aussage richtig und vollständig ist", worauf der Zeuge dem Präsidenten die rechte Hand reicht mit den Worten: "Ich gelobe es". ¹²⁾

IV. Das falsche Zeugnis

1. Als Täter zählt Art. 307 ¹³⁾ StGB den Zeugen, den Sachverständigen, den Übersetzer und den Dolmetscher auf. Wer Zeuge sein kann, bestimmt sich nach den Bundes- und kantonalen Prozeßgesetzen. Der Sachverständige wird regelmäßig

10) So das Kantonsgericht in Wallis RS 1948 Nr. 104, Obergericht in Appenzell RS 1943 Nr. 116 (d und f) R; ebenso T.v.O. 307 Nr. 4, Hafter 807; Zürich. Bl. 9 Nr. 131

11) Hafter 803

12) In der thurgauischen ZPO § 275 heißt es: "Ich gelobe, daß die von mir aufgestellte Behauptung in allen Teilen auf reiner Wahrheit beruht." In Luzern kann, wer wegen Gewissensfreiheit keinen Eid leisten will, nach § 220 ZPO an Eidesstatt ein Handgelübde ablegen nach der Formel: "Sie beteuern bei Ehre und Bürgerpflicht", an die sich die Worte schließen: "Dieses beteure ich mit dem Wissen, welche Strafen auf ein falsches Handgelübde gesetzt sind."

13) Art. 307:

I. Wer in einem gerichtlichen Verfahren als Zeuge, Sachverständiger, Übersetzer oder Dolmetscher zur Sache falsch aussagt, einen falschen Befund oder ein falsches Gutachten abgibt oder falsch übersetzt, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

II. Werden die Aussage, der Befund, das Gutachten oder die Übersetzung mit einem Eid oder mit einem Handgelübde bekräftigt, so ist die Strafe Zuchthaus

vom Richter ernannt; ausnahmsweise werden auch von den Parteien ernannte Sachverständige zugelassen, jedoch nur, soweit sie vom Richter als solche anerkannt und zugelassen sind. Als Übersetzer kommt nach Art. 98 Bundesstrafrechtspflegegesetz in Betracht, wer eine Fremdsprache in die Gerichtssprache überträgt, als Dolmetscher, wer besondere Zeichen, wie die Taubstummensprache, die Blindenschrift oder eine Geheimschrift erklärt. Die schweizer Gerichte haben sich im übrigen auch mit der Frage befaßt, ob ein Beschuldigter wegen falschen Zeugnisses bestraft werden kann. Das Kassationsgericht in Waadt ¹⁴⁾ hat sie verneint und hierzu ausgeführt, daß dem Beschuldigten im strengen (prozessualen) Sinne bezüglich des falschen Zeugnisses derjenige gleichsteht, der zwar formell als Zeuge einvernommen wird, sich jedoch dessen nicht bewußt ist, sondern sich beschuldigt glaubt, vor allem, wenn die gestellten Fragen ihn persönlich zu berühren scheinen und er in der Folge tatsächlich selbst beschuldigt wird. Im gleichen Sinne hat sich auch das Kriminalgericht in Aargau ausgesprochen ¹⁵⁾.

2. Die Aussage muß in einem gerichtlichen Verfahren abgelegt worden sein. Darunter werden das Zivilverfahren (einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit) und Strafverfahren (sowohl Hauptverhandlung als auch Voruntersuchung und Ermittlungsverfahren) verstanden. Art. 309 StGB ¹⁶⁾ erweitert den Kreis der strafbaren falschen Aussage auf solche die in einem Verwaltungsgerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (staatliche oder wenigstens staatlich zugelassene Verfahren ¹⁷⁾) oder in Verfahren vor Behörden und Beamten der Verwaltung, denen das Recht der Zeugenabhörnung zusteht, abgegeben werden. Wie Hafter (a.a.O.) hierzu bemerkt, ist dieses Recht sehr streng zu nehmen; es muß sich stets aus dem Gesetz ergeben. So ist deshalb auch die Falschaussage vor einem Polizeibeamten nicht strafbar.
3. Regelmäßig wird die Aussage mündlich abgegeben, doch ist es ausnahmsweise auch zulässig, sie schriftlich abzugeben ¹⁸⁾. Dies gilt insbesondere für den Sachverständigen ¹⁹⁾. Die Aussage kann im übrigen eidlich oder uneidlich erfolgen. Die Eides- oder Handgelübdeform ist lediglich ein Straferschwerungsgrund (Art. 307 Abs. II StGB).

Fortsetzung Anm. 13): bis zu 5 Jahren oder Gefängnis nicht unter 6 Monaten.

III. Bezieht sich die falsche Äußerung auf Tatsachen, die für die richterliche Entscheidung unerheblich sind, so ist die Strafe Gefängnis bis zu 6 Monaten.

14) RS 1948 Nr. 102, ebenso BGE 47 IV 244

15) SJZ 43 (1947) S. 366 (d)

16) Art. 309:

Die Art. 306 bis 308 finden auch Anwendung auf das Verwaltungsgerichtsverfahren, das Schiedsgerichtsverfahren und das Verfahren vor Behörden und Beamten der Verwaltung, denen das Recht der Zeugenabhörnung zusteht.

17) Hafter 806

18) Hafter 807

19) Hafter 809

4. Die Frage, wann eine Aussage als falsch angesehen wird, hat in der schweizer Literatur und Rechtsprechung zu keinen weiteren Erörterungen geführt. Hafter²⁰⁾ und Schwander²¹⁾ erklären eindeutig, daß die Aussage objektiv unwahr sein müsse, bzw. daß sie nicht der Wahrheit entsprechen dürfe. Thormann/ v.Overbeck²²⁾ erklären, daß die Aussage falsch sei, wenn sie objektiv der Wahrheit widerspreche, fügen dann aber erläuternd hinzu: der Wahrheit, wie sie der Zeuge sieht, bzw. in Erinnerung hat.
5. Damit das falsche Zeugnis strafbar ist, muß die Aussage "zur Sache" erfolgt sein. Nach dem Bundesgericht²³⁾ liegt dies bei jeder Aussage vor, die mit dem zu beurteilenden Sachverhalt zusammenhängt, mag die Tatsache, auf die sich die Aussage bezieht, erheblich sein oder nicht. Das Kantonsgericht in Waadt²⁴⁾ hat hierzu weiter ausgeführt, daß zur Sache nicht nur die von den Parteien ausdrücklich angeführten Tatsachen gehören. Der Ausdruck sei im weitesten Sinne zu verstehen und umfasse alle Umstände, die diese Tatsache beleuchten oder erklären können. Hilfstatsachen, d.h. Tatsachen, die sich auf die Zulässigkeit oder die Beweiskraft der Beweismittel beziehen, sind in erster Linie Aussagen zum Beweismittel. Ihre falsche Feststellung kann zur Erschleichung unzulässiger oder zur Unterdrückung erheblicher Beweismittel führen. Dadurch können die Aussagen mittelbar die Feststellung des Sachverhaltes beeinflussen. Das Bundesgericht²⁵⁾ hat deshalb die Frage, nach den persönlichen Beziehungen des Zeugen zur Partei als Frage zur Sache angesehen, da hierdurch die Glaubwürdigkeit des Zeugen erforscht werden sollte²⁶⁾.

Für die weitere Umgrenzung der Aussage zur Sache gilt im einzelnen:

a. Falsche Aussagen des Zeugen zur Person fallen nicht in den Rahmen des Art. 307 StGB²⁷⁾; so z.B. die falsche Geburtsangabe einer Zeugin oder eine falsche Angabe, die sich auf das Honorar des Sachverständigen oder das Zeugen-geld beziehen.

b. Das Gesetz unterscheidet bei den Aussagen des Sachverständigen zwischen dem Befund und dem Gutachten (so auch Art. 91 Bundes-StPO). Während sich der Befund auf aufzudeckende Tatsachen beschränkt, würdigt das Gutachten i.e.S. den festgestellten Sachverhalt auch in rechtlicher Beziehung (z.B. geistige Störung mit der Schlußfolgerung der Unzurechnungsfähigkeit).

20) Hafter 807 mit Hinweis auf Ufenast, 50 ff, der objektive und subjektive Unwahrheit verlangt.

21) Schwander Nr. 763

22) T.v.O. 307 Nr. 5

23) BGE 43 IV 215 f; 44 IV 82, 49 IV 68 f

24) RS 1948 Nr. 103

25) BGE 49 IV 69 f

26) Schwander Nr. 764 meint hierzu, daß gleiches gelten müsse für die Frage nach einer Autofarbe zur Prüfung der Beobachtungsgabe des Zeugen auf ihre Zuverlässigkeit. Das BG (BGE 44 IV 82f) hat in einem solchen Fall jedoch anders entschieden.

27) BGE 44 IV 83, vgl. auch Schwander Nr. 764, Germann Art. 307

Im übrigen läßt sowohl die schweizer Rechtsprechung als auch die Literatur jede Bemerkung darüber vermissen, ob außer Tatsachen auch Werturteile oder Überzeugungen Gegenstand der Aussage sein können. Als terminus technicus verwenden sie stets nur das Wort Tatsache.

c. Das Problem der Wesentlichkeit der Aussage hat in der Schweiz seine gesetzliche Regelung im Abs. III des Art. 307 StGB gefunden. Danach ist es für den Tatbestand des falschen Zeugnisses nicht erforderlich, daß sich die Aussage auf eine für die richterliche Entscheidung erhebliche Tatsache, d.h. die Entscheidung beeinflussende Tatsache bezieht. Erweist sich eine Aussage als tatsächlich unerheblich für die Entscheidung, so ist dies nur für den Strafraum von Bedeutung.

Die dabei auftretende Frage, wann eine Aussage als unwesentlich für die Entscheidung anzusehen ist, hat die Literatur und Rechtsprechung im weiten Maße beschäftigt. Unerheblich ist die Aussage erst dann, wenn sie zwar mit dem zu beurteilenden Sachverhalt zusammenhängt, aber ihrer Natur nach für die rechtliche Begründung schlechterdings nicht in Betracht kommt²⁸⁾; so z.B., wenn eine Frage falsch beantwortet wurde, mit der der Richter mit dem Zeugen ins Gespräch kommen wollte, oder wenn er ihn auf den Gegenstand der Aussage lenken wollte²⁹⁾. Erheblich ist auf der anderen Seite eine Tatsache sogar schon dann, wenn sie den Schluß auf eine andere, zum Beweisthema gehörende Tatsache nicht gerade aufzwingt, aber zuläßt, oder im Verein mit anderen indizierenden Tatsachen auch bloß unterstützt.

Die Feststellung, daß eine Tatsache für das Prozeßergebnis bedeutungslos ist oder geworden ist, erfolgt erst nach Würdigung der dem Richter vorgebrachten Beweise. Die Entscheidung darüber obliegt allein dem Richter³⁰⁾.

Hafer³¹⁾ mißbilligt die Bestimmung des Art. 307 Abs. III über die Strafmilderung bei Unerheblichkeit der ausgesagten Tatsache, da sich hier die Erfolgshaftung wieder hervorwage.

d. Der falschen Aussage steht das bewußte Verschweigen gleich, wenn es den von Zeugen darzustellenden Sachverhalt wesentlich verändert³²⁾.

28) Schwander Nr. 767 b

29) BGE 44 IV 82 f, 49 IV 68 f

30) T.v.O. Art. 307 Nr. 5. In Nr. 13 fügen die beiden Autoren hier völlig unverständlich hinzu, daß dem Zeugen, der eine Tatsache, die wesentlich war, für unerheblich hielt, die Bestimmung des Art. 19 StGB über den Irrtum zugute kommt. Wenn die Wesentlichkeit kein Tatbestandserfordernis ist, so ist es gleichgültig, ob sich der Täter hier in einem Irrtum befindet.

31) Hafer 808

32) Hafer 809, T.v.O. 307 Nr. 5, Ufenast S. 55 ff

6. Das falsche Zeugnis ist nur strafbar, sofern die Tat vorsätzlich vorgenommen wurde. Der Vorsatz umfaßt das Bewußtsein des Täters, als Zeuge oder dgl. in einem gerichtlichen Verfahren abgehört zu werden, sowie die Kenntnis, daß diese Äußerung mit der Wahrheit in Widerspruch steht 33). Dolus eventualis genügt. Ist der Zeuge nicht sicher, so soll er es sagen.
7. Das Delikt tritt in das Stadium des strafbaren Versuches erst mit dem Beginn der unter Beachtung der gesetzlichen Formen vorgenommenen Aussage 34).

Die falsche Aussage ist mit Beendigung der betreffenden Abhörung vollendet 35). Darüber, wann die Zeugenaussage beendet ist, bestimmen die einzelnen Prozeßgesetze; z.B. nach erfolgter Unterzeichnung durch den Zeugen im Protokoll 36) oder nach Entlassung des Zeugen 37). Nicht nötig zur Vollendung ist der weitere Erfolg, daß die Aussage vom Richter erwähnt oder berücksichtigt wird oder sie die Entscheidung des Richters beeinflußt, oder daß eine Partei dadurch einen Nachteil erleidet 38). Hier zeigt sich die Eigenschaft des falschen Zeugnisses als Gefährdungsdelikt. Es ist dabei durchaus möglich, daß der Richter schon sofort die Falschheit der Aussage durchschaut.

Bis zur Vollendung der Tat, d.h. also bis zum Abschluß der Einvernahme hat der Zeuge die Möglichkeit, seine Angaben mit strafbefreiender Wirkung (Art. 21 II StGB) zu berichtigen 39). Nach Vollendung des Deliktes finden auf eine Berichtigung nur noch die in Art. 308 Abs. I StGB enthaltenen Regeln über die "tätige Reue" Anwendung (vgl. hierzu unter IX).

8. Für die unbeeidigte oder die ohne Handgelübde vorgenommene Aussage sieht Art. 307 Abs. I einen Strafraum von 1 bis 5 Jahren Zuchthaus, oder Gefängnis (3 Tage bis 3 Jahre: Art. 36 Ziff. 1 StGB) vor.

Straferschwerend wirkt die mit einem Eid oder einem Handgelübde bekräftigte Aussage: hier droht Art. 307 Abs. II StGB Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Gefängnis nicht unter 6 Monaten an.

Bezieht sich die falsche Äußerung auf Tatsachen, die für die richterlichen Entscheidungen unerheblich sind,

-
- 33) BGE 1945 IV 135, Schwander Nr. 763, Hafter 809, T.v.O. 307 Nr. 7, 18
 - 34) SJZ 34, 153 Nr. 124
 - 35) So ganz klar der Motivenbericht zum Vorentwurf 1908 (Zürcher), S. 396
 - 36) Obergericht in Zürich, Zürich. Bl. 42 (1943) Nr. 36 (d)
 - 37) Kantonsgericht in Waadt RS 1948, Nr. 106
 - 38) Schwander Nr. 766, Hafter 811, T.v.O. 307 Nr. 8; BGE 43 IV 211 ff
 - 39) T.v.O. 307 Nr. 8, BGE 43 IV 211 ff

so ist die Strafe Gefängnis bis zu 6 Monaten (Art. 307 Abs. III StGB); sofern die Verurteilung auf Zuchthaus lautet, wird der Betreffende für 2 - 10 Jahre in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit "eingestellt" (Art. 52 I StGB). Lautet das Urteil auf Gefängnis und hat die abgeurteilte Tat eine ehrlose Gesinnung offenbart, so erfolgt die "Einstellung" bis zu 5 Jahren. Die Folgen der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte regelt Art. 52 Abs. III Satz 2.

V. Die falsche Parteiaussage

Mit dem Art. 306 StGB hat der Bundesstrafgesetzgeber 1937 auf die Art. 146 ff der damals noch gültigen Bundes-ZPO vom 22.11.1950, betreffend die Eideszuschreibung 40), und auf zahlreiche kantonale ZPO Rücksicht genommen, die den zugeschobenen oder auferlegten Parteieid oder das Handgelübde noch kennen. Für die Anwendung des Art. 306 ergibt sich daraus eine Verschiedenheit, je nachdem die falsche Parteiaussage vor einem Gericht erfolgt, das die Möglichkeit der Verteidigung hat und von ihr Gebrauch macht, oder aber der aussagende Täter vor einem Gericht steht, wo Eid und Handgelübde abgeschafft sind.

Die Erörterung des Art. 306 StGB 41) führt zu den gleichen Fragen wie bei Art. 307 StGB. So bezüglich des Begriffes der falschen Aussage zur Sache, der straferschwerenden Momente, der Vollendung, des Versuchs und der Strafmilderung nach Art. 308 StGB. Soweit daher die Besonderheiten der falschen Parteiaussage eine besondere Erörterung erheischen, werden sie Gegenstand der folgenden Darstellung sein; im übrigen wird auf die Ausführungen bezüglich des falschen Zeugnisses (oben IV) Bezug genommen.

1. Als Täter kommt nur die Partei des Zivilprozesses in Betracht. Bei einer juristischen Person kann nur das vor Gericht auftretende Organ Täter sein. Der Parteivertreter fällt nicht unter den Begriff der Partei.
2. Die Parteiaussage muß nach dem Gesetzeswortlaut in einem Zivilrechtsverfahren erfolgt sein. Dazu gehört nach einschlägiger Ansicht 42) auch das Adhäsionsverfahren im Strafprozeß. Art. 309 StGB dehnt in gleicher Weise wie in Art. 302 den Bereich des Art. 306 über den Zivilpro-

40) Die neue BundesZPO vom 4.12.47 hat in ihren Art. 62 ff die Parteivernehmung eingeführt.

41) Art. 306:

I. Wer in einem Zivilverfahren als Partei nach erfolgter richterlicher Ermahnung zur Wahrheit und nach Hinweis auf die Straffolgen eine falsche Beweisaussage zur Sache macht, wird mit Zuchthaus bis zu 3 Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

II. Wird die Aussage mit einem Eid oder einem Handgelübde bekräftigt, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu 3 Jahren oder Gefängnis nicht unter 3 Monaten.

42) Schwander Nr. 762, Hafer 798, Germann Art. 306

zeß auf die verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die Verfahren vor - amtlichen und privaten - Schiedsgerichten und vor Behörden und Beamten, "denen das Recht der Zeugenabhörung zusteht", aus. Wie Hafter hierzu erklärt, ist die Redaktion des Gesetzes hier unvollständig. Nicht von der Zeugenvernehmung handele der Art. 306, sondern von der Parteibefragung. Da aber der Art. 309 StGB ausdrücklich auch den Artikel 306 zitiere, so könne kein Zweifel darüber bestehen, daß auch eine falsche Parteiaussage vor den in Art. 309 genannten Stellen, sofern ihnen das Recht zur Parteibefragung zusteht, der Strafbarkeit nach Art. 306 unterworfen sein soll.

3. Die falsche Parteiaussage ist sowohl in ihrer unbeeideten, als auch in ihrer eidlichen oder mit Handgelübde bekräftigten Form strafbar. Die durch die besondere Beteuerung qualifizierte Parteiaussage ist nach Abs. II lediglich mit höherer Strafe bedroht. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um einen vom Richter auferlegten oder um einen sog. zugeschobenen Eid handelt, oder ob die Beteuerung in Form des Vor- oder Nacheides erfolgt ist.

Die falsche Parteiaussage erfordert zu ihrer Strafbarkeit im übrigen nach der ausdrücklichen Formulierung des Art. 306 Abs. I, daß die Partei vorher zur Wahrheit ermahnt wurde und sie auf die Straffolgen einer falschen Beweisaussage hingewiesen wurde. Die Verletzung dieser Formerfordernisse hat, selbst wenn sie vom speziellen Prozeßgesetz nicht vorgeschrieben sind, zur Folge, daß die falsch aussagende Partei straflos bleibt. Wie schon unter II ausgeführt, hat der schweizer Strafgesetzgeber aus einer Prozeßfrage eine Bedingung der Strafbarkeit gemacht. Die Notwendigkeit dieses Formerfordernisses ergibt sich aus der Tatsache, daß nur eine "Beweisaussage der Partei" unter Strafdrohung gestellt werden soll.

4. Das Problem der Falschheit der Parteiaussage ist das gleiche wie bei der Zeugenaussage. Die dort gemachten Ausführungen (IV, 4) gelten daher auch hier.

5. Die Parteiaussage muß wie die Zeugenaussage "zur Sache" erfolgt sein. Insoweit kann auf die Ausführungen zu IV, 5 Bezug genommen werden. Im weiteren aber fordert Art. 306 Abs. I noch, daß es sich um eine "Beweisaussage" zur Sache handele ("déclaration constituant un moyen de preuve"). Unter Beweisaussage wird übereinstimmend ⁴³⁾ nicht das Stellen von Anträgen oder das bloße Aufstellen bzw. Bestreiten von Behauptungen verstanden. Notwendig ist, daß der Richter die Partei durch eine unter bestimmten Formen erfolgende Befragung aufruft, sich zu einem für die Feststellung des Sachverhaltes erheblichen Punkt zu äußern.

Diese Aussage ist aber nur dann Beweisaussage, wenn sie gewissermaßen als Zeugnis in eigener Sache sich grundsätzlich eignet, Beweis zugunsten der aussagenden Partei zu bilden. Eine Aussage, die den Prozeßausgang unmittelbar nur beeinflussen kann, wenn sie den Verhörten belasten (Geständnis), ist kein Beweismittel, denn sie

43) Hafter 799, T.v.O. 306 Nr. 2, Schwander Nr. 766

schafft Recht nur, weil die zugestandene Tatsache nicht strittig ist 44).

Damit die Partei nicht im Ungewissen darüber gelassen wird, ob es sich bei ihrer Aussage um eine bloße Parteibehauptung oder um eine eigentliche Beweisaussage handelt, soll sie zur Wahrheit ermahnt und auf die Straffolgen aufmerksam gemacht werden 45).

Hafters 46) fügt hierzu kritisch hinzu, daß die Beweisführung durch Parteiaussage sich von vornherein nur auf für den Prozeß Erhebliches beziehe und daher der Ausdruck "Beweisaussage" die weiteren Worte "zur Sache" erübrige. An der Tragweite des Art. 306 würde sich dadurch nichts ändern.

Bezüglich der Fragen, die die Einlassung zur Person, die Unterscheidung zwischen Tatsachen und Werturteilen, und das Verschweigen einer wahren Tatsache zum Gegenstand haben, kann auf die Ausführungen unter IV, 5, a, b und d verwiesen werden.

Die in Abs. III des Art. 307 vorgesehene Strafmilderung gegenüber dem Zeugen etc. bei Äußerungen über Tatsachen, die für die richterliche Entscheidung unbedeutend sind, fehlt bei der falschen Parteiaussage völlig. Es muß daraus der Schluß gezogen werden, daß die falsch aussagende Partei unter der vollen Strafdrohung des Art. 306 StGB steht, wenn sie sich zwar "zur Sache" falsch äußert, die Entscheidung des Richters dadurch aber nicht beeinflusst wird.

6. Die falsche Parteiaussage ist nur als vorsätzliche Tat strafbar. Der Täter muß wissen und wollen, daß er als Partei in einem Rechtsverfahren eine falsche Beweisaussage zur Sache macht. Auf die Verletzung der richterlichen Wahrheitsermahnung braucht sich der Vorsatz nicht zu erstrecken und mit dem Hinweis auf die Straffolgen hat er nichts zu tun 47). Die Partei muß sich indessen sowohl der richterlichen Ermahnung als auch der Straffolgen bewußt sein. Hat er z.B. die Mahnung und den Hinweis des Richters aus sprachlichen Gründen nicht verstanden, so bleibt eine Bestrafung ausgeschlossen. Hafter (a.a.O.) gibt dabei zu verstehen, daß insoweit die Strafbarkeitsbedingungen die Schuldfrage beeinflussen.

Dolus ev. genügt für das Delikt 48) auch.

-
- 44) BGE 1950 IV 281
 - 45) Schwander Nr. 766
 - 46) Hafter 801
 - 47) Hafter 802
 - 48) T.v.O. 306 Nr. 5

7. Die Vollendung des Delikts tritt ein, sobald die in gesetzlicher Form vorgenommene Abhörung beendet ist. Ein Erfolg, wie etwa ein Nachteil für den Prozeßgegner oder ein günstigeres Urteil für die falsch aussagende Partei, ist nicht erforderlich.

Wann die Beweisaussage als abgegeben zu betrachten ist, richtet sich nach den in Frage stehenden prozessualen Bestimmungen: wo unterschriftliche Bestätigung im Protokoll verlangt wird, erst mit dieser, beim Nacheid ohne formelle Folgen mit diesem.

Der gesetzliche Grundsatz des strafbaren Versuchs bleibt auch bei der falschen Parteiaussage aufrecht erhalten - wenn er auch kaum vorstellbar ist, wie Thormann/ v. Overbeck 49) hervorhebt. Während des Versuchsstadiums kann die rechtzeitige Berichtigung als Rücktritt nach Art. 21 Abs. II strafbefreiend berücksichtigt werden.

8. Die falsche Beweisaussage wird in einfacher Form mit Zuchthaus (von einem) bis zu 3 Jahren oder mit Gefängnis (3 Tage bis 3 Jahre) bestraft.

Die Verletzung der Eidesform (einschließlich der Handgelübde) wirkt strafe erhöhend und hat Zuchthaus bis zu 3 Jahren oder Gefängnis nicht unter 3 Monaten zur Folge.

Eine Strafmilderung für den Fall, daß sich die Parteiaussage als für die gerichtliche Entscheidung unbedeutend erweisen sollte, sieht das Gesetz nicht vor. Hafter 50) meint hierzu, daß der Strafmilderungsgedanke des Art. 307 Abs. III hier analog angewendet werden sollte.

Für die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte gilt das unter IV, 8 Ausgeführte.

VI. Sondertatbestände

Sondertatbestände sind dem schweizer Bundesstrafrecht nicht bekannt.

Auf Grund der in Art. 335, 1, II StGB den Kantonen vorbehaltenen Möglichkeit, Übertretungen der Prozeß- und Verwaltungsvorschriften unter Strafe zu stellen, sieht die Zürcher ZPO in § 182 Übertretungsstrafe für den vor, der in der persönlichen Befragung wissentlich falsch aussagt. Entgegen Hafter 51), der diese Vorschrift als dem Bundesstrafrecht zuwiderlaufend ansieht, hat das Bundesgericht 52) entschieden, daß die persönliche Befragung nicht zur Beweisaussage nach Art. 306 gehört. Da Art. 306 die Strafbarkeit der Prozeßaussage nicht abschließend regelt, sei dem Kanton Zürich die Bedrohung

49) T.v.O. 306 Nr. 6

50) Hafter 801

51) Hafter 800

52) BGE 1950 IV 281 ff

der falschen Aussage zur Person mit Übertretungsstrafe nicht verwehrt.

Die unechte Prozeßaussage in der Form der angemäßen Zeugenschaft 53), bei der sich jemand fälschlich als Partei oder Zeuge oder dgl. ausgibt, aber wahr aussagt, ist wegen der Irreführung der Rechtspflege nach Hafter 54) strafwürdig. Er zweifelt indessen wohl zu Recht, ob eine Bestrafung dieser Fälle aus Art. 306, 307 möglich ist. Auf der anderen Seite glaubt er aber auch, daß kaum ein Fall straflos bleiben würde, da stets Prozeßstrafen zur Verfügung ständen.

VII. Der Aussagenotstand

1. Die Bestimmung des Art. 308 Abs. II 55) über den Aussagenotstand findet nach der gesetzlichen Formulierung auf die Täter der Art. 306 und 307 Anwendung, d.h. auf die Zivilprozeßpartei, auf den Zeugen und, wenn auch weniger vorstellbar 56), auf den Sachverständigen und den Dolmetscher (wie auch Übersetzer).
2. Nach Art. 308 Abs. II erscheint die Schuld der oben angeführten Täter bei einer falschen Aussage dann geringer, wenn sie durch eine wahre Aussage sich oder ihre Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würden. Es genügt dabei, daß der Täter dies glaubt (Art. 19 Abs. I 57)). Die Gefahr eines zivilrechtlichen Nachteils, z.B. die Verantwortlicherklärung für den Schaden, genügt nicht 58)).

Art. 308 Abs. II sieht nur eine Strafmilderung fakultativ nach dem freien Ermessen des Richters (Art. 66) vor, wobei der Richter nur an das gesetzliche Mindestmaß der Straftat gebunden ist. Freispruch muß jedoch erfolgen,

53) Im einzelnen hierzu Ufenast 36 ff

54) Hafter 812, a.A. Ufenast, der diese Fälle wegen ihrer Seltenheit und dem Mangel eines verbrecherischen Willens straflos sehen will.

55) Art. 308:

II. Hat der Täter eine falsche Äußerung getan (Art. 306 und 307), weil er durch die wahre Aussage sich oder seine Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 66).

56) Hafter 809

57) Art. 19:

I. Handelt der Täter unter irriger Vorstellung über den Sachverhalt, so beurteilt der Richter die Tat zugunsten des Täters nach dem Sachverhalt, den sich der Täter vorgestellt hat. Vgl. BGE 49(Bd. 75)IV 70 f

58) T.v.O. 308 Nr. 6

wenn das angewandte Prozeßrecht eine derartige Aussage für ungültig erklären würde 59) (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter II). Umsonst beruft sich jedoch ein Beschuldigter auf Art. 308 Abs. II, wenn er einen Zeugen zur falschen Aussage angestiftet hat; denn er befindet sich nicht in der gleichen Zwangslage wie ein Zeuge, der ohne sein Mittun gezwungen wird, als Zeuge gegen sich selber auszusagen 60).

Die Berücksichtigung des Aussagenotstandes als eine Art Ehrennotstand ist nicht so weitgehend wie der Notstand des allgemeinen Teils (Art. 34).

VIII. Straferschwerende Umstände

Dem schweizer StGB sind besondere Formen einer falschen Aussage, an die sich straferschwerende Folgen knüpfen würden, fremd.

IX. Die Berichtigung der falschen Aussage

Während die Berichtigung der falschen Aussage vor ihrer Vollendung nach Art. 21 Abs. II Berücksichtigung findet (vgl. hierzu die Ausführungen unter IV, 7, V, 7), findet auf die tätige Reue nach Vollendung der Tat die Vorschrift des Art. 308 Abs. I 61) Anwendung. Die gesetzliche Bestimmung verwendet nicht den Ausdruck "Widerruf", sondern spricht von "Berichtigen". Damit wird, wie Thormann v. Overbeck 62) hervorhebt, darauf hingewiesen, daß die betreffende Äußerung richtig gestellt und auf die Wahrheit zurückgeführt werden muß. Im übrigen muß die Handlung aus eigenem Antrieb erfolgen, bevor ein Rechtsnachteil für einen anderen eingetreten ist. Das Anwendungsgebiet des Art. 308 Abs. I erstreckt sich dabei auch auf die falsche Anschuldigung und die falsche Anzeige.

1. Die Vorschrift gilt für alle in den vorhergehenden Artikeln angeführten Täter, also hier für die Partei, den Zeugen, den Sachverständigen und den Dolmetscher (einschließlich Übersetzer).

2. Die Berichtigung muß aus eigenem Antrieb vorgenommen worden. Dies ist z.B. nicht der Fall, wenn der falsch Aussagende durch eine behördliche Anordnung, etwa durch ein

59) Schwander Nr. 767 d

60) BGE 47 IV 245

61) Art. 308:

I Berichtigt der Täter seine falsche Anschuldigung (Art. 303), seine falsche Anzeige (Art. 304) oder Aussage (Art. 306 und 307) aus eigenem Antrieb und bevor durch sie ein Rechtsnachteil für einen anderen entstanden ist, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 66) oder von einer Bestrafung Umgang nehmen.

62) T.v.O. 308 Nr. 2

neues, von ihm nicht angeregtes Verhör zur Berichtigung der falschen Aussage veranlaßt wird 63). Der Rat eines guten Freundes schließt dagegen den eigenen Antrieb nicht aus 64).

3. Das schweizer StGB schreibt nicht vor, bei welcher Behörde die falsche Aussage berichtigt werden muss. Ufenast 65) schreibt hierzu, daß sie bei jeder beliebigen Behörde vorgebracht werden kann. Denn "die Wahrheit soll überall eine offene Tür finden und willkommen sein." Immerhin soll es jedoch eine Behörde sein, die mit derjenigen, welche sich mit der Angelegenheit zu befassen hat, in irgendeinem Zusammenhang stehen.
4. Die Berichtigung muß so rechtzeitig erfolgt sein, daß noch kein Nachteil für einen anderen entstanden ist. Die Tatsache, daß die Ansicht des Richters durch die falsche Aussage beeinflusst wurde, bedeutet nach Ufenast 66) im Anklang an die deutsche Doktrin noch keinen Rechtsnachteil; dagegen ist darunter jede für den Betroffenen materielle üble Folge zu verstehen, jede tatsächlich eingetretene äußerlich erkennbare Beeinträchtigung seiner Rechtslage. Dazu gehören die auf Grund der falschen Aussage vorgenommene Einleitung eines Strafverfahrens, Vernehmungen, Festnahme, Hausdurchsuchungen und andere prozessuale Vorkehrungen oder gar ein Urteil gegen einen anderen. Auch wenn infolge Berichtigung der Rechtsnachteil wieder aufgehoben werden kann, z.B. durch Wiederaufnahme des Verfahrens oder Revision, so ist ein Rechtsnachteil doch schon eingetreten 67).
5. Die Strafe für die berichtigte falsche Aussage kann nach freiem richterlichen Ermessen (Art. 66) gemildert werden oder es kann von ihr ganz abgesehen werden.

X. Die Anstiftung und Verleitung zur falschen Aussage

A. Die erfolglose Anstiftung zur falschen Aussage

Die erfolgreiche Anstiftung zur falschen Aussage wird entsprechend Art. 24 Abs. I nach der Strafandrohung für die Haupttat bestraft. Während jedoch das deutsche Recht für die erfolglose Anstiftung zur Falschaussage eine besondere Vorschrift in den besonderen Teil des StGB aufnahm, hat das schweizer Recht hierfür keine besondere Vorschrift in den besonderen Teil aufnehmen müssen, da es die Delikte der falschen Aussage alle als Verbrechen ausgestaltet hat und die erfolglose Anstiftung zu einem Verbrechen nach Art. 24 Abs. II 68) StGB strafbar ist. Danach

63) vgl. BGE 43 (69.Bd.) IV 223 f

64) T.v.O. 308 Nr. 3

65) Ufenast 93 mit Bezug auf Stooß Vgl. D. 401

66) Ufenast 94 f

67) Vgl. T.v.O. 308 Nr. 4, Hafter 793

68) Art. 24:

I. Wer jemanden zu dem von ihm verübten Verbrechen

ist strafbar der, dem es bei der Anstiftung zur falschen Aussage nicht gelingt, in einem anderen den verbrecherischen Entschluß zu wecken (sog. erfolgloser Anstiftungsversuch), oder dem dieses zwar gelingt, das Verbrechen aber nicht begangen wird (sog. erfolglose Anstiftung). Erfolgreicher Anstiftungsversuch wie auch die erfolglose Anstiftung zur falschen Aussage werden wie das versuchte Verbrechen bestraft. Die Strafe entspricht der für das vollendete Verbrechen der falschen Aussage; sie kann aber milder bemessen werden (Art. 24 Abs. II i.V. m. Art. 22 Abs. I und 65 StGB: statt Zuchthaus Gefängnis von 6 Monaten bis zu 5 Jahren, statt Gefängnis mit Mindestdauer Gefängnis, und statt Gefängnis Haft oder Buße). Kann der Angestiftete über die betreffende Tatsache nicht befragt werden, weil er darüber lediglich als Angeschuldigter vernommen werden darf, so ist der Tatbestand nicht erfüllt 69)

Die Anstiftung zu einem Verbrechen ist nach Art. 24 Abs. II selbständig strafbar; eine Akzessorietät braucht hier somit nicht vorzuliegen 70).

B. Die Verleitung zum Falscheid

Die Verleitung des gutgläubigen Zeugen, Sachverständigen, Dolmetschers oder Übersetzers war im Vorentwurf 1908 als Tatbestand vorgesehen, ist jedoch von der 2. Expertenkommission für das gegenwärtige StGB gestrichen worden 71).

Dieser Entschluß der Expertenkommission hat in der Literatur nicht ungeteilte Zustimmung gefunden. So wendet sich Thormann/v.Overbeck dagegen mit der Bemerkung, daß das Argument der Kommission, eine derartige Verleitung sei selten, nicht die Strafbarkeit einer solchen Handlung ausschließen könne. Da die einzelnen Prozeßgesetze als Zeugen eine mit ganz bestimmten Eigenschaften behaftete Person ansehen und aus diesem Grunde nicht mit der Figur der mittelbaren Täterschaft gearbeitet werden könne, sei der Beschluß der Expertenkommission, die Verleitung zum unwissentlichen falschen Zeugnis nicht unter Strafe zu stellen, um so bedauerlicher.

Schwander 72) greift diese gesetzliche Regelung besonders im Zusammenhang mit einer Entscheidung des Bundesgerichts 73) in dieser Frage an. Da der Hintermann weder als Anstifter noch

Fortsetzung der Anm. 68): oder Vergehen vorsätzlich bestimmt hat, wird nach der Strafandrohung, die auf den Täter Anwendung findet, bestraft.

II. Wer jemanden zu einem Verbrechen zu bestimmen versucht, wird wegen Versuchs dieses Verbrechens bestraft.

69) Kantonsgericht Graubünden SJZ 46 (1950) S. 245 Nr.88 (d)

70) Vgl. zum Ganzen Schwander Nr. 261

71) 2. Expk. Prot. V 294 ff

72) Schwander Nr. 766, 258, 278

73) BGE 1945 (Bd. 17) IV 132 (= Pr. 34 Nr. 169), bestätigt in BGE 1947 IV 242 ff (= Prs. 36 Nr. 198)

als Gehilfe in Frage kommen kann - denn Anstiftung und Gehilfenschaft sind Teilnahme an vorsätzlicher Tat hatte das Gericht zu entscheiden, ob der Hintermann als mittelbarer Täter zur Verantwortung gezogen werden konnte. Das Bundesgericht verneinte diese Frage und sprach frei mit der Begründung, die Strafbarkeit setze voraus, daß der mittelbare Täter in persönlicher Hinsicht den Tatbestand erfülle, d.h. daß er die Eigenschaft habe, die er haben müßte, um bei unmittelbarer Ausführung der Tat strafbar zu sein.

Ausgehend von der Tatsache, daß es sich beim falschen Zeugnis, wenn auch nicht ganz unbestritten, um ein eigenhändiges Delikt handle, wendet Schwander gegen das Urteil ein, daß die Argumentation nur insofern richtig sei, als der Hintermann, wenn er Extraneus ist, bei vorsätzlichen Verbrechen nur Gehilfe statt Täter sei. Im übrigen gehe die Begründung am Wesen der eigenhändigen Delikte vorbei. Entscheidend sei, daß der vom Gesetz mißbilligte Erfolg unter eigenhändiger Mitwirkung des Intraneus herbeigeführt worden sei, daß also ein "Zeuge" falsch ausgesagt habe. Wer dazu beigetragen habe und keinen persönlichen Strafmilderungsgrund geltend machen könne, müsse nach dem Maß seiner Schuld zur Rechenschaft gezogen werden (Art. 26 StGB). Diese Ansicht verletze auch nicht den Grundsatz "nulla poena sine lege", da einmal die Tat den gesetzlichen Tatbestand erfülle und zum anderen dieser Satz, der in Art. 1 StGB niedergelegt ist, sich nur auf den speziellen, nicht aber auf den bewußt lückenhaften allgemeinen Teil beziehe⁷⁴⁾. Der einfache Hinweis auf den Beschluß der 2. Expertenkommission, die Verleitung zum unbewußten falschen Zeugnis nicht in das StGB aufzunehmen, sei im übrigen wertlos, da dem Beschluß keine bindende Wirkung zukomme.

XI. Die fahrlässige falsche Aussage

Die 2. Expertenkommission⁷⁵⁾ hat die Bestrafung einer fahrlässigen falschen Aussage abgelehnt und somit nicht in das StGB aufgenommen. Während Schwander⁷⁶⁾ dabei bemerkt, daß die Kantone nicht befugt seien, das fahrlässige falsche Zeugnis ihrerseits unter Strafe zu stellen, weist Germann⁷⁷⁾ darauf hin, daß noch in manchen Kantonen der fahrlässige Meineid strafbar sei.

XII. Die eidesstattliche Erklärung

Dem schweizer Recht ist der Begriff der eidesstattlichen Erklärung fremd. Eine diesbezügliche Strafbestimmung liegt daher nicht vor.

74) Schwander Nr. 113

75) 2. Expert. Prot. V 293 ff, VII 237 ff

76) Schwander Nr. 763

77) Germann Art. 306

Schweden

I. Das geschützte Rechtsgut

In der schwedischen Rechtsordnung haben die Eidesdelikte ihre Regelung im 13. Kapitel des Strafflag (SL) von 1734 gefunden. Das 13. Kapitel, in dem neben den Meineidsdelikten auch die falsche Anschuldigung, die Urkundenvernichtung sowie der Urkundenmißbrauch ihre Aufnahme gefunden haben, ist am 30.6.1948 neu gefaßt worden. Diese Neufassung erwies sich im Zusammenhang mit der Änderung der Prozeßordnung, des Rättegångsbalk (RB), die die Parteivernehmung unter Versicherung einführt, als notwendig, da bis dahin im 13. Kapitel nur der Meineid des Zeugen behandelt war. Neben § 2, der nunmehr die falsche Parteiaussage unter Strafdrohung stellt, ist auch der § 3, der sich mit der fahrlässigen Falschaussage befaßt, neu in das Kapitel aufgenommen worden.

Die Betrachtung der systematischen Stellung der Meineidsdelikte im Strafflag zeigt, daß sie nach den Delikten ¹⁾, deren Angriffsrichtung gegen den Staat und die Allgemeinheit ²⁾ gerichtet ist, und hinter den Fälschungsverbrechen (12.Kap.: Urkunden- und Münzdelikte) ihren Platz gefunden haben. Die Strafnormen des 12. und 13. Kapitels dienen generell der Unterdrückung des Mißbrauchs falscher Beweismittel, um deren Funktion sicherzustellen. Während indessen im schwedischen Rechtsleben bezüglich der Fälschungsverbrechen des 12. Kapitels noch Meinungsverschiedenheiten über das verletzte Interesse bestehen, ist man sich bei den Verbrechen des 13. Kapitels dahingehend einig, daß diese gegen die judizielle Funktion des Staates gerichtet sind ³⁾.

Die in Permanenz tagende Strafrechtskommission hat in ihrem neuen Vorschlag aus dem Jahre 1953 bezüglich des 13. Kapitels des Strafflag nur redaktionelle Änderungen vorgesehen.

Der Strafflag behandelt im einzelnen:

-
- 1) Das schwedische Strafgesetz kennt keine Dreiteilung der Delikte, sondern nennt sie alle "brott" - Verbrechen; die Kriminalstatistik nimmt jedoch an Hand der drei möglichen Strafen
 1. Zuchthaus (straffarbete): 2 Monate bis 10 Jahre sowie lebenslänglich, (2. Kap. § 2)
 2. Gefängnis (fängelse) 1 Monat bis zu 2 Jahren (2. Kap. § 4 Abs. II)
 3. Geldstrafe (böter)eine Dreiteilung vor. Nach Simson ZStW 64/346 soll der straffarbete das Gefängnis, und dem fängelse die Haft entsprechen.
 - 2) 8. Kap. Verbrechen gegen die Sicherheit des Reiches, 9. Kap. Landesverrat, 10. Kap. Verbrechen gegen die öffentliche Gewalt, 11. Kap. Verbrechen gegen die allgemeine Ordnung
 - 3) B.-B.-St. Seite 425

1. die bekräftigte Zeugen- etc. -Aussage (§ 1),
2. die Parteiaussage (§ 2),
3. die fahrlässige Aussage (§ 3), und
4. die eidesstattliche Erklärung (§ 10).

Daneben wird in § 4 die Wesentlichkeit der Aussage und der Aussagenotstand, in § 14 der Widerruf und in § 15 die Vorbereitung und die erfolglose Anstiftung zur falschen Aussage nach § 1 behandelt.

Die folgende Darstellung folgt im wesentlichen der bisher eingehaltenen Gliederung.

II. Die formellen Voraussetzungen der Prozeßaussage

Das schwedische Recht kennt keinen Unterschied zwischen Zivil- und Strafprozeßrecht. Die den Prozeß regelnden Vorschriften sind mit Berücksichtigung der Besonderheiten einzelner Verfahrensarten einheitlich im Rättegångsbalk (RB) niedergelegt.

Im RB gibt es keine absolut zeugnisunfähige Personen, sondern nur "bedingt verhörsunfähige", zu denen er kraft ausdrücklicher Vorschrift (36. Kapitel § 4) Minderjährige unter 15 Jahren, Geisteskranke, Geistesschwache und solche Personen zählt, die unter einer anderen Beeinträchtigung der Geistestätigkeit leiden. Bei diesen "bedingt Verhörsfähigen" hat das Gericht jeweils zu prüfen, ob sie vernommen werden können.

Jeder Aussagende hat das Recht der Zeugnisverweigerung, sofern er sich oder einen seiner Angehörigen einer strafbaren Handlung bezichtigen müßte (36. Kap. § 3 RB).

Amtspersonen, Advokaten, Ärzte und Hebammen dürfen über Sachen, die ihrer Schweigepflicht unterliegen, nicht gehört werden (36. Kap. § 5 RB).

Vor der Einvernahme hat der Angeklagte Angaben zur Person zu machen, wobei er gegebenenfalls auf das ihm zustehende Zeugnisverweigerungsrecht aufmerksam zu machen ist. In jedem Falle hat vor dem Verhör, bzw. dem Eide eine Wahrheitserinnerung durch das Gericht zu erfolgen (36. Kap. § 14 RB).

Ein Eid oder eine diesem gleichgestellte Versicherung, gleichgültig ob beim Zeugen oder der Zivilpartei, kann nach 36. Kap. § 13 RB weder von einem Minderjährigen unter 15 Jahren, noch von Geisteskranken, Geistesschwachen oder von solchen Personen, die unter einer anderen Beeinträchtigung der Geistestätigkeit leiden und von denen das Gericht annimmt, daß sie nicht die erforderliche Einsicht in die Bedeutung des Eides besitzen, noch von den Angehörigen eines Angeklagten abgegeben werden.

Welcher Einfluß der Verletzung der oben angeführten Regeln auf die Strafbarkeit einer falschen Aussage eingeräumt wird, wird von Beckmann-Bergendahl-Strahl nicht erörtert.

III. Die Eidesform

Die Eidesleistung im schwedischen Recht erfolgt in der Form des Voreides, wobei beim Schwur die Hand auf die Bibel gelegt wird (Kap. 36 § 11 RB). Nach Hinweis auf ein etwa bestehendes Zeugnisverweigerungsrecht und nach der Wahrheits-erinnerung wird der Eid des Zeugen mit folgendem Wortlaut abgelegt: "Ich NN versichere vor Gott dem Allmächtigen und bei seinem Heiligen Wort, daß ich die ganze Wahrheit sagen und nichts verschweigen, nichts hinzufügen oder verändern werde" (Kap. 36 § 11 RB). Religionslosen und solchen, denen aus religiösen Gründen eine Eidesleistung nicht statthaft ist, ist die Möglichkeit gegeben, eine gleichwertige Versicherung statt des Eides abzugeben. Sie lautet: "Ich NN gelobe und versichere auf Ehre und Gewissen, daß ich die ganze Wahrheit sagen und nichts verschweigen, nichts hinzufügen oder verändern werde" (Kap. 36 § 12 RB).

Diese Abgabe der Versicherung ist dem Zeugen auch dann erlaubt, wenn beide Parteien und das Gericht zustimmen. Im übrigen erfolgt die Anhörung der Parteien im Zivilprozeß zu Beweis Zwecken unter der gleichen Wahrheitsversicherung (Kap. 37 §§ 1, 3 RB).

Der Sachverständigeneid entspricht der obigen Formulierung.

IV. Das falsche Zeugnis

Die Neufassung des 13. Kapitels hat die Merkmale des alten Meineidstatbestandes beibehalten.

Zweck des § 1 4) ist es, nur solche Eide unter Strafschutz zu stellen, die darauf abzielen, eine bestimmte Tatsache zu **bekräftigen**. Als Täter kommen daher nur die Personen in Frage, die dem Gericht als Beweismittel dienen sollen: der Zeuge und der Sachverständige. Der Meineid des Dolmetschers fällt daher aus dem Rahmen der durch § 1 gedeckten Straftaten heraus, ebenso auch die Mißachtung eines Geschworenen- oder Richtereides 5).

Die gesetzliche Formulierung des § 1 enthält keine Bezeichnung

4) Kap. 13. § 1 :

Wer unter gesetzlichem Eid (laga ed) oder unter einer Versicherung an Eides statt unwahre Angaben macht oder die Wahrheit verschweigt, wird wegen Meineides zu Zuchthaus von 6 Monaten bis zu 4 Jahren verurteilt. Ist das Verbrechen mit Rücksicht auf die Umstände als schwer anzusehen, so ist die Strafe Zuchthaus von 2 bis 8 Jahren. Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn das Verbrechen mit dem Vorsatz begangen wird, einen Unschuldigen zur Strafe zu verurteilen zu lassen oder einem anderen auf andere Weise besonderen Schaden zuzufügen. Ist das Verbrechen als gering anzusehen, so ist die Strafe Gefängnis oder Geldstrafe.

5) B.-B.-St. 13: 1

einer bestimmten, zur Entgegennahme eines Eides oder einer ihm gleichgeachteten Wahrheitsversicherung zuständigen Stelle. Das schwedische Strafrecht knüpft die Strafbarkeit eines Meineides vielmehr an das Kriterium, daß es sich um einen "gesetzlichen Eid" (laga ed) handeln muß: nur ausdrücklich vom Gesetz bestimmte Eide zur Bekräftigung einer Aussage unterliegen der Strafbestimmung. Als wichtigste Anwendungsfälle des § 1 kommen daher die im Rättegångsbalk vorgesehenen Zeugen- und Sachverständigen- eide und -wahrheitsversicherungen vor Gericht im Zivil- und Strafprozeß in Betracht, sowie auch Offenbarungseide über Vermögensaufnahme und Erbgang, oder nach dem Ehegesetz, oder Offenbarungseid und Gläubigereid im Konkurs- oder Vergleichsverfahren 6).

3. Die falsche Zeugen- bzw. Sachverständigenaussage ist nur in ihrer eidlichen Form oder bei Abgabe der Wahrheitsversicherung strafbar. Die Bekräftigung der Aussage erfolgt, wie unter III dargelegt, vor der eigentlichen Vernehmung.
4. Bei der Frage, wann eine Aussage als falsch anzusehen ist, ist im schwedischen Recht seit langem die Ansicht vertreten worden, daß die objektive Unwahrheit maßgebend sei. Mit einem Hinweis auf das englische Recht wird die dort vertretene subjektive Eidestheorie ausdrücklich abgelehnt. B.-B.-St 7) drücken dies klar aus, indem sie sagen, daß der nicht strafbar ist, der lügen will und dabei richtig aussagt.

Bezüglich der gesetzlichen Formulierung des § 1 ist es dabei beachtenswert, daß von der Abgabe einer "unwahren" Aussage gesprochen wird. Der schwedische Gesetzgeber hat hierfür das Wort "osann" = unwahr benutzt, um den Unterschied zu "falsk" = falsch deutlich hervorzuheben, da unter "falsk" etwas verstanden wird, was nicht von dem herrührt, von dem es herzurühren scheint.

5. Die falsche Aussage kann in der Abgabe einer unwahren Angabe oder im Verschweigen der Wahrheit liegen (Kap. 13 § 1).
 - a. Die Angaben des Zeugen bzw. Sachverständigen zur Person werden unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit der Aussage hinzugerechnet (s. unter c).
 - b. Gegenstand der Aussage können Tatsachen und Umstände sein; ferner Erfahrungssätze und wissenschaftliche Kenntnisse sowie deren Anwendung auf den Fall.
 - c. Das Problem der Wesentlichkeit der Aussage ist in Schweden Gegenstand einer besonderen gesetzlichen Re-

6) Nähere Angaben hierzu B.-B.-St. 13: 1

7) B.-B.-St. 13 : 4

Regelung: Kap. 13 § 4 Abs. I 8). Danach erstreckt sich die Vertrauenswürdigkeit der Aussage nicht auf solche Teile, die nicht als Beweismittel Verwendung finden. Hat der Aussagende bezüglich eines solchen Punktes eine falsche Angabe gemacht, so wird eine Strafe nicht verhängt. So bleibt z.B. der Zeuge straffrei, der aus Eitelkeit falsche Angaben zur Person macht, wenn diese ohne Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Aussage im übrigen sind, oder derjenige, der in Nebenpunkten lügt, um sich interessant zu machen oder sich besser herauszustellen.

Die Entscheidung, ob eine Aussage unwesentlich ist, obliegt nicht dem Zeugen, sondern ist objektiv festzustellen. Dem entspricht auch die Fassung des § 4 Abs. I, daß die Straffreiheit nur eintritt, wenn der objektive Tatbestand gegeben ist ("Erweist sich..."). Daher ist es bedeutungslos, wenn der Aussagende trotz der Wesentlichkeit der Angabe überzeugt ist, sie sei unwesentlich. Eine Berücksichtigung dieser Annahme kann nur im Strafraum erfolgen (Beckmann-Bergandahl-Strahl a.a.O.).

d. Vom Gesetz wird das Verschweigen der Wahrheit ausdrücklich unter Strafe gestellt. Kein Verschweigen bedeutet es, wenn der zu Hörende erklärt, daß er sich nicht äußern wolle. Für diesen Fall erlauben die prozessualen Regeln dem Gericht ein Einschreiten mit Verhängung einer Buße oder einer Haft bis zur Erfüllung der Aussageverpflichtung (höchstens 3 Monate), sofern die Aussageverweigerung ohne Grund erfolgte. Für die Eidesleistung gilt das Gleiche (Kap. 36 § 21 RB).

Der subjektive Tatbestand des § 1 erfordert den Vorsatz, eine unwahre Angabe zu machen oder die Unwahrheit zu verschweigen. Im Gegensatz zu der früheren Fassung des § 1 ist ein Handeln wider besseres Wissen nicht notwendig. Vielmehr genügt jetzt auch *dolus eventualis*: wer zwar nicht weiß, es aber als wahrscheinlich ansieht, daß seine Aussage falsch ist, macht sich ebenfalls eines Meineides schuldig.

Der Vorsatz umschließt nicht eine Schädigungsabsicht. Das Motiv für die falsche Aussage ist völlig unbeachtlich. So begeht auch derjenige einen Meineid, der die Unwahrheit sagt, um einem Unschuldigen zu helfen.

Wie schon bei der Behandlung der Wesentlichkeit der Aussage betont, ist für den Vorsatz nicht das Wissen um diese Wesentlichkeit erforderlich, da nach der klaren Regelung des § 4 selbst der der Straffreiheit unterliegt, der in einer unbedeutenden Sache aussagt und diese Bedeutungslosigkeit nicht erkennt 9). Man kann daher die Wesentlichkeit der Aussage als objektive Bedingung der Strafbarkeit bezeichnen.

8) Kap. 13, § 4:

- I. Erweist sich die Aussage, die in den §§ 1 - 3 behandelt ist, als ohne Bedeutung für die Sache, so wird eine Strafe nicht verhängt.
- II. Die Bestimmung des Abs. I gilt auch, wenn jemand unwahre Angaben macht oder die Wahrheit verschweigt über solche Dinge, über die er die Aussage verweigern konnte, und (hierzu) sich aus den Umständen begründete Entschuldbarkeit ergibt (och omständigheterna innebärande skäligen ursäkt för honom).

7. Das Delikt ist mit der Abgabe der unwahren Aussage beendet, d.h. der Bericht muß in seiner Gesamtheit abgeschlossen sein. Nach dem Vorschlag der Strafrechtskommission soll der Abschluß der Aussage dann angenommen werden, wenn dem Zeugen zu erkennen gegeben wurde, daß keine weitere Frage mehr an ihn gerichtet würde. Der Versuch selbst ist straffrei, da Kap. 13 § 1 SL keinen besonderen Hinweis hierauf enthält.
8. Für den Strafraum des Meineides sieht das schwedische Recht drei Grade vor:
- a. für die normalen Fälle, wie z.B. den Meineid bezüglich Erbschaftssachen, wird Zuchthaus von 6 Monaten bis zu 4 Jahren verhängt;
 - b. für Fälle, die als schwer anzusehen sind, ist der Strafraum von 2 bis 8 Jahren Zuchthaus. Als Beispiel führt das Gesetz selbst an, daß das Verbrechen mit dem "Vorsatz" - besser wohl Absicht - begangen ist, einen Angeschuldigten verurteilen zu lassen oder einem anderen auf andere Weise besonderen Schaden zuzufügen. Der Schaden selbst ist nicht entscheidend, sondern lediglich ein Indiz für die subjektive Einstellung des Täters ¹⁰⁾.
 - c. Sofern das Verbrechen als gering anzusehen ist, sind als Strafe nur Gefängnis (1 Monat bis 2 Jahre, Kap. 2 § 4 SL) oder Geldstrafe vorgesehen. Beckmann-B.-Strahl führen hierzu als Beispiel an, daß die Bedeutung der Aussage gering sei, jedoch nicht in den Rahmen des § 4 falle.
- Ehrenstrafen kennt das schwedische Recht nicht ¹¹⁾.

V. Die unwahre Parteiaussage

Entsprechend der neuen Regelung des RB, der im 37. Kapitel zum Beweis innerhalb eines Zivilprozesses das Verhör einer oder beider Parteien unter Wahrheitsversicherung vorsieht, wurde 1948 durch Änderung des SL die unwahre Parteiaussage unter Strafe gestellt. Als Täter kommt nur die Partei des Zivilprozesses in Frage. Die Bekräftigung der Aussage kann nur in der Form der Wahrheitsversicherung erfolgen (vgl. 37. Kap. § 1 RB).

Der Tatbestand des § 2 ¹²⁾ weist im übrigen keine Besonder-

-
- 9) B.-B.-St. 13: 4
 - 10) B.-B.-St. 13: 1
 - 11) Bezüglich der Konkurrenzfragen erachten B.-B.-St. (a.a.O.) es für wesentlich, darauf hinzuweisen, daß der Meineid von der "grobe Unredlichkeit gegen einen Gläubiger" (Kap. 23 § 2 SL) subsumiert wird. In gleicher Weise wird § 1 des 13. Kap. von der einfachen Unredlichkeit gegen einen Gläubiger subsumiert (23. Kap. § 1 SL).
 - 12) Kap. 13 § 2:
Wer beim Verhör unter Wahrheitsversicherung im Zivilprozeß unwahre Angaben macht oder die Wahrheit verschweigt, wird wegen unwahrer Parteiaussage zu Zuchthaus von höchstens 2 Jahren oder Gefängnis verurteilt. Ist das Verbrechen als geringfügig anzusehen, so ist die Strafe Gefängnis oder Geldstrafe.

heiten gegenüber der Zeugen- und Sachverständigenaussage des § 1 auf. Es kann daher in allen Punkten auf ihn verwiesen werden. Lediglich im Strafraumen weicht § 2 von § 1 ab. Für den Normalfall der unwahren Parteiaussage sieht § 2 Zuchthaus bis höchstens 2 Jahre oder Gefängnis von 1 Monat bis 2 Jahren vor. Ist das Verbrechen als geringfügig anzusehen, so ist die Strafe Gefängnis oder Geldstrafe.

VI. Die fahrlässige unwahre Aussage

Die Schwierigkeit, den Vorsatz nachzuweisen, hat den schwedischen Gesetzgeber veranlaßt, auch die fahrlässige falsche Aussage unter Strafe zu stellen (13. Kap. § 3¹³⁾). Diese Vorschrift bezieht sich sowohl auf die Zeugen- und Sachverständigenaussage (§ 1) als auch auf die Beweisaussage der Partei (§ 2).

Strafbar ist nur die "grobe" Unachtsamkeit. Es reicht daher nicht, wenn die Aussage nur unachtsam gemacht wurde, etwa unter der Spannung des Verhörs oder aus der Nervosität des Aussagenden heraus. Dagegen genügt es, daß der Zeuge nicht einsieht, der Eid umfasse auch Angaben in bestimmter Hinsicht, oder auch die Tatsache, daß die Aussage besonders wichtig ist¹⁴⁾. Beckmann-B.-Strahl weisen im übrigen darauf hin, daß trotz der Bestimmung des § 3 viele Lügen straflos blieben, da nur die grobe Unachtsamkeit strafbar sei und viele sich damit entschuldigen würden, daß sie nicht nach einer bestimmten Sache gefragt worden seien¹⁵⁾.

Die fahrlässige unwahre Aussage wird mit einer Geldstrafe oder mit Gefängnis von 1 Monat bis zu 2 Jahren geahndet.

VII. Sondertatbestände

Während das schwedische Strafgesetz den Versuch des Meineides straffrei läßt, stellt es dagegen gemäß Kapitel 13 § 15 Abs. I Satz 1 die Vorbereitung zum Meineid in der Form des § 1 unter Strafe. Die Handlungen ergeben sich

13) Kap. § 3:

Begeht jemand aus grober Unachtsamkeit die Taten des § 1 oder § 2, so wird er wegen fahrlässiger (falscher, unwahrer) Aussage zu Geldstrafe oder Gefängnis verurteilt.

14) Beispiele bei B.-B.-St. 13: 3

15) Wie bei § 1 können auch die Verbrechen des § 3 beim Zusammentreffen unter die Verbrechen der fahrlässigen Unredlichkeit gegen einen Gläubiger fallen (Kap. 23 § 3 SL). Vgl. im übrigen B.-B.-St. 13 : 3

aus Kapitel 3 § 2 Abs. I Satz 1 und Abs. II und III 16). Das Erbieten zum Meineid oder der gemeinschaftliche Entschluß, einen Meineid zu begehen, ist nicht strafbar, außer in den Fällen, in denen ein Entgelt für das Verbrechen oder andere Dinge angeboten oder empfangen wurden.

Die Strafe für die Vorbereitung muß unter der für das vollendete Verbrechen liegen und darf 2 Jahre Zuchthaus nicht überschreiten. War die Aussicht auf Verwirklichung des Verbrechens gering, so bleibt die Vorbereitung straflos.

Der im Kapitel 3 § 2 Abs. I Satz 3 außerdem erwähnte Versuch, einen anderen zur Begehung der Tat anzustiften, wird in Kapitel 13 § 15 Abs. I Satz 2 besonders hervorgehoben und wird Gegenstand einer speziellen Erörterung sein (siehe XII).

16) § 15:

I. Die Vorbereitung des Verbrechens nach § 1 wird bestraft nach den Bestimmungen des 3. Kap., sofern nicht das Verbrechen, wenn es ausgeführt worden wäre, als geringfügig angesehen worden wäre. Mit Vorbereitung wird eine solche Verabredung gleichgesetzt, durch die jemand einen anderen zu der Tat anzustiften suchte.

II.

Kap. 3 § 2:

I. Wer mit dem Vorsatz, eine mit Strafe bedrohte Handlung auszuführen oder zu fördern, Geld oder andere Dinge als Entgelt oder Hilfsmittel für das Verbrechen hingibt, empfängt, anschafft, verfertigt, überläßt, annimmt, verwahrt, fortschafft oder ähnliche Handlungen mit Gift, Sprengstoff, Waffen, Dietrichen, Verfälschungswerkzeugen oder anderen solchen Hilfsmitteln vernimmt, wird in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen wegen Vorbereitung zum Verbrechen bestraft, wenn er nicht Strafe wegen eines vollendeten Verbrechens oder eines Versuchs verwirkt hat. In bestimmten, im Gesetz angegebenen Fällen ist auch die Verabredung als Vorbereitung anzusehen. Als Verabredung gilt, wenn jemand gemeinschaftlich mit anderen die Tat beschließt, sowie auch wenn jemand einen anderen anzustiften versucht, oder es auf sich nimmt oder sich erbietet, sie auszuführen.

II. Nicht verurteilt wird, wer wenig Aussicht auf Verwirklichung des Verbrechens hatte.

III. Die Strafe für die Vorbereitung wird unter die für das vollendete Verbrechen vorgesehene herabgesetzt und darf 2 Jahre Zuchthaus nicht überschreiten, wenn nicht das vollendete Verbrechen mit Zuchthaus von 8 Jahren und mehr bedroht war.

VIII. Der Aussagenotstand

Nach Kapitel 36 § 6 RB hat der Zeuge oder Sachverständige ein Zeugnisverweigerungsrecht, wenn er oder bestimmte Angehörige ein Verbrechen oder sonst eine ehrenkränkende Handlung verübt haben. Diese Bestimmung gilt im gleichen Maße gemäß Kapitel 37 § 5 RB für die Partei des Zivilprozesses. Der Umfang der Aussage ist somit im Interesse des Aussagenden begrenzt. Das Gericht ist jedoch verpflichtet, die Voraussetzungen des Aussageverweigerungsrechtes zu prüfen.

Es sind jedoch nunmehr Fälle denkbar, in denen der Aussagende befürchten muß, sich oder seine Angehörigen durch die Aussageverweigerung zu verdächtigen. Aus diesen Motiven heraus kann sich der Aussagende veranlaßt fühlen, falsch auszusagen oder Wahres zu verschweigen. Diesen Fall berücksichtigt Kapitel 13 § 4 Abs. II SL 17), indem er hierfür Straffreiheit vorsieht.

Die Bestimmung setzt voraus, daß ein gültiges Aussageverweigerungsrecht besteht und daß weiter ein besonderer, aus den Umständen begründeter Entschuldigungsgrund dafür vorliegt, daß der Aussagende das Verweigerungsrecht nicht ausgeübt hat (och omständigheterna innebära skälig ursäkt för honom).

§ 4 Abs. II gilt nicht nur für solche Fälle, in denen es sich um strafbare Taten handelt, sondern auch für solche, in denen der Aussagende vermeiden will, ehrenrührige Tatsachen, wie z.B. einen Ehebruch zur allgemeinen Kenntnis oder Mutmaßung gelangen zu lassen. Wie Beckmann-Bergandahl-Strahl jedoch ausführen 18), soll § 4 Abs. II keine Anwendung finden, wenn auf Grund des Verschweigens oder der positiven Aussage ein Unschuldiger bestraft oder sonst eine besondere Strafmilderung ausgesprochen wird. Für die Anwendung der Vorschrift ist es jedoch nicht nötig, daß der Aussagende einen anderen decken wollte.

Der Wortlaut des Abs. II, der auf die Formulierung des Abs. I: "erweist sich...." hinweist, legt klar, daß die Straffreiheit lediglich auf Grund der objektiven Feststellung durch das Gericht eintritt. Wenn daher der Antrag eines (angeblichen) Aussageverweigerungsberechtigten auf Nichtanhörung vom Gericht abgelehnt wurde, kann er sich nicht doch noch auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen, weil er geglaubt habe, ein solche zu besitzen.

17) Kap. 13 § 4:

II. Die Bestimmung des Abs. I gilt auch, wenn jemand unwahre Angaben macht oder die Wahrheit verschweigt über solche Dinge, über die er die Aussage verweigern konnte, und (hierzu) sich aus den Umständen begründete Entschuldbarkeit ergibt (och omständigheterna innebära skälig ursäkt för honom). (Vgl. Anm. 8)

18) B.-B.-St. 13 : 4

IX. Straferschwerende Umstände

Besondere tatbestandlich gefaßte straferschwerende Umstände sind im Strafflag nicht vorgesehen.

X. Die eidesstattliche Versicherung

(Versicherung auf Ehre und Gewissen)

Die in Kapitel 13 § 10 19) behandelte unwahre Versicherung auf Ehre und Gewissen ist erst 1948 in den Strafflag aufgenommen worden. Vorher befanden sich diesbezügliche Regelungen in Einzelgesetzen, wie dem Ehegesetz, den Steuergesetzen, der VO über Hotel und Pensionatsbetriebe oder dem Ausländergesetz von 1945. Die Vorschrift des § 10 wird vervollständigt durch die Bestimmungen des 25. Kapitels über die Amtsdelikte und den Amtsmißbrauch.

Im einzelnen erfordert der objektive Tatbestand, daß es sich um eine schriftliche Äußerung handelt, die mit einem Namensstempel oder so bezeichnet sein muß, daß der Aussteller erkennbar ist. Die Äußerung selbst muß unter gesetzlich oder durch Verordnung vorgeschriebener eidlicher Verpflichtung oder auf Ehre und Gewissen oder unter einer anderen ähnlichen Versicherung abgegeben worden sein. Ist die vorgeschriebene Form nicht beachtet worden, so kommt eine Verletzung des § 10 von vornherein nicht in Betracht.

Die strafbare Handlung liegt in der Abgabe unwahrer Angaben oder im Verschweigen der Wahrheit. Die so gestaltete schriftliche Äußerung muß geeignet sein, die Beweisführung zu gefährden. Eine solche Gefährdung ist jedoch nur bei einer wesentlichen Aussage möglich; die falsche Angabe eines unbedeutenden Umstandes, wie z.B. das Datum des Schreibens, führt nicht zur Anwendung des § 10. In gleicher Weise sind auch historische oder wissenschaftliche Tatsachen für eine Beweisführung meist unwesentlich.

Subjektiv verlangt § 10 den Vorsatz, eine unwahre Aussage mit Gefahr für die Beweisführung abzugeben. Nach Abs. II des § 10 genügt aber auch schon ein Handeln aus grober Unachtsamkeit. Im Gegensatz zu der falschen Aussage ist die Wesentlichkeit der Erklärung hier also ein Tatbestandselement, das vom subjektiven Tatbestand umfaßt wird.

19) § 10 :

I. Wer in einer schriftlichen Äußerung, die gemäß Gesetz oder Verordnung unter eidlicher Verpflichtung oder auf Ehre und Gewissen oder unter einer anderen ähnlichen Versicherung abgegeben wird, unwahre Angaben macht oder die Wahrheit verschweigt, wird, wenn dies hinsichtlich der Beweisführung eine Gefahr in sich birgt, wegen unwahrer Versicherung zu Gefängnis oder Geldstrafe, oder wenn das Verbrechen schwer ist, zu Gefängnis von höchstens 2 Jahren verurteilt.

II. Wird die in Abs. I bezeichnete Tat aus grober Unachtsamkeit begangen, so ist die Strafe Geldstrafe oder Gefängnis.

Als Strafe sind für die normale vorsätzliche unwahre Versicherung Gefängnis oder Geldstrafe vorgesehen. Erweist sich das Verbrechen als schwer, so kann die Verurteilung bis zu 2 Jahren Zuchthaus gehen. Die aus grober Unachtsamkeit begangene unwahre Versicherung kann nach § 10 Abs.II mit Geldstrafe oder Gefängnis geahndet werden.

Diese Vorschrift ist gegenüber speziellen Bestimmungen subsidiär. Sofern mit der unwahren Versicherung Betrug zusammentreffen sollte, wird § 10 konsumiert.

XI. Die Berichtigung der unwahren Aussage

Da die "tätige Reue" als persönlicher Strafmilderungsgrund auch bei anderen Delikten in Frage kommt, wollte die 1. Strafrechtskommission 1948 einen generellen Tatbestand hierüber aufstellen und damit § 14 im 13. Kapitel aufheben. Sie beschränkte sich jedoch letztlich darauf, spezielle Vorschriften über die tätige Reue dort zu belassen, wo diese Frage größte Bedeutung hat: in Kapitel 12 § 11 SL bei den Fälschungsverbrechen, in Kapitel 19 § 10 bei den allgemein gefährlichen Verbrechen, wie z.B. der Brandstiftung, und in Kapitel 13 § 14 bei den Eidesdelikten. § 14 20) sieht Strafmilderung oder -freiheit für den vor, der, nachdem er den Tatbestand eines der vorhergehenden Paragraphen erfüllt hat 21), und noch bevor ein bedeutender Nachteil entstanden ist, freiwillig die unwahre Aussage berichtigt oder weiteren Schaden abwehrt. Man ist der Ansicht, daß die verbrecherische Intensität des Täters, der sich nach der Aussage so verhält, nicht groß gewesen sein kann. Die Vorschrift deutet im übrigen auch auf das kriminalpolitische Interesse hin, eine unwahre Aussage berichtigt zu wissen, bevor ein ernsthafter Schaden eingetreten ist.

Im einzelnen hat die Anwendung des § 14 folgende Voraussetzungen:

1. Als Täter kommen sowohl der Zeuge als auch der Sachverständige (§ 1) und die Partei (§ 2) des Zivilprozesses in Betracht; außerdem jeder, der eine schriftliche Versicherung auf Ehre und Gewissen abgegeben hat (§ 10).

20) Kapitel 13, § 14 :

Wenn jemand, der sich nach obigen Vorschriften strafbar gemacht hat, vor Eintritt erheblicher Nachteile freiwillig den Fehler berichtigt oder auf andere Weise die Gefahr weiterer Nachteile abwehrt, so kann (ist = må) die Strafe unter die an sich verwirkte Strafe herabgesetzt werden. War die Gefahr (des Eintritts erheblicher Nachteile) gering und ist das Verbrechen nicht mit einer schwereren Strafe als Gefängnis bedroht, so wird keine Strafe verhängt.

- 21) Im speziellen Fall findet § 14 auf die schon erwähnten Straftaten der §§ 1 - 3 Anwendung; außerdem wird von ihm auch die unwahre schriftliche Versicherung umfaßt.

2. Die Berichtigung muß weiterhin freiwillig vorgenommen worden sein. Mit dem Ausdruck "freiwillig" hat der schwedische Gesetzgeber 1948 die Worte " aus eigenem Antrieb" ersetzt, weil sie mit dem Wortlaut der Vorschrift über den Rücktritt übereinstimmten. Freiwilligkeit muß nicht der Ausdruck der Reue oder einer Sinnesänderung sein; jedoch ist sie dann nicht gegeben, wenn sich der Täter für entdeckt hält oder mit Gewissheit annehmen kann, daß er entdeckt wird.
3. Die Handlung erfolgt durch Berichtigen des Fehlers oder durch Abwehr weiteren Schadens. Sofern es sich um einen Meineid gehandelt hat, muß die Berichtigung vor Gericht oder gegenüber der benachteiligten Partei geschehen (Bergandahl-Beckmann-Strahl 13 : 14).

Entsprechend den Vorarbeiten der Strafrechtskommission soll auch der unter die Norm des § 14 fallen, der sich bemüht, den Schaden abzuwehren, wenn auch der Erfolg durch Einwirkung anderer zustande gekommen ist.

4. Die tätige Reue muß weiter rechtzeitig vorgenommen worden sein, d.h. bevor ein bemerkenswerter Schaden eingetreten ist. Was ein bemerkenswerter Schaden ist, bestimmt sich nach den Umständen des einzelnen Falles. So wird z.B. eine Verhaftung, die Verbüßung einer Freiheitsstrafe, eine Durchsuchung oder auch die Vollstreckung eines Schadensersatzurteils als Schaden angesehen. Nicht dagegen z.B. ein noch nicht rechtskräftiges Strafurteil.

Diese weite Fassung des Gesetzes ist vielfach kritisiert worden. Man hält es für untragbar, daß ein Urteil vor seiner Rechtskraft noch keinen Schaden hervorrufen soll, obwohl es durch Bericht in der Presse ehrenrührige Folgen zeitigen kann.

5. Bezüglich des Strafrahmens sind in § 14 zwei Grade vorgesehen. Generell ist die Möglichkeit gegeben, unter die an sich verwirkte Strafe herunterzugehen, d.h. bis zum Geldstrafenminimum von 5 Kronen. (Ob die Strafmilderung obligatorisch oder fakultativ eintritt, ist nicht klar ersichtlich, da das Wort "må" sowohl mit "ist" als auch mit "kann" übersetzt werden kann).

Sofern die Gefahr weiterer Nachteile nur gering und das Verbrechen nicht mit schwererer Strafe als Gefängnis bedroht ist, bleibt der wiedergutmachende Täter straffrei.

XII. Die Anstiftung und Verleitung zur unwahren Zeugen- und Sachverständigenaussage

1. Die Meineidsverantwortung ist nicht auf den Schwörenden beschränkt. Nach Kapitel 3 § 4 SL hat der Anstifter zum vollendeten Meineid nach Maßgabe seiner eigenen Schuld Bestrafung wie der Täter zu erwarten ²²⁾. Während nach

22) Handelt der Aussagende grob fahrlässig, der Anstiftende aber vorsätzlich, so wird letzterer als Anstifter zum vorsätzlichen Meineid bestraft. (B.-B.-St. 13 : 1, 3 : 4).

altem Recht der Anstifter noch als mittelbarer Täter bestraft wurde, wenn der Zeuge nicht schuldhaft aussagte, etwa weil er geisteskrank oder dergleichen oder weil er unter 15 Jahre alt und somit noch nicht schuldfähig war, umfaßt nach der Neufassung des Strafflag von 1948 die Anstiftung nunmehr auch diese Fälle. Die im deutschen Recht unter dem besonderen Tatbestand der "Verleitung zum Falsch-eid" strafbare Anstiftung eines anderen zur Abgabe einer gutgläubigen, aber objektiv falschen Aussage wird daher vom schwedischen Recht als Anstiftung nach den allgemeinen Vorschriften bestraft 23).

2. Wie schon unter den Sonderdelikten behandelt, ist die Vorbereitung zum Meineid des § 1 strafbar. Kraft ausdrücklicher Vorschrift (Kapitel 13 § 15 Abs. I Satz 2; vgl. Anm. 16) wird dieser Vorbereitung eine solche Verabredung gleichgestellt, durch die jemand einen anderen zu der Tat des § 1 anzustiften versucht. Der Strafraum für diese erfolglose Anstiftung folgt ebenfalls aus Kapitel 3 § 2 Abs. II und III SL (vgl. Anm. 16). Danach wird die Strafe für diese Vorbereitung unter die für das vollendete Verbrechen vorgesehene herabgesetzt und darf nicht 2 Jahre Zuchthaus überschreiten. Bestand im übrigen wenig Aussicht auf Verwirklichung des Verbrechens, so wird eine Strafe nicht ausgesprochen (vgl. hierzu den Text des Kapitels 3 § 2, Anm. 16).

23) B.-B.-St. 13: 1, 3: 4

England

I. Das geschützte Rechtsgut

Das Hauptmerkmal und der auffallendste Zug des englischen Rechts im allgemeinen ist seine Nichtkodifizierung. Während es dem kontinental-europäischen Rechtskreis zu eigen ist, daß die einzelnen Rechtsgrundsätze vom Gesetzgeber in mehr oder weniger umfassenden Kodifikationen niedergelegt werden, zeichnet sich der englisch-amerikanische Rechtskreis dadurch aus, daß in ihm das Recht seinen Niederschlag in den richterlichen Entscheidungen findet, die, so es die Notwendigkeit erfordert, von Fall zu Fall durch "statutes" ergänzt oder auch im Ergebnis zusammengefaßt werden. Diese, einer klaren Übersicht dienende Zusammenfassung von Urteilen über einen bestimmten Gegenstand bedingt auf der anderen Seite aber auch, daß die so geschaffenen Kodifikationen sich immer nur auf einen eng umgrenzten Tatbestand rechtlicher Beurteilung beschränken. Auf diese Weise ist eine Vielzahl von statutes entstanden, die neben dem Case-Law als Rechtsquelle des anglo-amerikanischen, insbesondere aber des englischen Rechts dienen.

Auf die vorstehend bezeichnete Art und Weise hat auch der Tatbestand des Meineides im Laufe der Jahrhunderte englischer Rechtsentwicklung seine Ausgestaltung erfahren.

Ein Blick auf die historische Entwicklung der Eidesdelikte läßt erkennen, daß in der Frühzeit des englischen Rechts nur die Verletzung des Geschworenen- und des Reinigungseides bestraft wurde. Erst der Star-Chamber blieb es gegen Ende des 15. Jahrhunderts vorbehalten, den Zeugenmeineid tatbestandlich zu erarbeiten. Unbeachtet dieser Vorarbeit erfaßte man jedoch 1540 gesetzlich zuerst die subornation of perjury. Der tiefere Grund dieser Entwicklung lag darin, daß damals noch keine Zeugenpflicht bestand und man befürchtete, durch die Strafandrohung gegenüber einer falschen Aussage die Zeugen vom Erscheinen zurückzuschrecken. Erst 1562 wurde durch Statut auch der Meineid unter Strafe gestellt. Um sich dadurch nicht des wichtigen Beweismittels des Zeugen zu begeben, wurde bei Ausbleiben auf eine ordnungsgemäße Ladung hin eine Geldstrafe angedroht, deren letzter Zweck es war, die im Stich gelassene Prozeßpartei zu entschädigen. Aus diesen, wenn auch unvollkommenen Grundzügen des Meineids entwickelte sich eine umfangreiche Gesetzgebung, die ihren zeitweiligen Abschluß in der Perjury-Act vom 29.6.1911 ¹⁾ fand.

In der Würdigung dieses Gesetzes stellt Kenny ²⁾ fest, daß dadurch die mannigfaltigen Regelungen, die dieser Tatbestand schon gefunden hat, auf eine verhältnismäßige einfache und logische Form reduziert worden sind. Die Aufgabe, das englische Strafrecht zu kodifizieren, eine Aufgabe, die in umfassender Weise gegen Ende des vorigen

1) 1 & 2 Geo. V c. 6

2) Kenny Nr. 461

Jahrhunderts, jedoch ohne sichtbaren Erfolg, in Angriff genommen war (Criminal Code Bill von 1897), führte auf Veranlassung von Lord Loreburn hinsichtlich des Meineides zu einem fragmentarischen gesetzgeberischen Erfolg, durch welchen nicht nur das Common Law, sondern zugleich auch die Bestimmungen von mehr als 130 Parlamentsakten über Meineidstatbestände modifiziert wurden.

Die außerordentlich große Verwendung der eidlichen Bekräftigung im englischen Recht (vgl. II und V, 1) gibt eine entsprechend große Gelegenheit zur falschen Aussage. Haupt-sächlich werden die Delikte in Ehe- und in Schiffssachen begangen 3). Wie Wilke 4) schon 1928 mitteilte, ist die darin zutage tretende Fragwürdigkeit des Eides mehrfach in der Öffentlichkeit erörtert worden; indessen wird diesen Verhältnissen keine besondere Bedeutung beigemessen. Dies findet auch in der Verdikten der Jury ihren Niederschlag. Abgesehen davon, daß die Fortsetzung eines verlorenen Rechtsstreites durch eine Meineidsanzeige als wenig schicklich gilt und die Prozeßkosten eine bedeutende Rolle spielen, hat dieser Umstand es zuwege gebracht, daß die Meineidsverfahren außerordentlich gering sind und es sich hier meist um schwere, vom Gericht nach s. 9 der Perjury-Act angeordnete Fälle handelt.

Die für das englische Recht typische, in sich abgeschlossene Behandlung der einzelnen Tatbestände verhindert in jedem einzelnen Falle die Beantwortung der Frage, welches Rechtsgut der englische Gesetzgeber durch die jeweilige Vorschrift geschützt wissen wollte, weil nicht wie bei geschlossenen Kodifikationen die Möglichkeit besteht, aus der systematischen Stellung des einzelnen Tatbestandes im Gesetz einen entsprechenden Rückschluß zu ziehen. Aber auch in der Strafrechtsliteratur fehlt im überwiegenden Maße jede Behandlung der angeschnittenen Frage. Dies scheint vor allem daher zu rühren, daß den englischen Kriminalisten der Sinn für die Verarbeitung des Richterrechts (und in dessen Gefolge das Gesetzesrecht) zu einem System mangelt 5). Doch geben die wenigen Bemerkungen, die einige Schriftsteller dem Problem widmen, genügend Aufschluß darüber, welches die Angriffsrichtung der Eidesdelikte ist. So erklärt Russell 6) ausdrücklich, daß der Kern des Verstoßes im Mißbrauch der "public justice", der Rechtspflege liegt. Im übrigen lassen nur die Kapitelüberschriften erkennen, was als geschütztes Rechtsgut angesehen wird. So wird übereinstimmend der Meineid als "offence against the public justice" 7) oder auch als "offence against the administration of justice" 8), als Vergehen gegen die Verwaltung der Rechtspflege betrachtet. Zusammenfassend

3) Kenny in der 15. Aufl., 1947, Seite 347

4) Wilke 104

5) Vgl. Radbruch 78

6) Russell 296

7) So Wilshere, Kenny, Archbold; Stephen (Digest) behandelt ihn unter der Bezeichnung: Mißbrauch und Behinderung der öffentlichen Gewalt (public authority).

8) So Cross and Jones, Stephen (Commentaries)

ergibt sich somit aus den knappen Äußerungen, daß die falsche eidliche Aussage sich gegen den Staat als Träger der Rechtsprechung richtet und somit als ein Delikt gegen die Rechtspflege zu bezeichnen ist. Fraglich erscheint eine solche Charakterisierung indessen dort, wo es sich um eidliche außergerichtliche oder um uneidliche falsche Aussagen vor staatlichen Verwaltungsbehörden handelt. Da es hier verfehlt ist, von einem Verstoß gegen die Rechtspflege zu sprechen, wird man richtiger gehen, die falsche Aussage, sowohl eidlich wie uneidlich, als ein gegen die Staatstätigkeit gerichtetes Delikt zu betrachten (womit man Stephen's Bezeichnung, vgl. Anm. 5, wohl am nächsten kommt).

Die in der Perjury-Act behandelten Meineids- und artverwandten Delikte sind "misdemeanors" 9). Die einzelnen Tatbestände weisen eine bestimmte logische Reihenfolge auf, die erkennen läßt, daß man hier zum großen Teil versucht hat, von einer rein kasuistischen Aufzählung der einzelnen Fälle abzugehen. Deutlich erkennbar ist die Unterscheidung zwischen eidlichen und uneidlichen Aussagen.

Bei den eidlichen Aussagen tritt eine Unterteilung in solche ein, die einmal vor Gericht (perjury, Meineid) und zum anderen außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens (false statements on oath, falsche Angaben unter Eid) 10) abgelegt werden. Als dritte Art werden daneben die falschen eidlichen Aussagen gestellt, die sich durch ihren Aussageinhalt besonders kennzeichnen. Die Regelung der uneidlichen Aussage stellt eine kasuistische Zusammenstellung von ganz bestimmten Fällen dar.

Neben prozessualen Fragen, die nach englischem Brauch mit dem materiellen Recht zusammen geregelt werden, behandelt die Perjury-Act noch die Verleitung zum Meineid (subornation).

Die folgende Darstellung schließt sich dieser Deliktsaufteilung an.

II. Die Erklärungsformen des englischen Rechts

Bei den Möglichkeiten, eine Erklärung abzugeben, weicht das englische Recht von den kontinentalen Rechtsordnungen ab. Sowohl für den Zivil- als auch für den Strafprozeß hat das Common Law den Grundsatz aufgestellt, daß

-
- 9) Die dem deutschen Recht geläufige Dreiteilung der Delikte ist dem englischen Recht unbekannt. Dort ist die Unterscheidung in den verschiedenen Verfahrensarten ausgedrückt, dem summarischen Verfahren auf der einen Seite und den verschiedenen, sehr umständlichen Verfahren auf förmliche Anklage (indictment) auf der anderen Seite. Dem Verfahren auf förmliche Anklage unterliegen besonders drei Gruppen von Rechtsbrüchen (indictable offences): treasons, felonies und misdemeanors, wobei treasons als eine schwerere Art der felonies angesehen werden.
- 10) Die amerikanische Rechtsordnung bezeichnet diese Art als "false swearing", falsches Schwören.

jede Tatsachenbekundung, um ihre Wahrheit zu gewährleisten, unter Eid abgegeben werden muß. Entsprechend den einzelnen Verfahrensarten und Verfahrensstadien können dabei für die Aussage zwei verschiedene Formen verwendet werden.

So erfolgen bei der Beweisaufnahme in der Zivil- oder Strafverhandlung (at trial) die Aussagen grundsätzlich mündlich vor Gericht nach vorher geleistetem Eid. Dieses Prinzip der Mündlichkeit wird jedoch nur im Strafverfahren verhältnismäßig streng durchgeführt, um hier dem Beschuldigten das Recht zu erhalten, die von der Anklageseite beigezogenen Zeugen dem für das englische Strafverfahren kennzeichnenden Kreuzverhör zu unterwerfen.

Von diesem Grundsatz der Mündlichkeit der Beweisaussage wird jedoch häufig abgegangen durch den Gebrauch von "Affidavits". Diese sind schriftliche, eidlich beschworene Erklärungen vor einem Gerichtsbeamten oder einem dazu berechtigten "commissioner". Die Möglichkeit einer Beweisführung durch solche Affidavits ist aus dem schon angeführten Grund im Strafverfahren wie auch schon im Beweisverfahren vor der Verhandlung (before trial) außerordentlich beschränkt und nur in bestimmten Fällen ¹¹⁾ möglich. Das Hauptanwendungsgebiet liegt daher vor allem auf dem Gebiet des Zivilprozeßrechts. Hier kann jeder zu führende Beweis durch ein Affidavit ersetzt werden ¹²⁾.

III. Die Eidesformen

Die englische Praxis hat zwei Eidesarten entwickelt, die beide in der religiösen Form und als Voreid geleistet werden: die englische Form und die schottische. Beide haben ihren Niederschlag in den Oaths-Acts von 1888 ¹³⁾ und 1909 ¹⁴⁾ gefunden. Der Eid wird mit den Worten ein-

11) Siehe hierzu die recht eingehenden Aufzählungen bei Wilke 84 ff.

12) Dies kann auf dreifache Weise geschehen:
Ganz allgemein ist zur Begründung jeden prozessualen Antrags der Beweis durch Affidavits zugelassen. Hierzu hat der Supreme Court eine Reihe von Rules herausgearbeitet, deren Aufzählung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Weiter kann auf Grund einer Anordnung des Gerichts von Amts wegen die Beweis-erhebung über einen Inzidentpunkt erfolgen. Schließlich kann auch das gesamte Verfahren durch schriftliche Vereinbarung der Parteien unter Ausschließung jeder mündlichen Beweisaufnahme auf ausschließliche Beweisführung durch Affidavits abgestellt werden. Vor der Verhandlung kann im übrigen bei den sog. "interrogatories" die notwendige Erklärung der Gegenpartei durch Affidavits erfolgen. Bei diesen "interrogatories" kann es einer Partei vom Gericht gestattet werden, der anderen Partei eine Liste von Fragen vorzulegen, welche sie beantworten muß. Dadurch können schon vor der Verhandlung Tatsachen festgestellt und das Material der anderen Seite kennen gelernt werden.

13) 51 & 52 Vict. c. 56

14) 9 Edw. VII c. 39

geleitet: "Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen", an die sich nach englischem Brauch der Satz anschließt, "daß der Beweis, den ich geben werde, die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit sein wird", während die Eidesworte der schottischen Formel lauten: "daß ich die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit sagen werde."

Bei den Affidavits, deren schriftliche Formulierung stets mit den Worten beginnt: "Ich ... aus... schwöre und sage aus wie folgt", lautet der Eid sowohl nach der englischen als auch nach der schottischen Form: "Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, daß dies mein Name und handgeschrieben ist und daß der Inhalt dieses meines Affidavits wahr ist."

Die hier aufgezählten Eidesformen sind jedoch alle nicht zwingend. So ist es Angehörigen eines nicht christlichen Religionsbekenntnisses gestattet, den Eid in der ihrer Religion entsprechenden Form abzulegen. Der auf diese Weise geleistete Eid bindet den Schwörenden ebenso wie den Christen der christliche.

Wer sich nicht zu einer Religion bekennt oder wer die Leistung eines Eides mit seiner religiösen Überzeugung nicht für vereinbar hält, kann an Stelle des Eides, jedoch mit den gleichen Rechtswirkungen, eine feierliche Versicherung (affirmation) abgeben, deren Formel lautet: "Ich.... erkläre und versichere feierlich, aufrichtig und wahr" 15).

Die (noch später zu berührende) uneidliche, in einer Reihe von außergerichtlichen Angelegenheiten eingeführte statutory declaration wird in folgender Weise formuliert: "Ich..... erkläre feierlich und aufrichtig.....".

IV. Die formelle Gültigkeit der Erklärung und ihr Einfluß auf die Strafbarkeit..

Das englische Law of Evidence, das sowohl für Straf- als auch Zivilverfahren gilt, läßt einen Beweis durch Aussagen eines Zeugen zu, wenn der Zeuge zeugnisfähig ist und die Aussage unter Eid stattfindet.

Normalerweise besitzt jeder Mensch die Fähigkeit, eine Aussage vor Gericht zu machen (competency). Bei allen Vorgängen besteht die Vermutung, daß jeder Mensch, der sie mit einem seiner Sinne wahrgenommen hat, über sie eidlich vor Gericht aussagen kann. Daher ist mangelndes Verständnis der einzige Grund für den Ausschluß eines Zeugen. Dieses Verständnis kann unzureichend sein, weil der Zeuge ein Kind ist, weil er geisteskrank ist oder zur Zeit des Vorganges, über den er aussagen soll, betrunken war. Findet der Richter beim Verhör, daß sie unfähig sind, die

15) Oaths Act von 1888 s. 1 und 2. Vgl. auch Archbold 489, 1252

Tatsachen zu erfassen, über welche sie Zeugnis abgeben sollen, so werden sie ausgeschlossen ¹⁶⁾.

Die Tauglichkeit eines Kindes entspricht nicht seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit (etwa ab 8 Jahren), sondern bemißt sich nach der tatsächlichen Intelligenz, die es aufweist ¹⁷⁾. Als Richtlinie dient nach Kenny heute ein Alter von etwa 6 Jahren. Geisteskranke sind nicht zeugnisfähig, wenn sie zu der Zeit, als der betreffende Vorgang sich ereignete, nicht das nötige Verständnis besaßen. Sie können trotzdem Aussagen über Dinge machen, die sie in klaren Momenten wahrgenommen haben oder die sie trotz ihrer Krankheit verstanden. Eine ähnliche Regel trifft für Betrunkene wie auch für Taubstumme zu ¹⁸⁾.

Die angesichts des Behandelten sich erhebende Frage, welche Folge es hat, wenn ein nicht kompetenter Zeuge etwas Falsches unter Eid angibt, ist, unbeachtet von der englischen Strafrechtsliteratur, im Jahre 1868 dahingehend entschieden worden, daß ein solcher Zeuge nicht wegen Meineids belangt werden könne ¹⁹⁾.

Die Zeugnisfähigkeit hat normalerweise die Zeugnispflicht (compellability) zur Folge, d.h. daß der Zeuge auch zur Aussage gezwungen werden kann. Hierbei beachtet jedoch das Law of Evidence gewisse Rechte eines jeden Menschen, die selbst dann gewahrt werden müssen, wenn dadurch eine gerechte Rechtsprechung erschwert oder gar unmöglich gemacht würde. Diese persönlichen Rechte werden höher bewertet als selbst ein der wirklichen Rechtslage entsprechendes Urteil. Auf Grund dessen wird den an einem Prozeß beteiligten Personen auch ein Aussageverweigerungsrecht zugestanden.

So kann ein Zeuge grundsätzlich nicht gezwungen werden, eine Frage zu beantworten, wenn die Antwort ihn ²⁰⁾ einer strafrechtlichen Verfolgung (oder der Beschlagnahme seines Vermögens) aussetzen würde ²¹⁾. Soweit jedoch ausdrückliche gesetzliche Bestimmungen dem Zeugen dieses Recht nicht zubilligen, wird gleichzeitig hinsichtlich der gegebenen Antwort Immunität vor der Strafverfolgung gewährt.

Ehegatten können nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung ²²⁾ nicht über Dinge vernommen werden, die sie vom anderen Ehegatten im Vertrauen gehört haben.

16) R.v. Reynolds (1950) 1 K.B. 606; 1 All E.R. 335

17) R.v. Brasier (1777) 1 Leach 199; weitere Entscheidungen siehe Archbold S. 459

18) Zur Frage der Zeugnisfähigkeit vgl. Archbold 458 ff, Kenny Nr. 593, Newman S. 74 f.

19) R.v. Clegg (1868) 19 L.T. 47

20) Eine Gefahr für die Angehörigen wird nicht berücksichtigt (vgl. Evidence Act v. 1851 (14 & 15 Vict. c. 99)).

21) Eine bloße entfernte gelegene Möglichkeit strafrechtlicher Verfolgung genügt nicht: R.v. Boyes (1861) 1 B.&S. 311.

22) Evidence Amendment Act 1853 s. 3; Criminal Evidence Act 1898 s. 1 (d)

Mitteilungen zwischen den Zeugen und ihrem Rechtsberater brauchen ebenfalls nicht offenbart zu werden, gleichgültig, ob sich der Anwalt oder sein Klient im Zeugenstand befinden. Ärzte, Geistliche und andere Personen, deren Beziehungen zu anderen auf engstem Vertrauen beruhen, haben jedoch kein Zeugnisverweigerungsrecht 23).

Außerdem wird ein Zeugnisverweigerungsrecht überall dort anerkannt, wo im Interesse des Wohls und der Sicherheit der Gemeinschaft die Geheimhaltung gewisser Dinge erforderlich ist 24).

Eine Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht scheint der englische Prozeß nicht zu kennen. So wurde wenigstens hinsichtlich solcher Fragen, deren wahrheitsgemäße Beantwortung die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung nach sich ziehen würden, einmal entschieden, daß bei dem Zeugen die genügende Kenntnis des Gesetzes vorausgesetzt würde, die ihn befähigt, sich des Verweigerungsrechtes zu bedienen 25).

Die nun entscheidende Frage, welchen Einfluß die falsche Aussage eines solchen Zeugen hat, der unrechtmäßig zur Beantwortung gezwungen wurde, ist bis jetzt weder Gegenstand einer Entscheidung gewesen, noch ist sie von der Strafrechtsliteratur erörtert worden. Es bleibt zunächst nur festzuhalten, daß die Aussage des Zeugen, der auf die Geltendmachung eines der behandelten Vorrechte verzichtet, vollen Beweis darstellt, welcher auch gegen ihn selbst verwertet werden kann. Wenn er aber sich auf sein Vorrecht beruft und dennoch unrechtmäßig gezwungen wird, zu antworten, so kann diese Aussage nicht gegen ihn, wohl aber weiterhin als Beweis gegenüber der anderen Partei verwendet werden 26). Diese Regelung gibt den Schlüssel für die angeschnittene Frage. Kann eine solche unrechtmäßig erzwungene Zeugenaussage überhaupt noch Beweis erbringen und damit den Prozeß beeinflussen, so muß jede, auch unter diesen Umständen abgegebene falsche Aussage als strafwürdig erscheinen, da sie in dieser Eigenschaft eine gerechte Rechtsprechung behindert.

Eine aus Beweisgrundsätzen heraus unzulässige, falsche Zeugenaussage führt stets zu einer Strafverfolgung wegen Meineids, da sie, wenn sie einmal im Prozeß ungerügt abgegeben wird, gültig ist 27). Für die strafrechtlichen Folgen ist nach s. 15 (1) der Perjury Act 28) die im

23) Vgl. hierzu Kenny Nr. 588, Archbold 482 ff, Wilshire 496

24) Im einzelnen Newman 61 ff; Fälle siehe Archbold 484

25) R.v. Coote L.R. 4 P.C. 599

26) Kenny Nr. 590

27) Vgl. R.v. Gibbon (1862) L. & C. 109

28) Section 15 (1)

(1) Für die Anwendung dieser Act sind die bei der Eidesabnahme beobachteten Formen und Zeremonien unwesentlich, wenn das Gericht oder die Person, vor der der Eid geleistet wird, berechtigt sind, einen Eid zum Zwecke des Bestätigens (verifying) einer in Frage stehenden Aussage abzunehmen, und wenn der Eid in einer Form

Einzelfall beobachtete Form der Beeidigung unerheblich, wenn der Täter sie ohne Widerspruch akzeptiert oder sie als für ihn verbindlich erklärt hat, und ebensowenig schaltet diese Rechtswirkung etwa die Tatsache aus, daß ein sich zu keiner Religion bekennender Täter den Eid in religiöser Form abgelegt hat 29).

V. Der gerichtliche Meineid

"Perjury" ist nach englischer Terminologie ein Ausdruck, der sich auf den Fall des gerichtlichen (forensic) falschen Beweises beschränkt 30). Entsprechend der exakten Definition in s. 1 der Perjury Act 31) ist Meineid die vorsätzliche unwahre beeidete Zeugenaussage in einem gerichtlichen Verfahren über eine für dieses rechtserhebliche Tatsache. Die von der englischen Strafrechtsliteratur in mehr oder weniger großem Umfange behandelten einzelnen Voraussetzungen des Meineides lassen sich in vier konstitutiven Elementen zusammenfassen 32):

Fortsetzung Anm. 28): und mit Zeremonien abgenommen worden ist, welche von der den Eid leistenden Person ohne Widerspruch akzeptiert oder als für sie verbindlich erklärt worden sind.

29) Oaths Act von 1888 s. 3

30) Kenny Nr. 462

31) Section 1:

(1) Wenn jemand, der als Zeuge oder Dolmetscher in einem gerichtlichen Verfahren gesetzmäßig beeidigt worden ist, vorsätzlich eine für dieses Verfahren wesentliche Aussage macht, von der er weiß, daß sie falsch ist, oder die er nicht für wahr hält, soll er des Meineides schuldig sein und auf Grund eines "indictment's" zu einer Gefängnisstrafe bis zu 7 Jahren oder zu einer Geldstrafe oder zu beiden Strafen verurteilt werden.

(2) Der Ausdruck gerichtliches Verfahren umfaßt ein Verfahren vor einem Gericht oder Tribunal jeder Art oder vor Personen, die gesetzlich berechtigt sind, Beweisaussagen unter Eid zu hören, entgegenzunehmen und ein eidliches Verhör anzustellen.

(3) Wo eine Aussage für die Zwecke eines gerichtlichen Verfahrens zwar nicht vor dem Gericht selbst, aber unter Eid vor einer Person, die kraft Gesetzes berechtigt ist, einer solchen Person einen Eid abzunehmen, diese Aussage aufzunehmen oder deren Echtheit zu bestätigen, gemacht wurde, soll diese Aussage im Sinne dieser Vorschrift so angesehen werden, als sei sie in einem gerichtlichen Verfahren erfolgt.

(4) und (5) beziehen sich kasuistisch auf Fälle eines gerichtlichen Verfahrens im Commonwealth und im Ausland.

(6) Die Frage, ob eine Aussage, auf die eine Anklage wegen Meineides gestützt wird, wesentlich war, ist eine vom Strafrichter zu entscheidende Rechtsfrage.

32) So nach Wilshere 136

1. der Aussagende muß gesetzmäßig geschworen haben,
2. die Erklärung muß vorsätzlich (wilfully) erfolgt sein,
3. die Erklärung muß für das gerichtliche Verfahren wesentlich sein, und
4. der Aussagende muß gewußt haben, daß die Erklärung falsch ist oder nicht, oder er muß sie für falsch gehalten haben.

Im einzelnen müssen demnach folgende Tatbestandselemente gegeben sein:

1. Nach dem Gesetzeswortlaut erstreckt sich der Täterkreis lediglich auf den Zeugen und den Dolmetscher. Entsprechend der Eigenart des englischen Verfahrensrechtes deckt sich indessen der englische Begriff vom Zeugen nicht mit dem auf dem Kontinent gebräuchlichen. Während hier nur der Zeuge sein kann, wer nicht Partei ist, werden dort auch die Sachverständigen und die Parteien, sofern letztere in den Zeugenstand treten, in den Zeugenbegriff einbezogen ³³⁾.

Aufgabe des Zeugen ist es, "to proof facts". Seine Bedeutung ist im englischen Prozeß grundsätzlich darauf beschränkt. Es gilt daher als allgemeine Regel, daß ihm die Äußerung von Vermutungen oder Ansichten nicht gestattet ist.

Auf der anderen Seite aberkennt das englische Verfahrensrecht auch Beweispersonen, die nicht in der Lage sind, nur über Tatsachen zu berichten, sondern deren Aussagen Schlußfolgerungen und Ansichten sind, die sie sich auf Grund ihres besonderen Wissens zu bilden vermögen. Diese "experts" (Sachverständigen) werden nicht als Richter-gehilfen, sondern als besonders qualifizierte Zeugen betrachtet (expert-witness). Der Grundsatz, daß nur das Gericht Schlußfolgerungen ziehen darf, wird dadurch gewahrt, daß der expert-witness zwar Voraussetzung und Folgerung entwickeln darf, daß er aber dem Gericht die Möglichkeit offen lassen muß, die Richtigkeit derselben nachzuprüfen ³⁴⁾. Die Sachverständigen fallen somit ebenfalls unter den Begriff des Zeugen.

Die vorstehend aufgezeichneten Aufgaben und Eigenschaften der Personen, deren Aussagen Beweiszwecken dienen sollen, machen es im Gesetz erforderlich, daneben den Dolmetscher besonders hervorzuheben, der nicht als Beweismittel dient, sondern nur das Sprachrohr anderer Aussagepersonen ist.

2. Die Aussage muß weiter nach dem Wortlaut des Gesetzes in einem "juridicial proceeding" abgelegt worden sein. Der Ausdruck "gerichtliches Verfahren" wird weit aus-

33) Die Regel, daß Parteien selbst als Zeugen vernommen werden können, sei es auf eigenen Entschluß, sei es auf Benennung durch die Gegenpartei, gilt unbegrenzt nur im Zivilprozeß; im Strafverfahren unterliegt nur der Strafverfolger der gleichen Regel, während der Angeklagte nur auf eigenen Antrag als Zeuge, dann aber auch eidlich vernommen werden darf.

gedehnt und umfaßt nach s. 1 (2) der Perjury Act Verfahren vor Gerichten jeglicher Art und vor Personen, die gesetzlich berechtigt sind, eidliche Beweisaussagen zu hören, entgegenzunehmen und ein Verhör anzustellen. Der Begriff schließt also neben den Verfahren vor den ordentlichen Gerichten auch alle Verfahren vor Kriegs- und anderen Sondergerichten (auch administrativer Art) ein ³⁵⁾. Auch ein privates Schiedsverfahren, in dem nach s. 7 (a) der Arbitration Act von 1889 ein Zeuge unter Eid vernommen werden darf, würde unter diesen Begriff fallen.

Daneben gelten aber auch die außerhalb des Verfahrens vor einer zur Abnahme von Eiden ermächtigten Stelle, insbesondere also auch vor einem Commissioner for Oaths ³⁶⁾, für die Zwecke des gerichtlichen Verfahrens abgegebenen eidlichen Erklärungen als in diesem Verfahren abgegeben. Russell³⁷⁾ erklärt hierzu, daß immer eine Spur von der Natur eines gerichtlichen Verfahrens vorhanden sein muß, so z.B. eine bestehende Klage. Es genüge aber auch schon, wenn die eidliche Erklärung der erste Schritt zur Einleitung eines Prozesses sei.

Die Perjury Act enthält keinen Hinweis darauf, daß es sich bei den Verfahren um eine zuständige Gerichtsbarkeit handeln muß, doch geht entsprechend dem Common Law die Auslegung dahin, daß ein Meineid nur vor einem zuständigen Gericht abgelegt werden kann ³⁸⁾. In neuerer Zeit finden sich jedoch Anzeichen dafür, daß die Zuständigkeit des Gerichtes (competent jurisdiction) nicht mehr für die Strafbarkeit des Meineides erforderlich ist. So gehen vor allem Archbold und Harris/ Wilshere ³⁹⁾ von der Tatsache aus, daß das Gesetz selbst das Erfordernis der zuständigen Gerichtsbarkeit nicht mehr aufstelle, und Meineid daher auch vor einem Gericht begangen werden könne, das in der Sache keine jurisdiction hat. Das Gericht muß im übrigen richtig besetzt sein. Hier kann schon der kleinste Formfehler dem Meineidigen zustatten kommen ⁴⁰⁾. Das Gericht muß weiter in einer ordnungsmäßig vorgesehenen Sitzung getagt haben ⁴¹⁾. Ein Verfahren gegen eine nicht existente Person hatte dagegen nach einer Entscheidung keinen Einfluß auf die Strafbarkeit einer hierin

34) Die Sachverständigen werden als reines Beweismittel der Partei von dieser in Vorschlag gebracht.

35) Vgl. Kenny Nr. 463. So wurde in R.v. Hood-Barrs (1943) K.B. 455, (1943) 1 All E.R. 663 die Aussage vor einem Einkommensteuer-Tribunal als gerichtliches Verfahren im Sinne der Perjury Act angesehen.

36) Dieser kann ein Gerichtsbeamter oder eine aus dem Advokatenstand erwählte Person sein.

37) Russell S. 296 mit weiteren Beispielen

38) Russell 298

39) Archbold 1247, Wilshere 138

40) R.v. Lloyd (1887) 19 Q.B.D. 213 (In einem Konkursverfahren zog sich der "registrar" (etwa Konkursrichter) für kurze Zeit zurück und überließ dem Solicitor für diese Zeit die Vernehmung des Schuldners, vor dem dann falsch ausgesagt wurde).

41) R.v. Shaw (1911) 6 Cr. App.R. 103, (1911) 22 Co.C.C. 376.

abgegebenen falschen Zeugenaussage 42).

3. Die Aussage muß "lawfully sworn", gesetzmäßig beschworen worden sein. Dieser Ausdruck beschränkt sich nicht nur auf den religiösen Eid, sondern umfaßt nach s. 15 (2) auch die feierliche Beteuerung und Erklärung. Es ist dabei unwesentlich, ob es sich um eine mündliche oder um eine schriftliche Aussage in Form eines Affidavits handelt.

Nach s. 38 des englischen Jugendwohlfahrts- und Jugendgerichtsgesetzes vom 13.4.1933 ⁴³⁾ kann in Strafverfahren ein Kind "zarten Alters" (tender years), das nach Überzeugung des Richters noch keine Vorstellung von der Bedeutung eines Eides hat, jedoch genügend Einsicht besitzt, das Wesen des Zeugnisses zu ermessen und die Pflicht zur Wahrheit versteht, uneidlich vernommen werden ⁴⁴⁾. Diese uneidliche Aussage wird als gerichtliche Aussage angesehen. Um auf eine solche Aussage jedoch eine Verurteilung stützen zu können, muß sie noch durch einen weiteren wesentlichen Beweis (Stützungsbeweis = corroborative evidence) bekräftigt werden ⁴⁵⁾. Hat das Kind hierbei ein falsches Zeugnis abgegeben, so wird es im summarischen Verfahren zur Rechenschaft gezogen.

4. Die im deutschen Recht stark im Mittelpunkt der Diskussion stehende Streitfrage, welcher Eidestheorie zu folgen sei, hat im englischen Recht seit langem ihre gesetzgeberische Erledigung gefunden. Mit der Formulierung, daß die Aussage falsch sei, von der der Täter weiß, daß sie falsch ist, oder von der er nicht glaubt, daß sie wahr ist, hat man sich klar zur subjektiven Theorie bekannt. Diese Regelung geht auf das Common Law zurück, wo man es für unbeachtlich hielt, ob die angegebene Tatsache selbst wahr oder falsch ist. Die nunmehr zum Ausdruck gekommene subjektive Auffassung des Gesetzes wird im Schrifttum mit der Bemerkung bekräftigt, daß derjenige, der ganz unabsichtlich die Wahrheit gesagt habe, moralisch doch ein Lügner sei ⁴⁶⁾. Es kommt somit nicht darauf an, ob die Aussage objektiv unrichtig ist, sondern nur darauf, ob der Täter etwas Unwahres bekunden will (in der Absicht, den Lauf der Gerechtigkeit zu verkehren). Dies ergibt sich klar aus dem Gesetzestext, wonach, wenn der Täter sich nicht direkt der (subjektiven) Unwahrheit seiner Aussage bewußt ist, es bereits genügt, daß er seine Aussage nicht für wahr hält oder nicht für wahr halten konnte ⁴⁷⁾.

Fortsetzung Anm. 41): (Um sich die Arbeit der statutenmäßig erlaubten Sitzung zu erleichtern, wurden Zeugen von Friedensrichtern vorher formlos einvernommen).

42) R.v. Castiglione (1912) 106 L.T. 1023

43) Children and Young Persons Act, 1933, 23 Geo.V c.12

44) Für das Zivilverfahren gilt diese Besonderheit nicht. Hier gilt das unter IV Gesagte.

45) Vgl. Kenny Nr. 584

46) Kenny Nr. 464 mit Hinweis auf Bracton; vgl. auch die eindeutige Formulierung bei Cross & Jones 275, und das Beispiel R.v. Schlesinger (10 Q.B.670)

47) Vgl. dazu R.v. Mawbey 6 T.R. 619, 637, Allen v. Westley, Hetley 97

5. Die beschworene Tatsache muß weiter für den Rechtsstreit erheblich gewesen sein, "material in that proceeding". Dieser Grundsatz ist gemeinrechtlichen Ursprungs. Seinen Ausgangspunkt hat er in der Erwägung, daß solche Beweisaussagen, die außerhalb des Streitfalles liegen oder unwesentlich sind, für das Gericht ohne Bedeutung seien und somit als nichtssagend unberücksichtigt gelassen werden können, während das Wesen des Meineides gerade darin zu suchen sei, daß das Gericht bei der Entscheidung des ihm unterbreiteten Falles irregeführt werde.

Diese Voraussetzung des Meineides hat in unveränderter Form Aufnahme in der Perjury Act gefunden. Sie veranlaßte Kenny 48) (wohl unter Bezug auf den subjektiven Tatbestand) zu der kritischen Äußerung, daß diese milde Regel es oft einem Zeugen, der vorsätzlich falsch ausgesagt hat, ermöglicht, jeder Bestrafung zu entgehen. Indessen haben die Gerichte diesem in seiner Einschränkung nach englischer Ansicht nicht ganz unbedenklichen Tatbestandselement eine derart weite Auslegung gegeben, daß im Ergebnis nur noch wenige Fälle denkbar sind, die wegen tatsächlicher Unerheblichkeit aus dem Kreis strafbarer Meineidsdelikte hinausfallen. Als unwesentlich wurden nur solche Tatsachen anerkannt, die zu einem Streitpunkt des Verfahrens entweder in gar keiner Beziehung standen oder, soweit dies doch der Fall war, für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage vollkommen bedeutungslose Nebenumstände darstellen 49).

Die Vielzahl der über diesen Punkt ergangenen Entscheidungen hat die englischen Kriminalisten nicht veranlaßt, eine allgemeingültige Begriffsbestimmung des "material" aufzustellen. Man geht jedoch nicht zu weit, wenn man in Anlehnung an Halsbury 50) sagt, daß eine Beweisaussage dann wesentlich sei, wenn sie von solcher Natur ist, daß sie auf irgendeine Weise, sei es direkt oder indirekt, die Wahrscheinlichkeit in sich birgt, eine Entscheidung innerhalb des Verfahrens zu beeinflussen. Hierin kommt gleichzeitig der Gedanke klar zum Ausdruck, daß der Meineid ein gegen die Rechtspflege gerichtetes Gefährdungsdelikt ist.

So werden im einzelnen Aussagen, mit denen Fragen zur Prüfung der Glaubwürdigkeit des Zeugen wie auch bezüglich anderer Zeugen beantwortet wurden, als wesentlich angesehen, obwohl sie sich nicht direkt auf den Prozeßstoff selbst beziehen 51). Ebenso sind Aussagen, die das Gericht dazu veranlaßten, noch weiteres Beweismaterial zuzulassen, wesentlich genug, um eine Anklage wegen

48) Kenny Nr. 465

49) Vgl. insbesondere R.v. Holden (1872) 12 Cox C.C. 166

50) Halsbury V zu s. 1 der Perjury Act

51) R.v. Baker (1895) I.Q.B. 797;

R.v. Griepe 1 Ld. Raym. 256; 2 Salk. 513, zit. nach Archbold 1248; R.v. Tyson 11 Cox C.C. 1; R.v. Naylor 11 Cox C.C. 13; R.v. Alsop 11 Cox. C.C. 264

Meineids zu begründen 52). In gleicher Weise werden die Angaben zur Person als wesentlich betrachtet, "da sie den Grad des Vertrauens beeinflussen, den das Gericht dem Zeugen zuerkennen will" 53). Auf den Grad der Erheblichkeit kommt es in allen diesen Fällen nicht an 54).

Die Frage, ob eine Aussage einen prozeß-wesentlichen Umstand betrifft oder nicht, hat nach ausdrücklicher Vorschrift des Perjury Act der Richter zu entscheiden (s. 1 (6)), nicht die jury.

6. Gegenstand der falschen Aussage muß stets eine Tatsache sein. Obwohl, wie schon dargelegt (IV,1), die Äußerung einer Ansicht nicht als Beweisaussage angesehen wird, können nach herrschender Ansicht 55) doch sog. innere Tatsachen (mental facts) Gegenstand eines Meineides sein. Hierzu gehört vor allem die Behauptung, die sich auf das Erinnern 56), das Wissen, Glauben oder auch Denken bezieht, nicht indessen reine Meinungsäußerungen 57).
7. Nach der Perjury Act muß die falsche Aussage "wilfully" (wissentlich, vorsätzlich, absichtlich) abgegeben werden. Dieser, der deutschen Terminologie schwer einzuordnende Begriff wird von dem Amerikaner Burdick 58) als ein subjektives Element verstanden, das nach Common Law wie auch nach den verschiedensten Gesetzen bei bestimmten Delikten als ein weiterer geistiger Zustand (mental state) neben das allgemeine subjektive Element des freien Willens (voluntary will or intent) treten muß. Die Bedeutung von "wilfully" hat keine feste Umgrenzung erfahren. Die früher in England in lateinischer Sprache aufgesetzten Indictments bedienten sich des Ausdruckes "voluntarie". Im Anschluß daran und an die Erklärung von Hawkins 59) wird nunmehr wilfully mit Vorhaben, mit einigem Grad an Überlegung gedeutet. Dadurch soll sich die intentionally, die geplante Abgabe eines falschen Zeugnisses von der durch Überraschung (surprise), Unachtsamkeit (inattention) oder Irrtum hervorgerufenen unterscheiden. Die auf die zuletzt genannten Weisen verursachten falschen Aussagen werden dem Täter nicht zugerechnet, selbst dann nicht, wenn er keine begründete Veranlassung hatte, an die Richtigkeit seiner Angaben zu glauben. Denn allein das Vorhandensein oder das Fehlen des echten Glaubens in die

52) R.v. Phillpotts, 2 Den 302; 3 C & K 135; 21 L.J.M.C. 18, zit. nach Archbold 1249 mit weiteren Entscheidungen

53) Kenny Nr. 465, siehe auch R.v. Mullany L. & C. 593

54) Russell 299

55) Kenny Nr. 464; Halsburry V zu s. 1 Perjury Act; Russell 311; Stephen Com. 148; Wilshire 138; Hawkins II c. 69, s. 7 Anm. a; Cook, zit. nach Russell 311, Anm. 72

56) R.v. Schlesinger (1847) 2 Cox C.C. 200; 10 Q.B. 670

57) R.v. Crespigny (1795) 1 Esp. 280, zit. nach Russell

58) Burdick § 121 f. 311

59) Hawkins II c. 69, s. 2: "... mit einem Grad an Überlegung; denn es ist möglich, daß der falsche Eid weniger auf einer verkehrten Einstellung der Partei beruht als vielmehr auf einer Schwäche der Partei oder auf Überraschung oder Unachtsamkeit oder Irrtum."

Wahrheit der Aussage ist der Prüfstein der Verantwortlichkeit 60).

Als einziger von den englischen Kriminalisten meint Russell 61), daß der Meineid nicht nur "wilfully", sondern auch "corruptly" ausgeführt sein muß. Dieser Ausdruck wird von einigen früheren Statuten, wie 32 Hen. VIII c. 9, s. 3, und 5 Eliz. c. 9, s. 2, wie auch von Blackstone 62) gebraucht; indessen verwendet ihn weder Coke noch Hawkins (a.a.O.), noch kennt ihn die gegenwärtige Perjury Act. Über die Bedeutung dieses Ausdrucks ist im angloamerikanischen Rechtskreis bis jetzt noch keine Einigkeit erzielt worden. Blackstone (a.a.O.) legt ihn dahingehend aus, daß das Meineidsdelikt "malo animo" begangen sein muß. Da jedoch im englischen Recht der gesetzliche Tatbestand dieses subjektive Erfordernis nicht (mehr) kennt, und es somit nach Prozeßrecht nicht notwendig ist, daß es im Anklagebeschluß (indictment) angeführt wird, kann es, im Gegensatz zum amerikanischen Recht, hier unberücksichtigt gelassen werden.

Der Täter muß sich im übrigen der Rechtserheblichkeit der beschworenen Tatsache bewußt gewesen sein 63). Dabei stellt sich die Rechtsprechung auf den Standpunkt, daß ein vorheriger Hinweis auf die wesentliche Bedeutung der Tatsache nicht erforderlich sei 64). Allerdings müsse die Aufmerksamkeit des Angeklagten genügend auf die an ihn gestellte Frage gerichtet worden sein 65). Ob das mit der Absicht abgelegte falsche Zeugnis, das Gericht irrezuführen, nicht strafbar ist, wenn es für die verhandelte Sache völlig irrelevant und unwesentlich ist, ist gerichtlich noch nicht entschieden worden 66).

8. Die englische Rechtsprechung wie auch die Kriminalisten lassen jede Behandlung der Vollendung der falschen Aussage vermissen. Jedoch ist man insoweit zu der Überzeugung gelangt, daß dem falschen Eid weder geglaubt werden noch daß er irgendeinen Schaden hervorgerufen haben muß 67). Lediglich bei Erörterung der Eidesleistung in einem Affidavit führt Russell 68) konkret an, daß das Delikt dann als begangen angesehen wird, wenn der Zeuge den Eid auf die Wahrheit des Affidavits geleistet hat, wobei es dann nicht mehr darauf ankommt, ob das Schriftstück bei Gericht eingereicht oder in sonstiger Weise gebraucht worden ist. Man kann wohl für die mündliche Aussage daraus

60) Stephen Com. 148

61) Russell 309

62) Blackstone Com. Bd. IV, 137

63) Wilke 96

64) So R.v. London (1871) 12 Cox C.C. 50, a.A. vorher die mißbilligte Entscheidung R.v. Stolady (1859) 1 F. & F. 518

65) Russell 309, Wilshire 137

66) Russell 300 (mit Hinweis auf R.v. Mollany L. & C. 593, 596)

67) Russell 296

68) Russell 297

ableiten, daß hier die Vollendung mit der Abgabe der betreffenden Zeugenaussage eintritt und nicht etwa, wie im romanischen Rechtskreis, erst mit Beendigung der Verhandlung. Die Berechtigung dieser Annahme kann insbesondere darauf gegründet werden, daß im amerikanischen Rechtskreis eine noch in der gleichen Vernehmung vorgebrachte Berichtigung keine Berücksichtigung mehr erfährt (69).

Wird schon hinsichtlich der Vollendung von der gesamten englischen Strafrechtsliteratur nichts erwähnt, so ist dies erst recht beim Versuch der Fall. Ein Blick auf das amerikanische Recht (70) zeigt indessen, daß dort der Versuch eines Meineides als juristisch möglich angesehen wird. Dabei wird zur Begründung dieser Ansicht auf englische Entscheidungen Bezug genommen. Diese Entscheidungen betreffen aber nur die allgemeine Problematik der Versuchsfälle. Das Schweigen der englischen Literatur zu dem besonderen Problem des Versuchs beim Meineid läßt nur den Schluß zu, daß die Aussage als Ganze in die Erscheinungswelt tritt und ein Versuch dabei begrifflich nicht möglich ist. Die Richtigkeit dieser Ansicht wird von einer Bemerkung Archbolds (71) unterstrichen, wonach der Meincid ex vi termini nicht verursacht werden kann.

9. Bedroht wird der gerichtliche Meineid in s. 1 (1) der Perjury-Act mit Gefängnis bis zu 7 Jahren oder mit einer vom Gericht nach freiem Ermessen festzusetzenden Geldstrafe oder mit beiden Strafen zugleich. An die Verurteilung knüpft sich nicht eine Unfähigkeit, in Zukunft eidlich vernommen zu werden.
10. Sofern ein Richter oder eine sonstige, in s. 9 der Perjury-Act angeführte Gerichtsperson der Ansicht ist, daß im Laufe des durchgeführten Verfahrens von jemandem ein Meineid geschworen wurde, kann sie die Strafverfolgung wegen Meineids anordnen, wenn dies begründet erscheint (s. 9 Perjury-Act).

Die Strafverfolgung wegen Meineids hat nach dem strengen Law of Evidence die Voraussetzung, daß zum Beweis der Falschheit der beschworenen Zeugenaussage mehr als nur die Bekundung eines Zeugen dagegen steht. S. 13 der Perjury-Act fordert daher noch zusätzlich einen Stützungs- (Bestätigungs-)Beweis (corroborative evidence). Dieser Be-

69) Für das amerikanische Recht: Am. Jur. Bd. 41 Perjury § 7: "... if false material testimony is knowingly given, perjury has been committed, and nothing thereafter done can alter the situation."

70) Wharton § 1594, Bishop § 1055, 1, beide mit Hinweis auf R.v. Tayler 1 F. & F. 511, und R.v. Chapman 3 Cox C.C. 467; die Zitatstelle: Stephen Art. 138 ist für die letzten Auflagen (5. Aufl. 1887, 6. Aufl. 1904, 7. Aufl. 1926, 9. Aufl. 1950) nicht zutreffend.

71) Archbold 1460

weis kann durch Urkunden, durch ein vom Angeklagten selbst herrührendes Schriftstück oder auch durch einen zweiten Zeugen geführt werden. Dagegen reicht die Tatsache, daß der Angeklagte bei zwei verschiedenen Gelegenheiten einander widersprechende Angaben unter Eid gemacht hat, nicht zur Verurteilung wegen Meineids aus. Sowohl aus der Möglichkeit, daß beide Aussagen, wenn auch unterschiedlich, in der Überzeugung ihrer Wahrheit abgegeben worden sein können, als auch aus der Unzulässigkeit heraus, bei Fehlen sonstiger Beweismittel ein Alternativurteil zu fällen, müßte ein eingeleitetes Meineidsverfahren zum Freispruch führen 72).

VI. Falsches Schwören

Von den vorstehend erörterten meineidlichen Aussagen unterscheiden sich die folgenden Deliktsarten im wesentlichen dadurch, daß sie außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens abgegeben werden. Die Angriffsrichtung dieser Delikte kann daher nicht wie bei jenen in der Gefährdung der Rechtspflege liegen; geschütztes Rechtsgut ist hier ganz allgemein die Staatstätigkeit, wie sie im Rechtsverkehr mit den Behörden oder in bestimmten Teilen der staatlichen Verwaltung in Erscheinung tritt.

Der innere Aufbau dieser Delikte schließt sich eng an den der falschen eidlichen Aussage vor Gericht an und bedarf nur noch in vereinzelten Punkten einer besonderen Erörterung.

Zunächst behandelt s. 2 (1) der Perjury Act 73) in allgemeiner Form jede meineidliche Aussage außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens. Es handelt sich hierbei um eine auf Grund einer Rechtsvorschrift vorsätzlich abgegebene unwahre eidliche Aussage (oder auch Affidavit) über eine Tatsache, die für den mit der Erklärung verfolgten Zweck erheblich ist, wobei, wie beim Meineid - jedoch im Gegensatz zu den folgenden Delikten - dem Bewußtsein der Unwahrheit einer Tatsache das Nichtglauben an ihre Wahrheit gleichgestellt wird.

72) Vgl. hierzu Wilke 99 f, Kenny Nr. 571, Wilshire 141 f mit weiteren Nachweisen

73) Section 2:

(1) Wenn jemand, von dem kraft Gesetzes eine eidliche Aussage verlangt wird oder der kraft Gesetzes zu einer solchen Aussage berechtigt ist, vorsätzlich für irgend einen Zweck (außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens) eine Aussage macht, die für diesen Zweck wesentlich ist, und von der er weiß, daß sie falsch ist oder die er nicht für wahr hält; oder

(2) vorsätzlich ein falsches Affidavit gebraucht für die Zwecke der Bills of Sales Act von 1878 und deren späteren Ergänzungsgesetzen; soll eines misdemeanor's schuldig sein und auf Grund eines "indictment's" zu einer Gefängnisstrafe bis zu 7 Jahren oder zu einer Geldstrafe oder zu beiden Strafen verurteilt werden.

Es handelt sich hierbei um Erklärungen, die im Rechtsverkehr eine Rolle spielen, z.B. in Verbindung mit einem bill of sales, einem sog. "Kaufbrief". Die in Frage kommenden Fälle sind in einem besonderen Statut, dem "Commissioner for Oath Act" von 1889 ⁷⁴⁾ zusammengefaßt, das zugleich auch die Personen bezeichnet, die zur Abnahme eines Eides für solche Aussagen berechtigt sind.

2. Der Absatz (2) der Sektion 2 stellt die vorsätzliche Verwendung eines eine unwahre Tatsache bekundenden Affidavits zu einem in der Bills of Sales Act von 1878 ⁷⁵⁾ und ihren Nachtragsgesetzen vorgesehenen Zweck unter Strafdrohung. Das Benutzen (use) des Affidavits ist dabei nicht als Ingebrauchnehmen einer falschen Urkunde anzusehen, sondern nach englischer Rechtsauffassung als eine Aussage zu betrachten, die durch das Verwenden eines Affidavits erfolgt.

Es erhebt sich nunmehr die Frage, in welchem Verhältnis die Vorschrift des 1. und 2. Abs. zueinander stehen, da es offenbar ist, daß ein falsches Affidavit schon bei seiner Errichtung unter die Strafvorschrift des Abs. (1) fällt. Die englischen Kriminalisten geben hierauf keine Antwort; auch in der Rechtsprechung scheint das Problem noch nicht aufgerollt worden zu sein. Abs. (2) erhält seine selbständige Stellung m.E. nur dadurch, daß als Täter nur eine dritte, vorher noch nicht mit der Errichtung des falschen Affidavits befaßte Person in Frage kommt.

3. Als eine weitere falsche Aussage, die sich durch ihren Inhalt besonders kennzeichnet, erwähnt s. 3 (1) (a) die vorsätzliche Abgabe einer unwahren eidlichen (oder auch uneidlichen, vgl. VII 2a) gesetzlich vorgeschriebenen Erklärung zur Ermöglichung einer Eheschließung oder zur Erlangung einer Bescheinigung über ein Aufgebot.

Die angeführten Tatbestände werden wie der gerichtliche Meineid mit Gefängnis bis zu 7 Jahren oder mit einer vom Gericht nach freiem Ermessen festzusetzenden Geldstrafe oder mit beiden Strafen bestraft. In besonders leichten Fällen kann im behandelten dritten Fall im summarischen Verfahren auf eine Geldbuße bis zu 50 Pfund erkannt werden (s. 3 (1) (a) Perjury Act i.V. m. s. 28 (1) Criminal Justice Act von 1925).

VII. Die uneidliche Erklärung

Als eine weitere Bekundungsform kennt das englische

74) 52 & 53 Vict. c. 16

75) Das Statut regelt die rechtliche Übertragung von Gütern und Rechten.

Recht noch die uneidliche Abgabe einer Erklärung. Die außerordentlich kasuistisch gefaßten Tatbestände lassen eine Unterscheidung dahingehend erkennen, daß sich gewisse Aussagen bei nicht näher gekennzeichnetem Inhalt auf bestimmte, in s. 5 Perjury Act bezeichnete Urkunden beziehen und daß andere Aussagen sich mit Gegenständen befassen, die für gewissen staatliche Verwaltungshandlungen notwendig sind (s. 3,4 und 6 Perjury Act).

Die verschiedenen Arten uneidlicher falscher Erklärungen, die erschöpfend in der Perjury Act erfaßt sind, richten sich im umfassenden Maße gegen die Staatstätigkeit, da die einzelnen Bekundungen für die staatliche Verwaltungstätigkeit oder sonst im öffentlichen Interesse eine verhältnismäßig bedeutende Rolle spielen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die folgenden Delikte zum Teil nur noch eine sehr weitläufige Verwandtschaft zu den eigentlichen Meineidsdelikten aufweisen ⁷⁶⁾, da gewisse Tatbestände nach der dogmatischen Auffassung des deutschen Strafrechts der mittelbaren Urkundenfälschung außerordentlich nahe stehen, wenn nicht gar gleichen.

Die englische Strafrechtsliteratur hat die uneidliche falsche Erklärung außerordentlich stiefmütterlich behandelt; kaum ein Autor erwähnt von ihnen mehr als nur den reinen Gesetzestext. Die genannte Deliktsgruppe weicht aber auch kaum von den Erfordernissen ab, die schon für den gerichtlichen Meineid aufgestellt worden sind.

Nach s. 5 wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren, neben das oder an Stelle dessen eine in ihrer Höhe dem freien Ermessen des Gerichts unterliegende Geldstrafe treten kann, bestraft, wer eine vorsätzliche unbeeidigte Erklärung abgibt über eine rechtserhebliche Tatsache:

- a) in einer (außergerichtlichen) eidesstattlichen Versicherung im Sinne der Statutory Declaration Act von 1835 ⁷⁷⁾. Dieses Statut einschließlich der Ergänzungsverordnungen (vgl. s. 15(2) Perj. Act) bestimmt alle die Fälle, in denen die Abgabe einer solchen Erklärung zulässig und möglich ist. Der Ausdruck statutory declaration bezeichnet eine schriftliche ehrenwörtliche Erklärung und entspricht somit sinngemäß der deutschen eidesstattlichen Versicherung. Inhaltlich handelt es sich meistens um Erklärungen in Bezug auf die Vermögenslage einer Person, die insbesondere der Feststellung der Steuerpflicht der verschiedensten Arten dienen und den betreffenden Behörden gegenüber anzugeben sind.
- b) in einer in Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung oder in Ausübung einer gesetzlichen Befugnis ausgestellten bestimmten Urkunde, wie etwa in einem Rechnungsabschluß, einem amtlichen Zeugnis, einem Schätzungsprotokoll, einem Vermögensverzeichnis oder auch einem Wahlbericht.

76) Die Perjury Act spricht in ihrer Präambel selbst von "kindred offences".

77) 5 & 6 Will. c. 62

- c) in einer auf Grund irgendeiner gesetzlichen Bestimmung erforderlichen mündlichen Erklärung oder Antwort.
2. Neben den vorstehend erwähnten Delikten stellt die Perjury Act auch solche uneidliche Aussagen unter Strafe, die sich auf einen bestimmten Gegenstand staatlicher Verwaltungstätigkeit beziehen. Das Erfordernis der Wesentlichkeit wird hier vom Gesetz nicht ausdrücklich erwähnt, doch ergibt sich dieses Tatbestandselement schlüssig aus dem Umstand, daß der Gesetzgeber es für wert hält, die einzelnen Arten der Erklärung besonders aufzuführen. So werden
- a) nach s. 3 alle diejenigen vorsätzlichen falschen Angaben, die sich auf die Eheschließung, auf die Eintragung derselben in das Heiratsregister oder auf die Erteilung der Zustimmung zur Eheschließung beziehen, beim Meineid mit Gefängnis bis zu 7 Jahren bestraft, neben das oder an dessen Stelle eine vom Gericht nach freiem Ermessen zu bestimmende Geldstrafe treten kann. Im summarischen Verfahren ist eine einfache Geldstrafe bis zu 50 Pfund möglich.
 - b) nach s. 4 vorsätzliche unwahre mündliche oder schriftliche Erklärungen über eine mit Geburt oder Tod einer Person zusammenhängende Tatsache gegenüber einem Standesbeamten (registrar of births and deaths) oder die anderweitige Verwendung solcher unwahren Erklärungen mit Gefängnis bis zu 7 Jahren bestraft, an Stelle dessen auch auf eine frei zu bemessende Geldstrafe erkannt werden kann. Im summarischen Verfahren kann eine Geldstrafe bis zu 50 Pfund ausgesprochen werden.
 - c) nach s. 6 vorsätzliche mündliche oder schriftliche Angaben oder die Verwendung einer falschen oder betrügerischen Erklärung oder die vorsätzliche Veranlassung ihrer Abgabe oder Verwendung zu dem Zweck, die zur Ausübung eines der Volksgesundheit dienenden Berufes gesetzlich erforderliche Eintragung in ein Register oder eine Bescheinigung über eine solche Eintragung zu erlangen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit einer Geldstrafe oder mit beidem bestraft.

VIII. Die Berichtigung der falschen Erklärung

Im englischen Recht wird eine nach Abgabe der falschen Erklärung vorgenommene Berichtigung nicht mehr berücksichtigt. Dies kommt zwar in der englischen Strafrechtsliteratur nirgends positiv zum Ausdruck, doch kann das Schweigen der Kriminalisten wie auch das Fehlen jeder diesbezüglichen Entscheidung nicht anders gedeutet werden (vgl. im übrigen auch die Ausführungen unter V, 8).

IX. Der Aussagenotstand

Wie die Berichtigung erwähnt die Perjury Act auch nicht den sog. Eidesnotstand, bei dem ein Zeuge falsche Angaben macht, um von sich (oder auch seinen Angehörigen) die

Gefahr strafrechtlicher Verfolgung abzuwenden. Auch Literatur und Rechtsprechung behandeln diesen Fall nicht. Es ist aber angesichts des dem Zeugen zustehenden Zeugnisverweigerungsrechts auch wenig wahrscheinlich, daß der Zeuge, der sich dieses Vorrechtes entschlägt und in der Folge falsch aussagt, sich noch auf einen strafbeeinflussenden Fidesnotstand berufen kann, da nach den allgemeinen Verteidigungseinwänden (general defences) die persönliche Zwangslage (personal necessity) nicht die Begehung eines Deliktes "rechtfertigt" (justifies) 78).

X. Die Anstiftung zum Meineid

Der Darstellung des folgenden Abschnittes stellen sich erhebliche Schwierigkeiten entgegen, die zum einen daher rühren, daß die englische Strafrechtsliteratur den unter dem Ausdruck "subornation of perjury" in der Perjury Act enthaltenen Tatbestand äußerst dürftig, ja oft nur mit einem Hinweis behandelt, und daß zum anderen den mit dieser Verleitung zum Meineid im begrifflichen Zusammenhang stehenden weiteren Teilnahmemöglichkeiten ein System von Teilnahmeformen zu Grunde liegt, das sich von dem deutschen erheblich unterscheidet.

Eine Erörterung der subornation of perjury wäre daher unvollkommen, wenn nicht zugleich auch die Grundformen der Täterschaft und Teilnahme im englischen Strafrecht aufgezeigt würden 79).

Das englische Strafrecht kennt vier Formen der Täterschaft und Teilnahme: principal in the first degree, principal in the second degree, accessory before the fact und accessory after the fact, wobei die letzte Form als der Begünstigung des deutschen Rechts entsprechend außer Betracht gelassen werden kann.

Principal in the first degree ist derjenige, der das Verbrechen entweder direkt oder durch einen schuldlos Handelnden (innocent agent) begeht 80). Die letzte Begehungsförm gewinnt für die spätere Behandlung des nach deutschem Recht als Verleitung zum Falscheid zu bezeichnenden Deliktes besondere Bedeutung. Nach Straub 81) fallen unter den Begriff des "innocent agent" insbesondere auch die "irresponsible agents". Neben Personen, die von vornherein für ihr Tun strafrechtlich unverantwortlich sind, wie Kinder unter 8 Jahren, Geistes- kranke und - schwache, gehören hierzu auch diejenigen

78) Wilshire 22 ff. Wie wenig im übrigen im engl. Strafrecht eine klare dogmatische Trennung von Rechtfertigungs- und von Entschuldigungsgründen durchgeführt wird, dazu siehe Radbruch 73 ff.

79) Im einzelnen hierzu siehe Straub, Täterschaft und Teilnahme im englischen Strafrecht

80) Cross and Jones 63, Archbold 1465

81) Straub 23 ff

Personen, die sich des Unrechts ihrer Handlung nicht bewußt sind, weil sie in Unkenntnis über die Folgen ihrer Handlung gehalten wurden. Diese Begehungsform durch ein "innocent agent" entspricht der dem deutschen Recht bekannten Figur der mittelbaren Täterschaft.

Als principal in the second degree wird derjenige angesehen, der das Delikt zwar nicht selbst begeht, doch bei der Ausführung anwesend ist und den Haupttäter unterstützt (assists) 82). Nach Common Law wird die Unterstützungstätigkeit mit "aiding and abetting" umschrieben. Unter "aiding" wird die physische Unterstützung im Sinne von Helfen verstanden. "Abetting" bedeutet als psychische Unterstützung ein "Anreizen" in dem Sinne, daß durch dieses Verhalten im Haupttäter das Gefühl erregt wird, einen Gleichgesinnten gefunden zu haben, der ihm unter Umständen bei der Ausführung der Tat behilflich sein wird 83). Da es für diese Rechtsfigur nicht nötig ist, daß der principal in the second degree den Haupttäter erst auf die Möglichkeit der Tat hinweist oder ihn dazu überredet, dieser vielmehr schon zur Tat entschlossen sein kann, unterscheidet sich das "abetting" in auffälliger Weise von der Anstiftung des deutschen Rechts. Ein Vergleich mit dem Gehilfen ist angebracht 84). Der principal in the second degree wird sowohl bei einer felony als auch bei einem misdemeanor wie ein Haupttäter bestraft.

Die weitere Figur, die "accessory before the fact" ist sowohl nach Common Law als auch nach Statute Law 85) dann gegeben, wenn jemand, obwohl er bei der Begehung des Deliktes abwesend ist, einen anderen herbeischafft (procures), ihm rät (counsels) oder befiehlt (commands), oder ihn anreizt (abets), die Tat zu begehen. Entscheidendes Merkmal der Unterscheidung zwischen accessory und principal in the second degree ist somit die An- oder Abwesenheit bei der Tatbegehung. Die Handlungsweisen liegen bei dieser Teilnahmeform vor allem auf dem Gebiete psychischer Unterstützung. Daneben wird nach neuerer Rechtsprechung auch die physische Unterstützung in die Tätigkeit des procuring einbezogen. Auch beim accessory ist es nicht erforderlich, daß er im Täter den Tatvorsatz erregt. Jede Beeinflussung des schon willigen Täters genügt. Das Strafmaß ist das gleiche wie beim Haupttäter.

Der Begriff der accessory before the fact schließt daher im großen und ganzen den des Anstifters im deutschen Recht in sich ein 86). Indessen muß hierbei beachtet werden, daß diese Rechtsfigur nur im Hinblick auf eine felony möglich ist. Bei einem misdemeanor würde der,

82) Cross and Jones 63 ff, Archbold 1466

83) Vgl. Straub 26 ff mit weiteren Hinweisen

84) Vgl. Straub 70

85) Accessories and Abettors Act von 1861, 24 & 25
Vict. s. 94; im übrigen Archbold 1472, und
Straub 38 ff

86) Vgl. dazu Straub 70

der im Falle des felony accessory before the fact sein würde, principal offender sein 87).

Ist die strafbare Handlung nicht begangen worden, so ist zwar eine Verurteilung wegen accessory oder aiding and abetting nicht möglich, doch stellt das bloße Auffordern und Anstacheln (soliciting and inciting), das Delikt zu begehen, ein misdemeanour des Common Law dar 88). Die erfolglose Anstiftung wird somit im englischen Recht als delictum sui generis betrachtet. Folgerichtig wird daher auch bestraft, der erfolglose Versuche, zur Begehung des Deliktes anzustiften 89). Die Straffolge dieses misdemeanours ist Gefängnis und/oder Geldstrafe.

2. Die in der Perjury Act s. 7 90) enthaltene Vorschrift regelt vier Fälle: in Abs. I das aiding and abetting, die accessory und die eigentliche subornation, und in Abs. II die erfolglose Anstiftung. Die im Laufe der Rechtsentwicklung dem gerichtlichen Meineid (perjury) gleichgestellten false oaths und sonstigen im Perjury Act enthaltenen Verstöße werden nunmehr von der angeführten Vorschrift ebenfalls berücksichtigt.

a. Das aiding and abetting, das Helfen und Anstacheln (Vorschub leisten) bedarf im Hinblick auf die schon dargestellte allgemeine Regelung keiner weiteren Erörterung. S. 7 der Perjury Act wiederholt lediglich für sämtliche in der Act enthaltenen Delikte die Regeln des Common Law. Der Täter wird wie der Haupttäter bestraft.

b. Das gleiche gilt bezüglich derjenigen Handlungen, die, wenn sie hinsichtlich einer felony begangen worden wären, den Tatbestand einer accessory before the fact darstellen

87) So das Common Law, vgl. Archbold 1472, und die Accessories and Abettors Act s. 8; a.A. anscheinend Stephen, Comm. 30, der ihn als einen Täter im 2. Grad betrachtet. Im Strafergebnis würde sich jedoch dadurch nichts ändern.

88) Archbold 1457 ff. Wird das Hauptdelikt jedoch vollendet, so wächst die Verantwortlichkeit des Anstifters, der nunmehr als Haupttäter behandelt wird (Kenny Nr. 58).

89) R.v. Ransford (1870) 13 Cox C.C. 9, zit. nach Wilshire 43 (A sendet B einen Brief, in dem zur Begehung einer felony aufgefordert wird. B. liest den Brief nicht).

90) Section 7:

(1) Jeder, der einem anderen hilft, ihn anreizt (abets) berät (counsels), herbeischafft (veranlaßt, procures) oder verleitet (suborns), einen Verstoß wider diesen Akt zu begehen, soll sich im ordentlichen Verfahren auf Grund eines "indictment" verantworten und so bestraft werden, als wäre er der Haupttäter (principal offender).

(2) Jeder, der einen anderen auffordert, oder ihn herbeizuschaffen oder zu verleiten versucht, gegen diesen Act zu verstoßen (who incites or attempts to procure or suborn another person to commit an offence against this Act), hat ein misdemeanour begangen und soll auf Grund eines "indictment's" zu Gefängnis oder zu einer Geldstrafe oder zu beiden Strafen verurteilt werden.

würden, nämlich des counselling (Beraten) und des procuring (Herbeischaffen).

Für die Strafbarkeit ist es in jedem Falle notwendig, daß die Haupttat begangen wird. Die Handlungen werden bestraft wie im Falle des Haupttäters. Auch hier enthält s. 7 somit im Grunde nichts anderes als die schon weiter oben dargelegten allgemeinen Regeln des Common Law.

Als weitere Tätigkeit erwähnt der erste Absatz der s.7 noch die (eigentliche) subornation, die Verleitung. Die Bedeutung dieses Wortes wird kaum mitgeteilt. Man wird ihr wohl am besten gerecht, wenn man in Anlehnung an das Common Law ⁹¹⁾ und an das hier klarere amerikanische Recht, das z.T. auch von induce (herbeiführen), instigate (anstiften), incite (anstacheln) und persuade (überreden) spricht ⁹²⁾ unter "subornation of perjury" die vorsätzliche Anstiftung eines anderen zur Leistung eines vorsätzlich falschen Eides versteht, wobei ein solcher Eid tatsächlich abgegeben wird.

Die Verleitung zum Meineid fordert daher im einzelnen auf Seiten des Erklärenden, daß die Aussage wesentlich und falsch ist und vorsätzlich abgegeben wird, und auf Seiten des Verleiters, daß dieser von der Unwahrheit der abzugebenden Aussage und darum weiß, daß der Erklärende diese falsche Aussage vorsätzlich abgibt. Man kann daher sagen, daß die Verleitung zum Meineid im materiellen Sinn vollakzessorisch ist.

Dies hat indessen nicht gehindert, daß der Meineid und die Verleitung zum Meineid im Common Law als zwei selbstständige Tatbestände behandelt wurden ⁹³⁾; historisch gesehen ist die subornation of perjury sogar vor dem Meineid strafbar gewesen. Die vorliegende Formulierung der Sektion 7 Perjury Act, die die subornation als Alternative (or suborns) zu den vorher angeführten Begehungsformen der accessory before the fact aufzählt, läßt den Schluß zu, daß das englische Recht von der selbständigen Stellung der subornation of perjury abgegangen ist und sie im Hinblick auf die Eidesdelikte als eine weitere speziell bezeichnete Tätigkeit der accessory untergeordnet hat.

c. Die erfolglose Anstiftung, das "inciting and soliciting" des Common Law, wird hinsichtlich aller im Perjury Act aufgeführten Delikte im Abs. II der s. 7 nochmals ausdrücklich unter Strafe gestellt. Nach strenger Terminologie darf in dem "inciting" (Anstacheln, Auffordern) nichts anderes verstanden werden als die reine Tätigkeit des Aufforderns, der eine Ausführung der aufgeforderten Tat nicht folgt. Dem entspricht es, wenn das Gesetz bei Tätigkeiten, die, wie im Abs. I der s. 7, die Tatbegehung zur Folge haben, nur von einem Versuch "herbeizuschaffen oder zu verleiten" spricht. Die erfolglose Anstiftung wird mit einer frei zu bemessenden Gefängnis- oder Geldstrafe oder mit beidem bestraft.

91) Hawkins II c. 69 s. 10

92) Burdick § 332 ff, Am Jur Bd. 41, Perjury § 74

93) Blackstone IV 138

Der Umstand, daß s. 7 die allgemeinen Regeln des Common Law wiederholt, hat Stephen 94) nicht zu Unrecht zu der kritischen Bemerkung veranlaßt, daß die Erwähnung der subornation of perjury überflüssig erscheine, was im übrigen aber auch von der ganzen Sektion 7 gesagt werden könne.

d. Die Perjury Act enthält keine weitere Bestimmung mehr über die dem deutschen Recht unter diesem Namen bekannte Verleitung zum Falscheid. Das Problem ist bis jetzt anscheinend noch nicht Gegenstand irgendeiner Entscheidung gewesen, was auch erklärt, daß die Strafrechtsliteratur diesen Fall überhaupt nicht erwähnt. Die Lösung der Frage bereitet jedoch keine weiteren Schwierigkeiten, wenn man sich die Rechtsfigur der mittelbaren Täterschaft des principal in the first degree durch Verwendung eines unverantwortlichen Mediums vergegenwärtigt 95). Das englische Recht kommt somit bei den Meineids- und gleichgearteten Delikten wie das deutsche Recht zu einer Bestrafung aller für den anglo-amerikanischen Rechtskreis eigentümlichen Teilnahmeformen.

XI. Die fahrlässige falsche Erklärung

Wie schon den Darstellungen zum subjektiven Tatbestand des Meineidsdeliktes entnommen werden konnte, kennt das englische Strafrecht keinen fahrlässigen Meineid 96).

94) Stephen Digest Art§ 186, Anm. 5; im gleichen Sinne auch Wilke 97

95) Nach einer Mitteilung bei Stooß 362 nimmt Kenny, ohne, wie er anführt, sich auf andere Autoritäten stützen zu können, an, daß in diesem Falle eine mittelbare Täterschaft durch einen "innocent agent" nicht angenommen werden könne, sondern daß hier wohl nur eine Verurteilung wegen eines Common-Law-misdemeanor (obstructing the course of public justice) in Frage käme. Eine Begründung, weshalb mittelbare Täterschaft nicht angenommen werden könne, gibt Kenny nicht. Solange jedoch in der englischen Strafrechtsliteratur die besondere Natur der eigenhändigen Delikte nicht erkannt wird, erscheint mir die angeführte Lösung die folgerichtigste.

96) Kenny Nr. 464

Die Vereinigten Staaten von Amerika

I. Das geschützte Rechtsgut

In seiner Darstellung der Meineidsdelikte der Vereinigten Staaten von Amerika ist Stooß ¹⁾ im Anschluß an Beale ²⁾ der Meinung, daß die strafrechtliche Behandlung der Meineidsdelikte die gleiche sei wie in England. Diese Ansicht kann heute nur noch bedingt Anspruch auf Richtigkeit erheben. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, daß in der Zwischenzeit die englische Perjury Act in Kraft getreten ist, und zum anderen darauf, daß die neueren Gesetzgebungswerke innerhalb der Vereinigten Staaten vielfach eigene, sich vom alten Common Law lösende Wege gegangen sind. Dabei ist besonders zu beachten, daß die Strafgesetzgebung sowohl Angelegenheit des Bundes als auch der einzelnen Staaten ist. Dadurch entsteht ein zum Teil uneinheitliches Bild bei der Behandlung der Eidesdelikte. Gleichwohl sind die Grundzüge unverkennbar, die das amerikansche Strafrecht mit dem englischen verbinden.

Die Frage nach dem geschützten Rechtsgut hat in der amerikanischen Gesetzgebung und Strafrechtsliteratur eine ähnliche unergibige Behandlung erfahren wie in England. So verzichtet z.B. das Bundes-StGB (Titel 18 des United States Code) wie auch die Penal Codes von Idaho, Michigan und New York auf jede systematische Gliederung der einzelnen Delikte und begnügen sich mit einer alphabetischen Aufzählung der einzelnen Deliktsgruppen. Der Penal Code von Californien faßt dagegen die Eidesdelikte neben der Bestechung, Gefangenenbefreiung, Beweisfälschung u.a.m. im Anschluß an die gegen die Staatsgewalt, das Wahlrecht, die exekutive und gesetzgebende Gewalt gerichteten Delikte unter dem Titel: "Verbrechen gegen die öffentliche Justiz" zusammen. Und die neueste Kodifikation, das StGB von Louisiana, regelt die Eidesdelikte unter den gegen die eingesetzte Regierung gerichteten Vergehen, wozu u.a. auch der Verrat und die Bestechung gerechnet werden.

Die Literatur läßt jede Behandlung der angeschnittenen Frage vermissen. Lediglich Burdick ³⁾ erwähnt kurz, daß sich der Meineid seiner Natur nach gegen die Justizverwaltung (administration of justice) richte, während Perkins ⁴⁾ in umfassenderer Weise vom sozialen Interesse an der Integrität einer beschworenen Aussage in einem gerichtlichen Verfahren spricht.

Die knappen Angaben deuten darauf hin, daß sich im amerikanischen Recht die Eidesdelikte gegen die streitentscheidende Staatstätigkeit richten und somit als Delikte gegen die Rechtsprechung angesehen werden können.

-
- 1) Stooß 364
 - 2) Beale in Strafgesetzgebung der Gegenwart in Vgl. Darst. Bd. II, Berlin 1899, S. 211, Anm. 1
 - 3) Burdick § 318
 - 4) Perkins 205 f

Während der Meireid (perjury) nach Common Law als ein misdemeanor angesehen wurde, haben die einzelnen Gesetze ihm nunmehr den Charakter einer felony beigelegt. Hierin kommt eine Abweichung vom englischen Recht zum Ausdruck, die ihren Kern darin hat, daß die Deliktsnatur in den amerikanischen statutes sich nach der im einzelnen angeordneten Strafe bemißt. So werden generell alle die Delikte, die die Todesstrafe oder Gefängnis im Staatsgefängnis (state prison) nach sich ziehen, als felonies betrachtet. Alle anderen Rechtsbrüche werden als Misdemeanors klassifiziert 5).

Die in der Perjury Act klar durchgeführte Trennung in gerichtlichen Meineid und außergerichtlichen falschen Schwur findet sich nicht in allen amerikanischen Kodifikationen. So schließt z.B. die gesetzliche Definition des perjury im Bundesstrafrecht, in Californien, Louisiana oder auch Idaho den falschen Schwur in sich. Einige Staaten sehen in dem falschen Schwur eine mindere Art des Meineids und andere wiederum erblicken in ihm ein nach Common Law vom Meineid unabhängiges Delikt (z.B. Michigan).

Während die einzelnen Kodifikationen bei der Behandlung der Meineidsdelikte die uneidliche Aussage 6) nicht berühren, haben sie in jedem einzelnen Fall Vorschriften über die "subornation" aufgenommen.

Die folgende Darstellung geht vom gerichtlichen Meineid aus und behandelt dabei in einem weiteren Abschnitt die Besonderheiten des "false swearing", das ja in einigen Staaten als selbständiger Tatbestand neben den Meineid (perjury) tritt. Daran wird sich die Erörterung der "subornation of perjury" anschließen. Im übrigen wird, um Wiederholungen in der Erörterung spezifisch anglo-amerikanischer Rechtsfiguren und -einrichtungen zu vermeiden, auf die Darstellung der Meineidsdelikte im englischen Recht verwiesen.

II. Die Eidesform

Obwohl der Eid, der die Grundvoraussetzung einer Strafverfolgung wegen Meineids ist, in einer feierlichen Form und vor einem dazu berechtigten Beamten abgelegt werden muß, ist es nach herrschender Ansicht 7) gleichgültig, in welcher Form die Abgabe erfolgt. Wesentlich ist allein nur der Umstand, daß der Schwörende bei der Eidesleistung

5) Burdick §§ 80, 81

6) Derartige Erklärungen, wie z.B. die Einkommenssteuererklärung, werden oft "unter den Strafen des Meineids" abgegeben. Perkins 207 nennt diese Deliktsart "constructive perjury". Die diesbezüglichen Strafvorschriften sind anscheinend in den Spezialvorschriften enthalten.

7) AmJur § 15, Wharton § 1517

die Form als für sein Gewissen verbindlich erklärt 8). Man geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Form, deren sich der Schwörende bei der Eidesleistung bedient, seinem Glauben entspricht. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß in dem Falle, in dem ein Gesetz eine bestimmte Form der Eidesleistung vorschreibt, diese in ihren wesentlichsten Zügen beachtet werden muß.

III. Die formelle Gültigkeit der Erklärung und ihr Einfluß auf die Strafbarkeit

Obwohl die Beweisregeln des amerikanischen Rechtskreises in vielen einzelnen Punkten von denen der englischen Gerichte abweichen, stimmen die Prinzipien der beiden Systeme doch überein. Auf die prozessualen Erfordernisse des englischen Rechtes kann daher generell verwiesen werden. Die folgende Darstellung beschränkt sich somit darauf, die Konsequenzen aufzuzeigen, die die Verletzung gewisser formeller Regeln auf die Strafbarkeit einer falschen Erklärung im amerikanischen Rechtsleben hat.

Entgegen dem englischen Recht scheint das amerikanische keine absolute Zeugnisunfähigkeit zu kennen. So erklärt Wharton 9) eindeutig, daß, wenn ein "incompetent witness" zur Aussage zugelassen ist, er bei falscher Aussage Meineid begeht. Gleiche Bemerkungen finden sich bei Burdick, Bishop und American Jurisprudence 10). Allerdings wird von der American jurisprudence (a.a.O.) nicht verkannt, daß die Schuldfrage dabei auf die Strafbarkeit noch Einfluß gewinnen kann. Man wird indessen nicht fehlgehen, der Verwendung terminologischer Begriffe im amerikanischen Strafrecht nicht die Bedeutung beizumessen, wie man es im deutschen Recht gewohnt ist. Es hat im vorliegenden Fall den Anschein, als würde der Begriff des inkompetenten Zeugen auch auf Fälle angewandt, in denen der Zeuge bezüglich gewisser Tatsachen oder überhaupt ein Zeugnisverweigerungsrecht besitzt 11).

Im Hinblick auf die Zeugenpflicht wird generell ausgeführt, daß der Zeuge, der ein Zeugnisverweigerungsrecht nicht in Anspruch nimmt und bei der folgenden Aussage falsche Angaben macht, in vollem Umfange des Meineids schuldig ist 12). Das gleiche gilt von dem Zeugen, der

8) So wurde z.B. als Eid angesehen, daß der Analphabet auf die Worte des Beamten: "Wenn Sie diese Erklärung beschwören, so machen Sie Ihr Zeichen hier hin", das Zeichen entsprechend hinsetzte (US v. Mallard (DC) 40 Fed 151).

9) Wharton § 1520

10) Burdick § 331, Bishop § 1019,2, AmJur § 51

11) Vgl. Chamberlain v. People 23 N.Y. 85, vgl. dazu auch Newman 74 ff

12) Brill § 857 mit weiteren Nachweisen, AmJur § 52

ohne eine ihm zur Aussage verpflichtende Ladung (subpoena) erschienen ist und in dem Verhör falsch aussagt ¹³⁾. Wo, wie dies auch im englischen Recht möglich ist, der Zeuge unter der gesetzlichen Zusicherung zur Aussage aufgefordert wurde, daß dieses Zeugnis in keinem späteren Verfahren gegen ihn Verwendung finden würde, ist die Rechtsprechung schwankend geworden, ob dies auch für eine falsche Erklärung gilt, die während dieser Aussage gemacht worden ist. Die überwiegende Zahl der Entscheidungen sieht jedoch in einem solchen Verhalten einen strafbaren Meineid ¹⁴⁾.

Ist ein Zeugenbeweis unzulässigerweise erhoben worden, so hat dies auf die Strafbarkeit einer hierbei abgegebenen falschen Aussage keinen Einfluß, es sei, daß gegen das Zeugnis als solches Einwand erhoben würde und es demzufolge ausgeschlossen werden müßte.

Bei der Eidesleistung ist es unschädlich, wenn bei wesentlicher Übereinstimmung mit den gesetzlichen Erfordernissen kleine technische oder wörtliche Abweichungen vorkommen ¹⁵⁾.

Die vorstehend behandelten Fragen über Unregelmäßigkeiten bei der Eidesleistung, wie über die Befugnis (competency) des Zeugen, auszusagen, sind zum großen Teil auch Gegenstand der Gesetzgebung geworden. Die Gesetze behandeln sie als Einwandsbeschränkungen (limitation of defences) und weisen eine inhaltliche Übereinstimmung auf ¹⁶⁾.

IV. Der Meineid (perjury)

Die Definitionen, die die einzelnen amerikanischen Schriftsteller vom Meineid geben, schließen sich alle an das Common Law an. So bezeichnet Brill ¹⁷⁾ den Meineid als einen vorsätzlichen (wilfully) und falschen Schwur (unter der Sanktion eines Eides), der während eines gerichtlichen Verfahrens oder bei entsprechender Tätigkeit der Justiz abgenommen worden ist in einer Sache, die für den Streitgegenstand oder einen in Frage stehenden Punkt wesentlich ist.

13) Brill § 874 mit weiteren Nachweisen; auch Burdick § 332, Bishop § 1019, 3

14) Clark § 433 c, Anm. 150, Brill § 857, AmJur § 52

15) Burdick § 327, Parkins 207, AmJur § 51, Brill § 864, Clark § 433 f, 1 (mit weiteren Nachweisen), Wharton § 1517

16) So vor allem New York :
§ 1621:

Aus dem Umstand, daß ein Eid in irregulärer Weise geleistet oder abgenommen worden ist, kann kein Einwand gegen das Vorliegen eines Meineides hergeleitet werden.

§ 1623:

Aus dem Umstand, daß der Angeklagte nicht kompetent (competent) war, ein Zeugnis, eine Aussage oder eine Bestätigung, deren Falschheit behauptet wird, abzugeben, kann kein Einwand gegen das Vorliegen eines Meineides hergeleitet werden. (In gleicher Weise auch Louisiana Art. 127 Zif. 1 u. 2, Kalifornien §§ 121 f, Idaho 18. 5404 u. 18.5405)

17) Brill § 856

Dieser Definition entspricht vor allem die Kodifikation des Staates Michigan ¹⁸⁾.

Teilweise ist man jedoch in den Statuten daran gegangen, den Begriff des Meineides auch auf das falsche Schwören außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens auszudehnen. Dieser umfassendere Meineid muß daher als ein gesetzmäßig abgenommener, vorsätzlicher (wilful) und korruptiver, falscher Eid oder eine gleichgeartete Bekräftigung (affirmation) im Hinblick auf einen wesentlichen Umstand definiert werden. Die wohl reinste Prägung dieses Meineides findet sich im neuen Penal Code des Bundes ¹⁹⁾. Auch Louisiana ²⁰⁾, Kalifornien ²¹⁾ und New York (aller-

18) Michigan, § 422:

Jeder, der auf Grund eines gesetzlichen Erfordernisses in irgendeinem Verfahren vor einem Gericht (court of justice) eidlich die Wahrheit anzugeben hat, und einen Meineid begeht, ist einer felony schuldig und wird, wenn ein solcher Meineid während der Verhandlung einer Anklage (indictment) wegen eines Kapitalverbrechens geschah, mit lebenslänglichem oder zeitigem (any terms of years) Gefängnis im Staatsgefängnis, und wenn er in einem anderen Fall begangen wurde, mit Gefängnis im Staatsgefängnis bis zu 15 Jahren bestraft.

19) Bundesstrafgesetzbuch S. 1621:

Jeder, der vor einem zuständigen Gericht (competent tribunal), einem Beamten oder einer Person in irgendeinem Fall, in welchem ein Gesetz der Vereinigten Staaten zu einer Eidesleistung ermächtigt (authorised), schwört, daß er wahr Zeugnis geben, sich erklären, aussagen oder bestätigen will, oder daß irgendein schriftliches Zeugnis, eine Erklärung, eine eidliche Aussage (deposition) oder Bestätigung, die von ihm unterschrieben sind, wahr ist, und der vorsätzlich (wilfully) und entgegen einem solchen Eid irgendeinen wesentlichen Umstand bezeugt oder unterschreibt, den er nicht für wahr hält, ist des Meineids schuldig und wird, sofern durch ausdrückliches Gesetz nichts anderes bestimmt ist, mit Geldstrafe bis zu 2000 Dollar, oder mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit beiden Strafen bestraft.

20) Louisiana, Art. 123:

I. Meineid ist die absichtliche Abgabe einer falschen schriftlichen oder mündlichen Schilderung (statement) im - oder zur Verwendung in - einem gerichtlichen Verfahren oder einem Verfahren vor einem Ausschuß oder Beamten, bei dem dieser Ausschuß oder Beamte zur Abhörung von Zeugen ermächtigt ist. Um einen Meineid darzustellen, muß die falsche Schilderung unter der Sanktion eines Eides oder einer gleichwertigen Bekräftigung abgegeben werden und sich auf eine für den Streitgegenstand oder die Streitfrage wesentliche Angelegenheit beziehen.

II. Es ist ein notwendiges Element des Vergehens, daß der Angeschuldigte die Unrichtigkeit der Schilderung kannte; die uneingeschränkte (unqualified) Schilderung einer Tatsache, die der Angeklagte nicht

dings in außerordentlich kasuistischer und deshalb sehr unübersichtlicher Form) kennen diesen weiten Meineidsbegriff.

Der beiden Formen gemeinsame perjury des Common Law, der Meineid in einem gerichtlichen Verfahren, stimmt in seinen Tatbestandselementen im wesentlichen mit dem gerichtlichen Meineid des englischen Rechts, wie er im s. 1 der Perjury Act seinen Niederschlag gefunden hat, überein. Es kann daher hier auf die dortigen Ausführungen Bezug genommen werden.

1. Der Täterkreis wird in den amerikanischen Kodifikationen nicht weiter aufgeführt 22). Auch die einzelnen Autoren geben hierzu keine näheren Erläuterungen. Aus dem Fehlen jeder Begrenzung kann der Schluß gezogen werden, daß im gerichtlichen Verfahren jeder im Prozeß Auftretende Täter eines perjury sein kann. Im außergerichtlichen Verfahren ist eine Spezifizierung des Täters aus der Natur des Delikts heraus nicht notwendig.
2. Nach Common Law ist es erforderlich, daß das falsche Zeugnis vor einem Gericht abgelegt worden ist. Die Verwendung des Begriffes: gerichtliches Verfahren ist dabei sehr weit. So fallen unter diesen Begriff nicht nur die Gerichte einschließlich Friedensrichter, sondern auch die "commissioner" 23) und, in Connecticut, kirchliche Gerichte 24). Aber auch Schiedsgerichte werden in den Begriff des gerichtlichen Verfahrens einbezogen 25).

Fortsetzung Anm. 20): kennt oder nicht entschieden für wahr hält, ist jedoch einer wissentlichen falschen Schilderung gleichwertig.

III. Wer das Verbrechen (crime) des Meineids begeht, soll wie folgt bestraft werden:

1. wenn der Meineid in der gerichtlichen Untersuchung (trial) wegen einer felony begangen wird, mit Zuchthaus (imprisonment at hard labour) bis zu 10 Jahren,
2. in allen anderen Fällen mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Dollar, oder Zuchthaus oder Gefängnis bis zu 5 Jahren oder beide Strafen.

21) Kalifornien, § 118 :

Jeder, der, nachdem er einen Eid dahingehend geleistet hat, daß er vor irgendeinem zuständigen Gericht, Beamten oder einer Person in solchen Fällen, in denen solch ein Eid nach Gesetz abgenommen werden kann, wahrheitsgemäß Zeugnis abgeben (testify), erklären (declare), aussagen (depose) oder bestätigen will, vorsätzlich (wilfully) und im Gegensatz zu solchem Eid irgendeine wesentliche Sache als wahr darstellt (states), von der er weiß, daß sie falsch ist (which he knows to be false), ist des Meineids schuldig.

22) Lediglich im New York'er StGB wird der Dolmetscher neben dem Zeugen besonders hervorgehoben (§ 1620).

23) Commissioner sind Anwälte, die einen Zeugen vereidigen und dessen Aussagen protokollarisch aufnehmen (siehe dazu im einzelnen Weissenstein).

24) Vgl. Wharton § 1526, Bishop § 1026, 5

25) Vgl. Bishop § 1026, 6 mit weiteren Hinweisen; Wharton § 1532

Dieser Anwendungsbereich des Common Law ist in vielen Gesetzgebungen der Vereinigten Staaten auch auf Verfahren ausgedehnt worden, in denen auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung ein Eid zu leisten ist oder geleistet werden kann (authorised by law). Die Vielzahl der hier möglichen Fälle verbietet ihre Aufzählung im einzelnen 26). Interessant ist dabei, daß in Louisiana auch die Verwaltungsgerichte (administrative tribunals), eine in den Vereinigten Staaten sonst unbekannte Institution, bei Dart in der Kommentierung des Gesetzes erwähnt werden 27).

Voraussetzung für das Vorliegen dieses Tatbestandselementes ist, daß sowohl in gerichtlichen wie auch außergerichtlichen Verfahren die den Eid abnehmende Stelle oder Person für die betreffende Sache, die den Gegenstand der eidlichen Aussage bildet, zuständig ist. Ist daher der Eid vor einem in der Sache unzuständigen Gericht oder einer unzuständigen Person 28) abgelegt worden, so würde wegen Nichtigkeit des Verfahrens eine hierin abgegebene falsche Aussage nicht strafbar sein 29). Wo es sich jedoch nur um einen heilbaren Mangel handelt, oder die Parteien den Mangel als nicht bestehend betrachten (waives by the parties), bleibt die Strafbarkeit des Meineides bestehen 30). Soweit die Zuständigkeit gegeben ist, bleiben Unregelmäßigkeiten in den einzelnen Verfahren unbeachtlich 31).

3. Die einzelnen Strafvorschriften der Staaten verlangen weiter sowohl im Sinne des Common-Law-perjury als auch nach dem modernen, erweiterten Begriff des Meineides die Leistung eines gesetzlich erforderlichen oder zugelassenen Eides oder einer ihm gleich geachteten Bekräftigung, die von gewissen Personen an Stelle eines Eides abgegeben werden darf. Die einzelnen Gesetzestexte verwenden dabei sowohl den Ausdruck "required by law" (z.B. Louisiana, Michigan, New York) als auch den

26) Siehe hierzu AmJur §§ 19 ff, Wharton § 1533, Brill § 857 und Clark § 453 b, beide mit Anmerkungen

27) Dart. zu Art. 123; die gesetzgeberischen Motive zu einer solchen Ausweitung des Begriffs werden in Louisiana, das das neueste Gesetzbuch besitzt, dahingehend erläutert, daß Verhöre vor den Verwaltungsbehörden (administrative hearings) oft ebenso wichtig und in ihnen etwa enthaltene Meineide in gleicher Weise "anti-social" sind wie in gerichtlichen Verfahren. Allerdings ist bezüglich dieses Staates zu beachten, daß sich hier der umfassende Begriff des Meineides außer auf gerichtliche Verfahren nur noch auf Verfahren vor einem Ausschuß oder einem Beamten bezieht (vgl. im übrigen Anm. 62).

28) Die einzelne Person muß zur Abnahme grundsätzlich gesetzlich berechtigt sein. Fehlt diese, so ist die Begehung eines Meineides ausgeschlossen. Zu den berechtigten Personen gehören vor allem die öffentlichen Notare.

29) Wharton § 1523, Burdick § 328. Vgl. auch 82 ALR 1129

30) 82 ALR 1135; so auch Brill § 861, Bishop § 1028, 3

31) Clark § 433 g (mit Entscheidungshinweisen in Anm. 197), Wharton § 1524, Brill § 858 mit Beispielen

weiteren "authorised by law" (z.B. Bund, Ohio, S.Dakota). Eine besondere Bedeutung wird dieser unterschiedlichen Formulierung jedoch nicht beigemessen. Es folgt aber daraus, daß ein freiwilliger, vom Gesetz nicht geforderter Eid bei falschem Inhalt keinen Meineid darstellt 32). Der Eid selbst kann in promissorischer oder assertorischer Form abgegeben werden.

Es ist hierbei wie im englischen Recht unwesentlich, ob es sich um eine mündliche oder eine schriftliche Erklärung in Form eines Affidavits handelt. Eine besondere Strafvorschrift für ein falsch beschworenes Affidavit sieht Californien (§ 118a) vor.

4. Wie im englischen Recht besteht vollkommene Einigkeit darüber, daß das Problem, wann eine Aussage als falsch anzuspochen ist, nach der subjektiven Eidestheorie gelöst wird. Kommt diese Auffassung schon in einigen gesetzlichen Formulierungen zum Ausdruck 33), so geben erst recht die Ausführungen bei Burdick 34) keiner anderen Theorie mehr Raum. Er weist darauf hin, daß zwar in vielen Fällen die Aussage des Zeugen tatsächlich falsch sei, daß im Grunde aber eher die "Falschheit des Zeugen als die seiner Aussage ihm zum Meineidigen mache". Dabei verweist er auf Coke 35), der zwischen der Falschheit unterscheidet, die sich in Worten ausdrückt und der, die sich auf die Kenntnis bezieht und die zu bestrafen ist, obwohl die Worte wahr sein können. Falsch ist daher die Aussage, die tatsächlich den Umständen nicht entspricht oder mit der subjektiv Unbekanntes oder nur Vermutetes als bekannt und wahr hingestellt wird.

5. Auch hinsichtlich des Tatbestandserfordernisses der Wesentlichkeit der beschworenen Tatsache herrscht Übereinstimmung mit dem englischen Recht. Wie dort, bemißt sich auch hier die Wesentlichkeit danach, ob sich die Aussage direkt auf die Sache bezieht oder beiträgt, den Streitgegenstand oder den in Frage stehenden Punkt zu beweisen oder zu widerlegen. Die maßgebende Frage ist also, ob die Entscheidung dadurch hätte beeinflußt werden können 36). Nicht ist erforderlich, daß eine Einflußnahme tatsächlich erfolgt ist. Die bei der Darstellung der Meineidsdelikte im englischen Recht gemachten Ausführungen gelten hier im gleichen Maße.

Einige Kodifikationen haben das Element der Wesentlichkeit nicht in den Tatbestand des Meineides aufgenommen.

32) Wharton 1535, AmJur § 15

33) "Nicht für wahr halten": US-Code, Louisiana, Californien § 125, Idaho, New York § 1620 und § 1626

34) Burdick § 329, im gleichen Sinne die übrigen Autoren: Perkins 209, Bishop 1043, AmJur § 8, Brill § 866, Clark § 433 c, Wharton § 1512

35) Coke III Instit. 166, zit. nach Burdick § 329

36) Brill § 867, AmJur § 13. Vgl. dazu auch § 123 P.C. von Californien: "Es reicht, daß sie - die Angabe - wesentlich war und gebraucht worden sein könnte (might have been used), um das Verfahren zu beeinflussen."
Ebenso New York § 1624

Zu diesen gehören u.a. S. Carolina, Kentucky und Rhode Island ³⁷⁾. Der Gesetzestext von Michigan, der sich in seiner Formulierung stark dem kontinental-europäischen nähert, spricht ohne jeden Bezug auf die Wesentlichkeit nur vom "Meineid".

6. Auch in der Behandlung der Frage, welche Umstände Gegenstand einer falschen Aussage sein können, folgt das amerikanische Recht dem englischen Vorbild. So können nicht nur Tatsachen (facts) beschworen werden, sondern auch die sog. mental facts, die Kenntnis oder Ansicht, die man von einer Tatsache gehabt haben will.

Was die Tathandlung als solche betrifft, so kann Meineid auch dann begangen werden, wenn der Täter Dinge unterdrückt oder verschweigt, die für die Erkenntnis der Wahrheit wesentlich sind ³⁸⁾.

Bei Widersprüchen von Aussagen, die ein Zeuge über die gleiche Tatsache bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben hat, ist man in der Literatur ³⁹⁾ der Ansicht, daß wegen des subjektiven Erfordernisses daraus noch nicht auf die Begehung eines Meineides geschlossen werden kann, denn es muß in jedem Falle unterstellt werden, daß der Zeuge seine unterschiedlichen Angaben in gutem Glauben an die Richtigkeit abgegeben hat. Von diesem Grundsatz weicht die gesetzliche Regelung des Staates Louisiana ab, indem sie in Art. 124 die Vermutung aufstellt, daß bei solcher Sachlage stets ein Meineid vorliegt. Dieser Artikel nimmt dem Strafverfolger die Schwierigkeit ab, zu beweisen, welche der beiden oder mehreren Aussagen den Tatbestand des Meineids erfüllt. Voraussetzung ist allein, daß wenigstens eine der widerspruchsvollen Aussagen vor den im Meineidsartikel 123 angeführten Stellen abgegeben wurde.

7. Sowohl nach Common Law als auch nach den einzelnen Kodifikationen muß der falsche Eid vorsätzlich (wilfully) geleistet worden sein ⁴⁰⁾. Die Bedeutung dieses Wortes wurde schon bei der Erörterung des englischen Rechts dargelegt, wo es als ein im gewissen Grade überlegtes Vorhaben definiert wurde. Dies steht in inhaltlicher Übereinstimmung mit der gesetzlichen Definition des Wortes "wilfully", wie sie der Penal Code von Californien aufgestellt hat (Art. 7, Ziff. 1). Danach bedeutet wilfully einfach Vorsatz (purpose) oder Bereitwilligkeit, die Tat zu begehen. Es erfordert nicht das Vorhaben, das Gesetz zu verletzen oder einen anderen zu schädigen oder einen Vorteil zu erlangen.

37) Nach Clark § 433, e. 1, Anm. 157

38) Brill § 866; Burdick § 329: Jede Unterdrückung der Wahrheit kann den Eid, die ganze Wahrheit zu sagen, verletzen.

39) Perkins 209

40) US v. Howard 132 Fed. 325, US v. Edwards 43 Fed. 67; im übrigen US-Code, New York, Californien, Idaho u.a.m.

In vielen Entscheidungen wird in Hinzufügung zum wilfully noch verlangt, daß das falsche Zeugnis auch noch korrupt sein muß. Dieser Ausdruck entstammt den früheren englischen Statuten, die z.T. auch von einigen Kolonien (z.B. Pennsylvanien 1718) übernommen wurden, und hat sich in den folgenden Gesetzen erhalten. Dieser Umstand hat es zur Folge, daß eine Anzahl von Autoren ⁴¹⁾ diesen Ausdruck weiter verwenden und ein korruptes Vorhaben (intent) als weiteres subjektives Tatbestandselement des Meineids ansehen.

Die vielen Definitionen, mit denen man versucht hat, zwischen "wilful" und "corrupt" zu unterscheiden, sind vage und unbestimmt. Und in vielen Fällen ist überhaupt keine Erklärung des Begriffes "corrupt" gegeben worden. Im Zusammenhang mit anderen Delikten wurde unter korrupt die Absicht verstanden, Geld oder andere Vorteile zu erlangen oder zu bewirken ⁴²⁾. Diese Auslegung entspricht auch der Legaldefinition, die der californische Penal Code enthält (§ 7 Ziff. 3). Im Hinblick auf den Zeugen wurde dies aber z.T. abgelehnt und die Bedeutung des Wortes mit dem Motiv des Zeugen in Zusammenhang gebracht ⁴³⁾. Teilweise wurden beide Ausdrücke alternativ ⁴⁴⁾ oder synonym aufgefaßt ⁴⁵⁾. Im Anschluß an Blackstone ⁴⁶⁾ glaubt nun Burdick ⁴⁷⁾ unter "corrupt" einen strengeren Ausdruck als "wilful" verstehen zu müssen, der "viciously" (verdorben, schlecht) oder "wickedly" (böse, lasterhaft) bedeutet und das Vorhaben bezeichnet, das Gericht u. dgl. irrezuführen ⁴⁸⁾.

Der Penal Code von New York fordert, daß der Meineid "wilfully and knowingly" (wissentlich) begangen ist. Die Kenntnis der Falschheit wird aber, wie Burdick (a.a.O.) wohl zu recht bemerkt, schon notwendigerweise vom Begriff des Vorsatzes umfaßt. Dies wird auch von der californischen Legaldefinition (§ 7 Ziff. 5) unterstrichen, wo es heißt, daß knowingly nur die Kenntnis von den bestehenden Tatsachen bezeichnet, die die Handlungen oder Unterlassungen unter die Bestimmungen des Gesetzes bringen.

Absicht im Sinne des Penal Code von Louisiana bedeutet das Abzielen auf die im Tatbestand umschriebenen deliktischen Folgen (Art. 10). Wo ein falsches Zeugnis auf Grund von Mißverständnis, Überraschung oder auch Unachtsamkeit abgegeben wurde, ist der subjektive Tatbestand des Meineides nicht erfüllt ⁴⁹⁾. Und wo jemand sein Zeugnis aufrichtig, wenn auch unbegründet, für wahr hält, ist die falsche Aussage nicht strafbar, obwohl ein wenig Sorgfalt

41) Z.B. Bishop § 1045 f, Wharton § 1512, Brill § 860, Clark § 433 d.

42) State v. Johnson 83 N.E. 702

43) Chicago City Ry. Co. v. Olis 61 N.E. 459, ebenfalls Overtoom v. Railroad Co. 54 N.E. 898.

44) State v. Smith 89 Pac. 21 (Burdick § 330 b, Anm. 45)

45) Williams v. People 57 Pac. 701 (Burdick § 350 b, Anm. 47)

46) Blackstone, Commentaries, Buch IV, 137

47) Burdick § 330 b, der sich als einziger von allen Autoren mit der Definition dieses Begriffes, wie überhaupt mit dem subjektiven Tatbestand auseinandersetzt.

48) People v. Glenn 128 N.E. 532 (Burdick § 330 b, Anm. 54)

49) Brill § 860, Anm. 48

es dem Zeugen ermöglicht hätte, die Falschheit zu entdecken. Wer aber sich weigert, Aufklärung zu verschaffen und sich so Ansichten zu eigen macht, von denen er guten Grund hat, anzunehmen, daß sie bei weiterer Befragung als unwahr erkannt werden, begeht einen Meineid 50).

Im übrigen ist es entgegen dem englischen Recht herrschende Meinung 51), daß die Wesentlichkeit des Zeugnisses nicht vom subjektiven Tatbestand umfaßt sein muß. Dies spiegelt sich auch in den entsprechenden Gesetzesvorschriften wider, die darauf besonders Bezug nehmen 52).

8. Die Frage, von welchem Augenblick an das falsche Zeugnis als vollendet angesehen wird, ist wie im englischen Recht unberührt geblieben. Lediglich einige Bemerkungen in der Literatur lassen den Schluß zu, daß mit der Abgabe der falschen Aussage das Delikt als vollendet gilt 53). Anders allerdings als im englischen Recht wird in den meisten Kodifikationen der amerikanischen Staaten bezüglich falscher schriftlicher Erklärungen, Affidavits und Bestätigungen das Delikt erst dann als vollendet angesehen, wenn das Schriftstück von dem Täter anderen mit der Absicht ausgehändigt wird, daß es als wahr angesehen oder veröffentlicht wird 54). In keinem Falle ist die tatsächliche Beeinflussung durch die Erklärung oder Aussage erforderlich.

Der Versuch, Meineid zu begehen, wird mit Hinweis auf verschiedene englische Entscheidungen von Wharton 55) wie auch von Bishop 56) im gleichen Maße wie bei anderen Delikten für strafbar angesehen. Diese Ansicht ist im Hinblick auf das englische Recht, wo Archbold den Meineidsversuch begrifflich für undenkbar erklärt, bemerkenswert, zumal keine der von Wharton und Bishop zitierten Entscheidungen von englischen Autoren angeführt werden, wie ja überhaupt der Meineidsversuch nicht behandelt wird. (Vgl. auch unter England V,8).

9. Die Strafen, die in den einzelnen Staaten für den Meineid angedroht werden, bewegen sich nicht in einem einheitlichen Rahmen. So sieht der United States Code (s. 1621) ohne jede weiter Differenzierung eine Geldstrafe bis zu 2000 Dollar oder eine Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren oder beides vor. Californien (§ 126) und Idaho (§ 5409) bestrafen den Täter mit Staatsgefängnis

50) Wharton § 1516, AmJur § 10

51) Brill § 860 mit Rechtsprechung in Anm. 52, AmJur § 13

52) Louisiana Art. 127 Ziff. 3, Californien § 123, Idaho § 5406, New York § 1624

53) Z.B. AmJur § 7, wonach eine Berichtigung in der gleichen Verhandlung beim Kreuz- oder weiteren Verhör den Tatbestand des Meineides nicht mehr beseitigen kann.

54) Louisiana Art. 128, Californien § 124, Idaho § 5407, New York § 1625, Bishop § 1055, 2 verweist indessen noch auf die in England herrschende Ansicht.

55) Wharton § 1594

56) Bishop § 1055, 1

von 1 bis zu 15 Jahren; und wo der Meineid die Verurteilung und Strafvollstreckung eines Unschuldigen zur Folge hatte, ist auf Todesstrafe zu erkennen (§ 128; § 5411). In New York (§ 1620 a) sind Gefängnis bis zu 5 Jahren oder eine Geldstrafe bis zu 5000 Dollar oder beide Strafen vorgesehen.

In anderen Staaten wird die Strafe danach abgestuft, in was für einem Verfahren die meineidige Aussage abgegeben wurde. Dem französischen Vorbilde folgend, unterscheidet der Penal Code von Louisiana (Art. 123 Abs. III) zwischen den Verfahren wegen einer felony und sonstigen Verfahren. Im ersten Fall wird Zuchthaus bis zu 10 Jahren angedroht, in den übrigen Fällen eine Geldstrafe bis zu 1000 Dollar oder eine Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren oder beide Strafarten gemeinsam.

In Michigan, wo sich der Meineidsbegriff nach dem Common Law bestimmt und wo man dementsprechend noch daneben den Tatbestand des außergerichtlichen falschen Schwörens kennt, wird der Meineid in einem Verfahren wegen eines Kapitalverbrechens mit zeitigem (any terms of years) oder lebenslanglichem Staatsgefängnis, und in sonstigen gerichtlichen Verfahren mit Staatsgefängnis bis zu 15 Jahren geahndet.

In keinem der angeführten Staaten hat die Verurteilung zu einer der bezeichneten Strafen die Eidesunfähigkeit zur Folge.

Die bei der Darstellung des englischen Rechts behandelte Beweisregel des corroborative evidence gilt auch im amerikanischen Recht.

VI. Das falsche Schwören (false swearing)

In einigen Gesetzen einzelner amerikanischen Staaten herrscht noch die strenge begriffliche Trennung von gerichtlichem und außergerichtlichen Meineid. Als Beispiel kann dafür der Staat Michigan dienen 57). Es handelt sich in solchen Fällen um zwei voneinander unabhängige und selbständige Tatbestände 58).

Die einzelnen von den Schriftstellern gegebenen Definitionen decken einander nicht immer, da der Tatbestand des false swearing in den einzelnen Staaten verschiedene Voraussetzungen hat. Im allgemeinen wird false swearing als ein vorsätzlicher und korrupter falscher Eid angesehen, der nach dem Gesetz geleistet wird im Hinblick auf eine wesent-

57) Michigan, § 423:

Jeder, der durch irgendein Gesetz dieses Staates befugt ist (authorised), einen Eid zu leisten, oder jeder, von dem durch Gesetz ein Eid gefordert wird, und der vorsätzlich (wilfully) falsch schwört im Hinblick auf eine Sache (matter) oder einen Gegenstand (thing), hinsichtlich deren solch Eid erlaubt oder erforderlich war, ist des Meineids schuldig und wird wegen dieses felony mit Gefängnis im Staatsgefängnis bis zu 15 Jahren bestraft.

58) Brill § 876, Burdick § 323, Bishop § 1014, 1 und 2, AmJur § 3

liche Sache außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens 59).

Das falsche Schwören kann im Zusammenhang mit der Eidesleistung in Dingen von öffentlichem Interesse, in offiziellen Berichten oder sogar auch in freiwilligen, nicht vom Gesetz erforderlichen Erklärungen oder Affidavits begangen werden 60). Vielfach, wie auch im vorliegenden Beispiel, liegt der größte Unterschied zum Meineid darin, daß die beschworene Tatsache nicht wesentlich sein muß 61).

Soweit sich im übrigen durch die angeführten Einzelheiten keine Abweichungen von den einzelnen Tatbestandselementen des Meineides ergeben, kann auf die dortigen Ausführungen verwiesen werden 62).

Das Strafmaß gleicht im Beispiel Michigans dem des Meineides in sonstigen Verfahren (Staatsgefängnis von 1 bis 15 Jahren).

VII. Die Berichtigung der falschen Aussage

In Bezug auf eine Berichtigung der falschen Aussage ergeben die Ansichten in Literatur und Rechtsprechung ein uneinheitliches Bild. Im großen und ganzen lassen sich zwei Tendenzen erkennen.

Auf der einen Seite wird von Bishop 63) erklärt, daß das Gesetz die Berichtigung einer irrigen, ja sogar auch einer vorsätzlichen falschen Erklärung durch den Aussagenden fördert, so daß kein Meineid mehr gegeben sei, wenn der

59) Perkins 207

60) Vgl. Burdick § 323, AmJur § 3

61) Brill § 878, Burdick a.a.O.; s. auch US v. Bressi 208 Fed. 369 (bei Brill Anm. 33)

62) Im Rahmen dieses Deliktes kommt der gesetzlichen Regelung des Staates Louisiana eine Sonderstellung zu, da sie trotz der Verwendung des modifizierten Meineidsbegriffes daneben noch das Delikt des falschen Schwörens kennt, unter das jede schriftliche oder mündliche, wissentlich falsche Tatsachenschilderung fällt, die auf Grund eines gesetzlichen Erfordernisses beeidigt oder bekräftigt und die nicht in - oder zur Verwendung in - einem gerichtlichen Verfahren oder einem Verfahren vor einem Ausschuss oder Beamten abgegeben worden ist. Nach Dart (zu 125) ist das Wesentliche dieser Bestimmung, daß hier im Unterschied zum Meineid die Schilderung nur dann als falsch angesehen wird, wenn der Täter sie auch selbst für tatsächlich falsch ansieht. Es genügt hier also nicht, wenn etwas, was vermutet wird, als gewiß angegeben wird. Im übrigen bezieht sich die Vorschrift auf Tatbestände von untergeordneter Bedeutung, was sich schon im Strafmaß (Geldstrafe bis zu 500 Dollar oder Gefängnis bis zu 1 Jahr oder beide Strafen) ausdrückt. Die Tat ist danach ein misdemeanor.

63) Bishop § 1044a

Zeuge vor Abschluß der Sache (before the submission of the case) sein Zeugnis vollständig berichtigt (corrects). Dieser Gedankengang stützt sich auf die kriminalpolitische Erwägung, daß Gegenstand einer juristischen Untersuchung oder einer Verhandlung allein die Ermittlung der Wahrheit ist, und daß der Zeuge durch die Androhung schwerer Strafen jede Veranlassung hat, die Wahrheit zu sagen. Dieser Beweggrund würde entfallen, wenn der Zeuge nicht mehr das Zeugnis berichtigen könnte, ohne nicht Gefahr zu laufen, wegen Meineides angeklagt und verurteilt zu werden. Diesem Gedanken sind mehrere Gerichtsentscheidungen gefolgt 64). Wer seine Angaben berichtigt, so daß die ganze Aussage eine wahrheitsgetreue Angabe darstellen würde, bleibt straffrei.

Dem Vorwurf, daß eine falsche Aussage erst dann widerrufen würde, wenn die Falschheit im Prozeß entdeckt wird, begegnete man dadurch, daß man, wie im Gillette-Fall (vgl. Anm. 64), die Widerrufsmöglichkeit auf die noch andauernde Einvernahme des Zeugen begrenzt.

In der Literatur schließt sich diesen Gedankengängen, wenn auch nur mit wenigen Worten, wohl nur Burdick 65) an, der sich aber mehr auf die Aussagen bezieht, die auf einem Irrtum beruhen.

In solchen Fällen kann jedoch ein auf die falsche Aussage folgende Berichtigung weder strafmildernd noch strafbefreiend berücksichtigt werden, da wegen des subjektiven Tatbestandes überhaupt kein Delikt vorliegt, dessen Straffolgen man mildern oder beseitigen könnte.

Entgegen der eingangs dargestellten Ansicht wird in neuerer Zeit die Frage, ob die Berichtigung einer vorsätzlichen falschen Aussage Berücksichtigung findet, von der American Jurisprudence, wie auch von Clark und Brill 66) negativ beantwortet. Einige Gerichte argumentieren hier, daß der Wahrheit und der Würde des Gerichts mehr gedient sei, wenn man denjenigen, der das Gericht vorsätzlich irregeführt hat, nicht durch den Widerruf zur Straflosigkeit gelangen läßt 67). Hierbei ist besonders auf eine Entscheidung hinzuweisen 68), nach der die Zurücknahme einer vorsätzlichen Lüge einen Tag nach ihrer Abgabe, aber noch während der Untersuchung, an der Strafbarkeit der falschen Aussage nichts mehr ändern kann. Die American Jurisprudence (a.a.O.) erklärt dazu, daß, wenn wissentlich ein falsches, wesentliches Zeugnis abgegeben worden ist, Meineid vorliegt und daß nichts mehr danach an dieser Situation etwas ändern kann. Das freiwillige Aufdecken einer noch nicht erkannten falschen Aussage kann nach US v. Norris (vgl. Anm. 68) nur noch in der Strafzumessung mildernd berücksichtigt werden.

64) So in *People v. Gillette* 111 N.Y. Supp. 133, weitere Entscheidungen im gleichen Sinne vgl. *Harvard Law Review* Band 51 (1937), Seite 165.

65) Burdick § 329

66) AmJur § 7, Clark § 433, e, 3, Brill § 870

67) So z.B. *Lombriel v. US* 9 Fed 2d 807 (1926)

68) *US v. Norris* 81 L.Ed. 808

VIII. Der Aussagenotstand

Der Aussagenotstand findet, wie im englischen Recht, sowohl in den einzelnen angeführten Gesetzen als auch in der Literatur und Rechtsprechung keine Berücksichtigung.

IX. Die Verleitung zum Meineid

1. Fast alle amerikanischen Staaten stellen in besonderen Vorschriften die Verleitung zum Meineid (subornation of perjury) unter Strafe. Das Delikt wird gewöhnlich als eine felony angesehen ⁶⁹⁾. Obwohl der Meineid wie auch die Verleitung dazu auf die Abgabe einer falschen Erklärung hinauslaufen, handelt es sich bei ihnen nach Ansicht einiger amerikanischer Autoren ⁷⁰⁾ doch um zwei voneinander getrennte Delikte, da jedes von ihnen Tatbestandselemente in sich trägt, die beiden nicht gemeinsam sind. Der Verleiter ist somit kein "accessory" ⁷¹⁾.

Diese Begründung scheint mir indessen nicht frei von Einwänden. Denn es ist nicht ersichtlich, worin sich die Verschiedenheit im einzelnen erweist. Beide Delikte haben das falsche Zeugnis zum Inhalt, und der einzige Unterschied ist allein der, daß der Verleiter die seelischen Voraussetzungen schafft, die beim Verleiteten zur falschen Zeugenaussage führen. Das aber sind die Wesensmerkmale des Anstifters einerseits, gleichgültig, ob in der Form des principal in the second degree oder des accessory before the fact ⁷²⁾, und des Täters andererseits, deren Strafbarkeit allein aus der ursächlichen Mitwirkung an dem einen Delikt folgt. Sämtliche hier behandelten Strafgesetzbücher fassen daher in Anwendung des extensiven Täterbegriffs den principal in the first degree, den principal in the second degree und den accessory before the fact in gleicher Weise als "principal" auf ⁷³⁾. Allein in dieser Sicht erscheint es angängig, davon zu reden, daß der Verleiter kein accessory ist. Gleichwohl erklärt dies noch nicht, warum die subornation als delictum sui generis ausgestaltet wurde, denn die einzelnen Kodifikationen bedienen sich überwiegend sowohl bei der Definition des Täterbegriffs als auch beim Tatbestand der subornation der gleichen Ausdrücke (so z.B. Michigan,

69) So US-Code, New York, Californien, Idaho, Michigan

70) Burdick § 333, Brill § 881, AmJur § 74

71) So wörtlich Brill § 881 mit Verweis auf State v. Justesen 99 Pac. 456

72) Vgl. die Darlegungen zu diesem Problem im engl. Recht.

73) US-Code s. 2, a (Penal Code)

Wer ein Delikt gegen die US begeht oder zu seiner Begehung hilft, anreizt (abets), rät, befiehlt, veranlaßt (induces) oder herbeischafft (procures), ist Haupttäter.
New York § 2 (Definitionen)

Jemand, der an der Begehung eines Deliktes beteiligt ist, gleichgültig, ob er direkt die das Delikt darstellende Handlung begeht oder dazu hilft und anreizt, und gleichgültig, ob er anwesend oder abwesend ist, sowie jemand, der einen anderen direkt

New York, US-Code). Die dogmatische Erklärung kann m.E. nur darin gefunden werden, daß allein die Verselbständigung der subornation die Bestrafung der versuchten Verleitung zuläßt, denn einen "attempt to commit a crime" 74) kann begrifflich nur der vornehmen, der der unmittelbar Handelnde ist.

Die Richtigkeit dieser Folgerung findet ihre Bestätigung in der Regelung, die der Staat Louisiana getroffen hat. Hier wird die Anstiftung zum Meineid ihres selbständigen Charakters entkleidet und den allgemeinen Vorschriften unterworfen. Die erfolglose Anstiftung müßte daher vollständig straflos bleiben. Dies wird jedoch dadurch vermieden, daß eine besondere Vorschrift - Art. 24 - die versuchte Anstiftung zu einer felony mit Strafe bedroht 75).

Soweit die subornation als selbständiges Delikt ausgestaltet ist, wird sie entsprechend dem verwendeten Meineidsbegriff entweder auf den gerichtlichen Meineid beschränkt 76) oder auf den falschen Schwur ausgedehnt.

Die einzelnen Gesetzestexte weisen nur geringfügige Abweichungen voneinander auf 77). Nur im Strafraumen gehen sie auseinander. Subornation of perjury kann daher übereinstimmend mit dem englischen Recht als die vorsätzliche Anstiftung zu einem vorsätzlichen Meineid definiert werden. Das Delikt der Verleitung ist dabei insofern vom Meineid abhängig, als dieser tatsächlich begangen sein muß.

In einzelnen wird somit das Vorliegen folgender Tatbestandselemente gefordert 78):

a. beim Verleiteten:

objektiv, daß die Erklärung wesentlich und falsch ist, subjektiv, daß die Erklärung in Kenntnis ihrer Unwahrheit vorsätzlich (und korrupt) abgegeben worden ist;

Fortsetzung Anm. 73): oder indirekt berät (counsels), befiehlt, veranlaßt (induces) oder herbeischafft (procures), ein Delikt zu begehen, ist ein "Täter" (principal).

74) New York § 2 Penal Code; ebenso Californien § 664, Idaho § 306, Michigan § 92; im US-Code fehlt eigenartigerweise jede Versuchsvorschrift.

75) Die erfolglose Anstiftung zu einem falschen Schwur (s. Anm. 62) ist straflos, da es sich hier um ein misdemeanor handelt.

76) So z.B. Michigan

77) Als Beispiel möge der Text des US-Code dienen:
S. 1622:

Jeder, der einen anderen veranlaßt (procures), einen Meineid zu begehen, ist einer Verleitung zum Meineid schuldig, und soll mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Dollar oder mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, oder mit beiden Strafen bestraft werden. -

Vgl. im übrigen New York §§ 1632, 1634, Michigan § 424, Californien §§ 127, 128, Idaho §§ 5410, 5411. Im Falle Michigan beschränkt sich die Vorschrift auf den gerichtlichen Meineid; die Verleitung zu einem falschen Schwur kann hier nur als "Teilnahme"-Handlung bestraft werden.

78) Brill § 882, Clark § 433 a

b. beim Verleiter:

mit Bezug auf den objektiven Tatbestand der Erklärung, daß ihm die Unwahrheit der abzugebenden Erklärung bewußt ist,
mit Bezug auf den subjektiven Tatbestand der Erklärung, daß er glaubt oder weiß, der Erklärende wird vorsätzlich (und korrupt) falsch aussagen.

Dabei ist notwendig, daß der Meineid auf Veranlassung des Verleiters geleistet worden ist. Die Verleitungshandlung (procuring) wird vielfach mit Anstiftung (instigate), Herbeiführen (induce), Anstacheln (incite) oder auch Überreden (persuade) umschrieben. Dabei ist es gleichgültig, ob die Verleitung auch durch Drohung oder Zwang vorgenommen worden ist 79).

Die für die subornation of perjury angedrohten Strafen sind sehr unterschiedlich. In der gleichen Weise, wie wenn er den angestifteten Meineid selbst begangen hätte, wird der Verleiter in Californien und Idaho bestraft (1 bis 15 Jahre Staatsgefängnis) 80). Den gleichen Strafrahmen wie für die falsche Aussage sehen New York (§§ 1632, 1634: Gefängnis bis zu 5 Jahren und/oder Geldstrafe bis zu 5000 Dollar) und der US-Code (s. 1622 : Geldstrafe bis zu 2000 Dollar und/oder Gefängnis bis zu 5 Jahren) vor. In Michigan (§§ 424, 425) wird allein Gefängnis bis zu 5 Jahren angedroht 81). In Louisiana ist der Verleiter nach Art. 24 P.C. im gleichen Maße "Haupttäter" (principal) wie der Verleitete (Strafe bis zu 10 Jahren Zuchthaus, bzw. Geldstrafe bis zu 1000 Dollar und/oder Gefängnis bis zu 5 Jahren).

2. Nach den obigen Ausführungen konnte die Selbständigkeit der subornation allein nur aus dem Umstand erklärt werden, daß sie auch in der Versuchsform strafbar sein sollte. Die Bestrafung der versuchten Verleitung ergibt sich daher schon aus den allgemeinen Vorschriften des Versuchs (Californien § 664, Idaho § 306: bei den Meineidsfällen Staatsgefängnis bis zu 7 1/2 Jahren Gefängnis; New York § 2 i.V. m. § 261: bei den Meineidsfällen Gefängnis bis zu 2 1/2 Jahren und/oder 2 500 Dollar). In diesen Fällen kommt eine Bestrafung nur dann in Betracht, wenn bei tatsächlicher Ausführung die Tat des Anstifters sich als subornation und die des Verleiteten sich als Meineid darstellen würde 82).

79) Brill § 883, mit Hinweis auf die Rechtsprechung in Anm. 47. Subornation soll dann nicht vorliegen, wenn die Begehung des Meineides wegen Nichtberechtigung oder Unzuständigkeit der den Eid abnehmenden Stelle nicht möglich war.

80) Californien § 127, Idaho § 5410; bei Verurteilung eines Unschuldigen sogar Todesstrafe.

81) Trotzdem aus dem einheitlichen Täterbegriff die gleiche Strafwürdigkeit aller an der Tat Beteiligten erwächst, ist Michigan der einzige Staat, der die Verselbständigung der subornation zugleich zur Androhung einer geringeren Strafe für den Verleiter benutzt als sie der "principal in the first degree" zu erwarten hat.

82) So Burdick § 336, AmJur § 74, Brill § 886

Eine besondere Regelung hat die erfolglose Anstiftung zum Meineid in Michigan 83) gefunden. Der gesetzgeberische Grund liegt wohl in der besonderen Gefährlichkeit dieses Deliktes; denn während die allgemeine Vorschrift über die Bestrafung des Versuchs eines selbständigen Deliktes im vorliegenden Fall die versuchte subornation nur als misdemeanor mit Staatsgefängnis bis höchstens 2 Jahren bestrafen würde (§ 92), wird hier der Versuch wie das erfolgreiche Delikt der subornation als felony mit Staatsgefängnis bis zu 5 Jahren geahndet.

Und dort, wo, wie in Louisiana, die Anstiftung zum Meineid nicht mehr als ein selbständiger Tatbestand in Erscheinung tritt, ist die Bestrafung der erfolglosen Anstiftung dadurch möglich, daß das "Aufstacheln" (inciting) zu einer felony besonders strafbar ist (Art. 28: Geldstrafe bis zu 200 Dollar und/oder Gefängnis bis zu 1 Jahr).

3. Besondere, dem deutschen Tatbestand der Verleitung zum Falschheid entsprechende Vorschriften sind im amerikanischen Recht unbekannt. Angesichts der strengen Erfordernisse, die den Tatbestand der subornation bilden, wird die Bestrafung eines Verleiters abgelehnt, wenn der Aussagende glaubte, die Wahrheit zu sagen 84). Denn der Anstifter, selbst wenn er um die Unwahrheit der Aussage wußte, hat zu keiner objektiv und subjektiv falschen Erklärung, somit zu keinem Meineid verleitet.

Dies trifft jedoch nicht für alle amerikanischen Straf-kodifikationen zu. So stellt der Täterbegriff im US-Code wie auch im californischen P.C. klar, daß auch der mittelbare Täter als Täter angesehen wird 85) und für die von

83) Michigan, § 425:

Jeder, der danach trachtet, einen anderen aufzureizen (incite) oder zu veranlassen (procure), einen Meineid zu begehen, ist, obwohl kein Meineid begangen ist, einer felony schuldig und strafbar mit Gefängnis im Staatsgefängnis bis zu 5 Jahren.

84) Cyne v. People 14 NE 668, Perkins 209, Brill § 882

85) US-Code Titel 18, s. 2 b: (vom 25.6.1948)

Wer versucht, daß eine Tat begangen wird (to be done), die, wenn sie von ihm direkt vollendet worden wäre, ein Delikt gegen die US darstellen würde, ist ebenfalls Täter (principal) und als solcher strafbar.

Californien, § 31, Idaho, § 204 (2. Hälfte) :

..... sowie derjenige, der Kinder unter 14 Jahren, Geistesschwache oder Idioten berät, ihnen anrät oder sie ermutigt, irgendein Delikt zu begehen, oder derjenige, der durch Betrug (Schwindel, fraud), Kunstgriff (contrivance), Gewalt oder Verursachung der Trunkenheit eines anderen zu dem Zweck, ihm zu veranlassen (cause), irgendein Delikt zu begehen, oder der durch Drohungen (threats, menaces), Befehl oder Zwang einen anderen nötigt (compel), irgendein Delikt zu begehen, ist Täter (principal) des so begangenen Delikts.

ihm gesteuerte Tat eines "innocent agent" oder eines Werkzeuges 86) verantwortlich ist. Da dabei das Problem der eigenhändigen Delikte in keiner Weise - weder in der Literatur noch in der Rechtsprechung - in Erscheinung tritt, so führen diese Bestimmungen über den Täterbegriff dazu, daß auch die Verleitung zu einem gutgläubig abgegebenen falschen Zeugnis vom Gesetz erfaßt und bestraft wird. Auf den mittelbaren Täter finden somit die Strafdrohungen Anwendung, die sich gegen den falschen Zeugen selbst richten.

Die anderen, hier behandelten Gesetzbücher (New York, Michigan, Louisiana) erfassen den mittelbaren Täter nicht ausdrücklich mit dem von ihnen aufgestellten Täterbegriff. Ob diese Staaten außerhalb ihrer Kodifikationen durch Verwendung der Rechtsfigur der mittelbaren Täterschaft, die im ganzen auch dem amerikanischen Recht bekannt ist 87), zur Bestrafung des behandelten Tatbestandes gelangen, bleibt unerwähnt.

X. Die fahrlässige falsche Erklärung

Die fahrlässige falsche Erklärung ist weder nach dem Common Law noch nach irgendeiner Strafrechtskodifikation unter Strafe gestellt.

86) So die Kommentierung zu s. 2 des US-Code, Titel 18
87) Burdick § 220

R e c h t s v e r g l e i c h u n g

I. Geschütztes Rechtsgut und systematische Stellung

1. Jede gesetzgeberische Behandlung der Aussagedelikte muß von dem zu schützenden Rechtsgut her ihren Ausgang nehmen. Dabei meint Hegler, daß "je nachdem das System der Beteuerungsformen im Prozeß gestaltet ist, dieses Schutzobjekt ein verschiedenes sein kann" ¹⁾. Diese Ansicht Hegler's leitet sich von der reichs-gerichtlichen Rechtsprechung her, die einmal den falschen, religiös fundierten Eid zugleich als Verbrechen gegen die Religion bezeichnet hatte. Die einzelnen Darstellungen haben indessen gezeigt, daß in den Ländern, die lediglich eine eidliche Aussage kennen, der Unrechtsgehalt der Aussagedelikte in keiner Weise dem Mißbrauch einer besonderen Beteuerungsform entnommen wird. Lediglich dort, wo neben der eidlichen auch die uneidliche Aussage bestraft wird, wird vielfach der Gesichtspunkt des Mißbrauchs einer bestimmten Beteuerungsform berücksichtigt, der dann zu einem unterschiedlichen Strafraum führt. Die Behandlung der Frage, gegen welches Rechtsgut sich die Aussagedelikte grundsätzlich richten, hat bei den einzelnen Rechtsordnungen ²⁾ vielmehr übereinstimmend zu dem Ergebnis geführt, daß als Angriffsobjekt generell die Staatsverwaltung angesehen wird. Teilweise bezeichnet man die Aussagedelikte auch als gegen die Rechtspflege gerichtet. Obwohl beide Bezeichnungen auf dasselbe hinauslaufen - denn die Rechtspflege ist nur ein Zweig der Staatstätigkeit - so ist diese Unterscheidung sachlich doch wichtig: sie klärt die Frage, ob die falsche Aussage nur vor Gericht oder auch vor öffentlichen Behörden strafbar ist ³⁾.

Das deutsche Recht ⁴⁾, das die falsche Aussage im weitesten Umfange für strafbar erklärt, sieht in ihr einen Angriff auf die Staatsverwaltung. Diese weite Fassung des Angriffsobjektes findet sich auch in Brasilien, der Schweiz, Dänemark, Griechenland, England, den Vereinigten Staaten und der Tschechoslowakei. Wo lediglich die falsche Aussage vor Gericht unter Strafdrohung gestellt ist, wird einschränkend die streitentscheidende Tätigkeit des Staates und damit die Rechtspflege als Angriffsobjekt betrachtet.

Die verschiedenen deutschen Entwürfe lassen als Schutzobjekt weiterhin die Staatsverwaltung erkennen.

1) Hegler 35

2) Vgl. Einleitung S. IV : Gegenstand der Vergleichung sind über den Rahmen der behandelten Länder hinaus auch Brasilien, Dänemark, Griechenland, Jugoslawien und die Tschechoslowakei.

3) So auch Stooß Vgl. D. 383

4) Vgl. Schönke, Einleitung II vor § 153; Maurach 503 f

2. Die Frage, wie sich dieses geschützte Rechtsgut - die verwaltende Staatstätigkeit, insbesondere die Rechtspflege - in der systematischen Stellung der Aussagedelikte innerhalb der einzelnen Strafgesetze widerspiegelt, führt indessen zu keiner einheitlichen Beantwortung. So ordnen die Staaten, die sich auf die Bestrafung der gerichtlichen Aussage beschränken, die Aussagedelikte unter Abschnitte ein, die in ihrer Überschrift die Verletzung der Rechtspflege andeuten (z.B. Belgien: foi publique; Italien: gerichtliche Tätigkeit; Spanien: Justizverwaltung). Eigenartigerweise bedient sich aber auch eine Reihe von Ländern derselben Überschrift, obwohl diese die gerichtliche wie außergerichtliche Aussage in gleicher Weise unter Strafe stellen und somit die Staatsverwaltung als solche in ihrer ungestörten Tätigkeit geschützt wissen wollen (Brasilien, Schweiz, Griechenland, Californien, Jugoslawien). In konsequenter Weise bezeichnen dagegen Louisiana und die Tschechoslowakei die sowohl vor Gericht als auch vor Verwaltungsbehörden abgegebenen falschen Aussagen als Delikte gegen die Staatsverwaltung.

Unvereinbar mit dem geschützten Rechtsgut ist die systematische Stellung der Aussage-Delikte in den strafrechtlichen Kodifikationen von Frankreich und Österreich, wo sie als gegen die Person gerichtet, bzw. als Betrug betrachtet werden. Diese Eingliederung ist jedoch historisch begründet und geht auf die altitalienische falsum-Lehre zurück 5). Dem Einfluß dieser Lehre konnte sich auch Belgien nicht entziehen, das die Aussagedelikte zu den Straftaten zählt, die sich gegen die "foi publique" richten und das diesem Begriff auch Fälschungsdelikte, wie die Münz- und Urkundenfälschung, unterordnet 6).

3. Beim Einbau der Aussagedelikte in die systematische Gesamtheit der strafbaren Handlungen sind verschiedene Wege beschritten worden. Dabei ist ein dreifaches Verfahren denkbar, das auch in den einzelnen Rechtsordnungen wiederkehrt.

So können die Beeinträchtigungen der Staatsverwaltung, insbesondere die Verletzung der Rechtspflege, durch falsche mündliche oder gleichgeachtete Erklärungen in geschlossenem Zusammenhang kodifiziert werden. Dieser Möglichkeit bedient sich das deutsche und das dänische Recht, indem die Aussagedelikte als einheitlicher Abschnitt in den Gesamtaufbau der Straftaten eingefügt werden. Dem gleichgeachtet werden muß auch die Behandlung der Fidesdelikte in der Bundesregelung der Vereinigten Staaten und in einer überwiegenden Zahl der einzelnen US-Staaten, die allerdings alle auf eine systematische Gliederung der strafbaren Handlungen verzichten und die

-
- 5) Im Falle Österreich spricht Stooß Vgl. D. 279 bezeichnenderweise von einer dogmengeschichtlichen Ruine.
6) Auch das gegenwärtige deutsche Strafgesetzbuch weist noch einen letzten Rest dieser Lehre auf, wie die Stellung der Meineidsdelikte im StGB zeigt (vgl. auch Kohlrausch-Lange Bem. III, 1 vor § 153).

einzelnen Deliktgruppen aus Nützlichkeitserwägungen in eine alphabetische Reihenfolge bringen. Infolge der besonderen Rechtsentwicklung in diesem Land muß England hier ebenfalls erwähnt werden.

Umgekehrt ist es möglich, daß eine selbständige Kategorie der Aussagedelikte überhaupt nicht aufgestellt wird, sondern die für strafwürdig erachteten Tatbestände, verbunden oder getrennt, unter allgemeine Gattungsbegriffe der strafbaren Handlungen eingereiht werden. Von dieser Möglichkeit wird von der überwiegenden Zahl der in Vergleich gestellten Rechtsordnungen Gebrauch gemacht (so z.B. Italien, Brasilien, die Schweiz, Griechenland, Schweden, Jugoslawien, die Tschechoslowakei). Vorwiegend wird der Oberbegriff dem geschützten Rechtsgut entnommen, unter den dann neben den Aussagedelikten meistens noch die falsche Anschuldigung, die Begünstigung, der Prozeßbetrug, das Vortäuschen einer Straftat, die Gefangenenbefreiung sowie die Gefangenenmeuterei fallen. Im einzelnen werden auch die Fälschung öffentlicher Urkunden und wahlbeeinflussende Straftaten mitbehandelt (Tschechoslowakei), oder die Urkundenvernichtung und der Urkundenmißbrauch (Schweden) oder auch die Strafvereitelung und der Parteiverrat (Griechenland).

Eine besondere Stellung nehmen innerhalb dieser Gestaltungsmöglichkeit Spanien, Louisiana und Californien ein, die zwar die Aussagedelikte einem Gattungsbegriff unterordnen, sie aber innerhalb desselben in einem geschlossenen Zusammenhang aufführen.

Schließlich ist noch eine Eingliederung in eine Gruppe von Straftaten denkbar, die die Verletzung der Einzelperson in ihren vielschichtigen Interessen zum Inhalt haben, wobei einzelne Delikte dadurch qualifizierend in Erscheinung treten, als bei ihnen die Schädigung der Einzelperson durch eine falsche Aussage hervorgerufen werden kann. Daß eine solche systematische Stellung mit der heute herrschenden Auffassung vom geschützten Rechtsgut der Aussagedelikte nicht vereinbar ist, bedarf nach den bisherigen Darlegungen keiner weiteren Bemerkung mehr. Sie findet sich indessen auch nur noch in älteren Kodifikationen, wie der österreichischen und der französischen (und in eingeschränkter Beziehung auch in der belgischen), die noch unter dem Einfluß der heute in dieser Richtung überwundenen falsum-Lehre entstanden sind.

Die einzelnen deutschen Entwürfe (1919, 1925, 1927, 1938, wohl auch der Kommissionsentwurf von 1936) haben den einmal eingeschlagenen Weg eingehalten, nachdem der Entwurf von 1913 eine Zusammenfassung aller auf "Gefährdung der Rechtspflege" hinzielenden Delikte, wie die Aussagedelikte, die falsche Anzeige, die Strafvereitelung, die Unterlassung einer Verbrechensanzeige, den Parteiverrat u.a.m. im Auge hatte, und noch der Entwurf von 1925 gewisse Beweismitteldelikte mit den Eidesdelikten in einem Abschnitt zusammenbringen wollte. Inwieweit die gegenwärtige und in den Entwürfen enthaltene Einordnung

in das System des StGB als glücklich zu bezeichnen oder im Hinblick auf die größtenteils abweichend gehandhabte Systematik in den ausländischen Rechten eine Änderung in dieser Hinsicht anzustreben ist, kann nur vom Blickpunkt eines gesamten systematischen Aufbaus der Strafrechtskodifikation beurteilt werden, was zu erörtern aber über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinausgeht.

4. Im gesetzlichen Aufbau der Aussagedelikte lassen die einzelnen Kodifikationen die Tendenz erkennen, zwei Grundtatbestände herauszustellen, wobei als charakteristisches Unterscheidungsmerkmal irgendein mit der Aussage in unmittelbarem Zusammenhang stehender Umstand hervorgehoben wird. Die einzelnen Rechtsordnungen zeigen dabei drei Möglichkeiten einer Aufgliederung:

Einmal werden die Delikte der Aussageform nach in uneidliche und eidliche Aussagedelikte geteilt, wie dies in Deutschland, Dänemark und Griechenland der Fall ist.

Zum anderen wird eine Differenzierung der Tatbestände dadurch vorgenommen, daß Täter dieser Tatbestände nur bestimmte Personen sein können. Dieser Einteilung bedienen sich vor allem die Länder, die lediglich die prozessualen Aussagen unter Strafdrohung stellen: Frankreich, Belgien und Italien. Sie bestrafen auf der einen Seite die Partei des Zivilprozesses und stellen dieser auf der anderen Seite umfassend alle übrigen Prozeßbeteiligten sowohl des Zivil- als auch des Strafprozesses gegenüber. Den gleichen Weg gehen auch Österreich, Schweden und die Schweiz, obwohl sie über den Rahmen rein prozessualer Aussagen hinaus auch die nichtprozessualen falschen Aussagen pönalisieren.

Dieser Tatbestandsaufbau ist, wenn auch nur im Bruchstück, noch im brasilianischen und jugoslawischen Strafgesetzbuch zu erkennen, wo alle (privaten) Prozessbeteiligten außer der Partei des Zivilprozesses der Strafdrohung unterliegen.

Schließlich ist in einigen Ländern das bestimmende Unterscheidungsmerkmal die Frage, in welchem Verfahren die Aussage abgegeben worden ist. So geht Spanien, das nur die Bestrafung falscher prozessualer Aussagen kennt, davon aus, ob die Aussage in einem Straf- oder in einem Zivilverfahren stattfand. Eine systematische Bedeutung ist dieser Unterscheidung jedoch nicht beizumessen, wie sich dies z.T. schon aus der Behandlung dieser Frage in der spanischen Literatur ergibt. Anders hingegen im anglo-amerikanischen Rechtskreis, wo vor allem die neuere Rechtsentwicklung, und ihr z.T. folgend die Gesetzgebung, einen Unterschied zwischen gerichtlichen und außergerichtlichen Aussagen herausgearbeitet hat. Das gleiche Prinzip findet sich auch im tschechoslowakischen Strafgesetzbuch.

Das deutsche Strafgesetzbuch wies ursprünglich ebenfalls eine Unterscheidung der Tatbestände in falsche Partei- und falsche Zeugenaussage auf. Die deutschen Entwürfe enthielten jedoch schon seit 1913 - mit Ausnahme des Entwurfs der

Strafrechtskommission von 1936 und des Entwurfs 1938 - als hervorstechende Neuerung die Strafdrohung gegen die falsche uneidliche Aussage, die durch teilweise Verwirklichung der Entwürfe dann 1943 in das Strafgesetzbuch aufgenommen wurde.

Damit fand eine Entwicklung ihren Abschluß 7), die ihre Vorbilder im österreichischen, italienischen, belgischen und schweizer Recht hatte. Dadurch trat aber auch eine tatbestandliche Verschiebung ein, wonach als Unterscheidungsmerkmal an die Stelle des Täters die Aussageform trat. Diese Einteilung hat keine nachteiligen Folgen oder eine erschwerte Erfassung der einzelnen falschen Aussagen mit sich gebracht.

Indessen gibt diese Einteilung zu einer anderen Überlegung Anlaß, auf die schon Kohlrausch-Lange 8) hingewiesen haben und hinsichtlich der die ausländischen Strafkodifikationen keine Anknüpfungspunkte bieten. Im Gegensatz zur eidlichen Aussage ist uneidlich nicht nur die nicht beschworene Aussage, sondern auch die eidesstattliche Versicherung. Die naturgemäße Abstufung müßte daher von der eidlichen über die eidesstattlich versicherte zur uneidlichen Aussage gehen. Nach dem gegenwärtigen Strafgesetzbuch stehen dem jedoch zwei Tatsachen entgegen: 1. daß die uneidliche Aussage schwerer strafbar ist als die eidesstattliche Versicherung, und 2. daß eine entsprechende Reihenfolge der Tatbestände überhaupt nicht eingehalten wird. Die Entwürfe 1913, 1919, 1925 und 1927 tragen dem Rechnung. In diesem Punkte erweist sich somit das gegenwärtige Strafgesetzbuch als verbesserungsbedürftig.

II. Die Eidesform

Die hier dargestellten Länder bedienen sich alle bei der Aussage der eidlichen Bekräftigung 9). Stets enthält sie eine Anrufung Gottes, und dort, wo, wie in Frankreich, die Eidesform sich auf die Worte: "Ich schwöre es" beschränkt, ist man sich darüber einig, daß diese Worte für jeden Gläubigen religiösen Charakter haben, im übrigen stets aber eine moralisch verpflichtende Handlung darstellen.

Trotz der religiösen Akzentuierung ist man jedoch übereinstimmend weit davon entfernt, in der eidlichen Aussage ein Religionsdelikt zu erblicken. Dies kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß viele Länder, die eine eidliche Aussage kennen, für solche Fälle, in denen die Eidesleistung der religiösen Überzeugung des Aussagenden

-
- 7) 1944 wurde aus dem damaligen § 156a der jetzige § 153 StGB.
8) Kohlrausch-Lange § 153 VI
9) Lediglich Brasilien und die Tschechoslowakei kennen keinen Eid.

widerspricht, oder dieser kein Glaubensbekenntnis hat, Versicherungen an Eides Statt (so vor allem Frankreich, Spanien, Österreich, Schweden, England) oder ein Handgelübde (Schweiz) zulassen, an die sich die gleichen Folgen knüpfen wie an einen Eid.

III. Die formelle Gültigkeit der Aussage und ihr Einfluß auf die Strafbarkeit

Die Darlegungen zu diesem Problemkreis, der vor allem die prozessuale Aussage betrifft, haben bei den im Vordergrund der Arbeit stehenden Ländern ¹⁰⁾ zu einem vieltätigen und nicht immer vollständigen Bild geführt. An diesem Bild hat weniger die Gesetzgebung teil als vielmehr die Rechtsprechung und Literatur der einzelnen Staaten.

Bei der Frage der formellen Gültigkeit der Aussage sind vier Hauptpunkte anzuführen, die hinsichtlich ihrer Verletzung und des daraus folgenden Einflusses auf die Strafbarkeit der gesamten Aussage besondere Beachtung verdienen: die Zulässigkeit der Vernehmung, die Aussagefähigkeit der Person, die Zeugenpflicht und die Eidesleistung.

• Hat die Zulässigkeit der Aussage in den Ländern kaum eine Beachtung gefunden, in denen die freie Beweiswürdigung zu einer Maxime des Verfahrensrechtes erhoben worden ist (Deutschland ¹¹⁾, Österreich, die Schweiz), so ist dies weitaus mehr dort der Fall, wo z.T. strenge Beweisregeln den Richter binden (England und die Vereinigten Staaten (Law of Evidence), Italien, Frankreich ¹²⁾). In diesen Ländern bestand daher Veranlassung zur Klärung der aufgeworfenen Frage. Man entschied hier übereinstimmend, daß die Unzulässigkeit einer Aussage nicht ihre Strafbarkeit hindern könne ¹³⁾.

• Die Unfähigkeit auszusagen, bzw. einen zur Aussage gehörenden Eid zu leisten, findet überwiegend dann Berücksichtigung, wenn der Aussagende noch minderjährigen Alters ist, wobei die Altersgrenze im einzelnen verschieden angesetzt wird (durch Gesetz in Italien (Eidesfähigkeit mit 14 Jahren); im übrigen in Österreich (Eidesfähigkeit mit 14 Jahren), in der Schweiz (Eidesfähigkeit mit

10) Frankreich, Italien, Österreich, die Schweiz, England und die Vereinigten Staaten.

11) Beweisbindung besteht in der ZPO nur noch in wenigen Fällen: § 286 II ZPO, z.B. beim Urkundenbeweis §§ 415 - 418, §§ 437 ff u.a.m.

12) Materialien über den hier interessierenden Punkt waren für Frankreich allerdings nicht erhältlich.

13) A.A. die italienische Literatur

18 Jahren), in England (Eidesfähigkeit (= Zeugnisfähigkeit) etwa mit 6 Jahren), in Deutschland 14) (Eidesfähigkeit mit 16 Jahren)). Frankreich, das lediglich die eidliche Aussage zuläßt, fordert, sofern ein Eidesunfähiger (unter 15 Jahren) falsch geschworen haben sollte, für die Strafbarkeit der falschen Aussage die Einsichtsfähigkeit des Minderjährigen in das Wesen eines Eides 15). Belgien läßt alle uneidlichen Aussagen von Personen unter 16 Jahren außer Acht. Allein in den Vereinigten Staaten bleibt die Eides- und Aussagefähigkeit (competency) vielfach auf Grund gesetzlicher Bestimmungen unberücksichtigt.

Die Eidesunfähigkeit auf Grund strafgerichtlicher Verurteilung, die Deutschland, Österreich und Frankreich kennen, führt in diesen Ländern nicht zum Ausschluß der Strafbarkeit.

Die Frage nach der Strafbarkeit der Aussage- und Eidesunfähigen kann somit grundsätzlich damit beantwortet werden, daß eine falsche Aussage nur von einer aussagefähigen Person abgegeben werden kann; wer nicht Zeuge u.s.w. sein kann, kann auch keine falsche Aussage abgeben. Damit aber entfällt zugleich auch die Zeugnispflicht und damit die Pflicht zur Wahrheit. Konsequenterweise dürfte dabei kein Unterschied zwischen der Aussage- bzw. Eidesunfähigkeit auf Grund mangelnden Verständnisses und der Unfähigkeit infolge strafrechtlicher Verurteilung bestehen 16). Gegen diese logische Folgerung spricht aber die kriminalpolitische Erwägung, daß jemandem, der durch Urteil für eidesunfähig erklärt wurde, aus dieser Präventivmaßregel - denn um eine solche handelt es sich hier allein - nicht das Privileg erwachsen kann, vor Gerichten und Behörden ungestraft lügen zu dürfen. Diese Überlegung allein war es, die die Entwürfe 1936 und 1938 veranlaßte, die Strafbarkeit solcher Personen zu normieren. Demgegenüber haben aber schon alle Entwürfe bis 1927 von dieser Maßregel der Aberkennung der Eidesfähigkeit abgesehen. Eine solche Regelung würde sich in Übereinstimmung mit der überwiegenden Zahl der ausländischen Kodifikationen befinden 17) und müßte als begrüßenswert bezeichnet werden, denn sie erkennt damit an, daß die Gründe, die einen einmal zu einem falschen Eid veranlaßten, sich immer nur auf einen bestimmten Fall beziehen und deshalb ein solcher Meineid nicht schon die Gefahr einer Wiederholung in einem anderen Fall in sich birgt.

14) Schönke Vorbem. VI vor § 153 mit weiteren Hinweisen; a.A. RG 36/284, Kohlrausch-Lange Vorbem. V vor § 153, Maurach 506

15) Ähnliche Gedankengänge finden sich im englischen Recht, das aber im Gegensatz zu Frankreich auch die uneidliche Aussage eines Minderjährigen (child of tender years) als gültige und verwendbare Aussage betrachtet. Anders in den meisten US-Staaten, wo das Kind entweder fähig ist, den Eid zu leisten und daher als Zeuge aufzutreten, oder nicht aussagen darf (vgl. Newman S. 75 Anm. 5).

16) So auch Ufenast 19

17) So auch Brasilien, Griechenland, Dänemark, Jugoslawien und die Tschechoslowakei

3. Bei der Frage des Einflusses von Verstößen gegen Vorschriften, die die Zeugenpflicht betreffen, zeichnen sich zwei Tendenzen ab, nach denen auf der einen Seite die Unantastbarkeit gewisser persönlicher Rechte, auf der anderen Seite das Interesse der Allgemeinheit an einer ungestörten Ergründung der Wahrheit im Vordergrund stehen.

a. Bei den Personen, die der Amtsverschwiegenheit unterliegen, und deren Vernehmung durchwegs verboten ist, folgen Italien (durch gesetzliche Vorschrift), die Schweiz und die anglo-amerikanischen Staaten dem ersten Prinzip. Österreich läßt dagegen das öffentliche Interesse überwiegen.

b. Im Falle des allgemein anerkannten Aussageverweigerungsrechtes messen lediglich Deutschland und Österreich 18) dem obligatorischen Hinweis auf dieses Recht keine besondere Bedeutung bei: auch bei unterlassener Erinnerung an dieses Verweigerungsrecht wird das öffentliche Interesse an einer wahrheitsgemäßen Aussage dem persönlichen Gewissenskonflikt, den die Kollision der Wahrheitspflicht mit anderen sittlichen Pflichten und Gefahren mit sich bringt, vorangestellt. Italien (auf Grund gesetzlicher Vorschrift), die Schweiz, England und die Vereinigten Staaten 19) geben dagegen den persönlichen Interessen den Vorrang.

Die deutschen Entwürfe lassen diese Frage unberührt. Ihre Behandlung muß davon ausgehen, daß aus der Pflichtenkollision dem Zeugen ein subjektives Recht zur Aussageverweigerung erwächst, das der Zeugenpflicht gegenübersteht. Hieraus folgt gleichzeitig das weitere Recht, auf dieses Zeugnisverweigerungsrecht aufmerksam gemacht zu werden 20). Aus der Bedeutung dieses Rechtes, auf die Möglichkeit der Zeugnisverweigerung hingewiesen zu werden, müssen aber auch Folgerungen für das materielle Strafrecht gezogen werden. Die Verletzung des genannten Rechtes stellt dadurch, daß der Aussagende den Eindruck haben muß, unter Aussagezwang zu stehen, zugleich eine Verletzung des persönlichen Rechtes auf Aussageverweigerung dar. Eine solche Verletzung subjektiver Rechte ist aber nicht statthaft. Der Hinweis auf das Zeugnisverweigerungsrecht sollte daher entsprechend der Regelung im italienischen codice penale 21) daher als Bedingung der Strafbarkeit in den Tatbestand der

18) Hinsichtlich des Aussageverweigerungsrechtes von Angehörigen besteht im österreichischen Recht keine Einigkeit darüber, ob dem öffentlichen Interesse der Vorrang gegeben werden soll.

19) Der anglo-amerikanische Rechtskreis kennt zwar keinen Hinweis auf das Aussageverweigerungsrecht, berücksichtigt dafür aber die unzulässige Erzwingung einer Aussage bei begründeter Aussageverweigerung.

20) Diese Ableitung rechtfertigt sich daraus, daß das Zeugnisverweigerungsrecht kein Rechtsinstitut ist, das aus der täglichen Erfahrung erwächst und somit in das Bewußtsein jedes Einzelnen eingedrungen ist. Der deutsche Gesetzgeber ordnet daher auch in bestimmten Fällen die Belehrung an: §§ 383 ff ZPO, §§ 52, 63 StPO.

21) Art. 384 Abs. II c.p.i.

Strafgeschrift aufgenommen werden.

c. Unabhängig von der Rücksichtnahme auf persönliche Rechte und Interessen wird in den Ländern, die eine Wahrheits-erinnerung und den Hinweis auf die Straffolgen einer falschen Aussage kennen, die Unterlassung dieser Erinnerung in keiner Weise berücksichtigt (Italien, Österreich, Deutschland, die Schweiz). Die Schweiz macht in diesem Rahmen eine Ausnahme, als sie lediglich für die Parteiaussage gesetzlich die Vornahme dieser Erinnerung, einschließlich Hinweis, vorschreibt und ihr den Charakter einer Bedingung der Strafbarkeit verleiht.

Während sich die Schweiz zu einer solchen Einschränkung veranlaßt sah, um nämlich die Beweisaussage der Partei von der bloßen Parteibehauptung abzuheben, verwenden die deutschen Entwürfe (1913, 1919, 1925, 1927) den Hinweis auf die Strafbarkeit einer falschen Aussage dazu, um die Unzahl uneidlicher Aussagen einzuschränken. Wie die Begründungen im einzelnen weiter ausführen, hielt man diesen Hinweis auch im Hinblick auf die bisherige Straflosigkeit einer solchen Aussage für geboten.

Bei dem heutigen Stand der deutschen Strafgesetzgebung, die die uneidliche Aussage ohne jede Einschränkung ²²⁾ bestraft, ist der zweite Grund heute gegenstandslos geworden. Der erste Grund entbehrt heute ebenfalls seiner Berechtigung, da angesichts der durch das Vereinheitlichungsgesetz vom 12.9.1950 erfolgten allgemeinen Abkehr von der uneidlichen zur eidlichen Aussage eine Einengung dieses nun schon durch Gesetz verringerten Kreises der strafbaren uneidlichen Aussagen nicht mehr erforderlich ist. Darüber hinaus würde es eine Verkenning der falschen uneidlichen Aussage bedeuten, die auch heute noch wichtige Entscheidungen nach sich ziehen kann und somit für strafwürdig zu erachten ist.

Die weitere Frage, ob man, sofern die Wahrheitserinnerung und der Hinweis auf die Strafbarkeit nach den prozessualen Vorschriften erforderlich sind, der Verletzung dieser Vorschrift überhaupt einen Einfluß auf die Strafbarkeit der Aussage einräumen soll, hängt generell davon ab, welche Bedeutung diesen Hinweisen und damit den Vorschriften beigemessen wird. Man wird in ihnen lediglich Ordnungsvorschriften sehen können, deren Verletzung prozessual belanglos ist. Kommt ihnen somit nicht einmal prozessuale Bedeutung zu, so besteht erst recht kein Anlaß, ihnen im strafrechtlichen Sinne materielle Bedeutung beizumessen ²³⁾. Die Abhängigkeit der Strafbarkeit einer falschen Aussage von der Vornahme dieser Hinweise erscheint mir somit nicht erstrebenswert ²⁴⁾.

22) Dies vor allem auch, weil prozessuale Bestimmungen, die bestimmte Gruppen von uneidlichen Aussagen von dem Strafbarkeitshinweis ausnahmen, nicht existierten.

23) Anders Ufenast 26

24) So auch schon Kađečka 278 f

4. Mängel bei der Eidesleistung, sofern sie wenigstens die wesentlichen gesetzlichen Erfordernisse derselben nicht verletzen, lassen in Italien, Österreich und Deutschland die Strafbarkeit der falschen Aussage unberührt. Diese Regelung sehen auch England und die Vereinigten Staaten vor, wo es sogar nach Statute Law genügt, daß der Aussagende die Form der Eidesleistung als für ihn verbindlich erklärt. Dort, wo, wie in Frankreich, die Eidesleistung mit einem engen Formalismus verknüpft ist, muß die kleinste Formverletzung naturgemäß die Nichtigkeit der Aussage und damit die Straflosigkeit zur Folge haben. Die Schweiz macht, im Anklang an Frankreich, die Strafbarkeit in diesem Punkte von der nach kantonalem Prozeßrecht zu bemessenden formellen Gültigkeit der Be-
teuerung abhängig.

Die deutschen Entwürfe sehen diesbezüglich keine Vorschriften vor. Die im deutschen Recht getroffene Lösung des Problems bedarf auch im Hinblick auf die im Ausland erzielten Ergebnisse keiner Korrektur.

5. Im Ergebnis läßt die Behandlung der Frage, welchen Einfluß die Nichtbeachtung prozessualer Vorschriften auf die falsche Aussage hat, alle Möglichkeiten erkennen zwischen den Extremen: der gänzlichen Belanglosigkeit der Prozeßvorschriften gegenüber dem materiellen Strafrecht auf der einen Seite und der Einflußnahme des geringsten Formfehlers auf der anderen Seite. Während Deutschland und Österreich vorwiegend die Aussage von formalen Voraussetzungen loslösen und sie ausschließlich vom Boden unbedingter Wahrheitspflicht her beurteilen, schränkt die Schweiz die Wahrheitspflicht auf solche Aussagen ein, die formell gültig sind. Die übrigen Länder (Italien, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten) nehmen Zwischenstellungen ein. Hierbei verdient die italienische Regelung besondere Beachtung, die bei sonstiger Unabhängigkeit von den formellen Erfordernissen das darin zum Ausdruck kommende öffentliche Interesse auf Grund gesetzlicher Bestimmung dann zurückstellt, wenn persönliche Rechte, die in den Prozeßgesetzen niedergelegt sind, entgegenstehen (Art. 384 Abs. II c.p.i.).

Eine Vorschrift, die einen nicht unterrichteten Aussageverweigerungsberechtigten von der Strafbarkeit ausschließt, verdient angesichts der hier vertretenen Ansicht auch in die deutsche Kodifikation aufgenommen zu werden.

IV. Die falsche Aussage

Der unterschiedliche Aufbau, wie er schon Gegenstand der Erörterungen unter I war, stellt sich einer Vergleichung der einzelnen Tatbestände außerordentlich hemmend in den Weg. So mangelt z.B. der rein nach dem Täter orientierten Aussage (etwa Frankreich) jede Vergleichsbasis mit der Aussage, deren Kennzeichen es ist, daß sie in einem gerichtlichen Verfahren abgegeben worden ist (etwa England). Es muß daher von einer Vergleichsgrundlage ausgegangen werden, ohne daß die unterschiedliche gesetzliche

Struktur der Delikte in Erscheinung tritt. Sie bietet sich in der einfachen falschen Erklärung an, die mündlich abgegeben wird. An Hand dieses auf die einfachste Formel zurückgeführten Tatbestandes soll nunmehr gezeigt werden, in welchem Umfange die einzelnen Länder die falsche Aussage für strafbar erklären, und inwieweit sich hieraus in Verbindung mit den deutschen Entwürfen richtungsweisende Anregungen für eine Fortbildung des gegenwärtigen deutschen Rechtes ergeben.

1. Die die Aussage entgegennehmende Stelle

Der das Delikt der falschen Aussage beherrschende und formende Grundzug ergibt sich im Anschluß an Stooß aus der Art, wie die Gesetze den Inhalt und die Bedeutung der Aussage bestimmen. Hier lassen sich zwei Gruppen erkennen, von denen die eine sich darauf beschränkt, die prozessuale Beweisaussage unter Strafe zu stellen, während die zweite den Kreis der strafbaren falschen Aussage über die gerichtliche Aussage hinaus generell auf solche ausdehnt, die die behördliche Wahrheitsermittlung gefährden²⁵⁾. Die Stellung, die die einzelnen Länder in dieser Gruppierung beziehen, ist entscheidend für die Frage, welches Rechtsgut der einzelne Gesetzgeber geschützt wissen will (vgl. unter I, 1).

Charakteristisch für die erste Gruppe sind die Tatbestände des französischen Rechts, das mit dem Begriff der "têmoignage" sich auf die gerichtliche Zeugenaussage (en justice) beschränkt. In gleicher Weise ist der "faux serment" der Partei des Zivilverfahrens auf die gerichtliche Beweisaussage begrenzt. Die außerordentliche Strenge der Beschränkung auf das gerichtliche Verfahren beleuchtet der Umstand, daß Aussagen, die nicht in der Hauptverhandlung erfolgten, nicht mehr der Strafverfolgung unterliegen. Dies, weil, wie Stooß²⁶⁾ ausführt, solche Aussagen dem erkennenden Richter nicht als Erkenntnisquelle dienen. Zu den Gerichten, vor denen die falsche Aussage strafbar ist, werden die Straf- und Zivil-, die Handels- und die Schiedsgerichte gezählt; die Verwaltungsgerichte werden eigenartigerweise ausgenommen.

25) Koffka 11 glaubt diese Einteilung ablehnen und die Unterscheidung in abstrakte und konkrete Gefährdungsdelikte vorziehen zu müssen. Diese Gliederung ist vertretbar, doch orientiert sie sich lediglich an einem Tatbestandselement, das für die falsche Aussage im Ganzen nicht charakteristisch ist. An entsprechender Stelle wird sie Gegenstand näherer Erörterung sein. Von dem von Stooß (370) verwendeten Gegensatzpaar: prozessuale und eidliche Aussage wurde abgewichen, da die neue Rechtsentwicklung allgemein davon abgegangen ist, dem Eid eine größere Bedeutung beizumessen als die einer nachhaltigen Bekräftigungsform. Im tatsächlichen Ergebnis besteht indessen kein wesentlicher Unterschied zu Stooß, der letztlich auch auf die außergerichtliche Erklärung abhebt.

26) Stooß 370. - Die wenigen gesetzlich besonders
Fortsetzung der Anm. S. 170

Dieser tatbestandlichen Erfassung der falschen Aussage schließt sich Belgien eng an. Auch Italien gehört zu dieser Gruppe, doch erweitert es den Kreis der Stellen, vor denen in strafbarer Weise falsch ausgesagt werden kann, auch auf die Verwaltungsgerichte und auf die Staatsanwaltschaft. Hierin kommt der Grundgedanke zum Ausdruck, daß jede staatliche Institution, die der Rechtspflege dient, von hemmenden und irreführenden Einflüssen freigehalten werden soll.

Nach dem Gesetz wäre auch Spanien dieser Gruppe zuzurechnen, doch scheint die Literatur den Begriff der Aussage in Zivilsachen auch auf solche Aussagen ausdehnen zu wollen, die in einem Verwaltungsverfahren (*expediente administrativo*) und damit außergerichtlich abgegeben worden sind.

Dieser Gruppe stehen die Länder gegenüber, die über die prozessuale Beweisaussage hinaus auch solche Aussagen bestrafen, die generell die behördliche Wahrheitsermittlung gefährden. Der Kreis dieser Aussagen wird im einzelnen verschieden bestimmt: durch Hinweis auf gesetzlich zuständige Stellen oder einen gesetzlichen Eid oder eine solche Vernehmung stecken Deutschland, Schweden, die Vereinigten Staaten und die Schweiz den Rahmen dieser Aussage ab; England bestimmt die einzelnen außergerichtlichen, strafbaren Aussagen enumerativ. Damit wird die Bestrafung einer jeden falschen Aussage vor einer Verwaltungsbehörde vermieden. Dänemark und Griechenland kennen zwar hinsichtlich des Strafrahmens eine gleichgeartete Abgrenzung, pönalisieren darüber hinaus aber mit geringerem Strafmaß auch jede weitere falsche behördliche Aussage. Von solcher Differenzierung der Behörden sehen Österreich 27), die Tschechoslowakei 28), Jugoslawien und Brasilien bei der Strafbarkeit falscher Aussagen in Verwaltungsverfahren vollständig ab.

Die deutschen Entwürfe von 1913 bis 1938 haben weiter an dem Erfordernis festgehalten, daß die falsche Aussage (bzw. Versicherung an Eides Statt) vor einer zur eidlichen Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen, zur Entgegennahme einer eidesstattlichen Versicherung (oder zur Abnahme eines Eides) zuständige Behörde abgegeben sein muß. Die Zuständigkeit, die abstrakt 29) vorhanden sein muß, wird

Fortsetzung der Anm. 26): angeführten außergerichtlichen Stellen sollen hier nicht hervorgehoben werden, da sie den Grundzug des französischen Strafrechts nicht beeinflussen.

27) Auf Grund Art. IX EGVG

28) Hier wirkt der Art. IX des österreichischen EGVG nach, indem die falsche Erklärung vor Behörden, die nicht Beweiszwecken dient, im VStG ebenfalls als Übertretung verfolgt wird.

29) Die Frage der Zuständigkeit der Gerichte, bzw. der Behörden wird in den einzelnen Rechtsordnungen nur selten angeschnitten. Lediglich Frankreich, Belgien und Italien verlangen die abstrakte Zuständigkeit der die Aussage entgegennehmenden Stelle, während die Vereinigten Staaten vorwiegend die konkrete

Fortsetzung der Anm. auf S. 171

dabei als objektive Bedingung der Strafbarkeit angesehen³⁰⁾

Während im deutschen Recht nunmehr jede eidliche Aussage (und jede falsche eidesstattliche Versicherung) in strafrechtlicher Hinsicht erfaßt wird, ist es offenbar, daß es bei den uneidlichen Aussagen Behörden gibt, denen gegenüber straflos gelogen werden kann - wenn sie nämlich nicht zur eidlichen Einvernahme von Zeugen und Sachverständigen berechtigt sind. Eine derartige Zweiteilung des Strafschutzes bei der uneidlichen Aussage läßt sich angesichts der heutigen umfangreichen Verwaltungsaufgaben nicht rechtfertigen. Sie läßt außer Acht, daß die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden vielfach Angelegenheiten betreffen, die für die Gesamtheit von großer Bedeutung sind und die nur zu oft auch in die Rechtssphäre des Einzelnen eingreifen. Die hierfür als Grundlage dienenden behördlichen Tatsachenfeststellungen bedürfen daher der gleichen Wahrheitsgarantien wie die gerichtlichen, auch wenn die einzelnen Stellen nicht zur Abnahme eines Eides berechtigt sind. In dem gleichen Maße, wie eine falsche Anzeige oder der Gebrauch einer falschen Urkunde gegenüber einer Behörde wegen ihrer Täuschung strafwürdig ist, muß auch eine falsche Aussage gegenüber einer solchen staatlichen Stelle strafwürdig sein. Eine Einschränkung der Strafbarkeit auf solche uneidlichen Aussagen, die vor ganz bestimmten Behörden abgegeben werden, kann m.E. daher nicht mehr gutgeheißen werden³¹⁾.

Wie aber schon Kadecka³²⁾ hervorhebt, soll damit nicht einem allgemein behördlichen Recht auf Wahrheit das Wort geredet werden: strafwürdig erscheinen allein die wesentlichen Teile einer Aussage, von denen eine Entscheidung abhängt³³⁾.

2. Der Täterkreis

Die unterschiedlich weite Fassung der falschen Aussage spiegelt sich im gewissen Maße auch in der Abgrenzung des Personenkreises wieder, der für die Begehung der Aussagedelikte in Frage kommt. Sämtliche hier behandelten Rechtsordnungen, sowie Deutschland, Dänemark,

Fortsetzung der Anm. 29): Zuständigkeit fordern. Im Anschluß an das Statut scheint sich in England die Literatur neuerdings auf den Standpunkt stellen zu wollen, daß die Zuständigkeit der den Eid entgegennehmenden Stelle überhaupt nicht erforderlich sei.

30) Vgl. die amtliche Begründung zu den §§ 171, 172, 175, 176 des Entwurfs 1925, ebenso die Begründung zu den §§ 184, 185, 187, 189 des Entwurfs 1927.

31) Auf diese Weise würden auch die falschen Aussagen im Ermittlungsverfahren vor den Sicherheitsbehörden (so ausgesprochen Brasilien) und der Staatsanwaltschaft (so die Tschechoslowakei, aber auch Italien) unter Strafsanktion gestellt.

32) Kadecka 227

33) Vgl. dazu IV, 6

Griechenland, Brasilien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei kommen zu einer Bestrafung des falsch aussagenden Zeugen und Sachverständigen. Das gleiche trifft zu für den Dolmetscher (bzw. Übersetzer). Lediglich Schweden nimmt hiervon mit der Begründung Abstand, daß dem Dolmetscher keine Beweisfunktion zukomme; in Frankreich neigt man gleichfalls dazu, den falsch aussagenden Dolmetscher nicht (unter dem Gesichtspunkt der Aussagedelikte) zu bestrafen, weil er einen anderen Eid als den Zeugeneid leistet. Eine Bestrafung der Partei des Zivilverfahrens sehen nicht alle Länder vor: Brasilien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei lassen sie im Gegensatz zu den anderen Ländern straffrei. Dagegen kommt der anglo-amerikanische Rechtskreis auf Grund des ihm eigenen Prozeßrechtes über den Kreis der schon angeführten Personen hinaus auch zu einer Bestrafung des falsch aussagenden Angeklagten, sofern dieser freiwillig in den Zeugenstand getreten ist.

Wo die Aussage nicht nur als prozessuale Beweisaussage, sondern generell als Gefährdung der behördlichen Wahrheitsermittlung bestraft wird, entfällt für die Aussage z.T. die Bestimmung einer Täterpersönlichkeit. Vereinzelt, und zwar in Deutschland, Brasilien, Österreich und Jugoslawien ³⁴⁾ genießt die "Partei" des Verwaltungsverfahrens Straffreiheit.

Die deutschen Entwürfe stehen in Übereinstimmung mit dem derzeitigen deutschen Rechtszustand, der teilweise ja schon das Ergebnis der Entwürfe bis 1927 ist. Die Partei unterliegt dabei - sei es im Zivilprozeß, sei es in Verwaltungssachen - grundsätzlich (vgl. jedoch unten und IV, 3) nicht der Strafdrohung. Kadečka ³⁵⁾ meint hierzu lediglich, daß nur die Aussagen der an der Sache selbst nicht beteiligten Personen strafbar sein sollen. Diese Ansicht entspricht der Erkenntnis, daß der Direkt-Interessierte in Verfolg seiner eigenen Sache eher als ein unbefangener Dritter geneigt ist, durch eine einfache falsche Aussage zu einem positiven Ergebnis in der Sache zu kommen. Aus einem solchen menschlich verständlichen, wenn auch zu mißbilligenden Egoismus kann aber die Allgemeinheit schwerlich einen unbedingten Strafanspruch herleiten. Vielfach wird in solchen Fällen auch ein anderer Tatbestand verwirklicht sein. Anders liegen indessen die Verhältnisse, wenn die Partei sich erkühnt, die falsche Aussage besonders zu bekräftigen (vgl. IV, 3).

3. Die Aussageform

Entsprechend den Erfordernissen der einzelnen Prozeßgesetze werden in den behandelten Ländern die eidliche oder die uneidliche Aussage oder beide unter Strafe gestellt. So kennen Frankreich (dem Wesen der témoignage

34) Alle diese Länder bestrafen die uneidliche falsche Aussage.

35) Kadečka 278

entsprechend), Spanien, Schweden, England 36) und die Vereinigten Staaten nur die Bestrafung der falschen eidlichen Aussage.

Zu einer Bestrafung sowohl der eidlichen als auch der uneidlichen falschen Aussage gelangen Deutschland, Belgien 37), Italien, Österreich, die Schweiz, Dänemark, Jugoslawien und Griechenland. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß die Beweisaussage der Zivilpartei vorwiegend nur in der eidlichen Form strafbar ist (Deutschland, Belgien, Italien, Österreich); die Schweiz, Dänemark und Griechenland pönalisieren dagegen auch die uneidliche Parteiaussage 38). In diesem Zusammenhang erwächst die Frage, ob bei dieser unterschiedlichen Aussageform eine Abstufung vorgenommen wird und auf welche Weise. Der italienische Codice penale unterwirft die eidliche wie die uneidliche falsche Aussage der gleichen Strafdrohung. Die Schweiz, Österreich, Dänemark und Jugoslawien erblicken im Eid einen straferschwerenden Umstand. Belgien beurteilt dagegen auf Grund der Struktur seiner Eidesdelikte die uneidliche Aussage der Auskunftspersonen strafmildernd. In Deutschland wird die eidliche Aussage als besonderer Tatbestand betrachtet, da § 154 StGB den Täterkreis erweitert und eine komplexere Natur aufweist (Aussage und Eid) 39).

Keine eidliche Aussage kennen Brasilien und die Tschechoslowakei, Letztere bedient sich jedoch z.T. bei Aussagen vor Behörden der ehrenwörtlichen Bekräftigung. Insoweit wäre die Tschechoslowakei wegen der Beteuerungsform auch den Ländern hinzuzurechnen, die sowohl eidlich als auch uneidliche Aussagen unter Strafe stellen 40).

Das Problem der Aussagedelikte ist eng mit der prozessualen Frage der Beeidigung oder Nichtbeeidigung der Aussage verbunden. Die außerordentlich starke "Meineidsseuche" 41) in Deutschland vor 1930 hat dazu geführt, daß zu ihrer Bekämpfung vielfach eine Änderung des Eideswesens im Sinne einer starken Einschränkung der Eidesabnahme gefordert wurde. Das Ergebnis dieser Bestrebungen war 1933 eine ausgesprochene Konzentrierung der Eide auf das Wichtigste; auf dem Gebiete des Parteieides wurde die Parteivernehmung eingeführt. Diese Entwicklung, die nunmehr dazu führte, der unbeeideten Aussage größeres Gewicht beizumessen, spiegelte sich strafrechtlich darin wider, daß die uneidliche Aussage 1943 erstmalig unter

36) England bestraft allerdings in wenigen, besonders hervorgehobenen Fällen auch uneidliche Angaben vor Behörden.

37) Infolge des Art. 217 c.p.b., der im Gegensatz zum französischen Recht auch die Auskunftspersonen unter Strafe stellt.

38) In der Schweiz wird die strafbare Beweisaussage der Partei von der bloßen Parteibehauptung durch die obligatorische und zur Bedingung der Strafbarkeit erhobene Wahrheitserinnerung und den Hinweis auf die Straffolgen abgehoben.

39) Maurach 508 ff im Anschluß an BGH NJW 52/73; vgl. auch BGH 2/233, 4/172; a.A. Schönke § 154, I, der den Standpunkt einer Qualifikation vertritt.

40) Diese Beteuerungsform wird jedoch nicht vor Gericht verwendet.

Anm. 41 auf der S. 174

Strafandrohung gestellt wurde. Die wesentlichste Neuerung der Entwürfe seit 1913 wurde damit endlich in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der meisten hier herangezogenen Länder verwirklicht 42). Auf dem Gebiete des Strafprozesses ist seit 1950 eine rückläufige Bewegung eingetreten, und es erhebt sich hier die Frage, ob daraus Folgerungen in strafrechtlicher Hinsicht zu ziehen sind. Die Frage ist zu verneinen, da sich im Grunde an den zur Verfügung stehenden Tatbeständen nichts ändert. Bei der strafrechtlichen Diskussion während es 39. Juristentages 1951 trat allerdings Reichsgerichtsrat a.D. Hartung 43) dafür ein, die Strafbarkeit der falschen uneidlichen Aussage völlig abzuschaffen, indem er dabei auf das französische Vorbild verwies. Er verkennt hierbei aber, daß Frankreich (wie auch Spanien und England) ja keine andere Aussageform als die eidliche kennt, und läßt die Tatsache unberücksichtigt, daß heute die uneidliche Aussage im gleichen Maße wie die eidliche als Grundlage von Entscheidungen herangezogen wird. Die falsche uneidliche Aussage erweist sich somit gleichfalls als strafwürdig.

Dagegen erscheint die Frage prüfenswert, ob entsprechend dem schweizerischen, griechischen und dänischen Beispiel nicht auch die uneidliche Parteiaussage unter Strafandrohung gestellt werden sollte. Derartige Aussagen der Partei kommen nach § 138 Abs. I und den §§ 445 ff ZPO in Betracht. Beide Vorschriften geben der uneidlichen Parteiaussage eine unterschiedliche Bedeutung. § 138 Abs. I betrifft solche Aussagen, die Tatsachen überhaupt erst einmal in den Prozeß einführen und die gleichzeitig unter Wahrheitspflicht stehen. Diese Wahrheitspflicht soll eine redliche Prozeßführung sichern. Sie folgt aus der Parteiherrschaft im Zivilprozeß und stellt das Gegengewicht zum Interesse der Partei dar, den Rechtsstreit zu ihren Gunsten entschieden zu sehen. Diese Aussagen dienen, soweit die Richtigkeit der in ihnen enthaltenen Angaben vom Gegner bestritten wird, dem Richter noch nicht als Urteilsgrundlage. Eine solche Aufgabe haben dagegen die Parteiaussagen, die im Rahmen der Parteivernehmung nach den §§ 445 ff ZPO abgegeben werden. Hier übernimmt die Partei genauso wie der Zeuge oder der Sachverständige mit seiner Beweisaussage eine öffentlich-rechtliche Aufgabe, an der Findung eines richtigen Urteils mitzuwirken 44). Die aus dieser Aufgabe fließende Wahrheitspflicht geht über die in § 138 Abs. I ZPO normierte weit hinaus.

In dieser Gegenüberstellung - dem Zurückdrängen lediglich des eigenen Interesses 45) auf der einen Seite und der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung auf der anderen Seite - tritt unter dem strafrechtlichen Gesichtspunkt der prozessualen Beweisaussage, der stets für die gerichtliche Aussage

41) Hegler 9.- Das Problem der Eidesreform kann hier nicht erörtert werden.

42) Die Entwürfe 1936 und 1938 haben demgegenüber die Strafbarkeit verneint, da wegen der Häufigkeit der falschen uneidlichen Aussagen jede Strafverfolgung praktisch undurchführbar sei (so Mezger im Bericht der Strafrechtskommission 354).

43) Lange-Schneidewin - Ackermann C 75

44) Vgl. Kohlrausch-Lange § 153 IV

45) Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter IV, 2

maßgebend ist, deutlich die Strafwürdigkeit der Parteiaussage im Sinne der §§ 445 ff ZPO zu Tage. Bei einem solchen Ergebnis kann es dann nur noch darauf ankommen, die Beweisaussage der Partei von den bloßen Parteibehauptungen klar zu trennen. Dies kann ähnlich wie in der Schweiz durch die ausdrückliche Ermahnung zur Wahrheit und durch den Hinweis auf eine mögliche Beeidigung 46) (§ 451 i.V. m. § 395 ZPO) oder auch durch den ausdrücklichen Beweisbeschluß erfolgen 47).

Gegen eine solche Regelung könnte eingewandt werden, daß sie zu einer starken Veränderung der Struktur des Zivilprozesses und zu unliebsamen "Nachverfahren" führen würde. Diese Gefahr besteht m.E. nicht. Die Gerichtspraxis zeigt, daß von der Parteivernehmung in einem außerordentlich geringen Maße Gebrauch gemacht wird. Dies hat seinen Grund vor allem darin, daß die Gerichte die Parteivernehmung als das unsicherste Beweismittel ansehen. Es ist dabei nicht anzunehmen, daß man nunmehr im größeren Umfang auf die Parteivernehmung zurückgreifen wird, weil bei der Strafbarkeit der falschen uneidlichen Aussage etwa ein brauchbareres Beweisergebnis zu erzielen wäre. Diese Möglichkeit stand den Gerichten schon immer in Form der eidlichen Parteivernehmung zur Verfügung. Die Gerichte haben bis jetzt jedoch in den wenigsten Fällen die Partei vereidigt.

Das Verhältnis von eidlicher und uneidlicher Aussage zueinander dürfte dann als das einer Qualifikation betrachtet werden.

4. Die Falschheit der Aussage

Bei der Frage der Falschheit der Aussage erweist sich Deutschland als das Land, das der Erörterung dieser Frage den breitesten Raum gewidmet hat. Die Literatur und Rechtsprechung der anderen Länder geht über dieses Tatbestandsmerkmal mit mehr oder weniger kurzen, keine weitere Begründung enthaltenden Bemerkungen hinweg.

Der Vergleich zeigt, daß die subjektive Theorie vorherrschend vertreten wird, so in Frankreich, Belgien, Italien 48), Österreich 49), England und den Vereinigten Staaten. Der im deutschen Recht viel diskutierte Widerspruch der subjektiven Theorie zum fahrlässigen Falscheid besteht in diesen Ländern nicht, da sie diesen Tatbestand nicht kennen. Nach der objektiven Theorie beurteilt wird das Tatbestandsmerkmal der Falschheit in Deutschland⁵⁰⁾, Spanien, der Schweiz und Schweden (wohl auch in Brasilien

-
- 46) Den allgemeinen Hinweis auf die Strafbarkeit kennt das deutsche Zivilprozeßrecht nicht.
47) Dies ist im Hinblick auf die umstrittene Vorschrift des § 619 ZPO vielleicht nicht immer eindeutig.
48) Beim Parteieid wird eigenartigerweise die objektive Theorie vertreten.
49) So die Rechtsprechung; a.A. die Literatur
50) So die herrschende Lehre, vgl. dazu statt vieler Kohlrausch-Lange Bem.IV vor § 153, Maurach 504 ff

und der Tschechoslowakei).

Die deutschen Entwürfe 1925, 1927 und 1938 bringen in dieser Hinsicht nichts. Indessen besteht kein Anlaß, von der herrschenden objektiven Eidestheorie abzuweichen. Ohne die Diskussion um die Eidestheorien hier aufnehmen zu wollen, führt die Ansicht, die die Eidesdelikte im spanischen Recht beherrscht, auch ohne Bezugnahme auf die strafbare Fahrlässigkeit bei einer falschen Aussage zur objektiven Eidestheorie. Das Problem zeigt sich für die Gesamtheit der Aussagedelikte am klarsten bei der meineidigen Aussage. Hier ergibt sich die Struktur der Aussagedelikte aus dem Gegensatz von moralisch verwerflichem Meineid als der Beziehung (Ge-)Wissen - Wort einerseits und der von der Rechtsordnung zu verurteilenden falschen Aussage als Beziehung Wort - "Wahrheit" andererseits. Da der Eid religiösen Charakter besitzt, hat der Meineid, unabhängig von jeder staatlichen Sanktion, die Versündigung zur Folge. Sich mit dieser Seite der falschen Aussage zu befassen, ist nicht Aufgabe des Staates. Er bleibt beschränkt auf die falsche Aussage in ihrer objektiv zu fassenden Existenz, nämlich das Nichtübereinstimmen von Wort und Wahrheit.

Was für die eidliche Aussage gilt, muß auch für die uneidliche (wie für die eidesstattliche Versicherung) gelten. Hier tritt lediglich an die Stelle der durch den Meineid hervorgerufenen Versündigung die moralische Verurteilung 51). Für die Aussage selbst bleibt die Beziehung Wort - Wahrheit (Wirklichkeit) maßgebend. Und hier würde es einer sprachlich korrekten Fassung der Tatbestände entsprechen, wenn eine solche, der Wahrheit nicht entsprechende Aussage als "unwahre" Aussage bezeichnet würde, im Gegensatz zu "falsch", wie z.B. in den §§ 267, 275 StGB, wo es sich um die Echtheit einer Sache handelt. In diesem Sinne kann das schwedische Recht als vorbildlich bezeichnet werden 52).

5. Die Art der Begehung

Die Aussagehandlung wird verschieden angedeutet. Zum Teil beschränken sich die Länder auf den umfassenden Begriff der falschen Aussage (Zeugnis), so Frankreich, Belgien, Spanien, die Schweiz, England, die Vereinigten Staaten, Jugoslawien, Dänemark und Deutschland. Hierin wird vielfach im Wege der Auslegung auch die Negierung der Wahrheit und daneben das Verschweigen einbezogen. Zum Teil aber werden die einzelnen Begehungsmöglichkeiten, wie die Abgabe unwahrer, das Verleugnen wahrer Tatsachen und das Verschweigen hervorgehoben, so ausgesprochen in Italien und Griechenland, teilweise auch in Brasilien, Schweden und der Tschechoslowakei.

-
- 51) In dieser Richtung auch Kohlrausch-Lange, Bem. IV 3a vor § 153
52) Ebenso schon die deutschen Entwürfe 1913 (einschließlich Vorentwurf 1909) und 1919 und der Entwurf der Strafrechtskommission 1936 (Mezger 350), ohne daß allerdings die Begründungen hierauf besonders Bezug nahmen.

Von den einzelnen Strafrechtsreformerarbeiten nimmt zwar der Vorschlag der amtlichen Strafrechtskommission (1936) das Verschweigen der Wahrheit in den Tatbestand auf, doch erscheint das überflüssig, da die falsche Aussage auch durch Unterlassen begangen werden kann.

6. Die Wesentlichkeit der Aussage

Das Merkmal, an dem sich der auffälligste Unterschied zwischen dem deutschen und der überwiegenden Zahl der anderen Rechtsordnungen zeigt, ist das Tatbestandsmerkmal der Wesentlichkeit. Deutschland, Österreich, die Schweiz und wohl auch Dänemark gehen hier von dem Grundsatz aus, daß zwischen wesentlichen und unwesentlichen Punkten der falschen Aussage kein Unterschied besteht⁵³⁾. Die Theorie stützt sich in Deutschland und Österreich hauptsächlich auf die Überlegung, daß jede Unwahrheit eine abstrakte Gefährdung der Rechtspflege bedeute und damit auch schon strafwürdig sei, und daß die Spaltung in wesentliche und unwesentliche Bestandteile im Gesetz keine Stütze finde. Hierin kommt wie bei der Frage des Einflusses prozessualer Mängel auf die Strafbarkeit der falschen Aussage wiederum das Prinzip unbedingter Wahrheitspflicht zum Ausdruck. Ferner wird gegen diese Unterscheidung ins Feld geführt, daß, abgesehen von den Schwierigkeiten einer Abgrenzung, schon die irrtümliche Annahme, ein Punkt sei unwesentlich, oder das Vorschützen dieser Annahme vor Strafe schützen müßten. Während jedoch in Deutschland und Österreich die unwesentliche Aussage der gleichen Strafdrohung wie die wesentliche unterliegt, sehen die Schweiz und Dänemark hier eine nicht vom Vorsatz des Täters abhängende Strafmilderung vor.

Dieser Ansicht steht die Gruppe der Länder gegenüber, die erst bei einer konkreten Gefährdung des Rechtsgutes zu einer Bestrafung der falschen Aussage gelangen. Zu ihr gehören Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Schweden, England, die Vereinigten Staaten und die Tschechoslowakei (allerdings nur in gerichtlichen Sachen)⁵⁴⁾. Diese Ansicht hält nur dann eine falsche Aussage für strafwürdig, wenn sie tatsächlich in der Lage ist, die in dem Verfahren zu treffende Entscheidung zu beeinflussen und damit eine ordnungsgemäße Durchführung der Rechtspflege zu gefährden. Wo eine Aussage infolge ihrer Unwesentlichkeit diesen Einfluß nicht auszuüben vermag, ist eine Gefährdung

53) Die Texte des brasilianischen, des griechischen und des jugoslawischen Strafgesetzbuches sehen die Wesentlichkeit der Aussage tatbestandsmäßig nicht vor.

54) Von diesen Ländern kennt nur die Tschechoslowakei keine Beeidigung. Im übrigen gilt dort, wo man eidliche und uneidliche Aussagen kennt (Belgien, Italien, die Schweiz und England), die Wesentlichkeit für beide Aussageformen. Koffka's Ansicht (§11), daß die Länder, die sich auf die eidliche Aussage beschränken, lediglich abstrakte Gefährdung fordern, wird durch die Beispiele Frankreichs, Schwedens und der Vereinigten Staaten widerlegt. Im übrigen läßt sich diese These auch angesichts der anderen Länder nicht

der Staatsverwaltung bzw. Rechtspflege gar nicht möglich. Daß die Entscheidung tatsächlich beeinflußt wird, ist nicht erforderlich und wird auch von keinem der ausländischen Rechte verlangt.

Das Erfordernis der Wesentlichkeit ist z.T. im Gesetz verankert, so z.B. in Frankreich, Belgien und auch Spanien, die sich alle der auf dem Boden der falsum-Lehre gewachsenen Wendung "für oder gegen den Angeklagten" bedienen; weiter in Schweden, England, den Vereinigten Staaten und der Tschechoslowakei. Italien interpretiert die Wesentlichkeit der Aussage aus der nachwirkenden falsum-Theorie in das Gesetz hinein. Demgegenüber hebt die schweizerische und dänische Kodifikation die Unwesentlichkeit hervor.

Bei der strafrechtlichen Charakterisierung der Wesentlichkeit der Aussage zeichnen sich bei den einzelnen Rechtsordnungen zwei Wege ab. Während sie auf der einen Seite als Merkmal in den Tatbestand hineingenommen wird (so in Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, England und vermutlich auch der Tschechoslowakei), betrachtet man sie auf der anderen Seite als objektive Bedingung der Strafbarkeit, die im Falle des Nichtvorliegens in Schweden und den Vereinigten Staaten Straffreiheit zur Folge hat.

Die Gesamtheit der deutschen Reformarbeiten läßt keine Tendenz erkennen, von dem Erfordernis der abstrakten Rechtsgutgefährdung abzugehen. Indessen ist es nur offensichtlich, daß unter dem Gesichtspunkt des geschützten Rechtsgutes eine kleine Unrichtigkeit, die bei ihrer völligen Unerheblichkeit die zu treffende Entscheidung nicht im geringsten zu beeinflussen vermag, keinen Angriff auf die Rechtspflege bzw. die Staatsverwaltung darstellen kann, daß diese also auch nicht einmal gefährdet wird. Kann man somit nicht schon in jeder falschen Aussage einen Angriff auf das geschützte Rechtsgut erblicken, so ist es erst recht nicht vertretbar, in der falschen Aussage eine abstrakte Rechtsgutgefährdung zu erblicken. Eine solche Erkenntnis nötigt aber zu einer Einschränkung des gesetzlichen Tatbestandes 55).

Die deutschen Entwürfe haben hier teilweise den Weg eingeschlagen, über die Strafzumessung zu einer Berücksichtigung der angeschnittenen Frage zu gelangen, indem sie - so der Vorentwurf 1909 und die Entwürfe 1913, 1919 und 1925 - bei der uneidlichen Aussage in besonders leichten Fällen fakultativ das Absehen von der Strafe vorsahen. Ein besonders leichter Fall sollte dann vorliegen, "wenn die rechtswidrigen Folgen der Tat unbedeutend" sind und der verbrecherische Wille des Täters nur gering und nach den Umständen entschuldbar erschien, so daß die An-

Fortsetzung Anm. 54): aufrechterhalten. - In den Vereinigten Staaten wird teilweise bei außergerichtlichen Aussagen vom Erfordernis der Wesentlichkeit abgegangen.
55) Vgl. dazu im ganzen auch Kuttner 69 ff

wendung der ordentlichen Strafe des Gesetzes eine unbillige Härte enthalten würde". Dieser in § 83 des Vorentwurfes von 1909 enthaltene Gedanke ist in dieser Formulierung nicht mehr in die späteren Entwürfe aufgenommen worden. Der Entwurf 1927 findet zwar wieder zu einer ähnlichen Fassung zurück, doch sieht er diese Möglichkeit des Absehens von Strafen bei der uneidlichen falschen Aussage nicht mehr vor. Ein solches Korrektiv kann aber im Sinne des oben skizzierten Grundgedankens nicht darüber hinweghelfen, daß im Grunde wegen einer Rechtsgutgefährdung schuldig gesprochen wird, wo eine solche Gefährdung mit der konkreten Tat überhaupt nicht möglich ist.

Im Hinblick auf die Beschränkung der Strafbarkeit auf die wesentliche Aussage weisen die Entwürfe insofern jedoch den richtigen Weg, als sie den besonders leichten Fällen lediglich bei der uneidlichen Aussage Beachtung schenken. Kadečka 56) will zwar bei den eidlichen wie bei den uneidlichen Aussagedelikten das Erfordernis der Wesentlichkeit eingeführt wissen, womit er sich im Einklang mit einer Reihe von ausländischen Gesetzgebungen befindet (vgl. Anm. 54); doch stehen dem gewichtige Bedenken entgegen. Der Eid ist eine Beteuerungsform, die das Vorliegen eines Umstandes nachhaltigst bestätigen soll, wobei im allgemeinen Gott zum Zeugen dafür angerufen wird, daß das Beschworene so und nicht anders sei. Das in dem Eid zum Ausdruck kommende religiöse (und wo die religiöse Formel nicht hinzugefügt wird, moralische) Moment gebietet es dabei, von der eidlichen Beteuerung nur in solchen Fällen Gebrauch zu machen, wo es die Bedeutung der Sache für notwendig erscheinen läßt. In solchen Fällen wird es sich stets nur um wesentliche Tatsachen handeln. Die deutschen Prozeßordnungen tragen dem (nunmehr unter dem Eindruck der einstmaligen "Eidesseuche") im vollen Umfange Rechnung. So weisen § 61 Ziff. 3 StPO und § 391 ZPO ausdrücklich auf die (wesentliche) Bedeutung der Aussage hin. Bei den Verwaltungsstellen, die zur Abnahme eines Eides befugt sind, folgt entsprechendes aus der speziellen Aufgabe der einzelnen Behörde.

Eine völlige Einschränkung der Beeidigung auf wesentliche Tatsachen wird sich indessen, insbesondere bei der heutigen Prozeßtechnik 57) nicht erzielen lassen 58). Es ist also denkbar, daß lediglich ein unwesentlicher, aber unter die Beeidigung fallender Teil der Aussage bewußt falsch ist, was an sich keine Rechtsgutgefährdung darstellt. Konsequenterweise müßte diese unerhebliche falsche, aber beeidigte Aussage straflos bleiben; aber die Verwendung des Eides als besonders eindringliches Mittel zur Wahrheitsforschung verbietet jede Aufspaltung der Aussagen in wesentliche und unwesentliche Teile: der Aussagende schwört, in allen Punkten die Wahrheit gesagt zu haben (oder zu sagen: § 410 ZPO), somit auch in den unwesentlichen

56) Kadečka 274

57) Z.B. im Strafprozeß, wo eine Verlesung der Aussageprotokolle nicht erfolgt.

58) Vgl. Koffka 16

Punkten. Hier wird dann, wie dies im Strafraumen der meineidlichen Aussage überhaupt zum Ausdruck kommt, lediglich der Mißbrauch einer besonderen Beteuerungsform bestraft 59).

Eine Einschränkung des Tatbestandes auf wesentliche Punkte ist daher nur bei der uneidlichen Aussage notwendig 60). Gegen eine solche Einschränkung ist im deutschen und österreichischen Recht wiederholt geltend gemacht worden, daß den Täter dann stets der Irrtum über die Erheblichkeit zur Straflosigkeit verhelpe und die Berufung auf einen solchen Irrtum schwer widerlegbar sein. Diese Möglichkeit besteht auch noch angesichts der neuen Irrtumslehre, da es sich bei jedem Irrtum um einen Tatbestandsirrtum handeln würde. Dies aber muß Ausgangspunkt einer anderen Überlegung sein. Die Feststellung, ob die Aussage im einzelnen Fall erheblich ist, hängt doch rein von der subjektiven Beurteilung durch die entscheidende Stelle ab. Die Beurteilung der Wesentlichkeit wird daher dem Aussagenden in vielen Fällen selbst überhaupt nicht möglich sein, denn aus dem Umstand allein, daß nach einer Tatsache gefragt wurde, wird man noch nicht auf deren Wesentlichkeit schließen können. Die Wesentlichkeit sollte daher als ein außerhalb des Tatbestandes liegender Umstand verstanden werden, von dem die Strafbarkeit der falschen Aussage abhängt.

Diese Ausgestaltung der Wesentlichkeit als objektive Bedingung der Strafbarkeit würde sich in Übereinstimmung mit der gesetzlichen Regelung in Schweden und den Vereinigten Staaten befinden.

Die auf der gleichen Ebene liegende Möglichkeit, bei Vorliegen der Unwesentlichkeit eine geringere Strafe auszusprechen - wie das in der Schweiz und Dänemark der Fall ist - muß abgelehnt werden, da hier, wie schon Hafter 61) zutreffend hervorhebt, eine Erfolgshaftung aufgestellt werden würde.

7. Die Generalfragen

Dieses Problem hat nur in der Schweiz eine gesetzliche Behandlung erfahren, indem hier die Strafbarkeit auf den Teil der Aussage beschränkt wird, die "zur Sache" abgegeben wird. Dadurch bleiben alle Generalfragen außerhalb jeder Strafdrohung. Im übrigen wird die Frage überwiegend unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit betrachtet (Frankreich, Belgien, Schweden, England). Deutschland und Österreich 62)

-
- 59) Vgl. hierzu Kohlrausch-Lange Bem.III, 3 vor § 153. Koffka, 16 verweist in diesem Zusammenhang auf die Berücksichtigung der Unwesentlichkeit durch das Strafmaß.
- 60) Auch hier sind Angaben zu wesentlichen Punkten jederzeit möglich, etwa durch Personen, die nicht vereidigt werden können, oder dort, wo man die Erheblichkeit eines Aussagepunktes nicht sofort bei der Einvernahme erkannte und so von einer Vereidigung Abstand nahm u.a.m.
- 61) Hafter 808
- 62) So die Rechtsprechung; a.A. die österreichische Literatur, jedoch ohne Begründung.

erstrecken dagegen die Wahrheitspflicht von vornherein auch auf die Aussagen zur Person. Italien unterwirft sie einer besonderen Strafbestimmung.

Die einzelnen Entwürfe zur Strafrechtsreform lassen die hier behandelte Frage völlig außer Acht. Eine allgemeine Beschränkung des Begriffs "Zeugnis" auf die Aussage zur Sache muß für bedenklich erachtet werden, da unter Umständen auch Bekundungen zur Person von großer Bedeutung sein können. Es sollten daher die Generalfragen Gegenstand des Zeugnisses und bei uneidlichen Aussagen insoweit strafbar sein, als sie wesentlich sind, bei eidlichen Aussagen jedoch im vollen Umfange (vgl. oben IV,6).

8. Der subjektive Tatbestand

Übereinstimmend verlangen sämtliche hier behandelten Länder einschließlich Deutschland vorsätzliche Tatbegehung. Soweit Wesentlichkeit der Aussage gefordert wird, erstreckt sich der subjektive Tatbestand auch auf dieses Element. In Schweden und den Vereinigten Staaten bleibt die Wesentlichkeit als objektive Bedingung der Strafbarkeit außerhalb des Vorsatzes⁶³⁾. Entsprechendes gilt für die Schweiz und Dänemark, wo die Unwesentlichkeit zu einer Strafmilderung führt.

Über den Vorsatz hinaus wird zur Erfüllung des Tatbestandes in Belgien eine Schädigungsabsicht dann verlangt, wenn sich die Aussage gegen den Angeklagten richtet. In Österreich sind die Ansichten über eine Schädigungsabsicht uneinheitlich⁶⁴⁾.

Außer Deutschland sehen nur noch Schweden und Dänemark die Bestrafung einer fahrlässigen falschen Aussage vor. Hierunter fallen alle eidlichen Aussagen - Schweden kennt ja nur diese Aussagen. Dänemark bestraft darüber hinaus auch die uneidliche, falsche und fahrlässige Aussage. Die beiden nordischen Länder schränken jedoch die Strafbarkeit auf solche Aussagen ein, deren Falschheit auf grober Unachtsamkeit beruht. Diese Begrenzung auf grobe Fahrlässigkeit ist dem deutschen Recht fremd.

Die gesamten deutschen Entwürfe stehen auf dem Standpunkt, daß beim fahrlässigen Falscheid nicht auf die Strafdrohung verzichtet werden könne. Mezger⁶⁵⁾ weist dabei darauf hin, daß im Jahresdurchschnitt 1921/30 471 Verurteilungen erfolgten. Die neuen Kriminalstatistiken geben für das Jahr 1950 : 131 und für das Jahre 1951 : 200 Verurteilungen wegen fahrlässigen Falscheides an.

Diese Zahlen der Verurteilungen befreien angesichts der

63) Dies gilt auch für die hier vertretene Ansicht über die Wesentlichkeit der Aussage.

64) Z.T., wie die Erörterung gezeigt hat, contra legem.

65) Mezger, in Bericht 351

Tatsache, daß die ausländischen Kodifikationen die fahrlässige Falschaussage überwiegend straflos lassen, nicht davon, die Berechtigung dieses Tatbestandes im deutschen Recht zu prüfen. Sie stellt ein schwieriges Problem dar, zu dem sich schon viele geäußert haben 66). So wurde geltend gemacht, daß die Möglichkeit einer fahrlässigen falschen Aussage begrifflich überhaupt zu verneinen sei, weil, wenn die Aussage dem gegenwärtigen Wissen des Schwörenden nicht entspreche, nur vorsätzliche Wahrheitsverletzung vorliegen könne 67). Diese Ansicht übersieht, daß die Aussage häufig aus dem Grunde nicht mit dem präsenten Wissen des Schwörenden übereinstimmt, weil er infolge schuldhafter Unachtsamkeit und Nachlässigkeit sein Wissen nicht in gehöriger Weise zum Ausdruck bringt oder sich nicht klar macht, was er aussagt und beschwört (vgl. hierzu noch weiter unten).

Die vielfach auch vorgetragene Ansicht 68), daß hier nicht ein fahrlässiges Handeln, sondern ein Nichtwissen bestraft werde, verkennt den anderen Strafgrund, der darin besteht, daß, wie es das Reichsgericht mehrfach ausgedrückt hat 69), "der Täter schwört, obgleich er sich zur Zeit der Eidesleistung bzw. der eidlichen Aussagen sagen konnte und mußte, daß er wegen unterbliebener oder mangelhafter Vorbereitung und Überlegung nicht schwören durfte". Dem Schwörenden wird also nicht die mangelnde Erinnerung als Fahrlässigkeit angerechnet; es wird ihm vielmehr zum Vorwurf gemacht, daß er das, was er als Erinnerung eines Vorganges in der "Dunkelkammer seines Gedächtnisses" 70) zurückbehalten hat, nicht mit Sorgfalt offenbart hat. Hier jedoch liegt die Problematik des fahrlässigen Falscheides. Er setzt die Existenz einer psychologischen Tatsache voraus, einer Tatsache, die durch einen gerichtlichen Nachweis nicht erfaßt werden kann. Ebenso entzieht sich dann die weitere Frage der Beantwortung, in welchem Maße der Schwörende nämlich fähig war, durch Anstrengung seines Gedächtnisses verschwommene oder entschwundene Erinnerungsbilder zurückzurufen. Die Erfassung einer solchen fahrlässigen falschen Aussage erweist sich somit als kaum durchführbar.

Ohne größere Schwierigkeit wird demnach nur die fahrlässige falsche Aussage einem Nachweis zugänglich sein, mit der, wie schon oben angeführt, ein präsentenes Wissen nachlässig und unaufmerksam wiedergegeben wurde, doch ist es offensichtlich, daß eine solche Aussage durch gute Leitung der Vernehmung vermieden werden kann. Ein Strafbedürfnis kann daher auch nicht für die so geartete fahrlässige falsche Aussage gefunden werden 71).

66) Vgl. die Literaturhinweise bei Mezger 351, Vorentwurf 1909, S. 542 - 545, Ufenast 63 ff, Olbricht in Aschrott-Liszt 175 ff

67) So Thomsen in GS 60/56 ff, 64/219 ff

68) Vgl. hierzu Vorentwurf 1909, S 543, Anm. 3

69) RG 37/399, 62/129

70) Stooß Vgl. D. 405

71) Im Sinne einer Straflosigkeit der fahrlässigen falschen Aussage auch Stooß, Vgl. D. 404 ff, Olbricht in Aschrott-Liszt 175 ff, Ufenast 61 ff u.a.

Es kommt dabei hinzu, daß § 163 StGB der einzige, auch bei Fahrlässigkeit strafbare Vergehenstatbestand ist, der keinen Außenweltserfolg voraussetzt.

Damit erübrigt sich jede weitere Behandlung der Fragen, ob nur die grobe Fahrlässigkeit und ob neben der eidlichen auch die uneidliche, fahrlässige, falsche Aussage unter Strafdrohung gestellt werden sollte.

9. Versuch und Vollendung

Bei der Behandlung der Frage, wann die falsche Aussage als vollendet betrachtet wird, kommt die Literatur und Rechtsprechung der einzelnen Länder im ganzen zu einem einheitlichen Ergebnis. Danach gilt in Deutschland, Italien, Spanien, Österreich, der Schweiz, Schweden, England und den Vereinigten Staaten das Delikt der falschen Aussage mit Abschluß der Erklärung als vollendet. Allein Frankreich und Belgien halten diesen Zeitpunkt erst mit Schluß der Verhandlung für gegeben.

Der Versuch der falschen Aussage wird in Frankreich, Belgien, Italien und England aus der Geschlossenheit der Aussage heraus für juristisch undenkbar erklärt. Österreich, die Schweiz und die Vereinigten Staaten halten demgegenüber den Versuch einer falschen Aussage für möglich und bestrafen ihn ⁷²⁾. Deutschland folgt diesen Ländern, doch stellt es nach der Neufassung des Strafgesetzbuches durch das 3. Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. August 1953 (Bekanntmachung in der Fassung vom 25. August 1953) nur noch den Meineidsversuch unter Strafe. Schweden sieht überhaupt von einer Bestrafung des Versuchs ab.

Die deutschen Entwürfe ⁷³⁾ haben entgegen dem Rechtszustand, wie er seit der Strafrechtsangleichungsverordnung vom 29.5.1943 bestand, stets von der Strafbarkeit der versuchten falschen uneidlichen Aussage abgesehen. Das Dritte Strafrechtsänderungsgesetz hat nunmehr den Standpunkt der Entwürfe eingenommen. Noch zuvor wurde von Schneidewin ⁷⁴⁾ darauf hingewiesen, daß hier eine mildere Auffassung Platz greifen und die Strafbarkeit des Versuches wieder aufgehoben werden müsse.

Die hier vertretene Ansicht, nach der die falsche uneidliche Aussage als Grundtatbestand und der Eid nach schweizer und österreichischem Vorbild als qualifizierendes Tatbestandsmerkmal angesehen wird (vgl. unter IV,3), zwingt nicht, zu dem Problem eine andere Stellungnahme zu beziehen. Wenn auch die Verlegung des Schwergewichts der Aussagedelikte auf die einfache falsche Aussage der zentralen Bedeutung entspricht, die diesem Tatbestand tatsächlich zukommt, so verbietet die natürliche Betrachtungsweise, die die

72) Über die Strafbarkeit des Versuches in Brasilien, Griechenland, Dänemark, Jugoslawien und der Tschechoslowakei waren genaue Angaben nicht erhältlich.

73) Mit Ausnahme des Entwurfs der Strafrechtskommission 1936 und des Entwurfs 1938, die ja beide die uneidliche falsche Aussage generell straffrei ließen.

74) Lange-Schneidewin-Ackermann C 31 ff

uneidliche Aussage als die notwendige Vorstufe des Eides ansieht, es doch, daß man noch weiter auf die Anfangsstadien des Delikts zurückgeht und auch noch den Versuch einer falschen uneidlichen Aussage unter Strafe stellt.

10. Die Strafen

Die für die einzelnen Tatbestände in den behandelten Ländern vorgesehenen Hauptstrafen weisen zum Teil eine außerordentlich weitgehende Kasuistik auf. Diese Kasuistik entspringt der Berücksichtigung verschiedener Umstände.

Frankreich, Belgien, Spanien, Louisiana, Michigan und zum Teil auch Jugoslawien nehmen eine Abstufung der Strafe entsprechend dem Verfahren vor, in welchem die falsche Aussage abgegeben worden ist. Zum Teil wird dabei noch berücksichtigt, ob die Aussage zugunsten oder gegen den Angeklagten abgegeben worden ist (so in Spanien).

In Österreich, der Schweiz und Jugoslawien wirkt der Eid qualifizierend.

Einige Länder sehen einen Straferschwerungsgrund in bestimmten Umständen oder in einer besonderen Folge der falschen Aussage (etwa die Verurteilung eines Angeklagten), so Frankreich, Belgien, Italien, Brasilien, Österreich, Schweden, New York, Californien, Idaho, die Tschechoslowakei und Deutschland. Einen besonderen Straferschwerungsgrund sehen Frankreich, Brasilien, Belgien und Spanien in der Annahme von Geld, Versprechungen und anderen Vorteilen im Hinblick auf eine falsche Aussage. Dänemark sieht eine Strafschärfung für den Fall vor, daß jemand eine falsche Erklärung unter dem Erbieten abgibt, die Wahrheit in zulässiger Form beteuern zu wollen.

Für die Unwesentlichkeit der Aussage sehen allein die Schweiz und Dänemark eine mildere Strafdrohung vor. Spanien mildert dagegen die Strafe nur bei einer unter bestimmten Umständen (Verschweigen oder Ungenauigkeiten) erfolgten geringfügigen Abweichung von der Wahrheit. Strafmildernde Umstände werden beim Meineid auch von Deutschland beachtet.

Von jeder Unterscheidung im Strafraumen nimmt nur die Bundesregelung der Vereinigten Staaten Abstand.

Die angeführte, z.T. umfangreiche Kasuistik sowie die Verschiedenheit der Strafarten und der unterschiedliche Umfang der zu ahndenden Straftaten stellen einer Vergleichung der angedrohten Strafen ein kaum zu überwindendes Hindernis entgegen. Auf ihre Gegenüberstellung muß daher in diesem Rahmen verzichtet werden. Es soll im folgenden nur noch ein Überblick gegeben werden, welche Nebenstrafen die Gesetze bei den Aussagedelikten androhen.

Von dieser Möglichkeit machen alle Länder außer Schweden und dem anglo-amerikanischen Rechtskreis Gebrauch. Generell geht die Nebenstrafe auf Entzug öffentlicher Rechte,

gleichgültig um welche Täterperson es sich handelt. Die Bestimmungen finden sich entsprechend der Gesetzestchnik des einzelnen Landes im allgemeinen Teil oder bei der Strafbestimmung. Der Entzug knüpft sich im allgemeinen obligatorisch an bestimmte Strafen (Frankreich (bei Verbrechen), Italien, Brasilien, Spanien, Österreich, die Schweiz, Griechenland und die Tschechoslowakei). Fakultativ sprechen Frankreich (bei Vergehen) und Belgien den Entzug aus. Den Begriff der Eidesunfähigkeit kennen dabei nur Frankreich, Belgien, Österreich und Deutschland.

Der Entzug der Fähigkeit, Sachverständiger und Dolmetscher zu sein, wird lediglich in Italien und Spanien noch besonders hervorgehoben.

Die deutschen Entwürfe weisen im Laufe der Zeit lediglich die Tendenz auf, die uneidliche Aussage strenger zu bestrafen. Der gegenwärtige Rechtszustand gibt hiervon beredtes Zeugnis. Im Sinne einer wertmäßigen Stufenordnung innerhalb der Aussagedelikte scheint es aber angebracht, den Strafraum für die uneidliche falsche Aussage im Hinblick auf den Meineid und die falsche eidesstattliche Versicherung in ein entsprechendes Verhältnis zu bringen 75).

Die außerordentliche Kasuistik, die die ausländische Gesetzgebung aufweist, verdient m.E. keine Nachahmung. Auch die Entwürfe halten sich hiervon frei. Wo die falsche Aussage besondere Folgen nach sich zieht, die vielfach als besonders qualifizierend hervorgehoben werden, wird in der Regel ein weiterer strafrechtlicher Tatbestand verwirklicht sein, mit dem die falsche Aussage in Idealkonkurrenz steht. In Verbindung mit einem genügend großen Strafraum ist damit ausreichend Gewähr für eine der Tat entsprechende Strafe gegeben.

Die Eidesunfähigkeit durch Urteilsausspruch, eine Maßregel, die im Ausland nur im geringen Umfang Anwendung findet, sollte dabei aus den unter III, 2 angeführten Gründen abgeschafft werden.

11. Zusammenfassung der Rechtsvergleichung

Durch die in den einzelnen Ländern unterschiedlich vorgenommene tatbestandliche Ausgestaltung des Deliktes ergibt sich eine entsprechend uneinheitliche Erfassung falscher Aussagen.

Die engste Begrenzung des Tatbestandes der falschen Aussage findet sich im französischen Recht, das lediglich die eidliche und wesentliche prozessuale Beweisaussage des Zeugen und der Partei im Erkenntnisverfahren vor den ordentlichen Gerichten unter Strafdrohung stellt. Belgien erweitert den Kreis der strafbaren falschen Aussagen

75) Lange-Schneidewin-Ackermann C 19; vgl. hierzu die Ausführungen unter I, 4

auf die Erklärungen der uneidlich zu hörenden Auskunftspersonen. Italien bezieht darüber hinaus die uneidlichen und solche Aussagen in den Kreis ein, die vor besonderen Gerichten und der Staatsanwaltschaft abgegeben werden.

Durch das Hineinnehmen außergerichtlicher falscher Aussagen erfährt die strafbare Aussage eine außerordentliche Erweiterung. Am engsten werden hierbei die Tatbestände vom spanischen Recht erfaßt, das sich auf eidliche, für das Verfahren wesentliche Zeugen- und Sachverständigenaussagen beschränkt. Schweden erstreckt die Strafbarkeit auch auf die Parteiaussage (wie auch auf die grobfahrlässige Aussage und auf die unter gewissen Umständen erfolgende Vorbereitungshandlung (siehe unter V)). In England und den Vereinigten Staaten wird sogar die falsche Aussage des Angeklagten bestraft. Die Schweiz vergrößert den Kreis der Delikte dadurch, daß sie auch die uneidlichen Aussagen vor Gericht und vor Institutionen unter Strafe stellt, die zur Zeugenanhörung gesetzlich berechtigt sind. In dieser Hinsicht geht Deutschland bei der gegenwärtigen Gesetzgebung wiederum weiter, indem es auch die unwesentliche (und die mit dem Eid bekräftigte fahrlässige) falsche Aussage vor Gericht und vor zur Entgegennahme von Eiden zuständigen Stellen bestraft. Die Tschechoslowakei nimmt hierbei eine Akzentverschiebung vor, indem sie auf der einen Seite bei gerichtlichen Aussagen von Beweispersonen Wesentlichkeit verlangt, auf der anderen Seite aber jede unwesentliche falsche Aussage vor jeder Verwaltungsbehörde unter Strafe stellt. Am weitesten faßt Österreich den Kreis der strafbaren Aussagen, da es sowohl unwesentliche falsche Aussagen vor Gericht (einschließlich der Vorbereitungshandlungen (siehe unter V)) als auch vor Verwaltungsbehörden (hier allerdings auf Zeugen und Sachverständigen beschränkt) verfolgt.

V. Sondertatbestände

Außer den Tatbeständen, deren Inhalt im Gesamten die falsche Aussage bildet, kennen die behandelten Länder generell kein weiteres Aussagedelikt. Lediglich in einigen Rechten wird auch die Vorbereitungshandlung zur falschen Aussage durch besondere Bestimmungen unter Strafe gestellt. Hierzu gehören Deutschland, Österreich, Griechenland und Schweden. Kriminalpolitischer Grundgedanke dieser Bestimmungen ist es, jeden Angriff auf die Staatsverwaltung, insbesondere die Rechtspflege, der in seiner Folge das Vertrauen der Allgemeinheit in das ordentliche Funktionieren der staatlichen Einrichtungen zu untergraben in der Lage ist, schon bei der Wurzel zu packen.

Die Ausgestaltung des Tatbestandes ist unterschiedlich und läßt erkennen, daß Deutschland, soweit es die falsche eidliche Aussage betrifft, die Vorbereitungshandlungen im weitesten Umfange unter Strafe stellt. Hier wird (neben der im anderen Zusammenhang anzuführenden erfolglosen Anstiftung) das Bereiterklären, die Annahme eines Anerbietens sowie die Verabredung für strafwürdig erklärt und nach den Vorschriften über den Versuch mit Strafe bedroht (§ 49a StGB). Die

falsche uneidliche Aussage fällt nach dem 3. Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. August 1953 nicht mehr unter diese Regelung (§ 159 i.V.m. § 49a StGB; vgl. auch unter X,2). Einschränkung folgt Österreich, das lediglich das vor Gericht erfolgte Anerbieten zu einer falschen eidlichen, wie aber auch zu einer falschen uneidlichen Aussage mit der gleichen Strafe wie bei der ausgeführten Tat bestraft. Schweden engt den Kreis der strafbaren Vorbereitungshandlungen auf das unter Annahme von Geld und dergleichen erfolgte Anerbieten oder Verabreden zu einer falschen, nach Gesetz unter Eid abzugebenden Zeugen- oder Sachverständigenaussage ein und zwar mit geringerer Straffolge als im Falle der Ausführung. Griechenland beschränkt den Täterkreis auf die Partei im Zivilprozeß, wobei die Tatsache, über die auszusagen man sich erbieht, vom Gegner schon anerkannt worden sein muß.

Die durch diesen Tatbestand aufgeworfenen Fragen gehören in den Bereich des allgemeinen Teils des Strafrechts. Dabei kann es im Rahmen der vorliegenden Arbeit offen bleiben, ob man, wie es die Entwürfe bis 1927 tun, in der Vorbereitung zugleich einen selbständigen Tatbestand in Form eines Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung im weitesten Sinne erblickt. Die Entwürfe kommen in jedem Falle zu einer Bestrafung des vorbereiteten Verbrechens, also der eidlichen Aussage. Diese Regelung würde im Ergebnis der schwedischen entsprechen, obwohl das schwedische Recht eigenartigerweise den Versuch einer falschen Aussage straflos läßt. Dieser Umstand hat im deutschen Recht bei den Vergehen der falschen uneidlichen Aussage und der falschen eidesstattlichen Versicherung zur Folge, daß die dem Versuch vorausgehenden Vorbereitungshandlungen ebenfalls straflos bleiben. Selbst für qualifizierte Vorbereitungshandlungen scheint mir dabei keine Strafwürdigkeit vorzuliegen. Eine Änderung des gegenwärtigen deutschen Rechtszustandes ist aber auch angesichts der eingangs angeführten kriminalpolitischen Zielsetzung nicht erforderlich.

Eine besondere Form des Aussagedeliktens kennt Spanien, das die Namhaftmachung einer Beweisperson vor Gericht für strafbar erklärt. Dabei muß sich der Täter - die Partei im Zivilprozeß oder der Angeklagte - bewußt sein, daß die Aussage falsch sein wird. Dieses Delikt wird als besondere Form der Mittäterschaft betrachtet. Das deutsche Recht erfaßt diesen Tatbestand durch die Figur der Beihilfe zur falschen Aussage, begangen durch Unterlassung. Anregungen für unser Recht können ihm daher nicht entnommen werden.

VI. Die eidesstattliche Versicherung

Das Institut der eidesstattlichen Versicherung ist nach dem Ergebnis der Einzeldarstellungen außer in Deutschland nur noch in Schweden und England (statutory declaration) bekannt. Infolge der allgemeinen Verbreitung bestand in diesen Ländern die Notwendigkeit, auch dieses Institut unter Strafschutz zu stellen. Eine besondere Stellung

nimmt in diesem Zusammenhang Frankreich ein, das im Code général des impôts für bestimmte Fälle eine sog. affirmation de sincérité vorschreibt. Diese Versicherung der Aufrichtigkeit beschränkt sich jedoch auf wenige fest umrissene Fälle und weist auch in der Form (z.T. unter Eidesleistung, z.T. ohne jeden Bezug darauf) nur wenig verwandte Züge mit der dem deutschen Recht bekannten Versicherung an Eides Statt auf. Im übrigen stellen die in diesem Sondergesetz enthaltenen Vorschriften keinen eigenen Strafraum auf, sondern weisen auf die Meineidsstrafe für die Partei hin, womit auch die enge Beziehung zum Parteieid aufgezeigt wird.

Die Begriffsbestimmung der eidesstattlichen Versicherung ist in den angeführten drei Ländern nicht einheitlich. Schweden deutet in seiner gesetzlichen Formulierung auf die Beweisnatur der Versicherung hin. In Deutschland und England hingegen ergibt sich aus dem Anwendungsgebiet der eidesstattlichen Versicherung, daß es sich, wie Stooß 76) schon hervorhob, vorwiegend um Behauptungen und Erklärungen handelt, die unter einer besonderen Bekräftigungsformel abgegeben werden und denen dadurch hinsichtlich ihrer Wahrheit größeres Gewicht beigelegt wird. Diese Wirkung hat England auch veranlaßt, aus kriminalpolitischen Gründen den Kreis der einst in großer Zahl erforderlichen Eide durch die statutory declaration einzuengen. Dabei ist in allen drei Ländern die Versicherung an Eides Statt begrifflich von der Beteuerung zu trennen, die von einem Eidesverweigerer an Stelle des Eides mit eidesgleichen Folgen abgegeben wird. Im Gegensatz zu Deutschland beachten England und Schweden bei der Versicherung eine außerordentliche Formenstrenge.

Die eidesstattlichen Versicherungen können in England und Schweden nur schriftlich, in Deutschland auch mündlich abgegeben werden. In diesen Formen werden sie auch von den einzelnen Gesetzen unter Strafschutz gestellt. England weist eine Kongruenz von eidesstattlichen Versicherung und deren Strafbarkeit auf, indem es nur die als statutory declaration bezeichnet, die in der Statutory Declaration Act zusammengefaßt sind. Schweden nimmt eine Abgrenzung dadurch vor, daß es nur die gesetzlich vorgeschriebenen Versicherungen auf Ehre und Gewissen (u.a.) für strafbar macht. Deutschland macht die Strafbarkeit der falschen eidesstattlichen Versicherung von der Zuständigkeit der Behörde abhängig 77).

Dem Grundtatbestand der falschen Aussage entspricht es dabei, wenn in England und Schweden die Wesentlichkeit der Angaben für die Strafbarkeit der Versicherung notwendig ist. Schweden drückt dies dadurch aus, daß eine Gefahr für die Beweisführung bestehen müsse. Abweichend von der bei

76) Stooß 395

77) Ein Kriterium, das sich nicht allein auf die gesetzliche Ermächtigung stützt und dadurch, besonders in der Nachkriegszeit, zu zahlreichen Streitfragen Anlaß gab; vgl. hierzu Maurach 513 ff, Kohlrausch-Lange § 156 II, Schönke § 156 III, 2, Schönke in Süddeutsche Juristen-Zeitung 1948, Seite 299 ff.

der falschen Aussage geübten Praxis wird es aber auch in Deutschland für erforderlich erachtet, daß die eidesstattliche Versicherung irgendeine rechtliche Wirkung hervorrufen kann 78); rechtlich bedeutungslose Erklärungen erfüllen nicht den Tatbestand des § 156 StGB. Alle drei Länder behandeln somit die falsche eidesstattliche Versicherung als konkretes Gefährdungsdelikt.

Die falsche Versicherung wird nach englischem Recht nur bei vorsätzlicher Begehung, im deutschen und schwedischen Recht auch bei fahrlässiger Begehung bestraft. Dabei wird die Wesentlichkeit als Tatbestandsmerkmal betrachtet 79).

Die Straffolgen sind in allen drei Ländern niedriger als bei der falschen Aussage, in Deutschland sogar noch niedriger als bei der falschen uneidlichen Aussage.

Die deutschen Entwürfe hatten für die eidesstattliche Versicherung nur geringe Änderungen vorgesehen. So wurde 1927 die Strafbarkeit des Versuches vorgesehen, die 1943 auch in das Strafgesetzbuch aufgenommen wurde. Diese Strafbarkeit des Versuches einer falschen eidesstattlichen Versicherung ist in letzter Zeit nachhaltig bemängelt worden, was schließlich auf Grund des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 4. August 1953 zu ihrer Beseitigung führte 80). Hierbei waren es vor allem die Fälle, in denen jemand in der Annahme ihrer Zuständigkeit eine falsche eidesstattliche Versicherung vor einer unzuständigen Behörde abgegeben hat, und die im Anschluß an die umstrittene Meinung, daß es sich bei der Zuständigkeit um ein Tatbestandselement handelt, zu zahlreichen Problemen Anlaß gegeben haben. Mit der Abschaffung des § 156 Abs. II StGB wird eine Fülle von unerquicklichen Zweifeln beseitigt, ohne daß dadurch einer gerechten Strafverfolgung in den Arm gefallen wird. Das deutsche Recht befindet sich damit in diesem Punkte in Übereinstimmung mit dem schwedischen und englischen Recht.

Im übrigen wäre eine Eindämmung der Probleme schon dadurch möglich gewesen, daß man in der Zuständigkeit der die eidesstattliche Versicherung entgegennehmenden Behörde eine objektive Bedingung der Strafbarkeit sieht, wie dies schon bei den Entwürfen bis 1927 der Fall war. In der Literatur ist dieser Standpunkt schon verschiedentlich vertreten worden 81). Die wenigen ausländischen Gesetzgebungen, die ebenfalls die Strafbarkeit der falschen eidesstattlichen Versicherung kennen, können hier keine Anregung geben, da der strukturelle Aufbau des entsprechenden Tatbestandes ein anderer ist.

78) Schönke § 156 IV, 2, d, Kohlrausch- Lange § 156 II im Anschluß an RG 22, Seite 267

79) In Schweden entgegen der bei der falschen Aussage gesetzlich vorgenommenen Charakterisierung als objektive Bedingung der Strafbarkeit.

80) Schneidewin in Lange- Schneidewin-Ackermann C 32 f, ebenso Nüse C 92. Vgl. dazu auch Entwurf eines Dritten Strafrechtsänderungsgesetzes, Seite 36.

81) Vgl. Maurach 513 ff, Schönke § 156 V

Was den Strafraumen angeht, so sollte er, wie hier schon mehrfach hervorgehoben, der wertmäßigen Stufenfolge der Aussagedelikte entsprechen.

VII. Der Aussagenotstand

Eine Reihe von ausländischen Gesetzbüchern enthält keine Bestimmungen über die Zwangslage des Aussagenden, so die Kodifikationen von Frankreich, Belgien, Brasilien, Spanien, Österreich, England, der Vereinigten Staaten, von Jugoslawien und Griechenland. Darin tritt der Grundgedanke hervor, daß die unbedingte Wahrheitspflicht, der der Aussagende unterliegt, eine Berücksichtigung widerstreitender privater Interessen verbietet 82). An diese Kollision von Pflicht und Interesse knüpft die österreichische Literatur und Rechtsprechung an und führt folgerichtig weiter aus, daß eine solche Zwangslage nur dann Berücksichtigung finden könne, wenn sie unverschuldet eingetreten sei. Derjenige aber, der sie auf Grund eigenen Verschuldens herbeigeführt habe, verdiene nicht, daß sein Anliegen Beachtung finde (vgl. die Einzeldarstellung des österreichischen Rechtes unter VII). Das Aussageverweigerungsrecht wird in diesen Fällen als Schutz für ausreichend erachtet.

Demgegenüber gehen andere Rechtsordnungen davon aus, daß das Aussageverweigerungsrecht den Interessen des Aussagenden nicht im vollen Umfange gerecht wird und es Situationen geben kann, wo sich dieses Schutzmittel als unwirksam erweist und gleichwohl eine psychologische Zwangslage entsteht. Hierzu gehört die Tatsache, daß es unterlassen wird, auf dieses Verweigerungsrecht aufmerksam zu machen, oder daß zwar diese Belehrung erfolgte, aber der Aussagende doch befürchten muß, durch sein Schweigen einen Verdacht auf sich zu lenken. Darüber hinaus enthalten auch einige Prozeßrechte keine oder nur sehr unzureichende Bestimmungen, die dem Aussagenden das Recht geben, nicht zum eigenen Nachteil oder dem naher Angehöriger aussagen zu müssen 83).

Der in diesen Überlegungen zum Ausdruck kommende Grundgedanke hat seinen Niederschlag im deutschen, schweizerischen, italienischen, griechischen, dänischen und schwedischen Recht gefunden. Aber auch in Spanien, wo der Gesetzgeber den entgegengesetzten Standpunkt vertritt, bekennen sich Theorie und Praxis zum gleichen Gedanken 84).

82) So die französische Rechtsprechung

83) Am vollständigsten ist der Schutz im deutschen und schweizer Recht, wo Aussagen verweigert werden können, die zu einer Strafverfolgung oder zur Unehre gereichen können. Schweden beschränkt den Schutz auf den ersten Grund ein, einschließlich unehrenhafter Handlungen; Italien und Spanien sehen überhaupt kein Verweigerungsrecht in dieser Hinsicht vor. Im übrigen kennen auch diese Länder ein Aussageverweigerungsrecht, aber aus anderen Gründen.

84) Frankreichs Autoren versuchen die Lösung der Frage darin zu finden, daß sie demjenigen, der sozusagen "in eigener Sache" aussagt, die tatbestandliche Eigenschaft eines Zeugen oder Sachverständigen absprechen.

Der Kreis der Personen, bei denen ein Aussagenotstand Berücksichtigung findet, wird unterschiedlich weit gefaßt. So beschränken ihn Deutschland und Italien auf die Zeugen und Sachverständigen (Dolmetscher); die Schweiz, Griechenland, Dänemark und Schweden beziehen auch die Partei in ihn ein.

Die Zwangslage sehen Deutschland, die Schweiz und Griechenland dann als gegeben an, wenn der Aussagende bei wahrheitsgemäßer Aussage sich oder einen seiner Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. Im Sinne des angeführten Grundgedankens geht Schweden vom Aussageverweigerungsrecht aus, das bei strafbaren oder unehrenhaften Handlungen gegeben ist, und fordert dabei, daß begründete Umstände für den Nichtgebrauch des Verweigerungsrechtes vorliegen müssen 85). Wie Schweden geht auch Dänemark vom Aussageverweigerungsrecht aus. In Italien genügt schon ein Schaden an Freiheit oder Ehre. Dieser an sich weite Umfang strafrechtlich beachtlicher Fälle des Aussagenotstandes wird dadurch begrenzt, daß nur solche Zwangslagen Berücksichtigung finden, die einen schweren und unvermeidlichen Schaden mit sich bringen.

Der Notstand wird von der Schweiz strafmildernd, von Italien, Griechenland und Schweden strafbefreiend berücksichtigt. Deutschland und Dänemark gehen einen Mittelweg, indem sie den Notstand bei der eidlichen Aussage strafmildernd berücksichtigen, bei der uneidlichen Aussage aber Strafbefreiung eintreten lassen.

Im Hinblick auf die seinerzeitigen kasuistischen und dennoch ungenügenden Milderungsvorschriften des § 157 StGB haben die deutschen Entwürfe den Aussagetatbeständen einen derart weiten Strafraumen (z.T. auch über den allgemeinen Teil des StGB) gegeben, daß eine Notstandsvorschrift entbehrlich wurde. Diese Regelung wird man begrüßen müssen. Sie läßt insbesondere bei der falschen uneidlichen Aussage keine Möglichkeit mehr, von Strafe abzusehen. Dies erscheint mir konsequent, denn eine solche Aussage kann ihre Strafwürdigkeit nicht dadurch verlieren, daß man durch eine eigene oder fremde strafbare Handlung in diese Notlage geraten ist.

Die Regelung des schwedischen Rechts wird man dagegen in der angegebenen Form für überflüssig halten müssen. Denn der entschuldigende Nachweis für den Nichtgebrauch des Zeugnisverweigerungsrechtes würde doch stets nur darauf hinauslaufen, daß der Zeuge durch sein Schweigen nicht auf eine strafbare oder unehrenhafte Handlung hinweisen wollte. Welch anderes Motiv kann es denn noch geben, wenn man nicht direkt oder indirekt eine solche Handlung aufdecken will?

85) Nur unter diesen Bedingungen kann die Verletzung der unbedingten Wahrheitspflicht in Kauf genommen werden. Ob ein Grund für ein solches Verhalten vorlag, unterliegt daher allein der von irrigen Ansichten des Täters nicht zu beeinflussenden objektiven Feststellung durch das Gericht.

VIII. Die Berichtigung der falschen Aussage

In der überwiegenden Zahl der behandelten Rechtsordnungen findet der Widerruf der falschen Aussage (bzw. eidesstattlichen Versicherung) Berücksichtigung. Lediglich in Spanien, Österreich, Dänemark, dem anglo-amerikanischen Rechtskreis und der Tschechoslowakei lassen die Strafgesetze ihn unerwähnt. Bis auf einzelne gegenteilige Bemerkungen weniger amerikanischer Autoren und Gerichte wird auch in der Literatur und Praxis dieser Länder, soweit sie hier dargestellt wurden, dem Widerruf kein Einfluß auf die Strafbarkeit der falschen Aussage zugemessen; teilweise wird ihm sogar überhaupt keine Beachtung geschenkt.

Dem Interesse materieller Wahrheitserforschung entspricht es dagegen, wenn dem Täter einer falschen Aussage ein strafrechtlicher Vorteil zugesichert wird, um ihn zur Abwendung des Schadens anzuspornen, der sich auf Grund seiner strafbaren Handlung anbahnen kann. Dabei gehen die Ansichten der einzelnen Gesetzgeber auseinander, durch welche Zusicherung dieses kriminalpolitische Ziel am ehesten erreicht werden kann. Die einen, Italien, Brasilien und Griechenland stellen Straffreiheit in Aussicht, die anderen, Deutschland, die Schweiz, Schweden und Jugoslawien sehen generell nur Strafermäßigung vor.

Systematisch stellt sich der Widerruf in den einzelnen Ländern als eine besondere Form der tätigen Reue dar, insofern nämlich, als noch nach vollendetem Delikt, ohne daß also noch ein weiterer tatbestandsmäßiger Erfolg eintreten müßte, die Möglichkeit besteht, in den Genuß der bezeichneten Rechtswohlthat zu kommen. Einen eigenen Weg gehen hierbei mangels gesetzlicher Vorschriften die französische und belgische Theorie und Praxis. Indem sie davon ausgehen, daß ein Versuch wegen der Geschlossenheit der (falschen) Aussage, die bis zum Verhandlungsschluß andauert, juristisch undenkbar ist, erblicken sie in dem Widerruf einen Umstand, der eine falsche Aussage überhaupt unmöglich macht. Wenn er somit systematisch auch keine "tätige Reue" darstellt, so kommt dem Widerruf des französischen und belgischen Rechts doch die gleiche Bedeutung zu.

Im Hinblick auf den erfaßten Täterkreis erstreckt sich die Widerrufsmöglichkeit in Brasilien, der Schweiz, Schweden, Jugoslawien und Deutschland auf alle strafbaren falschen Aussagen (sowie eidesstattlichen Versicherungen). Frankreich, Belgien und Italien haben einen gleich weiten Anwendungsbereich des Widerrufs, lassen aber einschränkend diese Rechtswohlthat der Partei nur dort zugute kommen, wo die abgegebene falsche Erklärung prozessual keine weitere Folge nach sich zieht 86). Griechenland schränkt die Wider-

86) Die entgegengesetzte Ansicht Schall's, 151, geht m.E. an der klaren dogmatischen Begründung im französischen und belgischen Recht vorbei, wenn er glaubt, daß auch dort, wo dem Parteieid noch keine bindende Wirkung zukommt, der Widerruf der Partei ohne Wirkung auf den Tatbestand der falschen Aussage bleibe.

rufsmöglichkeit auf die uneidlichen Aussagen von Partei und Zeugen allein ein.

Die Wirksamkeit des Widerrufs hängt in einer Reihe von Ländern davon ab, daß er freiwillig erfolgt. Hierzu gehören die Schweiz, Griechenland, Schweden und Jugoslawien. Keinen Wert legen auf dieses Erfordernis Deutschland 87), Frankreich, Belgien und Italien.

Die Anforderungen, die an die widerrufende Erklärung gestellt werden, gehen vorwiegend dahin, daß an die Stelle der falschen Äußerung die richtige gesetzt wird, so in Deutschland 88), der Schweiz, Griechenland und Schweden, im Ergebnis auch Frankreich und Belgien. Dies entspricht konsequent der Wahrheitspflicht: bloßes Rückgängigmachen der falschen Aussage beläßt noch eine Unklarheit über die wahren Tatsachen und würde, wenn keine Richtigstellung erfolgen würde, strafbares Verschweigen darstellen. Meist findet daher im Gesetz das Wort "berichtigen" Anwendung; Italien bedient sich in außerordentlicher Klarheit der Worte: "widerrufen und die Wahrheit offenbaren". Allein Jugoslawien begnügt sich mit dem gesetzlichen Ausdruck: Widerruf.

Die Stellen, die die Berichtigung wirksam entgegennehmen können, werden im einzelnen unterschiedlich bestimmt. Frankreich, Belgien und Griechenland verlangen den Widerruf gegenüber dem Gericht oder der Behörde, vor denen falsch ausgesagt wurde. Italien und Schweden erkennen auch die (benachteiligte) gegnerische Partei als dazu berechnete Person an. Deutschland dehnt den Kreis der berechtigten Stellen auf alle Behörden aus, die allgemein die Strafrechtspflege zu ihrem Tätigkeitsbereich zählen. In der Schweiz wird der Kreis der berechtigten Stellen in der gleichen Weise abgegrenzt.

Die Wirksamkeit des Widerrufs hängt im übrigen in allen Rechtsordnungen davon ab, daß er rechtzeitig erfolgt. Vorwiegend geht man bei dieser Zeitbegrenzung davon aus, daß noch kein Nachteil eingetreten sein darf (Schweiz, Griechenland, Schweden und Deutschland 89)). Der wichtigste Fall ist dabei die Fällung eines infolge der falschen Aussage ungerechten Urteils. Deshalb machen auch Italien (in Zivilsachen), Brasilien, Griechenland und

87) RG 58, 184; 62, 304

88) So Kohlrausch-Lange § 158, III, Maurach 527 f; a.A. Schönke § 159 II

89) Schall, 152, ist nicht zuzustimmen, wenn er hier beim "Rechtsnachteil" indirekt auf die falsum-Lehre hinweist. Im vorliegenden Fall muß, nachdem das Delikt vollendet ist (ohne daß hierzu ein Schadenseintritt erforderlich war), ein Kriterium gefunden werden, das die Widerrufsmöglichkeit zeitlich begrenzt. Daß eine falsche Aussage einen Schaden nach sich zieht oder ziehen kann, ist offensichtlich; dies ist aber für die von der falsum-Lehre abgegangene moderne dogmatische Erfassung der Ausagedelikte unwesentlich und gewinnt nur noch für die Widerrufsfrage Bedeutung.

Jugoslawien die Wirksamkeit des Widerrufs davon abhängig, daß die falsche Aussage vor dem Urteil oder der Entscheidung zurückgenommen wird. Deutschland begnügt sich hierbei damit, daß die Berichtigung bei der Entscheidung noch verwendet werden kann. Widerrufsmöglichkeit bis zum Schluß der Verhandlung räumen Frankreich, Belgien und Italien (in Strafsachen) ein. Die weitere Fristsetzung, die Deutschland bei Anzeigeerstattung und Ingangsetzen einer Strafverfolgung wegen der falschen Aussage kennt, hat in den anderen Rechtsordnungen nichts Vergleichbares 90).

Die deutschen Entwürfe gehen übereinstimmend von der kriminalpolitischen Notwendigkeit einer Berichtigungsvorschrift aus. Die systematische Voraussetzung dieser Bestimmung ist dabei, daß die falsche Aussage die behördliche Wahrheitserforschung und damit die Entscheidung gefährdet; nur dann kann die Berichtigung die Wirkung abwenden, um derentwillen die falsche Aussage bestraft wird.

Dieser Erfolg der Berichtigung kann nur dann eintreten, wenn sie so rechtzeitig durchgeführt wird, daß die falsche Aussage zu einer Entscheidung nicht mehr herangezogen werden kann. Dies entspricht dem Entwurf 1938, dessen § 386 mit dem Wortlaut des § 158 StGB nahezu übereinstimmt. Die Berichtigung, die zwar zeitlich vor einer Entscheidung abgegeben worden ist, durch verzögerte Übermittlung aber der betreffenden Behörde erst nach Erlaß der Entscheidung zugeht, ist entgegen den Entwürfen bis 1927 nicht mehr rechtzeitig zugegangen. Wo aber vor einer Entscheidung schon ein Nachteil eingetreten ist, verdient der Täter nicht mehr, daß seine Berichtigung dennoch Beachtung findet. Die Formulierung, daß die Berichtigung auch dann verspätet ist, wenn gegen den Täter schon eine Anzeige erstattet oder eine Untersuchung eingeleitet worden ist - wie dies § 158 StGB im Anschluß an den Entwurf 1938 bestimmt - ist derjenigen vorzuziehen, daß, wie dies in einer Reihe ausländischer Rechtsordnungen und in den Entwürfen bis 1927 der Fall ist, die Berichtigung freiwillig vorgenommen sein muß. Es ist nicht einzusehen, was die Freiwilligkeit der Berichtigung mit der Gefährdung der Wahrheitserforschung zu tun hat. Im Gegenteil muß es begrüßt werden, daß es, gleichgültig auf welche Weise, zu einer Berichtigung kommt und die Gefahr einer falschen Entscheidung abgewendet wird 91). Nur dort, wo der Staat selbst schon die Falschheit der Aussage in Erfahrung gebracht hat, muß entsprechend der tätigen Reue des § 46 Ziff 2 StGB die Berichtigung wirkungslos und damit ohne weiteren Einfluß auf die Strafbarkeit der falschen Aussage bleiben.

-
- 90) In Frankreich, Belgien und Italien wird sogar dann noch - da Freiwilligkeit nicht erforderlich ist - aus kriminalpolitischen Erwägungen eine Widerrufsmöglichkeit anerkannt, um den Täter angesichts der nahen Gefahr einer Bestrafung eine eindringliche letzte Mahnung zu geben, zur Wahrheit zurückzukehren.
- 91) Hierin tritt auch zu Tage, daß Voraussetzung der Strafbarkeit die Erheblichkeit der Aussage ist.

Die Berichtigung sollte nicht nur die Erklärung enthalten, daß die abgegebene Aussage falsch war; mit ihr sollten vielmehr zugleich auch die wahren Tatsachen vorgetragen werden. Die italienische Gesetzesformulierung kann hier als Vorbild dienen. Erst dann, wenn der Widerrufende zugleich auch die Wahrheit angibt, hat er seiner Zeugenpflicht vollkommen genügt. Der gegenwärtige § 158 StGB spricht daher terminologisch sauber auch von "berichtigen".

Der gegenüber den Entwürfen bis 1925 im gegenwärtigen Strafgesetzbuch erweiterte Kreis der Behörden, bei denen die Berichtigung wirksam vorgebracht werden kann, gibt Gewähr, daß die berichtigende Aussage schnell an die sachlich zuständige Behörde weitergeleitet wird. Die gegnerische Partei sollte hierfür nicht zuständig sein, da einerseits die entscheidende staatliche Behörde erst in einem besonderen Verfahren prüfen müßte, ob die Angaben der Partei, der gegenüber die Berichtigung erfolgte, auf Richtigkeit beruhen, und andererseits so die Möglichkeit geschaffen würde, daß eine Partei mit der (unrichtigen) Behauptung, ein Zeuge habe ihr gegenüber seine Aussage widerrufen, die Entscheidung hinauszögern könnte.

Der kriminalpolitische Zweck der Vorschrift erfordert es, wie schon Stooß hervorhebt 92), daß die rechtzeitige Berichtigung zur Straffreiheit führt. Wem die sichere, wenn auch mildere Strafe in Aussicht gestellt ist, wird sich kaum zu einer Berichtigung bereitfinden. Er wird sich vielmehr durch die Hoffnung, nicht entdeckt zu werden, von der Berichtigung abhalten lassen.

IX. Die Anstiftung zur falschen Aussage

Das Bild, das sich der tatbestandlichen Erfassung der möglichen Formen einer Anstiftung in den einzelnen Rechtsordnungen ergibt, ist ein außerordentlich vielgestaltiges. Ist schon die gesetzestechnische Behandlung dieser Fragen eine unterschiedliche, so wird die Buntheit des Bildes noch dadurch erhöht, daß im einzelnen Literatur und Rechtsprechung zu einer verschiedenen Auslegung der Vorschriften gelangen.

1. Die erfolgreiche Anstiftung

Der Grundsatz, daß die Bestimmungen des allgemeinen Teils eines Strafgesetzbuches auf die im besonderen Teil aufgeführten einzelnen Delikte Anwendung finden, gilt hinsichtlich der erfolgreichen Anstiftung in der überwiegenden Zahl der hier herangezogenen Rechtsordnungen (Deutschland, Italien, Brasilien, Spanien, Österreich, die Schweiz, Griechenland, Dänemark, Schweden, Louisiana, Jugoslawien und die Tschechoslowakei). Die besondere Rechtsentwicklung hat in England dazu geführt, eine be-

sondere Vorschrift über die Anstiftung in die Perjury Act aufzunehmen; wie aber die Einzeldarstellung ergeben hat, kommt dieser kein selbständiger Charakter zu, sondern lediglich der einer Wiederholung der allgemeinen Regel des Common Law, d.h. die subornation of perjury stellt im englischen Recht kein delictum sui generis dar.

In der Richtung des delictum sui generis gehen jedoch einerseits Frankreich und Belgien, anderseits die Vereinigten Staaten. Die beiden ersten Länder, die unter dem Begriff der Anstiftung im allgemeinen besondere, durch bestimmte Verleitungsmittel (Bestechungsmittel und Machenschaften) gekennzeichnete Handlungen verstehen (Art. 60 c.p.f., Art. 66 c.p.b.), stellen neben die allgemeinen Vorschriften als besonderen Tatbestand die "subornation". Der neue Tatbestand der subornation im französischen Recht stellt sich als delictum sui generis dar, das weit über den Rahmen der eigentlichen Eidesdelikte hinaus die erfolgreiche (wie auch die erfolglose) Anstiftung zu jeder falschen Erklärung unter Strafe stellt und auf die allgemeinen Vorschriften verweist, sobald die nach dieser besonderen Vorschrift auszusprechende Strafe unterhalb der bleibt, die durch die allgemeinen Regeln ausgesprochen werden kann. Die belgische Lehre erblickt, nachdem sie lange Zeit den entgegengesetzten Standpunkt vertreten hat, in der subornation ebenfalls ein delictum sui generis, obwohl diese Vorschrift lediglich die Anstiftung des allgemeinen Teils vom Erfordernis der den Tatbestand einschränkenden Verleitungsmittel befreit und somit erweitert. Der subornation des französischen und belgischen Rechts ist es gemeinsam, daß sie nur gegenüber dem Anwendung finden, der zu einem falschen Zeugnis oder einem falschen Gutachten (Übersetzung) aufgefordert hat.

Die meisten nordamerikanischen Staaten stellen, im Anklang an des Common Law, die subornation of perjury als selbständigen Tatbestand unter Strafe.

2. Die erfolglose Anstiftung

Ist der Anstiftung kein Erfolg beschieden, sei es, weil sie im Versuch stecken geblieben ist, sei es, weil der Angestiftete nicht falsch aussagte, so müßte, sofern die erfolgreiche Anstiftung nicht als selbständiger Tatbestand gefaßt ist, nach den allgemeinen Grundsätzen vorwiegend Straflosigkeit eintreten. Dies ist jedoch nur in Spanien der Fall.

Dort, wo die Anstiftung zur falschen Aussage als delictum sui generis in Erscheinung tritt, ist auch die Versuchsform strafbar, so im US-Code, in New York, Californien und Idaho hinsichtlich aller falschen Aussagen, in Belgien hinsichtlich eines falschen Zeugnisses und Gutachtens. Frankreich stellt durch eine besondere Formulierung klar, daß auch die erfolglose Anstiftung den gleichen Strafsätzen unterliegt wie die erfolgreiche (vgl. auch unter IX, 1).

Im übrigen begnügen sich die anderen Länder nicht damit, nach den allgemeinen Vorschriften nur die erfolgreiche

Anstiftung zu bestrafen. So erklären die Schweiz, Dänemark, Louisiana, Jugoslawien 93) und die Tschechoslowakei schon die versuchte Anstiftung (zu einem Verbrechen, einer felony) allgemein für strafbar, womit auch die Strafbarkeit des Versuchs der Anstiftung zu einer falschen Aussage gegeben ist. Schweden gehört ebenfalls in die Gruppe dieser Länder, da es eine allgemeine, die Vorbereitung unter Strafe stellende Vorschrift besitzt, auf die aber, wie gerade bei den Meineidsdelikten, jeweils verwiesen werden muß. Bei wenig Aussicht auf Verwirklichung der falschen Aussage läßt es dabei die erfolglose Anstiftung straflos. England, das nach Common Law die versuchte Anstiftung als selbständigen Tatbestand, somit also auch die erfolglose Anstiftung zu allen Aussagedelikten bestraft, ist hier ebenfalls aufzuzählen.

Auch Deutschland ist zu der Gruppe dieser Länder zu rechnen, da es die Handlungen, die eine Aufforderung zu einem Verbrechen darstellen (erfolglose Anstiftung, Verabreden, Bereiterklären und Annahme eines Anerbietens zu einem Verbrechen) generell unter Strafe stellt (§ 49a StGB in der Fassung vom 4. August 1953 (3. Strafrechtsänderungsgesetz)). Die Problematik, die dem deutschen Recht aus der unterschiedlichen Deliktsnatur der Aussagedelikte erwächst und zu § 159 StGB geführt hat, besteht dagegen, außer in Louisiana 94), in den anderen Ländern nicht.

Eine Sonderstellung nehmen hier Österreich und Michigan ein, die zwar eine Bestrafung der erfolglosen Anstiftung nach den allgemeinen Regeln kennen, dennoch den Eidesdelikten eine besondere Vorschrift eingefügt haben, um zu einer strengeren Bestrafung des Anstifters zu gelangen.

Demgegenüber wird in einer Reihe von Ländern, denen eine diesbezügliche allgemeine Bestimmung fremd ist, die versuchte Anstiftung in einer besonderen, den Aussagedelikten angeschlossenen Vorschrift für strafbar erklärt. Hier lassen diese Normen von vornherein eine Beschränkung auf wenige bestimmte Fälle erkennen. Italien, und ihm folgend Brasilien, stellen allein die versuchte Anstiftung in Form der Bestechung unter Strafe. Hierzu zählt das Gewähren, Anbieten oder Versprechen von Geld oder anderen Vorteilen. Griechenland nimmt eine Einschränkung auf die erfolglose Anstiftung zu eidlichen Aussagen vor.

Die Bestrafung für die versuchte Anstiftung liegt generell unter der für die vollendete Anstiftung (deren Strafmaß sich im allgemeinen nach den für das ausgeführte Delikt richtet). Gleiche Strafe wie bei der erfolg-

93) Eingeschränkt auf solche Straftaten, für die mindestens 5 Jahre strenges Gefängnis angedroht sind; im vorliegenden Fall findet diese Vorschrift somit nur auf die Handlungen Anwendung, mit denen zu einer falschen eidlichen Aussage im Strafverfahren aufgefordert werden sollte.

94) Louisiana läßt die versuchte Anstiftung zum falschen Schwören, das ein misdemeanor ist, straflos.

reichen Anstiftung sieht die Tschechoslowakei vor. Lediglich Belgien und Österreich drohen die gleiche Strafe wie für die falsche Aussage an. Soweit nicht die Sondervorschrift eingreift, die für die vollendete wie für die versuchte Anstiftung den gleichen Strafraum enthält, kommt auch Frankreich zu einer solchen Bestrafung.

Die vorstehende Vergleichung der ausländischen Rechtsordnungen hinsichtlich der erfolglosen Anstiftung zu einer falschen Aussage zeigt eine Fülle von Gestaltungsmöglichkeiten. Das Problem der erfolglosen Anstiftung zu einer falschen Aussage wird auch sehr bestimmt von der Vorfrage, ob die versuchte Anstiftung allgemein bestraft wird oder nicht, bzw. ob die Anstiftung zu einer falschen Aussage ein selbständiger Delikt ist.

Während das deutsche Strafgesetzbuch in Erkenntnis der Strafwürdigkeit einer Aufforderung zu einem Verbrechen diese im allgemeinen Teil geregelt und nur im Hinblick auf die Vergehensnatur von uneidlicher falscher Aussage und falscher eidesstattlicher Versicherung eine entsprechende Vorschrift in den Abschnitt der Eidesdelikte aufgenommen hat, haben die deutschen Entwürfe von einer derartigen allgemeinen Regelung abgesehen und die Verleitung zu einem Verbrechen zu einem selbständigen Tatbestand des besonderen Teils erhoben. Angesichts des niedrigen Strafraums dieser neuen Bestimmung sowie in Anbetracht der geringeren Deliktsnatur gewisser falscher Aussagen sah man sich gleichwohl genötigt, einen besonderen Tatbestand der erfolglosen Anstiftung bei den Aussagedelikten einzubauen. Dies sind indessen Fragen der Gesetzessystematik, die zu behandeln hier nicht Raum ist.

Grundsätzlich ist die Strafwürdigkeit einer erfolglosen Anstiftung sowie gleichgestellter Vorbereitungshandlungen zu einem Verbrechen zu bejahen 95). Dadurch scheiden schon von vorneherein die Tatbestände für eine nähere Betrachtung aus, in denen, wie in Italien und Brasilien, lediglich die qualifizierte Form einer erfolglosen Anstiftung zu einer falschen Aussage mit Strafe bedroht wird.

Fraglich bleibt allein, ob und in welchem Umfang auch die Vergehen unter den Aussagedelikten einer solchen Regelung unterstellt werden sollen. Im Hinblick darauf, daß sowohl bei der falschen uneidlichen Aussage als auch bei der falschen eidesstattlichen Versicherung die Versuchsform nicht mehr strafbar ist, erscheint die Bestrafung von Vorbereitungshandlungen im Sinne des § 49a n.F. nicht mehr möglich. Dieser Gedankengang gilt an sich auch für die erfolglose Anstiftung. So haben die Entwürfe bis 1925, die ebenfalls nicht die Strafbarkeit des Versuches bei der falschen uneidlichen Aussage und der falschen eidesstattlichen Versicherung vorsahen, sich gescheut, auch die versuchte Anstiftung zu einer falschen uneidlichen Aussage zu bestrafen; inkonsequenterweise wurde jedoch die versuchte Anstiftung zu einer falschen eidesstattlichen Versiche-

95) Vgl. dazu die Begründung zum neuen § 49a im Entwurf zum 3. Strafrechtsänderungsgesetz, Seite 31, 32.

rung für strafbar erklärt. Wie aber schon Kadečka 96) die versuchte Anstiftung zu einer falschen uneidlichen Aussage für strafwürdig bezeichnet hat, so ist auch der Entwurf 1927 dazu übergegangen, sie in den entsprechenden Tatbestand aufzunehmen. Trotz Straflosigkeit der Versuchsform rechtfertigt sich diese Gestaltung der Tatbestände aus der Erwägung heraus, daß die Gefahr einer falschen Aussage überwiegend von dritter Seite ausgehen wird, die an einer solchen falschen Aussage ein bestimmtes Interesse hat und deshalb zu ihr auffordert. Die Neufassung des § 159 StGB trägt dem Rechnung. Das deutsche Recht folgt damit, wenn auch nur hinsichtlich der Vergehen, dem schwedischen Recht.

Dabei erscheint es mir sinnvoll, aus diesem Recht die Vorschrift zu übernehmen, daß von Strafe dann abzusehen ist, wenn wenig Aussicht auf Verwirklichung der falschen Aussage bestand.

3. Die Anstiftung (Verleitung) zu einer unwissentlich falschen Aussage

Die allgemeine Problematik, die das Gebiet der Teilnahmehandlungen beherrscht, wird vor allem bei dem Tatbestand der Verleitung zu einer gutgläubigen falschen Aussage deutlich. Die Lösung dieser Frage hängt von der dogmatischen Erfassung von Täterschaft und Teilnahme in den einzelnen Rechtsordnungen ab.

Die erste Gruppe der Länder geht von der limitiert-akzessorischen Anstiftung aus und erklärt, daß, da die subjektive Seite des Handelnden für die Strafbarkeit des Anstifters keine Bedeutung hat, die Rechtsfigur der mittelbaren Täterschaft nicht erforderlich sei. Diese Gruppe, zu der Frankreich, Belgien, Spanien, Österreich 97) und Schweden gehören, bestraft die Verleitung zur gutgläubigen falschen Aussage als gewöhnliche Anstiftung.

Abweichend davon erfordert das italienische Recht, und wohl auch das brasilianische Recht (dem ja der italienische Codice penale als Vorbild diente), bei der Anstiftung, daß der Anstiftende sich bewußt ist, zu einer vorsätzlichen Tat aufzufordern. Die Verleitung zu einer unwissentlichen falschen Aussage kann daher von dieser Bestimmung nicht erfaßt werden. Beide Rechtsordnungen sehen daher eine weitere allgemeine Vorschrift vor, wonach der für die Tat verantwortlich ist, der eine Person durch Täuschung zu einer strafbaren Handlung bestimmt (Art. 48 italienisches StGB, Art. 17 § 2 brasilianisches StGB). Begrifflich ist in diesen Vorschriften somit die Rechtsfigur der mittelbaren Täterschaft verankert. Das Problem der Eigenhändigkeit gewisser Delikte scheint dabei jedoch nicht in Erscheinung zu treten. Auf diese Weise gelangen diese Länder ebenfalls zu einer Verfolgbarkeit der behandelten Anstiftung.

96) Kadečka 275

97) Die Ansichten über die Verleitung zur unwissentlichen falschen Aussage sind im österreichischen Rechtsleben sehr uneinheitlich.

In gleicher Weise verbietet im anglo-amerikanischen Rechtskreis die strenge Akzessorietät der Teilnahmeformen die Bestrafung der Anstiftung zu einem schuldlosen Delikt. Fälle der vorliegend zu erörternden Art könnten daher nur über die auch in diesen beiden Rechtsordnungen bekannte Rechtsfigur der mittelbaren Täterschaft bestraft werden. In dieser Hinsicht enthalten sogar die Kodifikationen des amerikanischen Bundes und der Staaten Californien und Idaho positive Bestimmungen bei der Definition des Täterbegriffs. Daß man hierbei im anglo-amerikanischen Rechtskreis die Problematik der eigenhändigen Delikte erkannt habe, wird nicht ersichtlich 98).

Aus der Erkenntnis heraus, daß bei einer Anstiftung zu einer unwissentlich falschen Aussage allein der Anstifter einen verbrecherischen Täterwillen erkennen läßt und somit mittelbare Täterschaft anzunehmen ist, diese aber an dem Umstand der Eigenhändigkeit der Eidesdelikte scheitert, hat Deutschland, und aus wohl gleichen Motiven ihm folgend Griechenland (jedoch nur hinsichtlich der Verleitung zu einer eidlichen Aussage), einen eigenen gesetzlichen Tatbestand bei den Aussagedelikten geschaffen, der diese Anstiftung unter Strafdrohung stellt.

Die Schweiz, die dogmatisch auf demselben Standpunkt steht wie Deutschland, läßt dagegen die Verleitung zu einer gutgläubigen falschen Aussage straflos, indem sie einen diesbezüglichen Tatbestand absichtlich nicht in das Strafgesetzbuch aufgenommen hat.

Im Hinblick auf den Strafraumen gelangt die überwiegende Zahl aller hier behandelten Länder zu einer gleichen Strafe, wie sie den vorsätzlich (falsch) Aussagenden treffen würde.

Lediglich Deutschland bleibt mit seinem viel kritisierten Strafraumen weit unterhalb dessen, was den in eigener Person vorsätzlich falsch Aussagenden erwartet. Auch Griechenland droht an sich mit seiner besonderen Vorschrift eine mildere Strafe an, gibt zugleich aber die Möglichkeit, nach den allgemeinen Regeln der Anstiftung zu strafen, wenn im Falle einer vorsätzlichen Falschaussage des Angestifteten den Verleiter eine höhere Strafe (nämlich die des Täters) treffen würde.

Die Erkenntnis, daß Strafe verdient, wer vorsätzlich einen anderen dazu bringt, unwissentlich etwas Unrichtiges auszusagen, ist allen deutschen Entwürfen gemeinsam. Die ordnungsgemäße Tätigkeit der Staatsverwaltung wird durch eine gutgläubige falsche Aussage im gleichen Maße gefährdet wie durch eine bewußt unwahre. Dem schweizer Strafgesetzbuch wird man daher nicht folgen können, zumal auch hier schon Stimmen laut geworden sind, die die getroffene Regelung nicht gutheißen. Die Frage jedoch, ob eine entsprechende Vorschrift in den besonderen Teil des StGB aufgenommen werden soll, ist, wie schon hervorgehoben und auch die vergleichende Darstellung verdeutlicht, unlösbar mit der

98) Die Literatur enthält keine Bestimmungen über die Anwendbarkeit dieser Rechtsfigur bei den Eidesdelikten.

dogmatischen Erfassung von Täterschaft und Teilnahme verkörpert. Über diese dogmatische Vorfrage zu entscheiden, ist hier jedoch nicht der Platz. Von der Stellungnahme zu einer künftigen Gestaltung einer gutgläubigen falschen Aussage muß daher in diesem Zusammenhang abgesehen werden.

Gegen die gegenwärtige Fassung des § 160 StGB erwachsen in zweifacher Hinsicht Bedenken. Wenn die Vorschrift ein Ersatz für die Bestrafung der mittelbaren Täterschaft sein soll, die bei einem Meineid als einem eigenhändigen Delikt nicht möglich ist, so ist es unverständlich, daß § 160 StGB auch die uneidliche Aussage umfaßt 99). Die uneidliche Aussage vermag in jeder Weise auch ohne § 160 StGB durch die mittelbare Täterschaft erfaßt zu werden. Der Entwurf 1927, der diese Regelung erstmalig vorsah, hat sich hierzu in seiner Begründung nicht geäußert. Selbst die Überlegung, daß die Eigenhändigkeit in der Zeugenstellung zu suchen sei, die nur dem verliehen ist, der als Zeuge etc. aufgerufen worden ist, gibt keine zureichende Erklärung, da dann das Delikt der falschen eidesstattlichen Versicherung mittelbar begangen werden könnte. Der Vorschrift mangelt daher die grundlegende Konzeption.

Zum anderen kann das Strafmaß der Vorschrift nicht gebilligt werden, das Lange¹⁰⁰⁾ im Verhältnis zu den anderen Strafandrohungen im Meineidsabschnitt für geradezu "verfassungswidrig" hält. Dieser Vorwurf ist zu oft erhoben worden, als daß ihm hier noch das Wort geredet werden müßte.

99) Kohlrausch-Lange § 160 I

100) Lange-Schneidewin-Ackermann C 19

Lebenslauf

Ich wurde am 7. August 1925 als Sohn des späteren Regierungsdirektors Friedrich Stoll in Stettin geboren. Von Ostern 1931 ab besuchte ich die Volksschule in Stettin und nach einer Versetzung meines Vaters nach Swinemünde von 1935 an die dortige Oberschule. Auf Grund einer weiteren Versetzung meines Vaters setzte ich 1939 meine Schulbildung in Wien fort, wo ich an der Oberschule für Jungen im VII. Bezirk am 24. Februar 1943 die Reifeprüfung ablegte.

Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft nahm ich am 1. Oktober 1947 das Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg i.Br. auf. Während des Wintersemesters 1949/50 studierte ich in Göttingen und kehrte danach nach Freiburg i. Br. zurück. Am 31. Juli 1951 bestand ich vor dem Prüfungsausschuß des Badischen Ministeriums der Justiz die Erste juristische Staatsprüfung. Am 11. Februar 1955 legte ich vor dem Prüfungsausschuß des Justizministeriums Baden-Württemberg die Zweite juristische Staatsprüfung ab.

